Bebel

und sein „Zukunftsstaat“

vor dem

Reichstage

Nach den stenographischen Berichten der Verhandlungen des Reichstages nebst Erläuterungen.

Preis 50 Pfg.

Bebel

und sein „Zukunftsstaat“

vor dem Reichstag.

Nach den stenographischen Berichten
der Verhandlungen des Reichstags
vom 12., 13., 14. u. 31. Januar
und 3. 4., 6. und 8. Februar 1893

nebst Erläuterungen.

Herausgegeben im Auftrage des
Volksvereins für das katholische Deutschland.

Köln, 1893.
Commissionsverlag und Druck von J. P. Bachem.

Die Unfähigkeit der socialdemokratischen Parteiführer, an Stelle der bestehenden Gesellschaftsordnung eine **durchführbare** neue zu setzen, ist durch die jüngsten Reichstagsverhandlungen über den „Zukunftsstaat" in klares Licht gestellt worden.

Dieses werthvolle Ergebniß muß zur Kenntniß der weitesten Volkskreise gebracht werden, um Alle zu einigen in der energischen Mitarbeit an der **Weiterführung** unserer bisherigen **Socialreform.**

Der Volksverein für das katholische Deutschland bietet in vorliegendem Werkchen eine von sachkundiger Hand herrührende Bearbeitung jener Verhandlungen, welche alles Unwesentliche und neben der Sache Liegende ausscheidet, und alles Wesentliche im stenographischen Wortlaute wiedergibt. Eine längere auf die socialdemokratische Nothstands-Interpellation zurückgreifende Einleitung und zahlreiche ausführliche Anmerkungen, in denen namentlich die in der Debatte berührten Quellen sorgfältig angeführt und die nothwendigen Erläuterungen und Verweisungen gegeben sind, sollen sowohl dem **Studium** dienen wie auch die **populäre Behandlung** des Gegenstandes in Reden und Abhandlungen erleichtern.

Der Vorstand

des Volksvereins für das katholische Deutschland.

I. Die Nothstands-Debatte und die Rede des Abg. Hitze über das sociale Programm des Centrums

in der Sitzung vom 14. Januar 1893.

Die schon seit längerer Zeit fühlbare und auf der ganzen deutschen Erwerbsthätigkeit schwer lastende Geschäftsstockung auf den meisten Gebieten unseres wirthschaftlichen Lebens hatte zu Anfang des Winters 1892/93 namentlich in den Großstädten zur Entlassung zahlreicher Arbeiter geführt. In vielen Städten nahmen sich die Gemeindevertretungen der Sorge für die Noth der dadurch arbeitslos gewordenen Arbeiter an. Fast überall aber benutzte die Socialdemokratie die herrschende Arbeitslosigkeit, um Versammlungen von Arbeitslosen einzuberufen, in denen für die Sache der Socialdemokratie agitirt wurde. Ueberall war das Thema, daß bei der heutigen „capitalistischen" Gesellschaftsordnung die Geschäftskrisen und die Perioden der Arbeitslosigkeit niemals aufhören könnten, und daß eine gründliche Besserung nur von der Socialdemokratie zu erhoffen sei, wenn die von dieser verlangte Expropriation oder „Vergesellschaftung" aller Productionsmittel, namentlich des Grund und Bodens, der Fabriken und Bergwerke durchgeführt und alsdann die Production je nach dem Bedarf der Consumtion planmäßig geregelt würde.

In dieser Zeit brachten unter dem 31. December 1892 die socialdemokratischen Abgeordneten Auer und Singer, unterstützt von der gesammten socialdemokratischen Fraction, im Reichstag eine Interpellation ein, durch die sie an den Herrn Reichskanzler die Frage richteten:

„Welche Maßregeln haben die verbündeten Regierungen ergriffen oder gedenken sie zu ergreifen, um dem notorisch vorhandenen Nothstande entgegenzuwirken, welcher in Folge andauernder Arbeitslosigkeit, vielfach vorgenommener Herabsetzung der Arbeitslöhne, sowie der allgemein gedrückten Erwerbsverhältnisse in den weitesten Volkskreisen herrscht."

Diese Interpellation kam in der Sitzung des Reichstags vom 12. Jan. 1893 zur Verlesung und wurde, nachdem der anwesende Staatssecretair des Innern, Dr. von Bötticher, sich zur Beantwortung derselben bereit erklärt hatte, vom Abg. Liebknecht begründet. In dieser Begründung führte derselbe aus:

„Es versteht sich von selbst, daß mit der bloßen Privatmildthätigkeit, auf die manchmal verwiesen wird, einem solchen Nothstande, wie wir ihn in Deutschland unzweifelhaft haben, nicht entgegengetreten werden kann; das Werk der Privatmildthätigkeit ist günstigstenfalls ein Tropfen auf einen heißen Stein. Da müssen die öffentlichen Körperschaften, Gemeinde, Staat, Reich — und das Reich allen voran — eintreten.

Mit den Gemeinden haben wir es hier nicht zu thun; ein Theil der Gemeinden hat schon gethan und thut schon, was in ihren Kräften steht.

Auch mit den Einzelstaaten haben wir es hier nicht zu thun. Wir erwarten, daß die Volksvertretungen der Einzelstaaten wie die Regierungen der Einzelstaaten das, was in ihren Kräften liegt und was ihre Pflicht ist, thun werden, um dem Nothstand abzuhelfen oder doch ihn zu mildern, namentlich durch Beschaffung von Arbeitsgelegenheit. . . . . Ich will nicht aufzählen, was bisher in den einzelnen Staaten geschehen ist; ich will anerkennen, daß vielfach ein guter Wille bekundet worden ist, aber alles Geschehene und Beschlossene reicht auch nicht annähernd aus.

Aber auch das Reich hat seine Verpflichtungen; es steht in erster Linie, an der Spitze. Seine Aufgabe ist es, von oben herab alle Bestrebungen zur Abhülfe des Nothstandes zu leiten und Plan hineinzubringen.

Es muß bedacht werden, wir haben es nicht mit einer localen, nicht einmal mit einer nationalen Erscheinung zu thun, die sich in Deutschland überall geltend macht, sondern wir haben es zu thun mit einer internationalen Erscheinung. Wir haben nicht mit einem vorübergehenden Uebel, welches bloß augenblicklich auftritt und etwa bloß durch zufällige, momentane Verhältnisse besonders scharf hervortritt, zu rechnen, sondern mit Verhältnissen, welche sich in allen Culturstaaten in gleichem Maße und wesentlich in den gleichen Erscheinungen offenbaren. Wir haben es, mit andern Worten, wie überhaupt in der Politik und vor allem in der Socialpolitik, nicht mit zufälligen Erscheinungen zu thun, sondern mit nothwendigen aus dem Organismus der heutigen Gesellschaft hervorgewachsenen Erscheinungen; und wir müssen, um diese zu begreifen, den Organismus der Gesellschaft selbst betrachten.

Eine Heilung ist bloß möglich auf organischem Wege, nicht durch mechanische Mittel. Palliativmittel können natürlich nur für den Moment nützen; da es sich aber nicht um ein momentanes Uebel handelt, muß der Staat und vor allen Dingen das Deutsche Reich, welches sich die Aufgabe gesetzt hat, auf dem Gebiete der Socialreform Muster zu sein, durch sein Beispiel wirken und die Initiative ergreifen."

Sodann erging sich der Abg. Liebknecht in scharfen Angriffen auf die heutige „gerühmte Gesellschaftsordnung" mit ihrer „capitalistischen Production", welche er „ein anarchistisches Treiben" nannte, „weil ein das Ganze ordnender Plan fehlt". Er besprach sodann den Normalarbeitstag, die Sonntagsruhe, die Beschränkung der Kinderarbeit, die freie Organisation der Arbeiter und die Arbeitsbörsen als Mittel, der periodischen Arbeitslosigkeit vorzubeugen. Bestimmte Anträge stellte er nicht. Am Schlusse seiner Rede rief er pathetisch aus: „Die Arbeiterklasse hat das Recht, zu fordern, daß auf der Bahn einer vernünftigen Socialpolitik und Social-

reform vorgegangen wird. Es muß geschehen; und wenn es nicht von oben geschieht, dann drängt die Nothwendigkeit dazu, daß es von unten geschehe.

Wir haben diese Interpellation gestellt, um unserer Pflicht zu genügen. Ich kann mir denken, welche Antwort wir erhalten werden; — aber welche Antwort wir immer bekommen werden, sie spricht über die Socialpolitik, die von der Reichsregierung betrieben wird, das Urtheil."

Der Staatssecretair des Innern, Herr von Bötticher, erkannte in seiner Antwort das Vorhandensein eines Nothstandes an, verwies ihm gegenüber zunächst auf die Initiative der Gemeinden und dann der Einzelstaaten, betonte die mangelnde Competenz des Reiches zum Eingreifen, indem das Reich nur in außerordentlichen Nothständen eine Initiative zu ergreifen habe, und zog schließlich aus der Thatsache, daß von keiner Seite bisher an die Reichsregierung das Ansinnen gestellt worden sei, dem jetzt vorhandenen Nothstande gegenüber activ zu werden, den Schluß, daß nirgends im deutschen Reiche ein solcher Nothstand bestehe, der die Reichsregierung zu einem Einschreiten veranlassen könnte."

An diese Interpellation und deren Beantwortung knüpfte sich eine lange Debatte über den Nothstand und die Mittel zu seiner Beseitigung, bezw. über die Mittel, künftige Nothstände zu verhüten, welche die Sitzungen vom 12., 13. und 14. Januar vollständig ausfüllte. In denselben wurden von den socialdemokratischen Abgg. Auer und Dreesbach ebenso die schärfsten Angriffe gegen die heutige Gesellschaftsordnung gerichtet, ohne jedoch über die Art sich zu äußern, wie der socialdemokratische Zukunftsstaat vor Krisen und Nothstandszeiten sich schützen werde. Während dieser Debatten nahm am 21. Jan. der Centrumsabg. **Hitze** Veranlassung, die socialpolitischen Grundsätze seiner Partei darzulegen. Diese Rede lautet wörtlich:

„Meine Herren, nach den zweitägigen Verhandlungen, trotzdem zwei Redner derjenigen Fraction, von welcher die Interpellation eingebracht worden ist, das Wort ergriffen haben, ist es mir bis heute noch nicht klar geworden, welches der praktische Zweck der Interpellation sein sollte.

Daß ein Nothstand in zahlreichen Gebieten unserer vaterländischen Production besteht, wird Niemand leugnen, ist auch von dem Herrn Staatssecretair v. Bötticher nicht in Abrede gestellt worden. Daß unter diesem Nothstande neben den Arbeitgebern vor allem auch die Arbeiter zu leiden haben, sogar am empfindlichsten getroffen werden, ist ebenso klar. Daß alle Parteien in diesem Hause, auch die socialdemokratische Partei nicht ausgenommen, volle Theilnahme den Arbeitern entgegenbringen und ihrerseits alles zu thun bereit sind, um dem Nothstande zu steuern, ist eben so gewiß. Die Frage ist nur: welche praktischen Mittel ergeben sich, wie ist zu helfen? Und da kann ich, nach der langen Discussion, die wir geführt, den Socialdemokraten am wenigsten zugeben, in dieser Frage uns wesentlich gefördert zu haben.

Meine Herren, mit Klagen und Anklagen ist es nicht gethan. Wenn es damit gethan wäre, dann wäre schon längst die ganze sociale Frage gelöst. Die Reden der Herren Interpellanten haben uns nur bestätigt, daß Einer mehr fragen kann, als Hundert beantworten können. Es gilt eben, praktische, positive Vorschläge zu machen, und diese sind die Herren der socialdemokratischen Partei schuldig geblieben. Nicht einmal eine Enquête über den Umfang und die Ur-

sachen der Arbeitslosigkeit haben sie beantragt; dieses wäre doch wenigstens etwas gewesen, und ist doch sonst gewöhnlich der Weg, um dem Ziele näher zu kommen.

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Liebknecht hat mit vollem Recht unterschieden zwischen den Mitteln, welche zur Beseitigung des augenblicklichen Nothstandes dienen, und den großen organisatorischen Vorschlägen für die Zukunft. Die Mittel, dem augenblicklichen Nothstande abzuhelfen, liegen vor allem in der Hand der Gemeinden. Der Herr Abgeordnete Liebknecht hat es abgelehnt, auf die Wege, welche die Gemeinden etwa einzuschlagen haben, einzugehen.

Die Mittel und Maßnahmen der Gemeinden sind naturgemäß sehr beschränkt, und ich glaube, der Herr Abgeordnete Liebknecht hat es sehr wohl empfunden, daß er gerade seine Freunde damit wenig befriedigen werde, wenn er darauf hinwies, daß die Gemeinden durch Steinklopfen, Holzhacken &c. Arbeitsgelegenheit geben könnten, um seine Parteigenossen einzuladen, auf diese Weise ihr „Recht auf Arbeit" auszuüben. Der Herr Abgeordnete Liebknecht hat auch bezüglich der Einzelstaaten dieselbe Zurückhaltung gezeigt; ich möchte aber glauben, daß hier erst recht aller Anlaß ist, wenigstens darauf hinzuweisen, daß auch die Staaten nach der Richtung hin sich ihrer Verantwortung bewußt sein sollen, und daß die staatlichen Betriebe zu solchen Zeiten am allerwenigsten dazu übergehen sollen, Arbeiterentlassungen in größerm Maße eintreten zu lassen. Als die Verstaatlichung der Eisenbahnen in Preußen beschlossen wurde, wurde vom Herrn Minister v. Maybach stets betont, daß gerade die Eisenbahnen in der Hand des Staates für einen Ausgleich der guten und schlechten Zeiten dienstbar gemacht werden sollten. Ich meine, der Staat hat ein doppeltes Interesse daran, daß in Zeiten der Arbeitslosigkeit Neubauten und Erweiterungen der bestehenden Einrichtungen vorgenommen werden, wo er einerseits finanziell besser fährt, indem er billiger bauen kann, aber auch anderseits dem Gemeinwohl und der arbeitenden Klasse große Dienste leisten kann, indem er Arbeitslose beschäftigt. Statt dessen sehen wir jetzt in Preußen, daß die Eisenbahnverwaltung die augenblicklich ungünstige Finanzlage durch Lohnreductionen und Arbeiterentlassungen zu heilen sucht, also demselben System huldigt, welches Privatunternehmer einzuschlagen pflegen Wir haben gewiß allen Grund, dem entgegenzutreten; wir sollten sogar an das Reichseisenbahnamt die Aufforderung richten, nach dieser Richtung hin in eine möglichst gründliche Prüfung einzutreten und entsprechende Schritte bei den Einzelstaaten zu thun. — Bezüglich der Fürsorge der einzelnen Gemeinden möge mir noch die Erklärung gestattet sein, daß wir ein „Recht auf Arbeit" für den einzelnen Arbeiter nicht anerkennen, daß wir aber wohl ein Recht auf ein Existenzminimum und eine Pflicht der Gemeinden anerkennen, in der Zeit außerordentlicher Arbeitslosigkeit alles Mögliche zu thun, um nicht durch Almosen, sondern durch Arbeit den Bedrängten zu helfen.

Meine Herren, nun komme ich zu den großen organisatorischen Maßnahmen, die der Herr Abgeordnete Liebknecht uns vorgeschlagen hat und die im Wesentlichen darauf hinausliefen, unsere Arbeiterschutz-Gesetzgebung weiter auszubauen. Gerade von diesen organisatorischen Vorschlägen gilt, was von allen socialdemokratischen Vorschlägen gilt: was neu ist, ist nicht wahr, und was wahr ist, ist nicht neu. Zunächst forderte der Herr Abgeordnete Liebknecht Herabsetzung der Arbeitszeit. Gewiß, damit sind wir vollständig einverstanden — auch wir sind für eine allmälige, stetige Herabsetzung der Arbeitszeit. Wir haben schon 1884 den gesetzlichen elfstündigen Maximal-Arbeitstag beantragt, haben immer wieder — speciell noch bei Berathung des letzten Arbeiterschutzgesetzes — den Antrag erneuert, aber leider so wenig Zustimmung gefunden, daß wir vorläufig auf die Weiterverfolgung dieses Weges verzichten zu müssen glaubten. Der Reichstag hat einen andern Weg eingeschlagen: er hat zunächst einen elfstündigen Maximal-Arbeitstag für die Arbeiterinnen zum Gesetz erhoben. Es besteht die Hoffnung, daß mit dieser Regelung der Arbeitszeit für die Arbeiterinnen sich auch die Arbeitszeit für den gesammten Betrieb derjenigen Fa-

briken, welche Arbeiterinnen in größerer Zahl beschäftigen, und in welchen bisher gerade die überlange Arbeitszeit üblich war, begrenzen wird und bald für alle Betriebe als Obergrenze maßgebend sein wird. Wir haben zunächst abzuwarten, wie weit diese Hoffnung sich erfüllt.

Dann ist weiter dem Bundesrath das Recht gegeben, aus besondern hygienischen Rücksichten die Arbeitszeit in einzelnen Betrieben weiter herabzusetzen. Wir werden auch nach dieser Richtung hin die Wirkung des Gesetzes einstweilen abzuwarten haben, und wir — das heißt die Mitglieder der Centrums-Fraction — werden im gegebenen Augenblick die entsprechenden Entschließungen treffen. Meine Herren, wir sind der Ueberzeugung, daß die Erfahrungen, welche sich aus der gesetzlichen Herabsetzung der Arbeitszeit für die Arbeiterinnen ergeben werden, dahin führen werden, daß auch die bisherigen Gegner des Maximal-Arbeitstages sich zu demselben bekehren und einsehen werden, daß eine umsichtige, stetige, maßvolle Beschränkung der Arbeitszeit keine wirthschaftliche Schädigung für den Arbeitgeber, wohl aber einen großen wirthschaftlichen und sittlichen Fortschritt für die Arbeiter bedeutet; wir sind der Ueberzeugung, daß, wenn wir so nach einer bestimmten Zeit etwa mit dem Antrag auf einen 10½- oder gar 10stündigen Maximal-Arbeitstag kommen, wir einen dankbarern Boden finden werden, als wir ihn bis heute mit dem 11stündigen gefunden haben.

Also den Herren von der socialdemokratischen Partei kann ich nur versichern: wir sind auf demselben Wege, nur bezüglich der praktischen Behandlung, des Tempo's und des Maßes sind wir verschiedener Ansicht. Da muß ich sagen: wenn die Herren immer auf dem achtstündigen Arbeitstag bestehen, so erblicke ich darin keine Maßnahme, der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, sondern ich sehe in dem allgemeinen schablonenhaften achtstündigen Arbeitstag den sichern Weg zu allgemeiner Arbeitslosigkeit: entweder zur Herabsetzung des Lohnes — was die Herren doch wohl selbst nicht wollen — oder aber, wenn die Löhne bleiben, zum Verlust des ausländischen Marktes und damit zu größerer Arbeitslosigkeit.

Meine Herren, die Socialdemokraten sagen uns nicht, ob sie den Achtstundentag für Ackerbau und Industrie wollen. Für den Ackerbau halte ich den Achtstundentag ganz und gar nicht für durchführbar. (Sehr richtig! im Centrum.) Wenn Sie aber nur für Industrie und Gewerbe den Achtstundentag durchführen wollen, was würde die Folge sein, — selbst abgesehen von dem Verlust des internationalen Marktes? Dadurch würden Sie das Zuströmen der landwirthschaftlichen Arbeiter zur Industrie nur noch vermehren und dadurch unausbleiblich die Löhne drücken und die Arbeitslosigkeit vermehren. Es wird dieser Zusammenhang nur zu oft vergessen auch bei der Steigerung der Löhne. Wenn z. B. die Löhne im Bergbau in außerordentlicher Weise gesteigert werden, dann ist ganz naturgemäß die Folge, daß so viel mehr Arbeiter zuströmen, daß nachher der Rückschlag um so stärker wird, — ein Rückschlag, der sich geltend macht durch Arbeitslosigkeit und durch Minderung der Löhne. Die Hauptschwierigkeit aber bleibt die Erhaltung des ausländischen Marktes. Wenn Sie z. B. den Achtstundentag für die Textilindustrie in Deutschland einführen wollten, würden Sie sofort unser ganzes Exportgebiet an England ausliefern. Und das wollen Sie doch auch nicht, da wir auf den Export naturnothwendig angewiesen sind. Wie wollen wir unsere heimische Bevölkerung ernähren, wie kleiden, wenn wir keinen Export mehr haben? Da wir auf den Import von Getreide, Baumwolle 2c. angewiesen sind, so müssen wir doch diesen Import durch den Export unserer Industrie decken.

Meine Herren, es ist überhaupt verkehrt, wenn die Herren der socialdemokratischen Partei meinen, mit einer schablonenhaften Regelung der Arbeitszeit würde die Ueberproduction, würde die zeitweilige Arbeitslosigkeit vermieden. Nein, der Weg muß anders gesucht werden! Sie können den Consum nicht regeln — ich hoffe, daß das Ihre Absicht auch in Ihrem Zukunftsstaat nicht ist — so lange Sie aber die Freiheit der Consumtion lassen, wird die Production der Con-

sumtion sich anbequemen müssen. Die Production läßt sich um so weniger schablonenhaft regeln, soweit wir mit dem ausländischen Markt zu thun haben. Die Aufgabe ist demnach: die Production möglichst in Harmonie mit de Consumtion, mit dem wechselnden Absatz, zu erhalten. Zu dem Zwecke habe ich mir erlaubt, bei Berathung des Arbeiterschutzgesetzes einen Antrag zu stellen, den Sie, namentlich die Herren der socialdemokratischen Partei, meines Erachtens nicht genügend gewürdigt haben. Der Antrag ging dahin: den Berufsgenossenschaften der Unfallversicherung das Recht zu geben, die Arbeitszeit innerhalb des Rahmens des Gesetzes, mit Zustimmung des Reichsversicherungsamtes oder auch des Bundesrathes weiter herabzusetzen, und zwar auf Zeit oder auf unbestimmte Dauer, um dadurch die Production zu regeln. Damit würden die schlimmen Wirkungen der Ueberproduction gemäßigt und gleichmäßiger auf alle Industrie-Unternehmer vertheilt. Jetzt führt die Ueberproduction zunächst dazu, auf Lager zu arbeiten; einzelne Unternehmer suchen durch Schleuderpreise, durch Herabdrückung der Löhne und selbst durch Verlängerung der Arbeitszeit sich noch künstlich einen Absatz zu erhaschen, und wirken so noch mit, die Ueberproduction zu befördern. Durch die Berufsgenossenschaften wird bei sinkender Conjunctur sofort die Regelung durch Verminderung der Arbeitszeit eintreten können. Meine Herren, ich sage, das dürfte nur geschehen mit Zustimmung des Bundesrathes oder des Reichsversicherungsamtes, sonst bestände die Gefahr, daß ein Industriezweig einseitig die Arbeitszeit so herabsetzt, daß er zugleich auf Erhöhung der Preise wirkt, was wieder zur Schädigung des consumirenden Publicums führen würde. Eine vernünftige Regelung der Production aber liegt sowohl im Interesse der Arbeitgeber, wie der Arbeitnehmer, wie der Gesellschaft; die Solidarität der Arbeitgeber und Arbeitnehmer würde um so mehr zum Ausdruck kommen, als im Ausschusse der Berufsgenossenschaften beide vertreten sind.

Meine Herren, wenn wir den Berufsgenossenschaften noch ein wirksameres Compelle geben wollen, um in dieser Sache einzugreifen, dann müßten wir ihnen die Versicherung gegen unverschuldete Arbeitslosigkeit übertragen. Ich weiß sehr gut und möchte das nachdrücklichst betonen, daß das ein Zukunftsprogramm ist; aber ich meine, daß dieser Gedanke schon jetzt ernster Erörterung würdig ist, und daß derselbe namentlich bei den Socialdemokraten Beifall finden müßte. Wenn die Berufsgenossenschaften die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit zu tragen hätten, dann würden sie ebenso, wie sie jetzt durch die Unfallversicherung interessirt sind, die Unfallverhütung zu ihrer Aufgabe zu machen, interessirt sein, die Verhütung der Arbeitslosigkeit zu ihrer Aufgabe zu machen. Sie würden z. B. so von selbst dazu kommen, den Arbeitsnachweis einzuführen, und ebenso im eigensten Interesse bei Zeiten eine allgemeine Herabsetzung der Arbeitszeit eintreten zu lassen, um Arbeitslosigkeit im weitern Umfange zu verhüten. Meine Herren, ich habe diese Gedanken nur vorgetragen, um zu zeigen, daß wir den Ernst dieser Frage vollauf würdigen, und daß wir in unsern positiven Vorschlägen jedenfalls schon etwas weiter gediehen sind, als die Socialdemokraten.

Meine Herren, eine vernünftige Regelung und Herabsetzung der Arbeitszeit wirkt gewiß der Ueberproduction entgegen; dasselbe gilt bezüglich des Schutzes der Sonntagsruhe. Auch nach dieser Richtung hin sind wir ebenso wie die Socialdemokraten — und vielleicht noch mehr — uns voll bewußt der Pflicht, in Gesetzgebung und Verwaltung jede mögliche Fürsorge zu treffen. Ich kann in dieser Beziehung nur lebhaft bedauern, daß es den verbündeten Regierungen bisher noch nicht möglich gewesen ist, die Bestimmungen bezüglich der Sonntagsruhe für den Großbetrieb und das Handwerk zur Ausführung zu bringen. Ich glaube um so mehr der Hoffnung Ausdruck geben zu dürfen, daß wenigstens im April endlich auch dieser Theil des Arbeiterschutzgesetzes in Kraft tritt, und daß die verbündeten Regierungen es sich ebenso angelegen sein lassen, auf eine weitere Aus-

dehnung des Sonntagsschutzes speciell auch im Verkehrsgewerbe hinzuwirken.

Herr Abg. Liebknecht hat weiterhin ein Verbot der Kinderarbeit verlangt. Ich weiß nicht, wie er das meint. Meint er vielleicht, auch die Beschäftigung der jugendlichen Arbeiter von 15 bis 16 Jahren soll verboten werden? (Zuruf: Nein!) — Also ich nehme an, daß das nicht beabsichtigt ist. Dann würde ein Verbot der Kinderarbeit nur insoweit noch erübrigen, daß die wenigen aus der Schule entlassenen Kinder zwischen 13 und 14 Jahren nicht beschäftigt werden sollen. Nach dieser Richtung können wir abwarten, was die Statistik ergeben wird. Ich bin überzeugt, daß die Zahl dieser in Fabriken beschäftigten Kinder so gering sein wird, daß ihnen gegenüber die große Frage der Arbeitslosigkeit absolut nichts zu besagen hat. Wenn wir aber weiter gehen und auch die über 14 Jahre alten im Gewerbe beschäftigten jugendlichen Arbeiter herausdrängen wollten, so kann ich nur sagen, daß dadurch die Arbeitslosigkeit nicht beschränkt, sondern gesetzlich vermehrt, und die Noth der Arbeiterfamilien erhöht werden würde. Schon für die sittliche Erziehung der jugendlichen Arbeiter ist es nothwendig, daß sie in angemessener Weise beschäftigt werden.

Merkwürdigerweise hat Herr Abg. Liebknecht von einer weitern Beschränkung der Beschäftigung der Arbeiterinnen nicht gesprochen. Meine Fraction steht insbesondere auf dem Standpunkt: die verheirathete Frau und Mutter gehört an den häuslichen Herd, an die Wiege ihrer Kinder. Wir streben als letztes Ziel an, die verheirathete Frau aus der Fabrik auszuschließen. Ich erinnere mich nun noch recht gut einer Rede des Herrn Abg. Singer, in welcher er uns nach dieser Richtung hin unterstützte, so daß einer meiner Fractionsgenossen es als charakteristisch bezeichnete, daß Herr Singer für die Errungenschaften der christlichen Anschauung kämpfe, während wir bei christlichen Parteien so wenig Verständniß fänden. Das war damals. Inzwischen haben Sie die „Emancipation der Frau" in Ihr Zukunftsprogramm aufgenommen; diese hat aber die volle gleiche Erwerbsthätigkeit der Frau zur Voraussetzung. Damit läßt sich unsere Forderung zum Schutz des christlichen Familienlebens nicht vereinbaren. Ich möchte wünschen, daß wir uns auch auf diesem Gebiete wieder zusammenfänden.

Ueberhaupt muß ich bedauern, daß die Herren von der socialistischen Partei uns in allen diesen Fragen des Arbeiterschutzes sehr wenig praktisch unterstützt haben. Im entscheidenden Augenblick haben sie gegen alle socialen Gesetze gestimmt. Wenn wir es ebenso hätten machen wollen, so würden wir heute so weit sein wie vor 20 Jahren und nie weiter kommen. Sie können ja sagen: es hat nichts geschadet, die Majoritäten waren doch sicher. Aber einerseits möchte ich betonen, daß wir manche weitere Forderung, z. B. im Arbeiterschutzgesetze, hätten durchsetzen können, wenn wir auf Ihre volle Unterstützung bis zur Schlußabstimmung hätten rechnen können. Aber jetzt waren wir allein auf die andern Parteien angewiesen und mußten auf manchen weitern Vorstoß verzichten, um nicht alles zu gefährden. Anderseits rechnen Sie ja auf eine große Vermehrung Ihrer Mandate, und können Sie eine entscheidende Partei werden, dann wird die Verantwortung für Sie viel größer sein, und Sie werden sich dann doppelt zu überlegen haben, ob Sie solche Gesetze wie das Arbeiterschutzgesetz, die Krankenversicherung, die Unfallversicherung an Ihrem Widerspruch scheitern lassen wollen. (Zuruf: Jawohl!) — Also ablehnen würden Sie nach wie vor? Ich kann dann die deutschen Arbeiter nur nachdringlichst darauf hinweisen, daß, wenn die Socialdemokraten in größerer Anzahl hier erscheinen, wenn Sie zur entscheidenden, den Ausschlag gebenden Partei werden, die Arbeiter weitere praktische Fortschritte in Bezug auf den Arbeiterschutz nicht mehr zu erwarten haben!

Meine Herren, Herr Abgeordneter Liebknecht hat dann weiter den Standpunkt vertreten, daß zur Regelung der Production auch die Organisation der Arbeiter in Gewerkvereinen von großer Bedeutung sei. Auch in dieser

Frage stehen wir auf gleichem Boden; wir sind stets für das Coalitionsrecht der Arbeiter eingetreten. Ich bin stets allen Bestrebungen, sei es der Arbeitgeber, sei es der Staatsverwaltung, das Coalitionsrecht zu unterdrücken, entgegengetreten. Wir begrüßen mit Freuden die Erklärung des Herrn Ministers, daß die Staatsregierung das Coalitionsrecht voll und ganz anerkenne, und ich möchte die Bitte anfügen, den Versuchungen zu widerstehen, nach den unerfreulichen Erfahrungen, welche die Staatsregierung (bei Gelegenheit des Strikes in Saarbrücken) gemacht hat, um durch Verwaltungsmaßnahmen praktisch die Coalition wieder zu beschränken. Der Erfolg solcher Maßnahmen ist stets zweifelhafter Art. Namentlich durch polizeiliche Chicane werden die Führer nur zu leicht als »Martyrer« der Arbeitersache erscheinen, und wird das Zusammenhalten der Arbeiter im feindlichen Sinne nur vermehrt.

Meine Herren, wir haben im vorigen Jahre entscheidend mitgewirkt bei dem Gesetzentwurf, der Ihnen durch Herrn Dr. Hirsch und Genossen wieder unterbreitet ist [1]). Ich bin eben der Ansicht, daß nicht darin der Weg der Reform liegt, daß der Arbeitgeber oder Staat mit Repressivmaßregeln gegen die Arbeiter vorgeht, sondern darin, daß wir das Coalitionsrecht gesetzlich ausbauen. Wenn wir gesetzlich anerkannte, im Rahmen gesetzlicher Formen geschaffene Arbeiterorganisationen haben, dann können wir diesen, namentlich den Vorständen, auch die entsprechende Verantwortung zuschieben. Nur auf solchem Wege werden wir dahin kommen, auch dem Massenvertragsbruch entgegenzutreten. Wir können ganz gut, wenn die Arbeiter im Rahmen gesetzlicher Organisation z. B. Fonds ansammeln, um im Falle des Streiks sich zu unterstützen, zur Bedingung und Pflicht machen — wie es auch in einem Erlaß des Handelsministers ausgesprochen ist —, nur unter Innehaltung des Vertrages und erst dann in den Streik einzutreten, wenn alle Mittel eines schiedsrichterlichen Ausgleiches erschöpft sind. Heute, (wo man vielfach das Coalitionsrecht noch nicht frei zur Entfaltung kommen läßt und die Entwickelung desselben höchst ungenügend ist), dürfen wir uns nicht wun-

---

[1]) Gemeint ist das „Gesetz betreffend die eingetragenen Berufsvereine". In der Session des Reichstages von 1891/92 war ein Entwurf zu einem solchen Gesetz von dem freisinnigen Abg. Dr. Hirsch eingebracht und nach der ersten Lesung an eine Commission verwiesen worden. In dieser Commission wurde der Entwurf wesentlich nach den Anträgen des Centrums-Abgeordneten Spahn umgearbeitet, kam aber wegen Schlusses des Reichstages nicht mehr zur Verabschiedung. Zu Anfang der Session 1892/93 brachte der Abg. Dr. Hirsch diesen Entwurf in der vom Abg. Spahn abgeänderten Form wieder ein. Der Entwurf will „Vereinen, welche die Förderung der Berufsinteressen und die Unterstützung ihrer Mitglieder bezwecken", also namentlich den Gewerkvereinen der Arbeiter, eine feste Rechtsgrundlage verschaffen, um auf diese Weise die Bildung solcher Vereine zu fördern. Nach § 9 des Entwurfs kann der Zweck der Berufsvereine insbesondere durch folgende Unterstützungen und Einrichtungen erstrebt werden: „1. unentgeltliche Rechtsberathung und Rechtsschutz; 2. Arbeitsnachweisung und Unterstützung bei Reisen, bei Arbeitslosigkeit, Arbeitsausständen und Arbeitsausschlüssen, sowie in außerordentlichen Nothfällen; 3. berufliche Bildung durch Vorträge, Discussionen und Beschlußfassung über alle das Interesse der Mitglieder berührenden Fragen, Unterrichtscurse, Bibliotheken und Zeitschriften, insbesondere Förderung der körperlichen, technischen, geistigen und sittlichen Ausbildung der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter; 4. Vertretung der Rechte und Interessen der Mitglieder, insbesondere durch Errichtung von Schieds- und Einigungsämtern." Die Unterstützungen und Einrichtungen können auch auf die Familienangehörigen der Mitglieder ausgedehnt werden. — Wenn nicht in Folge der Militairvorlage eine Auflösung des Reichstages stattfindet, wird der Entwurf in der laufenden Session wohl ohne Zweifel durchberathen.

dern, wenn es etwas wild zugeht und zu Excessen kommt. Also nicht Beschränkung des Coalitionsrechts, sondern richtige Ausgestaltung der rechtlichen Grundlage des Coalitionswesens halte ich für den richtigen Weg.

Herr Liebknecht hat weiter die Arbeitsbörsen als eine Institution hingestellt, die geeignet sei, der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Da muß ich doch meine großen Bedenken äußern. Ich halte die Einrichtung des Arbeitsnachweises für sehr harmlos. Ich bin gern bereit, wenn Sie einen solchen Gesetzentwurf einbringen wollen, daß z. B. alle Gemeinden einen Arbeitsnachweis einrichten sollen, in eine Prüfung desselben einzutreten. Aber daß damit die Arbeitslosigkeit verringert wird, möchte ich ganz entschieden bestreiten. In Zeiten des Nothstandes, der Arbeitslosigkeit fehlt eben die Nachfrage nach Arbeitern. Dadurch, daß Sie das Angebot organisiren, werden Sie die Nachfrage nicht vermehren. Es kann sogar umgekehrt wirken: Arbeitsbörsen können eben so gut dazu führen, die Löhne herabzudrücken, statt zu verbessern. (Sehr richtig!) Dann können die Arbeitgeber, die jetzt hohe Löhne zahlen müssen, sich um so leichter Arbeiter zu niedrigern Löhnen beschaffen. Also ich kann in der Errichtung von Arbeitsbörsen keine große organisatorische Maßregel erblicken.

Nun beklagt Herr Liebknecht, daß auf allen diesen Gebieten die verbündeten Regierungen wenig gethan haben, daß sie im Gegentheil den Nothstand durch das Schutzzollsystem sogar noch verschlimmert hätten. Herr Abgeordneter Dr. Barth (von der freisinnigen Partei) hat gestern, wie früher, als ausgesprochenes Ziel der Vertreter des Schutzzolles hingestellt, die Preise zu erhöhen und so die Rente der Besitzer zu vermehren. Wenn das Ihre Ueberzeugung ist, so muß ich doch bitten, unsere Versicherungen, daß es sich für uns dabei in der That einzig und allein um den Schutz der nationalen Arbeit handelt, wenigstens als ehrliche anzusehen. Wenn wir z. B. für den Eisenzoll gestimmt haben, glauben Sie denn wirklich, Herr Dr. Barth, daß wir das gethan haben, um den Herren Krupp oder Baare oder Freiherr von Stumm die Rente zu erhöhen? Wir denken eben an die Tausende und Hunderttausende von Arbeitern, die dabei in Betracht kommen. Wir wollen die Rente der Besitzer nicht vermehren, sondern nur **auf solcher Höhe erhalten, daß keine Einstellung oder Beschränkung des Betriebes erfolgen muß, und die Arbeiter entlassen werden;** das ist unsere einzige Rücksicht.

Dasselbe gilt bezüglich der Getreidezölle. Wir wollen die Arbeit des kleinen Bauernstandes schützen, auch die Grundrente des Großgrundbesitzes vor einem solchen Sturze bewahren, daß die Grundbesitzer nicht von der intensiven zu einer extensiven Wirthschaft übergehen und damit zu großen Arbeiterentlassungen kommen müssen. (Sehr gut!)

Wenn die Felder, die heute dem Getreidebau, dem Rübenbau dienen, in Weideland oder Wald umgewandelt werden, dann ist das nicht bloß ein Schaden für den Grundbesitzer — der wird ihn am ehesten tragen, sondern dann sind es die Arbeiter, die darunter vor allem leiden. Der Getreidebau ist intensiver, erfordert mehr Arbeitskräfte als die Viehwirthschaft, kommt zugleich mehr der Ernährung der heimischen Bevölkerung zu gute. Wenn diese Betriebsarten aber nicht mehr Gewinn abwerfen, um die Arbeitslöhne zu decken, dann wird an Arbeitskräften gespart werden, die entlassenen Arbeiter werden den Industriecentren zuströmen und dort die Löhne weiter herabdrücken. Das ist unsere Schlußfolgerung — Sie mögen sie für unrichtig halten, aber sie ist für uns entscheidend, und Sie müssen wenigstens würdigen, daß das für uns die Gesichtspunkte sind, welche uns zu einem gemäßigten Schutzzollsystem bestimmen.

Herrn Liebknecht möchte ich noch bemerken: wenn etwas beweist, wie berechtigt der Schutzzoll ist, so ist es der jetzige Nothstand. **Jetzt sind die Preise der landwirthschaftlichen Producte so niedrig wie jemals; aber ist jetzt der Arbeiterwelt geholfen? Nein!** Unser Grundsatz ist: **volle Beschäftigung der Arbeiter, möglichst gute Löhne — das ist viel**

wichtiger als niedrige Getreidepreise. (Sehr richtig! rechts und im Centrum.)

Meine Herren, ich habe schon gesagt, daß die wirthschaftlichen Krisen eine der traurigsten Seiten der heutigen Gesellschaftsordnung seien. Die Herren der socialdemokratischen Partei resp. ihre Vorkämpfer Marx und Lassalle haben — das kann ich anerkennen — das Verdienst, daß sie diese Mißstände gründlich beleuchtet haben. Aber diese Kritik kennen wir jetzt, sie ist 10, 20 Jahre alt, ist in die Wissenschaft übergegangen; keinem Socialpolitiker ist sie unbekannt. Nun ist endlich Zeit, die Wege zu zeigen, wie dem beizukommen ist. Sie vertröften uns immer auf den Zukunftsstaat, sagen uns aber auch da nicht, wie es zu machen sei, um wirthschaftlichen Krisen vorzubeugen. Wenn Sie uns nur irgend einen Weg zeigen wollten! Ich habe Ihnen dargelegt, daß an und für sich — (Zuruf des Abg. Bebel: Sie folgen ja doch nicht!) — Ja, meine Herren, wir müssen doch erst wissen, ehe wir folgen können, wohin der Weg geht; wenn Sie uns einen gangbaren Weg zeigen, — ich verspreche Ihnen: ich werde mit aller Objectivität denselben prüfen und, wenn er praktisch zum Ziele führt, Ihnen treu folgen. Aber, meine Herren, mit allgemeinen Redensarten über die „Anarchie" der heutigen Production ist nichts gethan. Die Beseitigung der Productionskrisen wird damit nicht erreicht, daß man in dieser Weise Kritik übt, wie Sie. Kommen Sie mit positiven Vorschlägen nach irgend einer Richtung! Ich habe wenigstens den Versuch gemacht, Ihnen Vorschläge zu machen, die Production mit der Consumtion in Harmonie zu erhalten — prüfen Sie und bringen Sie eventuell Gegenvorschläge. In Ihren Schriften stellen Sie es immer so dar, als ob die Erscheinung der Ueberproduction und die Unregelmäßigkeit der Production die besondere Eigenthümlichkeit der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung sei und mit dieser von selbst verschwinden würde. Meine Herren, es wird Ihnen nie gelingen, diese Unregelmäßigkeiten der Production zu beseitigen; — es wird Ihnen nicht gelingen, so lange Sie nicht die Consumtion regeln, vorschreiben wollen. Beim Militair kann man die Production regeln, weil man die Consumtion regelt: jeder erhält so und so viel Garnituren, so und so viel zu essen usw.; da können Sie also im voraus feststellen, was zu produciren ist; aber so lange Sie die Freiheit der Consumtion zulassen, so lange Sie dem individuellen Geschmack, der Auswahl der Lebens- und Luxusmittel Freiheit geben, werden Sie die Production unmöglich regeln können. So lange Sie es mit dem ausländischen Markt zu thun haben, wird Ihnen die Regelung erst recht nicht möglich sein. Wenn die Bevölkerung der ganzen Welt in einer Weltrepublik vereinigt ist, und Herr Bebel ihr Präsident ist, der alle Völker mit absoluter Gewalt beherrscht und leitet und ihnen seine wirthschaftlichen Gesetze aufzwingt, genau den Productions- wie Consumtionsplan festsetzt — wenn das der Fall ist, könnte vielleicht an eine Verwirklichung der „planvollen Production" gedacht werden. Aber auch dann selbst, so lange Sie die Ernte nicht bestimmen können, das Wetter nicht regeln können, werden Sie nie bestimmen können, wie die Consumtion und die Production sich zu gestalten hat. So lange Sie die Dauer und die Härte der Winter nicht bestimmen können, müssen Sie sich schon in der Production der Textilfabricate den Verhältnissen anbequemen. Auch die technischen Umwälzungen werden Sie nicht beseitigen können, sondern damit rechnen und nun entweder willkürlich die Arbeiter abcommandiren oder aber die Consumtion bis in's Einzelne vorschreiben müssen."

Die Aufforderung des Abg. Hitze an die Socialdemokraten, die Wege zu zeigen, wie im socialdemokratischen Zukunftsstaat den wirthschaftlichen Krisen und der Arbeitslosigkeit vorgebeugt werden solle, wurde zunächst nicht beachtet. Der Abg. Bebel hatte auf die Aufforderung Hitze's mit der billigen Ausflucht geantwortet: „Sie folgen ja doch nicht!" Dabei blieb es einstweilen.

II. Die Debatte über den socialdemokratischen Zukunftsstaat.

1. Die Sitzung des Reichstags am 31. Januar 1893.

Bei Gelegenheit der zweiten Berathung des Reichshaushalts-Etats, und zwar bei dem Etat des Reichsamts des Innern, Titel: Staatssecretair des Innern, kam die Debatte wieder auf den Nothstand zurück. Wiederum wurde die Gelegenheit von den socialdemokratischen Abgeordneten Schmidt (Sachsen) und Bebel zu scharfen Angriffen auf die heutige Gesellschaftsordnung benutzt, ohne positive Vorschläge zur Abänderung zu machen. Daraufhin apostrophirte in der Sitzung vom 31. Januar 1893 zunächst der nationalliberale Abg. Dr. Buhl die Socialdemokraten folgendermaßen:

„Die Herren von der Socialdemokratie werfen der ganzen gegenwärtigen Weltordnung vor, daß überhaupt Krisen vorkommen. Dieselben sind so klug, ihr künftiges Programm nicht zu enthüllen (sehr richtig! links); aber wenn es ein Mal dahin kommen sollte, daß in ihrem Staate die Milliarden geschaffen werden müssen, die wir als Tauschwerth brauchen, um Nahrungsmittel, um Halbfabricate aus dem Ausland zu beziehen, dann wird es sich wohl zeigen, zu welchen Krisen es kommen wird, wenn die Production für den Bedarf nicht gleichmäßig hergestellt werden kann.

Meine Herren, wir haben nach unsern letzten statistischen Nachrichten ungefähr einen Betrag von 4000 Millionen Mark an das Ausland für derartige Producte zu bezahlen — wenn Sie in Ihrem Staate diese Werthe ein Mal schaffen sollten, um das ganze Volk, wie wir es jetzt haben, zu ernähren, dann möchte ich sehen, zu was für Krisen es in dieser Zeit kommt! (Zurufe von Seiten der Socialdemokraten: Abwarten!) — Die Herren rufen immer dazwischen: »Abwarten!« — sie hüllen sich ja gerade deshalb in ihr Schweigen, weil sie mit ihren Projecten nicht hervortreten können."

Auf diese scharfe Provocation antwortete der Abg. Bebel wieder nur ausweichend: „Herr Dr. Buhl hat darauf Bezug genommen, daß wir immer die bürgerliche Gesellschaft anzugreifen pflegten, daß wir uns aber schönstens hüteten, unsere Pläne zu entwickeln, wie wir uns den socialistischen »Staat« dächten. Ich sage hier wieder, was ich schon neulich gesagt habe: wenn ich das versuchen würde, würde ich zunächst wahrscheinlich mit dem Herrn Präsidenten in Conflict kommen. Auf der andern Seite aber sage ich: das, was wir in Zukunft wollen, können Sie jederzeit in großen Zügen in unserer Litteratur finden; ich brauche das nicht erst zu sagen. Was sollen wir aber hier Reden halten, durch die Sie, wie wir von vorneherein wissen, doch nicht überzeugt werden? Jeder, der sich mit diesen Dingen beschäftigen will, hat in unserer socialistischen Litteratur Material in Hülle und Fülle, um klar zu sehen, was

die socialdemokratische Partei für einen sogenannten »Zukunftsstaat« erstrebt. So lange wir mit Ihnen zu kämpfen haben, so lange wir Ihnen gegenüber in der Minorität sind, haben wir keine Veranlassung, ernsthaft mit unsern Plänen herauszukommen. Das geschieht in dem Augenblick, wo wir die Macht in den Händen haben werden, und dann in ausreichendstem Maße."

Diese leeren Ausflüchte wurden sodann von dem Staatssecretair des Innern, Herrn von Bötticher folgendermaßen zurückgewiesen: „Ich habe es in der That lebhaft zu bedauern, daß der Herr Abgeordnete Bebel nicht der Anregung des Herrn Abgeordneten Dr. Buhl gefolgt ist, uns ein Mal ein recht klares Bild über den socialistischen Staat zu geben, in dem ja natürlich jeder Nothstand aufhören wird. (Zuruf links.) Wenn der Herr Abg. Bebel als Grund dieser seiner Enthaltsamkeit angeführt hat, daß er mit Rücksicht auf den Herrn Präsidenten dieses Thema nicht anschneide, so mache ich darauf aufmerksam, daß man bei dem Etatstitel 1 des Cap. 7 »Staatssecretair des Innern«, wie das Beispiel zeigt, über alles reden darf (Heiterkeit), daß er also schwerlich zu befürchten hat, von dem Herrn Präsidenten unterbrochen zu werden. Ich würde es ganz außerordentlich begrüßt haben, wenn uns ein Mal so recht klar und deutlich gemacht würde, wie die Socialdemokratie es sich denkt, daß der Nothstand oder die Armuth aus der Welt geschafft werden kann."

Der Abg. Bebel und mit ihm die sämmtlichen Mitglieder der socialdemokratischen Fraction schwiegen. Der Abgeordnete Bebel hatte darauf hingewiesen, daß der socialdemokratische Zukunftsstaat in den Werken der Schriftsteller seiner Partei zu finden sei; aber er weigerte sich, die Anschauungen seiner Partei über denselben im Reichstag vorzutragen. Nunmehr versuchte der Abg. **Dr. Bachem** den Abg. Bebel zum Reden zu bewegen, endlich mit besserm Erfolg. Die Rede des Abg. Dr. Bachem lautete folgendermaßen:

„Meine Herren, die heutige Debatte, welche von unsern Collegen der socialdemokratischen Partei angeregt worden ist, ist ja im Wesentlichen eine Fortsetzung der Debatte, welche wir in der vorigen Woche über den Nothstand hier gehabt haben. Ich bin darum auch dieser Debatte mit der größten Aufmerksamkeit gefolgt, in der Hoffnung, aus derselben etwas lernen zu können. Ich muß leider sagen, daß die Ausbeute nicht sehr groß gewesen ist. Wir haben wiederum von den Herren von der socialdemokratischen Fraction eine überaus bittere Kritik unserer heutigen Gesellschaftsordnung gehört. Sie haben vieles getadelt, was auch wir durchaus nicht loben, sie haben vieles hervorgehoben, was uns durchaus nicht unbekannt ist; aber während wir immer bemüht sind, auf dem Boden unserer heutigen Wirthschaftsordnung eine Besserung aller dieser Verhältnisse herbeizuführen, haben die Herren uns heute nicht ein einziges Mittel angegeben, wie denn allen diesen bösen Dingen, die sie uns vorgetragen haben, und die ich mit ihnen im höchsten Maße bedauere, abzuhelfen sei. Meine Herren, ich glaube sagen zu dürfen, daß es um die wirthschaftliche Wohlfahrt unserer deutschen Arbeiter sehr übel bestellt wäre, wenn alle Leute in Deutschland um Mittel

zur Abhülfe ihrer Noth so verlegen wären, wie die Herren von der socialdemokratischen Partei. Wenn nicht andere Parteien da wären, die in anderer, energischer Weise an die Besserung herantreten, und die schon Erhebliches auf diesem Wege erzielt haben, dann würden wohl unsere deutschen Arbeiter noch recht lange vergeblich auf eine Besserung ihrer Lage warten müssen.

Der Herr College Bebel hat uns auch heute wieder nur das eine Wort entgegengehalten: alle diese Dinge werden in unserm socialdemokratischen Staate nicht sein! Das ist ihr Alpha und das ist ihr Omega, und dazwischen liegt ein großer Ocean von Vacuum; was zwischen dem Anfangs= und dem Endpunkt dieses Wortes liegt, weiß Niemand. Ich habe schon früher den Herrn Collegen Bebel gebeten, uns doch diesen socialdemokratischen Staat etwas näher auseinander zu setzen. Der Herr Staatssecretair des Innern hat heute ihn darauf aufmerksam gemacht, daß bei demjenigen Titel, bei dem wir uns befinden, der Herr Präsident gar nicht in der Lage ist, den Socialdemokraten die ausgiebigste Auseinandersetzung ihrer staatsbauenden Ideen zu verwehren. Also, meine Herren, warum benützen Sie diese Gelegenheit nicht?

In der vorigen Woche hat der Herr College Bebel entgegengerufen, als er gebeten wurde, den socialdemokratischen Staat uns hier mitzutheilen: »Sie folgen ja doch nicht!« Ja, meine Herren, ist denn das ein Grund, ihn uns nicht mitzutheilen, weil Sie von uns die ganz unberechtigte schlechte Meinung haben, wir würden Ihnen nicht folgen? (Heiterkeit.) Wenn wir Ihnen nicht folgen, dann ist es um so mehr nöthig, daß Sie unsern tauben Ohren Ihren Staat predigen, bis wir Ihnen folgen.

Aber ich will dem Herrn Collegen Bebel die Versicherung geben, daß wir ihm alsbald folgen, wenn er uns diesen Staat auseinandersetzt. Wir werden keiner Schwierigkeit aus dem Wege gehen, wir werden keine Auseinandersetzung vermeiden: im Gegentheil, ich denke, daß wir aus einer derartigen Debatte recht Erkleckliches lernen dürften. Ich darf ihm auch die Versicherung geben, daß wir diese Debatte mit voller Objectivität und Ruhe führen wollen, nicht im Parteiinteresse, daß wir nicht irgend welche Reden zum Fenster hinaus dabei halten wollen, sondern daß wir ehrlich bestrebt sein werden, aus demjenigen, was er uns vorträgt, dasjenige herauszunehmen, was etwa nothwendig ist.

Heute ist wiederum den Herren der Vorwurf gemacht worden, daß sie uns ihren Staat nicht auseinandersetzen, und was haben sie geantwortet? »Er steht ja in unsern Werken!« hat der Herr College Bebel ausgerufen. Ja, meine Herren, ich habe die Werke der Socialdemokraten »durchaus studirt mit heißem Bemüh'n«, gerade in der Absicht, mir klar zu machen, wo denn diese Herren hinzielen. Als ich aber alle diese Werke durchstudirt hatte, da mußte ich mir leider weiter bekennen:

Da steh' ich nun, ich armer Thor,
Und bin so klug als wie zuvor!

(Heiterkeit. — Zuruf von den Socialdemokraten.) — Meine Herren, wenn Sie klüger sind, bitte, theilen Sie Ihre Weisheit mit! Sagen Sie uns wenigstens das eine, in welchem Ihrer Werke steht denn der social=

demokratische Staat? Steht er in dem Werk von Köhler[1])? Das haben Sie ja desavouirt! Steht er in dem Werk von Bebel[2])? Das haben Sie sich schwer gehütet anzuerkennen! Oder steht er in dem Werk von Bellamy[3])? Oder wo steht er denn? Bitte, sagen Sie es doch! Meine Herren, in Ihren Werken steht allerhand; aber ein socialdemokratischer Staat steht nicht darin. Ich habe wohl einige Balken, einige Schindeln und einige Flecken Wand gefunden in Ihren Werken, von denen Sie vielleicht die Meinung haben, sie würden in einem dereinstigen socialdemokratischen Staat verwendet werden können. Aber ist denn das ein Staat? Klare Grundlinien, eine klare, ausgiebige Auseinandersetzung habe ich nicht gefunden. Wie Sie die Consumtion und die Production regeln wollen, habe ich nicht gefunden. Ich habe nur gefunden, daß Sie die Production regeln wollen; — nehmen Sie es mir nicht übel, ich zweifele an Ihrer Fähigkeit, das zu thun, und wenn Sie uns die Ueberzeugung beibringen wollen, daß Sie es fähig sind, wohl, meine Herren, einen Befähigungsnachweis haben Sie nicht erbracht! Und den müssen Sie hier erbringen. (Sehr gut! im Centrum.) Wir fordern doch gewiß mit Recht von Ihnen einen Befähigungsnachweis, wenn Sie uns einen neuen Staat bauen wollen an Stelle desjenigen Staates, den wir haben, der uns ja nicht nach allen Richtungen hin genügt, den wir bessern müssen und bessern wollen, unter dessen Dach wir aber immerhin trocken sitzen. Erst muß ich doch wissen, ob wir nicht unter dem Dach, das Sie bauen wollen, verfrieren oder verhungern, ehe ich mich auf irgend etwas einlasse, was unsere heutige Staatsordnung untergräbt.

Es ist ja von anderer Seite sodann auch versucht worden, aus denjenigen Rudera eines socialistischen Staates, die hier und da in geistreichen Aperçus in Ihren Werken verstreut sich finden, einen socialdemokratischen Staat aufzubauen. Unser College Richter hat ja versucht, nach Ihren Rudera einen Staat zu bauen, wie er etwa Ihren Ideen entspricht[4]). Ja, meine Herren, ich muß sagen, die Folgerichtigkeit dieses Versuches des Herrn Collegen Richter habe ich nicht bestreiten können, und Sie haben auch gar nicht den Nachweis geliefert, daß der Versuch mißlungen sei. Nun, meine Herren, erkennen Sie denn diesen socialdemokratischen Staat als den Ihrigen an, wie der Herr College Richter ihn aufgebaut hat? Sie werden doch zugeben müssen, daß diejenigen Grundlinien, die der Herr College Richter in seinem Werkchen gezogen hat, ein viel klareres Bild eines Staates geben, als alles, was irgendwie in Ihren Werken zu finden ist. Haben Sie etwa dieses Werk von Richter in Ihr Programm aufgenommen? Haben Sie erklärt, das ist jetzt der officielle socialdemokratische Staat, wie wir ihn wollen? Nein, das haben Sie nicht gethan! Ich nehme auch an, daß Sie das nicht thun

---

[1]) Oswald Köhler, Der socialdemokratische Staat. Nürnberg 1891.

[2]) August Bebel, Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Achte unveränderte Auflage. London 1890.

[3]) Eduard Bellamy, Ein Rückblick aus dem Jahre 2000 auf das Jahr 1887. Deutsche Uebersetzung von Gizycki, Leipzig, Reclam.

[4]) Eugen Richter, Socialdemokratische Zukunftsbilder. Berlin, Verlag Fortschritt. 236. Tausend. Januar 1893.

werden, und daß Sie niemals gesonnen sind, das zu thun. Ja, aber, meine Herren, wenn Sie die Arbeit des Herrn Collegen Richter nicht als richtig bezeichnen, dann kann kein Mensch von der Aufgabe Sie dispensiren, daß Sie nun endlich diejenige Aufgabe lösen, die Herr College Richter versucht hat, Ihnen vorzumachen. Sie haben die Pflicht, wenn Sie das Werk des Herrn Collegen Richter als nicht richtig bezeichnen, diesem ein anderes Werk entgegenzusetzen, in dem Sie nachweisen: so soll unser socialdemokratischer Staat nicht aussehen, er wird anders aussehen, und zwar so, — und dann werden wir ganz genau Schritt für Schritt dieselbe sorgfältige Durchführung verlangen, wie wir sie an dem Werke des Herrn Collegen Richter bewundern. (Beifall im Centrum.) Meine Herren, aus dem Studium Ihrer Schriften ist mir eins klar geworden: daß nämlich in dem socialdemokratischen Staat ein ungleich höheres Maß von Autorität von oben nothwendig sein wird (sehr richtig! im Centrum und rechts), und ein ungleich höheres Maß von freiwilligem Gehorsam, von Berufsfreudigkeit und Begeisterung für die Solidarität von unten. Meine Herren, wenn alle Menschen Engel wären, ließe sich vielleicht darüber reden, einen Staat aufzurichten, der lediglich auf der Autorität von oben, auf der Berufsfreudigkeit, auf der Pflichttreue von unten beruht. Aber, meine Herren, wollen Sie denn behaupten, daß wir alle Engel sind? Oder wollen Sie auch nur behaupten, daß die Anhänger Ihrer Partei Engel sind? (Heiterkeit.) Zeigen Sie uns in Ihrer Partei doch ein Mal eine derartige Autorität, eine derartige Berufsfreudigkeit; weisen Sie uns doch ein Mal nach, daß wenigstens Ihre Partei mit allen diesen Mitteln, mit der Autorität von oben, mit der Berufsfreudigkeit von unten regieren kann! Wenn Sie aber Ihre Partei damit nicht regieren können, wie wagen Sie vor uns hinzutreten und zu behaupten, wir werden einen Staat von 50 Millionen allein mit diesen zwei Mitteln regieren?! (Bravo! im Centrum und rechts.) Wenn Sie in Ihrer Partei einen Mann hätten, der eine solche Autorität hat, daß die ganze deutsche Arbeiterschaft ihm folgt, und wenn dieser Mann ein kluger, besonnener, ruhig denkender, vielwissender Mann wäre, meine Herren, dann würde es Ihnen vielleicht gelingen, die Grundlinien eines socialdemokratischen Staates zu ziehen. Aber wie steht es denn damit? Haben Sie einen derartigen Mann in Ihrer Partei? hat denn der Herr College Bebel diese Autorität? hat der Herr College Liebknecht diese Autorität? oder hat sie etwa gar der Herr College Singer? (Heiterkeit.) Ich merke nichts davon; wenn ich hier die Kämpfe innerhalb Ihrer Partei verfolge, so finde ich genau das Gegentheil. Sie haben weit weniger Autorität in Ihrer Partei, als wir in unserer Partei, als irgend eine andere Partei hier im Hause, und weit weniger, als wir, Gott sei Dank! im großen Durchschnitt im deutschen Vaterlande haben. Haben Sie denn so viel Berufsfreudigkeit, so viel Solidaritätsgefühl? Nein! Auf Schritt und Tritt innerhalb Ihrer Partei finden Sie Neid und Mißgunst. Wo ist eine Partei im ganzen Deutschen Reich, deren Führern es vorgehalten wird: ihr habt 10000 Mark Einkommen? Das geschieht nicht in unserer Partei. Dagegen erleben wir, daß das dem Herrn Collegen Bebel bei jeder Gelegenheit vorgeworfen wird, daß dem Herrn Collegen Liebknecht dasselbe vorgeworfen wird, und dem Herrn Collegen Singer das Geld, was er sonstwie erworben hat, vorgeworfen wird in der immer

wiederkehrenden Behauptung, er sei Millionair, — die ich nicht controliren, aber auch nicht bestreiten kann. (Heiterkeit.)

Ja, meine Herren, woher kommt es denn, daß Ihnen derartige Vorwürfe gemacht werden? (Zurufe: Das steht nur in Ihren Zeitungen!) — In unsern Zeitungen nur? Bitte sehr! — Ja, lieber Herr College Liebknecht, ich bin in sehr vielen socialdemokratischen Versammlungen gewesen und habe von noch viel mehr Versammlungen ganz genaue Berichte gehört und gelesen, in denen dieses Thema behandelt wurde, so daß Sie nicht behaupten können, wir werfen Ihnen das vor. Das ist Ihnen hier in Berlin in zahlreichen socialdemokratischen Versammlungen unter die Nase gerieben worden. (Zustimmung.) Es ist Ihnen immer dasselbe gesagt worden: ihr Leute, die ihr 10000 Mark Einkommen habt, die ihr auch gesättigte Existenzen seid, ihr seid nicht fähig, den Proletarier zu begreifen.

Ich will mich über die Thatsache und die Folgen, die anderweitig daran geknüpft sind, hier nicht auseinandersetzen, aber ich führe Ihnen das Eine zu Gemüthe: eine Partei, die es nicht 'mal erträgt, daß ihre Führer 10000 Mark Einkommen haben, ist ganz gewiß keine Partei, die einen socialdemokratischen Staat aufbauen kann, der lediglich auf der Autorität, der Berufsfreudigkeit und dem Solidaritätsgefühl basirt, wie der Staat sein muß, den Sie eventuell aufzurichten haben.

Meine Herren, noch eins. Sie schimpfen immer über die Tyrannei, die im ganzen Deutschen Reich herrscht; wir hören auf Schritt und Tritt, daß es der Kernschaden unseres Staates sei, daß er auf Tyrannei aufgebaut sei. Ja, meine Herren, auch das macht ja einen gewissen Eindruck auf ziemlich weite Arbeiterkreise. Aber, haben Sie denn in Ihrer Partei etwa eine geringere Tyrannei? Der Herr College Bebel ist doch einfach aus dem Grunde nicht der größte Tyrann der socialdemokratischen Partei, weil es ihm nicht gelungen ist, die »Jungen« aus seiner Partei herauszuschmeißen. Wenn es ihm möglich gewesen wäre, würde er es gethan haben. (Heiterkeit.) Wenn Sie Aussicht hätten, daß es ihnen gelingen würde, dann würden die Herren Bebel, Liebknecht und Singer heute noch es unternehmen und durchführen, die gesammten »Jungen« aus ihrer Partei herauszuschmeißen. Ist das keine Tyrannei? Glauben Sie etwa, daß Sie, wenn Sie ein Mal einen socialdemokratischen Staat aufgerichtet haben, ohne Tyrannei ihn zusammenhalten können? Bilden Sie sich ein, daß Sie in Ihrem socialdemokratischen Staat eine bessere Ordnung haben werden als in Ihrer Partei, wo Sie heute noch auf Grund der Verhältnisse in der Lage sind, eine ganz weitgehende Tyrannei auszuüben?

Wenn sich das noch bei irgend welchen wirthschaftlichen Unternehmungen erprobt hätte, die Sie begonnen haben! Wir kennen doch auch alle die Erfahrungen, die mit der Bäckereigenossenschaft[1]) gemacht

---

[1]) Ueber die Generalversammlung der Berliner Genossenschaftsbäckerei am Mittwoch, 22. Juni 1892 berichteten die Berliner Blätter: „Diese von Socialdemokraten gegründete und von der socialdemokratischen Presse durch laute Reclame unterstützte Bäckerei besteht erst seit wenigen Monaten, und schon jetzt geht alles drunter und drüber. Statt der prophezeiten schönen Dinge: Menschenliebe, Pflichteifer, Fleiß, Treue, Zuverlässigkeit, sehen wir nichts als Streit, Hader, Intriguen, Neid, Durchstechereien, Unbotmäßigkeit. Die sechs Aufsichtsraths-Mitglieder haben

sind. (Zurufe.) — Ja, meine Herren, Sie sagen: ach! Es paßt Ihnen nicht, wenn wir Ihnen das vorhalten; aber wenn wir uns ernsthaft auseinandersetzen wollen über die Chancen Ihres Staates und über die Vortheile, unsern Staat zu erhalten, dann werden Sie Rechenschaft ablegen

---

ihr Amt niedergelegt, weil sie sich mit dem Vorstand, dem sie ehrlose Handlungen vorwarfen, nicht vertragen konnten. Die Versammlung von Mittwoch sollte nun einen neuen Aufsichtsrath wählen. Sie hat aber auch schon ihre interessante Vorgeschichte. Der Vorstand gab beim „Vorwärts" ein Inserat auf, in welchem zu der General-Versammlung eingeladen wurde. Die sechs Aufsichtsraths-Mitglieder aber verhinderten telegraphisch die Aufnahme des Inserates. Am folgenden Tage gab der Vorstand das Inserat aber doch auf, indem er den Aufsichtsraths-Mitgliedern das Recht absprach, sich in die Sache zu mischen, da sie ihr Amt niedergelegt hätten. Hierüber stritt man sich in der Versammlung zunächst herum. Dann brachte das Aufsichtsraths-Mitglied Kunkel die Beschwerden gegen den Vorstand vor. Dieser habe die Beschlüsse des Aufsichtsrathes mißachtet, einen Gesellen Scholz, der in der vorigen Versammlung nicht ganz zu Gunsten des Vorstandes gesprochen, gemaßregelt und andere Bäckergesellen mit seiner Beobachtung beauftragt, damit er bei erster Gelegenheit „herausfliegen" könne. Der Vorstand habe auch den Antrag gestellt, alle Arbeiter Sonntags arbeiten zu lassen, den Arbeitern drei Mark vom Wochenlohn abgezogen, weil das Geschäft nicht mit Gewinn arbeite, für den zweiten Pfingsttag wohl sich selbst, aber nicht den Arbeitern den Lohn gezahlt; überdies befinde sich in der Kasse ein Manco, dessen Höhe sich nicht übersehen lasse. Das Vorstands-Mitglied Kasper sucht sich mit Anklage gegen die Gesellen zu vertheidigen. Manche Gesellen nähmen sich zu viel gegen ihn heraus; es müsse doch einen Leiter geben, der respectirt werde. Scholz sei in die Versammlung gegangen, während er hätte arbeiten sollen. Die Bäcker hätten sich ein Mal geweigert, beim Mehlabladen zu helfen, als es regnete. Mehrere hätten in der letzten Zeit ein miserabeles Brod gebacken; doch liege das auch am schlechten Mehl, den Oefen und dem verdorbenen Sauerteig. Nun kam der Geselle Scholz. Als er in die Versammlung gegangen, habe er einen Vertreter gestellt. Der Geschäftsführer Kasper gehe mit den Arbeitern nicht human um und behandele sie in undemokratischer Weise. Auf Weisung des Stadtverordneten Zubeil sei ein Geselle eingestellt worden, der seit sechs Jahren nicht mehr gebacken, sondern in einer Fabrik gearbeitet habe. Der Geschäftsführer habe nur mit einem Lieferanten abgeschlossen, und dieser liefere neuerdings schlechteres Mehl als zu Anfang. Nun warf der Stadtverordnete Zubeil dem Gesellen Scholz vor, der von ihm gestellte Vertreter habe in Folge dieser Vertretung 18 Stunden hintereinander arbeiten müssen. Der durch ihn eingestellte Bäcker sei ein gemaßregelter Genosse gewesen, dem die Bäckermeister keine Arbeit hätten geben wollen. Die Bücher der Genossenschaft seien nicht in Ordnung; die jetzige „Schweinewirthschaft" müsse aufhören; er rathe daher, nöthigenfalls den Vorstand abzusetzen. Der anwesende Mehllieferant betheuerte hoch und heilig, er habe nur reines Roggenmehl geliefert oder der Müller müsse ihn betrogen haben. Zwei ausgeschiedenen Aufsichtsraths-Mitgliedern wurde vorgeworfen, daß sie Privatanleihe-Versuche zuerst bei der Kasse und dann bei dem Mehllieferanten gemacht hätten. Es hagelte Beleidigungen in der Versammlung. In einer spätern Versammlung der Interessenten am Sonntag, den 2. Juli 1892 wurde der Geschäftsleitung vorgeworfen, schlechtes Mehl verwendet zu haben, so daß das gebackene Brod fuhrenweise als Schweinefutter verkauft werden mußte, daß die Arbeiter ausgebeutet und, wenn sie eine eigene Meinung haben wollten, gemaßregelt wurden, daß der zur Schlichtung von Lohnstreitigkeiten eingesetzte Arbeiter-Ausschuß von der Geschäftsleitung nicht beachtet werde. Seitdem ist es nur noch schlimmer geworden. Auf Sonntag, den 12. Febr. 1893, wurde wieder eine außerordentliche Generalversammlung einberufen, in welcher bezeichnender Weise den Berichterstattern der Zutritt nicht erlaubt worden ist. Die

müssen über die Erfahrungen, die mit Ihrer Bäckereigenossenschaft gemacht sind. Ja, meine Herren, was hat sich denn ergeben! Auf der einen Seite wird Lohndrückerei vorgeworfen, auf der andern Seite die Widerspenstigkeit in der höchsten Potenz. Da haben Sie ja socialdemokratische Leiter und Arbeiter gehabt — haben die Leute sich denn vertragen? Ganz im Gegentheil! elendiglich zu Grunde gegangen ist das Unternehmen, weil Sie noch weniger Disciplin, noch weniger Autorität in Ihrer Bäckereigenossenschaft hatten, als irgend ein anderes capitalistisches Unternehmen in Berlin und im ganzen weiten Deutschen Reich. Glauben Sie denn, meine Herren, daß Sie in Ihrem Staate, wenn Sie ihn errichtet haben, etwa mehr Autorität haben werden, und daß Sie mit weniger Tyrannei durchkommen werden? Gewiß nicht, meine Herren! Also verstecken Sie sich nicht hinter das Wort: »Sie folgen uns nicht!« — oder hinter das andere Wort: „Was wir wollen, steht in unsern Werken." Hier vor den Augen von ganz Deutschland werden Sie genöthigt sein, Ihren Staat uns

---

Geheimhaltung ist auch aus gutem Grunde in Aussicht genommen worden. Denn es ergab sich in der Versammlung, daß in der Genossenschaftsbäckerei sehr erhebliche Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien. Wie wir einem Bericht des Intelligenzblattes entnehmen, theilte der Aufsichtsrath mit, daß die Bücher nicht in Ordnung gefunden worden seien, die Kasse ein Manco enthielt, und auch sonstige Unordnungen sich ergeben hätten. Unter anderm wurde mitgetheilt, daß eine Quittung über 500 M. fehlt; ferner, daß für einen Posten von verkauftem Mehl im Betrage von 1200 M. nur 700 M. als Einnahmen gebucht seien, sowie daß sämmtliche Vorstandsmitglieder trotz der hohen Gehälter stark im Vorschuß steckten. Der Kassirer bestritt, Gelder unterschlagen zu haben, und erklärte, nicht zu wissen, was es mit den fehlenden Summen auf sich habe. Der Buchhalter der Genossenschaft erklärte, daß, seitdem Weißbrod gebacken werde, die Geschäfte so verwickelt seien, daß er die Bücher nicht in Ordnung halten könne. Da die Generalversammlung nicht im Stande war, die Verhältnisse genau festzustellen, wurde eine besondere Commission zur Prüfung der Sachlage gewählt. Man beachte, daß der Abg. Bebel die Thatsachen, auf welche hier hingewiesen ist, gar nicht in Abrede zu stellen versuchte. — Ganz ähnliche Vorgänge erlebte die socialdemokratische „Freie Vereinigung der Civil-Berufsmusiker" in der General-Versammlung vom Dinstag, 12. Juli 1892. Der Commission, welche zur Vermittlung der Aufträge für musikalische Aufführungen gewählt war, wurde vor allem vorgeworfen, daß sie die Geschäfte zum Schaden der Mitglieder für ihre eigene Tasche gemacht hätte.

Man vergleiche zu diesen Vorgängen die Ausführungen bei Bebel „Die Frau", achte Auflage, 1890, S. 154, über den Geist, der unter den Arbeitern herrschen wird, wenn die socialistische Organisation der Production eingeführt sein wird: „Daß eine solche au voller Freiheit und demokratischer Gleichheit organisirte Arbeit, wo Einer für Alle und Alle für Einen stehen, das höchste Gefühl der Solidarität erweckt, einen Geist freudiger Schaffenslust und einen Wetteifer erzeugt, wie er in dem heutigen Wirthschaftssystem nie und nirgends zu finden ist, leuchtet ein. Und dieser Geist wirkt auch wieder auf die Productivität der Arbeit und die Vervollkommnung des Productes. Ferner hat jeder Einzelne und haben Alle mit einander das Interesse, da sie gegenseitig für einander arbeiten, daß alles nicht nur möglichst gut und vollkommen, sondern auch möglichst rasch geliefert wird, um entweder Arbeitszeit zu sparen oder Zeit für Erzeugung neuer Producte zur Befriedigung höherer Ansprüche zu erlangen. Dies veranlaßt Alle, auf Verbesserung, Vereinfachung, Beschleunigung des Arbeitsprocesses zu sinnen. Der Ehrgeiz, zu erfinden, zu entdecken, wird im höchsten Grade angeregt, Einer wird an Vorschlägen und Ideen den Andern zu überbieten suchen."

vorzutragen! (Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Entweder müssen Sie eines Ihrer Werke zu Ihrem Programm erklären, dann reden wir weiter. (Zuruf.) — Jawohl, Herr Liebknecht; entweder müssen Sie uns sagen, welches socialistische Werk den officiellen socialdemokratischen Staat uns zeigt, oder Sie müssen anerkennen, daß Sie einen solchen nicht entwerfen können! — Oder Sie müssen ein sorgfältig ausgearbeitetes Programm entwickeln und dieses auf einem Parteitage zum Parteiprogramm erklären lassen, mit dem wir uns befassen wollen. Bilden Sie sich nicht ein, daß wir einen Sprung in's Dunkele machen auf Grund der Versprechungen von Leuten, die nicht in der Lage sind, eine Bäckereigenossenschaft zu leiten (Heiterkeit), die nicht in der Lage sind, die kleine socialdemokratische Partei im Zaume zu halten, die auf Schritt und Tritt auf Widerspänstigkeit, auf Neid, auf Mißgunst, auf alle übeln Leidenschaften, welche die Menschennatur nur irgend hat, stoßen, und in höherm Maße stoßen, als irgend eine andere Partei.

Nein, meine Herren, wir machen diesen Sprung nicht mit, und ich bin fest überzeugt, der deutsche Arbeiter macht ihn auch nicht mit. (Sehr gut!) Ehe der deutsche Arbeiter diesen Sprung mitmacht, wird er Sie fragen: wie sieht der Staat aus, in den Ihr uns führen wollt? ist er wirklich das gelobte Land, das Ihr uns versprecht? Und wenn Sie dann nicht eine genügende Antwort geben können, — fürchten Sie sich vor den Folgen! Dann wird der Arbeiter, der so lange mit einem Hoffnungsstrahl genasführt worden ist, Rechenschaft verlangen von denjenigen, die ihm draußen in Volksversammlungen alle diese thörichten Phantasmata vorgegaukelt haben!

Ja, meine Herren, hier im Reichstag sind Sie recht vorsichtig und recht bescheiden; aber wer Sie kennen lernen will, muß nicht nur im Reichstage Sie hören und Ihre Reden lesen, der muß auch in die zahlreichen und zahllosen socialdemokratischen Versammlungen großer, mittlerer und kleiner Ausdehnung gehen. Ich habe einer Menge beigewohnt, und ich habe gesehen, wie die Backen voll genommen werden, wie mit den gewaltigsten Posaunenstößen die Vortheile des socialdemokratischen Staates angepriesen werden, wie das tollste Zeug den Leuten vorgeredet wird.

Sie werden wieder sagen: das schütteln wir von unsern Rockschößen, das gehört nicht zu uns; — gerade so, wie Sie den Bergarbeiterausstand an der Saar von Ihren Rockschößen abgeschüttelt haben und den Buchdruckerstreik, nachdem er verunglückt war, ebenso versuchen Sie auch, diese kleinen Agitatoren von Ihren Rockschößen abzuschütteln. Und doch leben diese kleinen Agitatoren gerade so auf Kosten Ihrer Parteikasse wie Sie selber; sie beziehen ihr Gehalt und ihren Lebensunterhalt mit aus derselben Kasse, wie Sie: — wie können Sie diese Leute von sich abschütteln wollen! Wenn Tausende und Abertausende derartiger Agitatoren den Arbeitern einen Staat vorgaukeln, so haben Sie sich klar zu machen, wenn Sie ehrliche Politiker sein wollen: halten wir für wahr, was diese Leute sagen, oder schütteln wir sie öffentlich von unsern Rockschößen ab? Desavouiren wir die Leute und sagen wir dem ehrlichen deutschen Arbeiter: was diese kleinen Massen-Agitatoren à 6 oder 7 Mark (Heiterkeit) euch vorgaukeln, ist nicht dasjenige, was wir wollen, wir wollen Besseres und Gescheidteres!? Aber das thun Sie nicht. Wenn dann der Arbeiter kommt

und Sie fragt: was Besseres und Gescheidteres wollt Ihr uns versprechen? — der Arbeiter verlangt auch von Ihnen einen klaren Grundriß und klare Dispositionen von dem socialdemokratischen Staat —, so werden Sie keine Geschäfte damit machen, wenn Sie sagen: darüber reden wir, wenn wir ihn erst eingeführt haben. Das kommt mir gerade so vor, als wenn Sie sagen: ich schlafe erst in einem Hause, wenn ich es habe; ob ich es aber bekomme, weiß ich nicht, und inzwischen verzichte ich auf's Schlafen.

Meine Herren, das macht der deutsche Arbeiter nicht mit, und das machen auch wir nicht mit. Wir sind — ich wiederhole es Ihnen — bereit, in der ruhigsten und objectivsten Weise über alle Einzelheiten Ihres wirthschaftlichen und staatsrechtlichen Programms hier mit Ihnen zu discutiren, ohne Leidenschaft und ohne Verletzung, in der ehrlichen Absicht, zu lernen, was aus Ihren Ideen zu lernen ist. Wenn Sie aber uns nichts vortragen, keinen Grundriß, keinen Aufriß, keinen Durchschnitt und keinen Querschnitt des socialdemokratischen Staates, dann werden Sie uns nicht übel nehmen, daß wir Ihren socialdemokratischen Staat für dasjenige halten, für was die ältern und besonnenern Arbeiter ihn auch schon halten, für ein leeres Wahngebilde, das weder Fleisch noch Bein hat, und das nicht in der Lage ist, jemals Fleisch oder Bein anzunehmen." (Lebhaftes Bravo auf allen Seiten des Hauses.)

Nach dieser Rede beantragte der Abg. Bebel die Vertagung der Berathung. Die nächste Sitzung, in der das Thema vom socialdemokratischen Staat wieder aufgenommen werden konnte, fand am 3. Februar statt, so daß der Abg. Bebel drei Tage Zeit hatte, sich auf die Antwort vorzubereiten.

2. Die Sitzung des Reichstags vom 3. Februar 1893.

In dieser Sitzung erhielt sofort das Wort der Abgeordnete **Bebel:** „Meine Herren! Die Debatte am Dinstag hatte einen Charakter angenommen, der weit über das uns beschäftigende Thema hinausgegangen ist; sie hatte damit geendet, daß insbesondere der Herr Abgeordnete Bachem in sehr lebhafter und lebendiger Weise verlangte, da nach seiner Meinung wir bisher noch keinerlei Mittel vorgeschlagen hätten, die seiner Ansicht nach ausreichten, um die bestehenden Verhältnisse zu bessern in einem Alle befriedigenden Sinne, — daß wir, die Socialdemokratie, doch endlich hier von der Tribüne des Reichstags herunter darlegten, was wir eigentlich wollten. Wir sollen, wie er wünscht, also ein Programm entwickeln, und zwar verlangte er, daß wir insbesondere auseinandersetzten, wie wir uns den socialdemokratischen »Zukunftsstaat« vorstellten. Derselbe Wunsch ist schon einmal früher laut geworden, wenn ich nicht irre, ebenfalls aus dem Munde des Herrn Abgeordneten Bachem, und in der letzten Sitzung am Dinstag noch vor ihm von dem Abgeordneten Dr. Buhl. Endlich hat auch der Herr Staatssecretair Dr. von Bötticher in gleichem Sinne sich ausgesprochen mit der Motivirung, daß mein Einwand, ich werde das unmöglich auseinandersetzen können, weil ich Gefahr liefe, von dem Herrn Präsidenten zur Ordnung verwiesen zu werden, nichts gelte: beim Etat des Reichsamts des Innern könne man über alles sprechen. (Heiterkeit.)

Dann hat der Herr Abgeordnete Bachem weiter gemeint: »wie könnt ihr euern socialistischen Staat aufrichten, da ihr nicht ein Mal im Stande

seid, eine socialistische Bäckerei-Genossenschaft zu leiten? Da seht, welcher Krakehl hier in Berlin in der Bäckerei-Genossenschaft herrscht!« Herr Dr. Bachem, Sie haben gleichzeitig erklärt, als Sie das sagten, daß Sie die socialistischen Schriften studirt »mit heißem Bemühn«, aber als »armer Thor seien Sie so klug als wie zuvor«. Ja, Herr Dr. Bachem, ich bin denn doch, als ich Ihre Rede mir näher angesehen habe, zu der Ueberzeugung gekommen, daß Sie sehr wenig studirt haben und eigentlich Unrecht hatten, sich hier in der Rolle des Faust uns vorzustellen, der wirklich bestrebt war, ehrlich zu studiren. Ich finde, daß Sie eigentlich in die Rolle des Schülers dem Mephistopheles gegenüber sich hätten begeben sollen, der auf die Vorschläge des Mephistopheles, was er ergreifen solle, voller Verlegenheit antwortet:

Mir wird von allem dem so dumm,
Als ging mir ein Mühlrad im Kopfe herum.

(Sehr gut! links.) Denn was Sie hier als Weisheit und Quintessenz aus den socialistischen Schriften angeführt haben, das suche ich darin vergebens; und wenn Sie überhaupt die socialistischen Schriften so studirt hätten, wie Sie es nicht gethan haben, Herr Dr. Bachem, dann hätten Sie die Rede vom letzten Dinstag gar nicht halten können. (Sehr gut! links.) Denn etwas Oberflächlicheres, Platteres, als die Ausführungen, die Sie gemacht haben als Volksvertreter im Deutschen Reichstag und dabei unter dem Beifall der großen Majorität, das, muß ich sagen, habe ich nie für möglich gehalten. Ich bin im Zweifel, ob in irgend einem andern Parlament der Welt es möglich sein würde, daß man solchen Ausführungen den lebhaftesten Beifall zollt. Imponirt hat mir gerade nicht eine solche Unkenntniß des Deutschen Reichstags von dem, was die Socialdemokratie will. Daher wird es nothwendig sein, Ihnen das heute etwas ausführlicher darzulegen und Ihnen ein kleines Colleg darüber zu halten. (Heiterkeit links.) Gerade aus Ihren Ausführungen, Herr Abgeordneter Bachem, habe ich ersehen, wie vollständig ununterrichtet Sie eigentlich sind über das, was die Socialdemokratie ist und will. [1])

Aber Herr Dr. Bachem ist — und dabei muß ich ein wenig verweilen — auf die berühmte Bäckerei-Genossenschaft zu sprechen gekommen, die sogenannte socialistische. Sie scheinen gar nicht zu wissen, daß es socialistische Genossenschaften heute nicht gibt, daß sie gar nicht existiren können, daß eine »socialistische« Genossenschaft etwa als Gegenmittel gegen die bürgerliche Gesellschaft an einem Orte zu gründen, von uns als Wahnsinn erklärt wird. Was sich innerhalb unserer Partei als Genossenschaft aufgethan hat, steht auf dem Boden der sogenannten Schulze-Delitzsch'schen Bestrebungen der Selbsthülfe. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wir sagen und haben es jeder Zeit gesagt: wir unterstützen derartige Genossenschaften von Parteiwegen nie und nimmer; wir können — in dieser Beziehung hat der letzte Berliner Parteitag mit der wünschenswerthesten Offenheit gesprochen — unter keinen Umständen es billigen, daß unsere

[1]) Ueber diese Ausführung des „tiefen Denkers" und hervorragend „wissenschaftlichen" Kopfes Bebel vergleiche die Bemerkungen der Abgeordneten Dr. Bachem und Richter in ihrer Rede am 6. Februar. Siehe unten. Man erinnert sich bei derselben unwillkürlich an das Sprüchwort: Wer schimpft, hat Unrecht.

Parteigenossen Mittel und Kräfte dazu verwenden, Genossenschaften in's Leben zu rufen, in dem Glauben, daß sie, sei es für sich und ihre Klassengenossen, damit einen wesentlichen Vortheil erringen. Wir können die Gründung einer Productiv-Genossenschaft nur von dem Standpunkte aus gutheißen, daß dieselbe entweder den Zweck hat, socialistische Litteratur herzustellen und zu verbreiten, weil es sonst an einem Ort keine Möglichkeit gibt, diese zu drucken, oder daß sie den Zweck hat, gemaßregelten Arbeitern in einer Form wieder Stellung zu schaffen und sie zu beschäftigen, wie es sonst nicht möglich ist. Das sind die einzigen Ausnahmen, aus denen wir bisher solche Genossenschaften zwar nicht unterstützt, aber geduldet haben. [1])

Wenn Herr Dr. Bachem die socialistischen Schriften nur halb so gelesen hätte, wie er es angibt, dann hätte er in allererster Linie zum mindesten das Antwortschreiben Lassalle's, was den ersten Anstoß zu der neuern socialistischen Bewegung in Deutschland gegeben hat, lesen müssen. Und hätte er dieses Antwortschreiben Lassalle's gelesen, dann würde er gefunden haben, daß Lassalle in der allerschärfsten und bis auf den heutigen Tag noch mustergültigen Weise gegen alle solche Genossenschaften als elende Palliativmittelchen auftrat und warnte, sie zu gründen. Und er müßte ferner wissen, daß Lassalle deswegen gerade die damalige Fortschrittspartei und speciell Schulze-Delitzsch angriff, weil sie diese Mittel als besondere Heilmittel pries zur Hebung der socialen Lage des Arbeiterstandes, wie es damals hieß. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Sehen Sie also, wir haben mit diesen Dingen nichts zu thun, sie gehen uns nichts an; wir betrachten sie als keinerlei Hebungsmittel für die sociale Lage der Arbeiterklasse an sich, höchstens als ein Hebungsmittel für vereinzelte Genossen. Wenn Sie aber glauben, aus einer vielleicht übelgeleiteten Productiv-Genossenschaft, die Sie nur daher kennen, weil dieselbe öffentlich kritisirt wurde, wie das nun einmal in der Natur der öffentlichen Erörterung liegt, die bei den Arbeitern und bei uns Socialdemokraten Sitte ist, und weiter glauben, weil bei der betreffenden Bäckerei-Genossenschaft vielleicht wesentlich Socialdemokraten betheiligt sind — daraus auf die Befähigung der Socialdemokraten, ein Geschäft zu leiten, schließen zu können, dann irren Sie sich wieder. Im Gegensatz zu jener Genossenschaft hier in Berlin, in der jene Scenen vorkamen und jene Anklagen erhoben wurden, die Sie erwähnten, könnte ich Ihnen mindestens ein Dutzend und mehr Genossenschaften in Deutschland nennen, die in der ausgezeichnetsten Weise geleitet werden und in ihrer Art ganz Vorzügliches leisten.

---

[1]) Diese Ausführung ist richtig, trifft aber den Abgeordneten Dr. Bachem nicht. Derselbe hatte mit keinem Worte behauptet, daß die Genossenschaften von der Socialdemokratie als „Gegenmittel gegen die bürgerliche Gesellschaft" empfohlen wurden, sondern nur auf die unglaubliche Unbotmäßigkeit hingewiesen, welche in der von Socialdemokraten geleiteten und nur socialdemokratische Gesellen beschäftigenden Berliner Bäckerei-Genossenschaft notorisch und zugestandenermaßen herrschte. Im Uebrigen paßt diese Haltung der Socialdemokratie gegenüber den Genossenschaften durchaus zu ihrer sonstigen Haltung, welche allen positiven Maßregeln zur Hebung der Lage der Arbeiter abhold ist, nur durch bittere und übertreibende Kritik der heutigen Zustände die Arbeiter zu folgsamen Mitgliedern der socialdemokratischen Parteiorganisation zu machen sucht und ihnen nur eine gründliche Besserung verspricht, sobald die Socialdmokratie ein Mal die Macht erlangt habe.

Wir haben z. B. in Hamburg im Gegensatz zur Berliner eine von Parteigenossen gegründete Bäckerei-Genossenschaft, die heute das größte Geschäft in Hamburg ist, und mit nicht weniger als 10 Wagen mit Pferden bespannt jeden Morgen aus ihren Geschäftslocalitäten fährt, um nach der Stadt und der ganzen Umgegend das Brod und die Backwaaren zu bringen. Damit brüsten wir uns aber nicht, damit gehen wir auch nicht so weit, zu sagen: seht, was dort möglich ist, kann auf die ganze Gesellschaft übertragen werden, und damit habt Ihr ein wesentliches Heilmittel in der Hand, die sociale Lage der Arbeiter zu verbessern. Das fällt uns gar nicht ein. Und neben dieser gut geleiteten Bäckerei-Genossenschaft sind weiter Cigarrenarbeiter-, Schuhmacher-, Hutmacher-Genossenschaften usw. in Deutschland, die zum Theil in ganz ausgezeichneter Weise geleitet werden und prosperiren.

Aber damit ist in gar keiner Weise weder für noch gegen unsere Principien ein Beweis erbracht; weder spricht die Bäckerei-Genossenschaft, die schlecht verwaltet wird, gegen uns, noch die vielen Genossenschaften, die gut verwaltet und vorzüglich prosperiren, sprechen für uns, die nehmen wir für uns nicht in Anspruch. Wir betrachten sie als im Ganzen für die große Bewegung gleichgültige Institutionen, die mit ihr nichts zu schaffen haben; genau, wie wir den Consumvereinen, von denen auch erwähnt wurde, daß sie von Socialdemokraten geleitet und in's Leben gerufen wurden, vollständig neutral gegenüberstehen. Wir legen dem Vortheil, den diese ihren Mitgliedern verschaffen, gar kein Gewicht bei, weil wir der Meinung sind, sie haben gegenüber den großen Umgestaltungen, die in Frage kommen, um die Arbeiterklassen als solche von dem bestehenden Lohnsystem zu befreien, und den Klassenstaat als solchen zu beseitigen, gar keine Bedeutung.

Dann hat der Herr Abgeordnete Dr. Bachem weiter auch Bezug genommen auf die Gehaltsfrage meines Freundes Liebknecht. Daß man eine solche Sache, Herr Dr. Bachem, vor das Forum des Reichstags schleppt, das ist stark; ich muß sagen, es ist mir ordentlich widerlich, darauf einzugehen. (Sehr richtig! links. Widerspruch im Centrum.) Nachdem aber einmal diese Frage erörtert worden ist, so muß ich ja wohl darauf eingehen.

Was ist denn passirt? Nicht 10,000 Mark, sondern 7200 Mark[1])

---

[1]) Abgeordneter Dr. Bachem hatte gar nicht behauptet, daß der Abgeordnete Liebknecht 10,000 Mark Gehalt beziehe, sondern nur darauf hingewiesen, daß die Abgeordneten Bebel und Liebknecht ein Einkommen von je 10,000 Mark hätten und der Abgeordnete Singer notorisch ein reicher Mann, angeblich Millionair sei, und daß in der socialdemokratischen Partei so viel Neid und Mißgunst herrsche, daß ihren Führern nicht einmal diese bessere Stellung gegönnt werde. Thatsache ist aber, daß den genannten socialdemokratischen Führern in zahlreichen Berliner socialdemokratischen Versammlungen diese bessere wirthschaftliche und gesellschaftliche Lage in der schärfsten Weise vorgehalten worden ist, mit der Ausführung, daß sie in schroffem Widerspruch stehe mit dem socialdemokratischen Princip der allgemeinen Gleichheit, was allerdings vom Standpunkte des socialdemokratischen Princips aus auch nicht zu bestreiten ist. Vergl. hierzu übrigens auch die Bemerkungen des Abgeordneten Dr. Bachem in seiner folgenden Rede. Die behaupteten Thatsachen, daß die Abgeordneten Bebel u. Liebknecht ein Einkommen von je 10,000 Mark hätten, stellt der Abg. Bebel gar nicht in Abrede.

haben wir unserm Freunde Liebknecht, wir als Parteivorstand, bewilligt, nachdem er, man darf wohl sagen, ein ganzes Menschenalter hindurch unentwegt in der Partei gestanden und für einen Hungerlohn zu arbeiten genöthigt war. Da haben wir, als wir endlich in der Lage waren, ein Gehalt ihm bezahlt, das anständig genannt werden darf, das aber nach den in Berlin an die ersten Redacteure der hier bestehenden Blätter gezahlten Honoraren als niedrig angesehen werden muß.

Weiter hat der Herr Abgeordnete Bachem lebhaft bemängelt, daß wir keine Autorität hätten. »Wer ist denn eigentlich die Autorität bei Ihnen?« rief er uns zu; »ist es Bebel, ist es Liebknecht, ist es Singer? Niemand. Es gibt keine Autorität bei ihnen!«

Sehen Sie, meine Herren, das ist eben der große Vorzug, daß wir keine Autorität besitzen. Wenn bei uns eine Autorität besteht, dann ist das die selbsterworbene Autorität der einzelnen Personen, das ist die Autorität, die der Einzelne sich erwirbt durch seine Thätigkeit, durch seine Fähigkeiten, durch seine Opferwilligkeit, durch seine Hingabe für die Sache. Keine andere gibt es; eine künstliche, eine gemachte Autorität kennen wir nicht. Und die Parteigenossen, die einen Mann vor sich zu haben glauben, der ihre Interessen voll und ganz vertritt, übertragen ihnen selbstverständlich die Vertrauensstellungen, die sie zu vergeben haben, und nur insofern kommen diese in eine gewisse autoritative Stellung.

Die geschaffenen und künstlich erhaltenen Autoritäten bekämpfen wir und zwar mit Recht. Wir sind gegen alle Autoritäten, gegen die himmlischen wie gegen die irdischen, die Sie uns gegenüberstellen und mit denen Sie bisher die Massen am Leitseil geführt haben und noch zu führen versuchen. Das ist der ungeheuere Gegensatz, in dem wir uns zu Ihnen befinden. Und wenn Sie im Gegensatz zu der mangelnden Autorität, die Sie bei uns sehen, von »socialdemokratischer Tyrannei« sprechen, so ist das auch wieder eine von den Behauptungen, für die Sie keine Beweise haben. Wer übt denn eigentlich diese Tyrannei aus? Wir wahrhaftig nicht; wir sollten es uns beikommen lassen, irgend einem Genossen gegenüber eine Tyrannei auszuüben — wir kämen schön an! Da sind die klar ausgesprochenen Programmsätze [1]) und die klar ausgesprochenen Organisations-Bestimmungen, nach denen wir uns wie Jeder unter uns zu richten haben. Und wer im Widerspruch mit diesen dem Einzelnen gegenüber auftreten und ihm etwas zumuthen wollte, wozu er kein Recht hat, dem ginge es schlecht [2]). In keiner Partei wird gegen tyrannische Bestrebungen in so energischer Weise aufgetreten, als in der socialdemokratischen, die ihrem ganzen Wesen und ihrer innern Natur nach eine durchaus demokratische Partei ist und auch sein muß, wenn sie zu ihren Zielen kommen will [3]).

---

[1]) Welche jeden Augenblick geändert werden!

[2]) Was aber doch wohl dem socialdemokratischen Princip der freiesten Meinungsäußerung nicht entspricht. Außerdem ist Liebknecht's Bemerkung gegenüber den opponirenden Elementen in der socialdemokratischen Partei: „Wer nicht parirt, fliegt hinaus!" notorisch und zugestanden.

[3]) Diese Demokratie besteht lediglich darin, daß die Majorität unbedingt und schrankenlos herrscht und die Minorität ebenso unbedingt und schrankenlos zu gehorchen hat. Allerdings wird in keiner andern Partei die Minorität und eine ab-

Meine Herren, daran anknüpfend, kam man dann auf die Frage nach dem »Zukunftsstaat«. Es waren die Herren Dr. Buhl, Dr. von Bötticher und Dr. Bachem, die diese Frage gleichzeitig stellten. Ich könnte diese Frage, wenn ich niederträchtig sein wollte, mit einer andern Frage an Herrn Bachem beantworten, indem ich ihn fragte: wie stellen Sie sich denn die Auferstehung nach dem Tode und das ewige Leben vor (Unruhe und Zuruf), — über welche seit 18 Jahrhunderten Ihre Kirche gepredigt und bis heute keine Beweise dafür erbracht hat[1]) —? (Zuruf.)

Ich sagte Ihnen schon: Herr Bachem hat im Widerspruch mit dem, was er behauptete, keine Studien in der socialdemokratischen Litteratur gemacht; denn hätte er diese Studien gemacht, so konnte er gar nicht die Frage nach dem socialdemokratischen „Zukunftsstaat" stellen, und zwar aus dem sehr einfachen Grunde, weil wir überhaupt keinen socialdemokratischen „Zukunftsstaat" haben wollen. (Lebhafte Bewegung und Zurufe. — Oho!) — Meine Herren, ich wußte ja, daß Sie da allerlei zurufen würden. Ich sage noch einmal: Sie hätten diese Frage nicht stellen können. Ich gebe zu, daß Sie vor 10, 12, 15 Jahren eine solche Frage stellen konnten, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die Socialdemokratie damals in ihrer theoretischen Entwickelung noch erheblich hinter ihrem heutigen Standpunkte zurückstand[2]). Wir sind nicht nur eine, wie Sie sagen, revolutionaire Partei, wir sind auch eine vorwärts strebende Partei, eine Partei, die beständig lernt, und die in beständiger geistiger Mauserung begriffen ist (große Heiterkeit), eine Partei, die nicht die Meinung hat, daß ein heute ausgesprochener Satz und eine heute als richtig gehegte Anschauung unzweifelhaft und unfehlbar für alle Ewigkeit feststeht. Sehen Sie, meine Herren: wir haben, seitdem in Deutschland die Socialdemokratie besteht — es sind jetzt dreißig Jahre seit dem Auftreten Lassalle's verflossen —, eine ganze Reihe geistiger Mauserungen durchgemacht. Da hatten wir zuerst das Lassalle'sche Programm, die Lassalle'schen Theorien mit den Auffassungen Lassalle's vom Staate; beachten Sie weiter die Mittel, die Lassalle vorschlug in Bezug auf die Hebung der Arbeiterklasse, die Gründung sogenannter Staatswerkstätten, richtiger die Gründung von großen Genossenschaften mit Hülfe von Staatscredit. Diese Forderung hat nahezu zwanzig Jahre im socialdemokratischen Programm gestanden, aber dann ist sie beseitigt worden, nachdem die vorgeschrittenen Köpfe in der Partei bereits seit langem über diese Forderung hinausgegangen waren. In unserer vorgeschrittenern Litteratur, insbesondere in den Werken von Marx und Engels, haben zwar zu keiner Zeit die Anschauungen Lassalle's Zustimmung gefunden, aber sie

---

weichende Meinung so rücksichtslos unterdrückt, wie in der socialdemokratischen. Im socialdemokratischen Zukunftsstaat würde es natürlich nicht anders sein, trotz der schönen Grundsätze von „allgemeiner Gleichberechtigung" und „freiester Meinungsäußerung".

[1]) Hierauf hat der Abg. Dr. Bachem in seiner folgenden Rede geantwortet.

[2]) Diese „theoretische Entwickelung" geht eben mit unheimlicher Schnelligkeit vor sich. Trotzdem soll als lauter Wissenschaft angesehen werden, was in jedem Augenblick die herrschende Ansicht der herrschenden socialdemokratischen Führer ist. Wer auf die im jeweiligen Augenblick geltenden „klar ausgesprochenen Programmsätze" nicht schwört, dem „ginge es schlecht," wie der Abg. Bebel vorher sagte.

beherrschten die Partei. Wir wissen auch heute, daß Lassalle — das hat er in seinen bekannten Briefen an Rodbertus ausgesprochen — selber nicht gemeint hat, mit seinen Vorschlägen das letzte Wort gesprochen zu haben, daß er im Gegentheil der Meinung war, es handele sich zunächst nur darum, einen möglichst praktisch scheinenden Vorschlag zu machen als Propagandamittel, um dann später weiter zu gehen, wenn die Massen für diesen Vorschlag gewonnen seien. Er war damals der Meinung, daß das geistige Auffassungsvermögen der Masse noch nicht so weit sei — mit welchem Rechte, das lasse ich streitig —, um die socialistischen Forderungen in ihren letzten Consequenzen zu verstehen.

Lange hat die Partei auf diesem Boden gestanden, bis sie zuerst in den fortgeschrittenen Köpfen sich hiervon loslöste und sie endlich auf dem Parteitage zu Erfurt vor zwei Jahren dazu überging, das neue Programm aufzustellen, das vollständig mit der frühern Auffassung vom socialdemokratischen Staate gebrochen hat. Ich erinnere ferner als Zeichen unserer Entwickelung an das Programm des Verbandes der Arbeitervereine von 1868 in Nürnberg, an deren Spitze ich damals stand, an das Programm der socialdemokratischen Arbeiterpartei in Eisenach 1869, an das Gothaer Programm von 1875, das allerdings im Wesentlichen das 1869er Programm war, als die beiden Fractionen, die Lassalleaner und die Eisenacher, sich vereinigten; endlich bekamen wir 1891, wie bemerkt, auf dem Parteitag zu Erfurt das gänzlich neue Programm, das nunmehr für die Gesammtpartei diejenige Richtschnur schuf, die theoretisch seit langem die wissenschaftliche Litteratur und die vorgeschrittenern Männer in unserer Partei aufgestellt hatten.

Also, die socialistische Litteratur über die letzten Ziele der Partei ist vorhanden; und der Herr Abgeordnete Bachem, indem er — ich komme wieder darauf zurück — davon sprach, daß er die socialistische Litteratur kenne, — er kennt sie nicht. Denn, wenn er nur das kleine Broschürchen, das ich hier in meiner Hand halte und das gegenwärtig in 4. Auflage in der hiesigen »Vorwärts«-Buchhandlung erschienen ist, aber vor mehr als 12 Jahren zuerst herauskam, gelesen hätte, so würde er auf Seite 40 — es ist das Schriftchen »Die Entwickelung des Socialismus von den Utopien zur Wissenschaft« von Friedrich Engels — eine längere Auseinandersetzung finden, worin Engels die beim ersten Erscheinen der Schrift noch allgemein vorhandene Auffassung von dem socialdemokratischen Volksstaat bekämpft und ausführt, daß in letzter Entwickelung für den Socialismus es sich nicht mehr um den Staat handelt, sondern um die Aufhebung des Staats, um die Schaffung einer Organisation der Verwaltung, der nichts obliege, als die Leitung von Productions- und Austauschprocessen, also einer Organisation, die mit dem heutigen Staat nichts mehr zu thun hat[1]).

---

[1]) Der Abg. Bebel will also keinen socialistischen „Staat", sondern nur eine socialistische „Organisation der Verwaltung", welcher in der „socialisirten Gesellschaft" die „Leitung der Productions- und Austauschprocesse" obliegen soll; wie man sieht, ein leeres Spiel mit Worten! Uebrigens schrieb noch im Jahre 1880 einer der Führer der Socialdemokratie, der Abg. von Vollmar, ein Buch

Der Herr Abgeordnete Bachem fragte: wo ist denn euer Zukunftsbild? ist es dasjenige, das Herr Eugen Richter entworfen hat? Na, er wird wohl selbst wissen, daß das ein Pamphlet war, das gegen die Socialdemokratie geschrieben wurde, und eben so gut und schlecht geschrieben wurde, wie es Herr Eugen Richter konnte. (Heiterkeit.)

Weiter mich hier auf eine Auseinandersetzung und Widerlegung derselben einzulassen, das hieße wahrhaftig Eulen nach Athen tragen. Aber nun, meine Herren, werden Sie fragen: »Wie denkt Ihr euch denn die Fortentwickelung?« Meine Herren, wie haben Sie denn Ihren heutigen Staat geschaffen? Daß der heutige Staat nicht dem vor hundert Jahren ähnlich sieht, werden Sie mir ohne weiteres zugeben. Wie stimmen aber die heutigen Zustände mit dem Gemälde, das vor hundert Jahren und noch vor Jahrzehnten Ihre Vorkämpfer von diesem neuen bürgerlichen Staat entwickelt haben? Daß wir kein solches Gemälde heute mehr geben, das kommt daher, weil wir die Gesetze der Entwickelung, durch welche unsere Gesellschaftsordnung mehr und mehr ihrer Weiterentwickelung und ihrer Vervollkommnung, aber auch ihrem endlichen Untergang entgegengeht, im Gegensatz zu Ihren Vorfahren genau kennen. Wie Ihre eigenen Vorfahren auf dem Gebiet des Staatswesens Utopisten waren und Schilderungen sich erlaubten, die mit den später eingetretenen thatsächlichen Verhältnissen in gar keinem Einklang standen, ebenso auch diejenigen Männer, die als Socialisten in gewissem Sinne unsere Vorkämpfer waren und auch ihrerseits solche Gemälde veröffentlicht haben. Ich rede gar nicht mehr von Plato; gehen wir nur zu Thomas Morus über, der im 16. Jahrhundert in dem damals bürgerlich vorgeschrittenen England lebte; gehen wir über zu Campanelli, zu Morelli im vorigen Jahrhundert, gehen wir endlich über zu den großen Socialisten und Communisten, die insbesondere in England und Frankreich im Laufe dieses Jahrhunderts eine Rolle gespielt haben, zu Saint Simon, zu Fourier, Owen, Cabet, — ja, meine Herren, diese alle haben wunderschöne, prächtige Staats- und Gesellschaftsgemälde entworfen, wundernett bis in's Einzelne dargestellt, — nichts wurde darin übersehen zu ordnen und vorzuschreiben. Und mir scheint, daß Sie etwas von diesen Staats- und Gesellschaftsgemälden haben läuten hören oder vielleicht auch gelesen haben, da Sie der Meinung sind, daß auch wir genau so, wie diese großen Utopisten ihrer Zeit dazu übergegangen sind, die Gesellschaft in allen ihren Einzelheiten zu malen, — daß wir es nun auch so machen müßten. Nein, meine Herren, das lassen wir schön bleiben[1]). (Heiterkeit.)

---

unter dem Titel: „Der isolirte socialistische Staat. Eine socialökonomische Studie.“ Herr Bebel selbst sprach in seiner Schrift „Unsere Ziele“, die noch im Jahre 1886 neu aufgelegt wurde, ausdrücklich von dem „Zukunftsstaat“. Der Abg. Liebknecht sprach ebenso noch am 27. October 1890 in einer Versammlung im sechsten Berliner Wahlkreis ausdrücklich von dem zukünftigen „socialdemokratischen Staat“.

[1]) Früher dachte der Abg. Bebel anders. In seinem bereits erwähnten Buch: „Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“, dessen dritte Auflage 1884 und dessen „achte unveränderte Auflage“ 1890 erschien, gab er namentlich in den Abschnitten „Staat und Gesellschaft“ und „Die Socialisirung der Gesellschaft“ ein sehr in's Einzelne gehendes Bild, wie er sich den socialdemo-

Die bürgerliche Gesellschaft ist nicht entstanden, weil Einzelne von der Nothwendigkeit und Gerechtigkeit derselben überzeugt waren, sondern sie ist entstanden, weil die ökonomische Entwickelung der Gesellschaft diejenige Arbeits- und Gesellschaftsordnung nothwendig machte, die wir gegenwärtig besitzen; und ebenso wird eine weitere Entwickelung der bürgerlichen Gesellschaft auf ihrem gegenwärtigen Boden bis zu ihrer höchsten Vollendung die Bedingungen schaffen, die für die Gründung einer andern neuen Gesellschaft die Bausteine liefert. Gewiß ist die bürgerliche Gesellschaft die beste aller bisher bestehenden Gesellschaften, — das gebe ich zu; aber sie ist nicht die letzte der Gesellschaften, hinter ihr wächst eine neue empor. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.)

Weit entfernt, daß wir die bürgerliche Gesellschaft deshalb als unvernünftig bekämpfen, weil sie ist, was sie ist, — wir bekämpfen sie vielmehr in ihren Auswüchsen, um zu zeigen, daß an ihre Stelle eine neue, bessere Gesellschaft treten muß. Wir erkennen an, daß die bürgerliche Gesellschaft im Gegensatz zu allen vorhergehenden Gesellschaften die großartigste Gesellschaft ist, die je bestanden hat.

Ungeheuere revolutionaire Entwickelung auf allen Gebieten menschlicher Thätigkeit und menschlichen Wissens hat die Bourgeoisie herbeigeführt wie keine andere Klasse. Und, in demselben Maße, wie die Bourgeoisie sich weiter entwickelt, geschieht es ihr wie allen andern leitenden Klassen in frühern Gesellschaftsepochen: in dem Maße, wie sie sich weiter entwickelt, schafft sie diejenigen Elemente aus ihrem eigenen Leibe, die ihr den Untergang bereiten, erzeugt sie ihre eigenen Todtengräber. (Oh! oh!) Die bürgerliche Gesellschaft war erst möglich nach der feudalen Gesellschaft, und die socialistische Gesellschaft ist erst möglich nach der bürgerlichen Gesellschaft. Wir sind ihre Erben. (Oh! — Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Ist das aber der Fall, dann begreifen Sie aber auch wohl, hoffe ich, daß wir diesen ganzen Entwickelungsproceß nicht künstlich beschleunigen können und nicht künstlich beschleunigen wollen. Meine Herren, in dem Maße, wie das Capital sich concentrirt, in dem Maße, wie die Großproduction immer mehr überhand nimmt, in dem Maße, wie die capitalistische Gesellschaft mehr und mehr das Prototyp der gesammten heutigen Gesellschaft wird, in dem Maße, wie die Verarmung der mittlern Schichten um sich greift, und die Proletarisirung der Massen vor sich geht, werden die Klassengegensätze schärfer, werden mit der Proletarisirung der Massen auch neue Gedanken und neue Ideen in ihren Köpfen erzeugt. Daß es vor hundert Jahren keine Socialdemokraten gab,

---

kratischen Zukunftsstaat damals dachte. Freilich wurden gegen dieses Bild die erheblichsten Einwendungen gemacht, so daß die Unmöglichkeit desselben jedem vernünftigen, nicht von socialdemokratischer Parteileidenschaft verblendeten Menschen klar wurde. Gegen dieses Bild Bebel's über die zukünftige „socialisirte Gesellschaft" richteten sich vornehmlich die Angriffe der Abg. Dr. Bachem und Richter. In der Einleitung zu diesem Werke war Bebel schon so vorsichtig, seine Ausführungen als „seine persönlichen Ansichten" zu bezeichnen, welche also für die gesammte socialdemokratische Partei nicht verbindlich sein sollten. Nunmehr antwortet er auf die Aufforderung, seine Ansichten über den socialistischen Zukunftsstaat im Reichstag vorzutragen, um nachzuweisen, daß es in diesem keine Krisen und keinen Nothstand geben werde, mit der neuen Ausflucht: „Das lassen wir schön bleiben."

liegt darin, weil vor hundert Jahren die Existenzbedingungen für die Socialdemokratie nicht vorhanden waren, nicht diese moderne bürgerliche Gesellschaft bestand, aus der allein die Socialdemokratie entstehen konnte, weil sie das naturnothwendige Product eben dieser bürgerlichen Gesellschaft ist.

Ist das aber der Fall, dann haben wir heute für uns nichts weiter zu thun, als dafür zu sorgen, daß die Massen über das Wesen und die Natur der bürgerlichen Gesellschaft aufgeklärt werden, daß sie zur Auffassung kommen, daß sie in dieser Gesellschaft Noth leiden und darben, daß sie, obgleich sie arbeiten von früh bis spät, von der Gesellschaft in der ungerechtesten Weise ausgebeutet werden, daß sie, die sie die Werthe erzeugen, dieselben nicht genießen, sondern daß kraft der Organisation der Gesellschaft diejenigen es sind, die die Productions- und Arbeitsmittel als Capital in ihren Händen haben, um sich als Herren der Welt und als Herren der Schöpfung aufzuspielen und die Arbeiterklasse zu unterdrücken. Das ist also der natürliche Verlauf. Und in dem Maße, wie die Massen unter diesen Verhältnissen leiden und das erkennen, und kraft der großartigen Culturmittel — das soll wiederum der bürgerlichen Gesellschaft unbestritten anerkannt werden, daß sie Cultur- und Aufklärungsmittel in einer Fülle erzeugt hat, wie keine Gesellschaft vor ihr — die Arbeitermassen in die Lage kommen, diese Cultur- und Aufklärungsmittel, wenn auch in noch so verkümmerter Gestalt, benutzen zu können, wächst die Einsicht der Massen über die Zustände in der bestehenden Gesellschaft, wächst die Einsicht über die Nothwendigkeit der Umgestaltung derselben im Interesse der Arbeiterklasse. — Sehen Sie, meine Herren, darum arbeiten wir so, wie wir arbeiten, und gehen nicht dazu über, utopistische Kleinmalerei zu treiben und zu sagen: so und so muß die socialistische Gesellschaft sein. Die kommt von selbst[1]).

In dem Moment, wo die Socialdemokratie praktisch an ihre Aufgabe herantreten kann und die Frage entsteht, was thun? — wird sich dies finden! Was will es denn bedeuten, wenn wir Ihnen die Einzelheiten auseinandersetzen, wie wir uns die zukünftige Gesellschaft und den Uebergang zum — ich will mal sagen — zum socialdemokratischen Staat denken? Sind Sie denn in der Lage, meine Herren, — ich will Sie jetzt einmal fragen — die Sie heute in der Macht sind, zu wissen, was Sie in den nächsten fünf Jahren thun? Wissen Sie das? Nein, Sie wissen es nicht!

Aber das steht für mich fest: nichts leichter, als wenn erst einmal die Socialdemokratie die Staatsgewalt hat, die Großbetriebe, wie z. B. die-

[1]) Hiernach hält also augenblicklich der Abg. Bebel die Erstehung des socialdemokratischen Zukunfsstaates für ein natürliches Ergebniß eines „Entwicklungsprocesses", den er „nicht künstlich beschleunigen kann und nicht künstlich beschleunigen will". Er verzichtet also zur Zeit und bis er in Folge einer weitern „Mauserung" diese seine Ansicht wieder ändert, einstweilen auf eine gewaltsame Revolution zur Durchführung seiner Pläne. Karl Marx, der geistige Vater der heutigen Socialdemokratie, dachte bekanntlich anders. Er hielt eine gewaltsame Revolution für unumgänglich nothwendig. Der Abg. Liebknecht, in seiner Rede, welche diese Debatte abschloß, vermied eine klare Aussprache über diesen Punkt. Vgl. hierzu übrigens die Bemerkungen des Abg. Dr. Bachem in seiner Rede am 6. Febr. Siehe unten.

jenigen der Herren von Stumm, Krupp usw., zu expropriiren und in Gesellschaftseigenthum zu verwandeln. (Heiterkeit.)

Und sehen Sie, meine Herren, je mehr die großen Betriebe in die Hände der Actionaire übergehen, in die Hände der Nichtarbeiter, desto leichter wird das Expropriationsgeschäft, und deshalb sind wir in gewissem Sinne auch für die Expropriation durch den Staat; daß der Staat z. B. die Eisenbahnen übernahm, hat uns nicht geärgert; daß er die Bergwerke übernimmt, auch nicht, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil wir diese Staatsbetriebe in socialistische mit Leichtigkeit umwandeln können. Je mehr die bürgerliche Gesellschaft sich in dieser Richtung entwickelt, je mehr der Kleinbesitz verschwindet, um so leichter ist eines Tages die Expropriation vorzunehmen. Und Ihre Techniker, Ingenieure und Betriebsleiter, — die können wir sehr gebrauchen, die werden eines schönes Tages sehr froh sein, wenn sie in dem socialdemokratischen »Staat« ihr Wissen ausüben können und freie Menschen werden. Wir sind wirklich nicht in Verlegenheit, wie wir die Sache anfangen müssen, wenn wir nur erst einmal so weit wären. (Heiterkeit.)

Hierbei will ich noch eins bemerken. Um dazu zu gelangen, diesen letzten Schritt durchführen zu können, die gesellschaftliche Production zu organisiren, muß die politische Macht erobert werden. Wir werden also auch eine ganze Reihe von politischen Rechten und Freiheiten haben müssen, die die Staatsbürger in die Lage setzen, die ihnen zugefallenen Gewalten in entsprechender Weise zu benutzen.

Ich könnte Ihnen eine ganze Reihe weiterer Forderungen vorführen, die alle sich auf eine spätere eventuelle Staatsorganisation beziehen. Der letzte Act dieser Staatsorganisation ist allerdings darauf berechnet, daß die große Maßregel der Expropriation des Privateigenthums, der Aufhebung beziehungsweise der Liquidation der öffentlichen Schulden, der Aufhebung der Hypotheken usw. erfolgt.

Weiter, meine Herren. Wenn wir nun die Erziehungsmittel, die Bildungsmittel im großartigsten Maßstabe in unsern Händen haben und organisirt anwenden, so werden wir das allgemeine Bildungsniveau der großen Masse in verhältnißmäßig kurzer Zeit auf eine Höhe heben, von der wir heute keine Ahnung haben; und Sie, die Sie die entschiedensten Gegner einer solch allgemeinen Bildung sind, werden dann sehen, was ein Volk mit einem solchen Maß von Bildung auch in Bezug auf seine materielle Lebenshaltung und die Besserstellung derselben zu schaffen vermag. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.)

Weiter, meine Herren. Es ist wieder der große Vorzug der bürgerlichen Gesellschaft, daß dieselbe in ihrer großartigen Entwickelung der Technik, des Maschinenwesens und in der Anwendung der Naturwissenschaften auf den Productionsproceß, im Verkehrsmittelwesen 2c. endlich die Gesellschaft in einen Zustand gebracht hat, wo sie, wenn sie nur einmal will, die Waaren, d. h. die Consumartikel, in einer Masse und Vollkommenheit erzeugen kann, daß Alle in reichstem Maße zu leben vermögen (Lachen rechts und im Centrum). Stellen Sie sich nun einmal eine Gesellschaftsordnung vor, die Production und Consumtion in Einklang miteinander zu bringen sucht und es Jedem ermöglicht, für seinen Theil an der gesellschaftlichen Arbeit seine Bedürfnisse entsprechend befriedigen zu können!

Ueber die Organisation, die dann geschaffen wird, zu reden, ist ganz überflüssig, weil wir nicht wissen, wie die Verhältnisse dann beschaffen sein werden. In welcher Art diese Organisation in's Leben treten soll, das überlassen wir denen, die alsdann, in dem Augenblick vorhanden sind, um diese neue Organisation in's Leben zu rufen. Ich habe die feste Ueberzeugung: sie werden nicht eine Secunde im Zweifel sein, wie sie das am besten zu machen haben [1]). Da zerbrechen Sie sich nicht unsere Köpfe; das überlassen Sie uns! (Heiterkeit.)

Die bürgerliche Gesellschaft — das ist ihr innerer Widerspruch — erzeugt aus dem Ueberfluß die Noth und den Mangel. Mit diesem einen Satze ist alles gesagt. Aber indem eine neue Organisation den Ueberfluß den Massen zu gute kommen läßt, verwirklicht sich das Sprüchlein, was hierauf Heine schon vor mehr als 50 Jahren sang:

Es gibt hienieden Brod genug
Für alle Menschenkinder
Und Rosen und Myrrhen und Schönheit und Lust
Und Zuckererbsen nicht minder.
Ja, Zuckererbsen für Jedermann,
Sobald die Schoten platzen!
Den Himmel überlassen wir
Den Engeln und den Spatzen.

(Große Unruhe rechts und im Centrum.) Meine Herren, das ist unser Programm, die Zukunft gehört uns und nur uns. Ob Sie mit meinen Auseinandersetzungen zufrieden gestellt sind oder nicht — wir werden weiter marschiren, und nach den nächsten Wahlen werden Sie eine noch weit größere Zahl von uns in diesem Saal sehen, als wir gegenwärtig hier vorhanden sind.

Nach dieser Rede des Abg. Bebel, die von den Socialdemokraten mit „lebhaftem Beifall" begrüßt wurde, erhielt zunächst das Wort der Abg. Freiherr **von Stumm-Halberg**, dessen Rede hier nur im Auszug mitgetheilt sei:

Meine Herren, auf die so berechtigte Forderung des Herrn Abg. Bachem, der, wie ich glaube, mit voller Zustimmung der großen Mehrheit des Hauses an den Abg. Bebel die Aufforderung gerichtet hat, endlich einmal aus dem Phrasenknäuel herauszutreten und klipp und klar zu sagen, wie er den Zukunftsstaat denkt, hat der Abg. Bebel heute mit nichts als mit seinen Redensarten geantwortet, die wir seit Jahren von ihm zu hören gewöhnt sind. Er hat uns angeblich ein Colleg halten wollen. Meine Herren, dies Colleg, soweit es sich nicht auf einzelne nebensächliche Dinge bezog, war einfach eine Vorlesung aus seinem bekannten Buche »Die Frau« und hat nicht ein Wort Neues enthalten. (Zuruf.) Auf die Frage: wie soll es gemacht werden, daß Production und Consumtion in ein richtiges Verhältniß zu einander gebracht werden? — hat er mit keinem Wort geantwortet. Ebensowenig haben wir etwas darüber gehört, wie die Er-

---

[1]) Wer mit Herrn Bebel diese durch nichts begründete Ueberzeugung nicht um seiner „schönen Worte" willen theilt, wird denken, jene werden es alsdann eben so wenig wissen, wie ihre Gesinnungsgenossen von heute und seit 20 Jahren es wußten.

nährung der 50 Millionen Menschen, die wir in Deutschland haben, stattfinden soll. Meine Herren, wenn es heute schon nicht möglich ist, diese 50 Millionen Menschen zu ernähren, ohne das Ausland in Mitleidenschaft zu ziehen, ohne die Ueberproduction unseres industriellen Fleißes mit dem Ausland auszutauschen, wie soll es dann werden, wenn die 50 Millionen Menschen ernährt werden sollen ohne das Ausland und mit einer ganz erheblich ermäßigten Arbeitszeit im Inland?

Ich bin also genöthigt, wenn ich über den Zukunftsstaat sprechen will, mich an diejenigen Beispiele zu halten, die uns bis jetzt in concreter Gestalt vorliegen. Das ist zunächst das Zukunftsbild, das uns Bellamy vorgeführt hat. Bellamy ist natürlich von Ihnen verleugnet worden und mußte von Ihnen verleugnet werden, weil sein ganzer Aufbau auf einem Grundsatz beruht, der noch in der letzten Nothstandsdebatte von Ihnen als der größte Gegensatz zu dem Ihrigen, der nur denkbar sei, hingestellt wurde. Der Gegensatz dieses Staates zu dem Bebel'schen besteht darin, daß der Bellamy'sche Zukunftsstaat auf idealer Zufriedenheit aufgebaut ist, während Sie umgekehrt sagen: Zufriedenheit ist das größte Laster, das in der Welt existiren kann, Zufriedenheit ist sogar ein »Zeichen von Gehirnerweichung«. Wenn Sie Ihrerseits einen zufriedenstellenden Staat construiren wollten, so müßten Sie also zugeben, daß derselbe nur aus lasterhaften und von Gehirnerweichung durchtränkten Bürgern bestehen könne. Das werden Sie nicht zugeben; Sie werden vielmehr verlangen, daß Ihr Zukunftsstaat nur aus unzufriedenen Menschen bestehen dürfe, denn zufriedene wollen Sie ja nicht haben. Wenn Sie die Beispiele ablehnen, die der Herr Dr. Bachem mit vollem Recht vorgeführt hat in Bezug auf die Bäckereigenossenschaft und in Bezug auf andere Genossenschaften, bei denen Sie vollständigen Bankerott gemacht haben, so hatte der Abg. Bebel dazu gar kein Recht. Es versteht sich ganz von selbst, daß diese Genossenschaften auf Grund des Genossenschaftsgesetzes nicht mit den Genossenschaften identisch sein können, die Sie als Ihren Schlußstein im Auge haben. Nebenbei bemerkt: wenn Sie zwischen dem Zukunftsstaat und den Zukunftsgenossenschaften unterscheiden, so liegt der Unterschied nur in dem Worte — das ist »gehüpft wie gesprungen«, das sind Wortspiele, hinter denen sich der Mangel an Gedanken verbirgt. Ich meine, wenn diese Genossenschaften auch in keiner Weise identisch sind mit dem, was Sie für die Zukunft wollen, so ist doch der Beweis erbracht, daß, wenn bei diesen heutigen Genossenschaften mit ihren paar hundert Leuten nicht einmal ein harmonisches Zusammenarbeiten möglich ist, und sie von den betreffenden Personen, die an der Spitze stehen, nicht dirigirt werden können, Ihnen in der That in Ihrem Zukunftsstaat die Kräfte fehlen werden, um die Leute zusammenhalten und das gemeinschaftliche Interesse über den Egoismus setzen zu können.

Also, so sehr es feststeht, daß — Ausnahmen bestätigen nur die Regel — Sie auf genossenschaftlichem Wege Bankerott gemacht haben, ebenso fest steht, daß Ihre capitalistischen Privatunternehmungen sich rentiren, und daß Sie damit gute Geschäfte machen. Meine Herren, Sie sagen, Sie wollen die Unternehmer auf ein Schiff setzen und — ich weiß nicht, wohin — nach Africa bringen. Der Herr Abg. Mehnert hat darauf erwidert: wir würden umgekehrt nichts dabei verlieren, wenn die Social=

demokraten auf ein Schiff gebracht und außer Landes geführt würden. Ich aber sage: wir brauchen das nicht, wir brauchen gar kein besonderes Schiff für die Socialdemokraten; denn unter den Socialdemokraten sitzen 18 Unternehmer — es sind unter denselben mehr Unternehmer als bei irgend einer andern Fraction. (Sehr richtig! rechts.) Die Mehrzahl der socialdemokratischen Abgeordneten würde also gleichzeitig mit nach Africa geschafft, wenn das Schiff der Unternehmer dahin abgeht. Meine Herren, ich habe die Statistik schon einmal vorgeführt: unter den 35 socialdemokratischen Abgeordneten befinden sich 18 Personen, die Unternehmer sind, es sind sogar mehrere Fabricanten darunter; es sind dann 12 Schriftsteller und Redacteure darunter und — nach dem Almanach — ganze 2 Arbeiter. Ich möchte selbst noch bezweifeln, ob diese beiden Arbeiter das sind, was die Herren gewöhnlich unter »Arbeitern« verstehen, d. h. wirkliche Handarbeiter. Ich glaube, daß das eine Firma ist, die auch auf sie nicht ganz zutrifft.

Also, meine Herren, eine wirklich klare Vorstellung über den Zukunftsstaat haben Sie nicht, oder Sie wagen sie nicht vorzutragen, weil es eine Spielerei sein würde, Ihnen im Einzelnen zu beweisen, daß Sie vollständig undurchführbare Projecte im Sinn haben. Ihr Zweck ist nur einfach der, den Arbeitern Sand in die Augen zu streuen, die Arbeiter durch falsche Hoffnungen zu täuschen und dann für sich im Trüben zu fischen. Meine Herren, das steht für mich ganz fest, nachdem ich Ihre Werke — vielleicht nicht so genau durchstudirt habe, wie der Herr Abg. Bachem, aber das Buch von Bebel »Die Frau« und auch die Marx'schen Schriften durchgelesen habe: Ihr Zukunftsstaat ist nichts als ein großes Zuchthaus, verbunden mit einem allgemeinen Kaninchenstall! (Große Heiterkeit und Beifall rechts und im Centrum.)

Meine Herren, ich habe vorhin gesagt, der Bellamy'sche Staat ist für Sie nicht gangbar, weil er eben von der Liebe, von der Zufriedenheit ausgeht, und Sie wollen Haß und Unzufriedenheit. Der Richter'sche Staat aber gefällt mir auch nicht (Heiterkeit links), weil der Verfasser in viel zu milder und versöhnlicher Weise mit Ihnen umgegangen ist. Herr Richter hat mit vielem Geist und Satyre sein Buch geschrieben; aber die letzte Consequenz hat er nicht gezogen. Meine Herren, was Ihren Zukunftsstaat richtiger wiedergibt, ist das Buch von Gregorovius »Der Himmel auf Erden«, wo sich die Menschen schließlich auffressen. Dazu werden Sie nothgedrungen kommen müssen, mögen Sie wollen oder nicht! Meine Herren, ich sage, Ihre ganze Macht liegt darin, daß Sie die bösen Leidenschaften im Menschen dazu benutzen, um Hoffnungen zu erwecken, die Sie niemals erfüllen können, von denen Viele von Ihnen genau wissen, daß dies so ist, von denen aber die von Ihnen mißleiteten Arbeiter annehmen, daß Sie sie erfüllen können.

Nun sagen Sie: wir haben öffentliche Arbeiten zur Verminderung der Arbeitslosigkeit verlangt. Ich habe noch keinen Antrag von Ihnen hier im Hause gesehen. Sie haben noch keinen Gesetzentwurf eingebracht, der die verbündeten Regierungen aufgefordert hätte, etwas Positives zu machen.

Wenn der Abg. Bebel meint, daß durch Herabsetzung der Arbeitszeit von zehn auf acht Stunden der feiernde Theil der Arbeiter beschäftigt werden könnte, so ist das ein so colossaler wirthschaftlicher Irrthum, daß

ich darüber wirklich erstaunt bin, nicht etwa, daß in Volksversammlungen so etwas vorkommt, sondern darüber, daß hier im Hause Derartiges vorgebracht wird. Weiß der Abg. Bebel nicht, daß die Arbeitslosigkeit, über die wir uns heute zu beklagen haben, wesentlich daher kommt, daß unser Export zurückgegangen ist? Meint der Abg. Bebel, daß, wenn heute dieselben Leute zum selben Lohn acht statt zehn Stunden arbeiten, die Exportfähigkeit wachsen wird? Nein, Gott bewahre! Wir arbeiten dann um so theuerer und sind erst recht nicht in der Lage, mit den auswärtigen Nationen zu concurriren. Das ist klar wie die Sonne! Oder er müßte annehmen, daß die Leute dahin zu bringen seien, in acht Stunden dasselbe zu leisten wie früher in zehn Stunden. Ich habe erst kürzlich in einer Schrift des englischen Socialpolitikers Playfair zugestanden gefunden, daß das die größte Gefahr für die Arbeiter sei, weil durch eine so concentrirte Arbeit ihre Kräfte, ihre Nerven ruinirt würden, was viel schlimmer sei, als wenn die Leute zwei Stunden länger arbeiten und sich dazwischen mehr Ruhe gönnen. Nach der Richtung geht ja unsere ganze Arbeiterschutzgesetzgebung für Frauen und Kinder, worin ja bestimmte Pausen vorgeschrieben sind.

Dann hat der Abg. Bebel gesagt, wir sollen die Lebensmittelzölle aufheben. Als die Lebensmittelzölle in ihrer vollen Höhe bestanden haben, noch vor zwei Jahren — das weiß der Abg. Bebel ganz gut —, bestanden keine Klagen über Arbeitsnoth, war der Lohn hoch, war der Fleischconsum größer, während er selbst auseinandergesetzt hat, daß seitdem die Löhne fortwährend heruntergegangen seien, der Fleischconsum abgenommen habe, und die Sparkasseneinlagen geringer geworden seien. Das ist doch ein Beweis dafür, daß die Lebensmittelzölle die Arbeitslosigkeit nicht verschuldet haben. Wenn Sie die Getreidezölle aufheben wollen, so wird auf der andern Seite die Landwirthschaft vom Körnerbau zu einer Wirthschaft übergeführt werden, in der sie noch weniger Arbeiter beschäftigen kann. Es wird die Arbeitslosigkeit dann nicht vermindert, sondern erheblich vermehrt werden.

Das Einzige, was Sie gethan haben, ist, daß Sie den Arbeiterklassen durchaus falsche Vorstellungen beigebracht haben über die Zustände, wie sie bestehen, und über die Entwickelung, wie wir sie in Deutschland erlebt haben. Ich möchte dafür noch einige Beispiele vorführen. Zunächst wird den Arbeitern weisgemacht, daß sie Hungerlöhne haben, daß die Löhne sich in immer weiter herabgehender Scala bewegen. Es ist schon wiederholt darauf hingewiesen worden, daß noch im Jahre 1888 in der Berufsgenossenschaft ein Durchschnittslohn von 612 Mark bestanden hat, der im Jahre 1890 auf einen Durchschnittslohn von 646 Mark gestiegen ist; wir sehen, daß überall, wohin man blickt, eine Aufbesserung des Lohnes stattgefunden hat. Es ist eine crasse Unwahrheit, wenn behauptet wird, daß die Entwicklung der modernen Gesellschaft so sei, daß der Capitalist ein größeres, der Arbeiter dem frühern Zustand gegenüber ein verhältnißmäßig geringeres Einkommen habe. Die Sache ist genau umgekehrt: der Zinsfuß geht herunter, und der Lohn steigt, — ob es sich um einen Arbeiter oder einen Beamten handelt, überall steigt das feste persönliche Einkommen.

Meine Herren, diese unzweifelhaft fortschreitende Besserung in den

Verhältnissen der arbeitenden Klassen ist ja durch eine momentane Krisis etwas zurückgegangen gegen den »Standard« von 1890; die heutigen Lebensverhältnisse der Arbeiter sind aber bei weitem besser als noch vor zehn Jahren oder in noch in frühern Perioden.

Ich sage, die Waffen, mit denen die Gefahr bekämpft werden muß, die Sie heraufbeschwören, und die der Abg. Bebel heute in recht krasser Weise wieder heraufbeschworen hat, sind nicht ideale Waffen, sind nicht Rede und Gegenrede, sondern die Waffen der Gewalt, an die Sie appelliren, sobald Sie die Macht haben. (Lebhafter Beifall rechts.) In diesem Kampfe werden Sie nur dann zum Siege kommen, wenn der Staat schwach ist, aber niemals dann, wenn der Staat seine Schuldigkeit thut und, ohne sich zu fürchten, Ihnen mit den Mitteln gegenübertritt, die er in seiner Macht hat. (Lebhaftes Bravo rechts.)

Nach dem Abg. Freiherr von Stumm erhielt das Wort der Abg. **Dr. Bachem**, dessen Rede wir wörtlich folgen lassen:

„Meine Herren, die Entgegnung des Herrn Collegen Bebel zerfällt, wie ungefähr alles, was die socialdemokratische Partei thut und sagt, in zwei Theile. Folgend dem socialdemokratischen Programme, hat auch er uns zunächst dasjenige vorgetragen, was seine Partei auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung für die Arbeiter gethan habe und noch zu thun gedenke, und dann erst ist er — aber auch wiederum nur in aphoristischer Weise — auf dasjenige übergegangen, was die socialdemokratische Partei im Princip will.

Ich bin leider genöthigt, ihm auf diesem Pfade zu folgen, obschon das im Allgemeinen meinem Wunsche nicht entspricht. Ich werde auch versuchen, bei dieser Entgegnung in einem durchaus ruhigen und besonnenen Tone zu sprechen und insbesondere weder in die Hitze des Herrn Collegen Bebel noch in denjenigen Ton zu verfallen, in welchem die ernste Debatte, die wir doch am Dinstag gehabt haben, in dem officiellen Parteiorgan der socialdemokratischen Partei behandelt worden ist.

Meine Herren, ich habe hier eine der jüngsten Nummern des »Vorwärts«, den Sie Alle kennen, der an seiner Spitze die Bezeichnung trägt: »Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands«. Wer der Hauptredacteur dieses »Vorwärts« ist, wissen wir: es ist der Herr Abg. Liebknecht. Er ist die Seele und der moralisch verantwortliche Redacteur für dieses Blatt.

Ueber unsere Debatte am vorigen Dinstag läßt dieser »Vorwärts« sich folgendermaßen aus:

> Der Centrumscapuciner Bachem (große Heiterkeit), die Verdienste und den Verdienst der Richter'schen Spar-Agnes im Deutschen Reichstag zum wirthschaftlichen Glaubenssatz erhebend und heilig sprechend, wie das Dogma von der unbefleckten Empfängniß der Maria — kann es etwas Groteskeres geben? Und diese verrückte Capucinade in einem Augenblick, wo das deutsche Volk gespannten Blickes nach dem Reichstag schaut und nur auf das Eine lauert: die Entscheidung in der Militairvorlage!

Weiter heißt es hier:

> Thatsache ist: während die wichtigste Frage, die dem Deutschen Reichstag seit seinem Bestehen aufgedrängt war, der Entscheidung

zudrängt, weiß der Deutsche Reichstag nicht, wie er seine Zeit todtschlagen soll, beschäftigt sich mit den nichtigsten Dingen und findet sein Vergnügen an Unterhaltungen, welche die geistigen Bedürfnisse einer Schülerverbindung von Quartanern und Quintanern schwerlich befriedigen würden. (Heiterkeit.)

Meine Herren, ich kann nicht annehmen, daß, wenn ich in diesem Tone antwortete, irgend etwas sachlich zur Besserung unserer Verhältnisse und zum Nutzen des deutschen Arbeiterstandes gewonnen würde. Darum gehe ich auf diesen Ton nicht ein. Ich kann aber nicht umhin, mein Bedauern darüber auszusprechen, daß man eine ernste Controverse durch derartige Bemerkungen auf eine Bahn zu lenken sucht, die lediglich agitatorischer Natur ist und die gar nichts mit einer objectiven Förderung der wirthschaftlichen Lage der Arbeiter zu thun hat. (Lebhafter Beifall.)

Meine Herren, es ist ja überaus schwer, gegen die socialdemokratische Partei als solche etwas zu sagen (Heiterkeit bei den Socialdemokraten); denn wenn man irgend etwas sagt, dann heißt es: das wollen wir nicht — oder es heißt: das wollen wir jetzt nicht mehr! Man weiß gar nicht, wo man sie fassen soll. Heute haben wir genau dasselbe gefunden. Während Herr College Liebknecht sagt: wir beschäftigten uns mit den nichtigsten Dingen, der Abg. Bachem hat ganz dummes Zeug, eine Capucinade vorgetragen — beehrt Herr College Bebel mich mit einer zweistündigen Erwiderung. Ich bin Herrn Collegen Bebel für seine Anerkennung der Bedeutung meiner Rede, die er dadurch geliefert hat, daß er mir zwei Stunden lang geantwortet hat, durchaus dankbar. Auf eine Entgegnung gegen die Aeußerungen des Vorwärts verzichte ich. (Sehr gut!)

Meine Herren, nun will ich mich kurz wenden zum ersten Theil der Rede des Herrn Collegen Bebel. Er hat heute, wie früher schon, ausdrücklich anerkannt, daß dasjenige, was seine Partei *auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung* im Interesse der deutschen Arbeiter thun wolle, lediglich *Palliativmittel* seien. Ja, meine Herren, wenn das lediglich Palliativmittel sind, hat es eigentlich gar keinen Zweck, uns mit den Herren Socialdemokraten über dieselben auseinanderzusetzen. Sie *hoffen* keinen Erfolg von diesen Palliativmitteln, und Sie *wollen* keinen Erfolg von denselben; denn wenn diese Mittel einen Erfolg haben, ist es ein für allemal mit der Zukunft und der Hoffnung der socialdemokratischen Partei vorbei. Diese Wahrheit kann nicht laut und oft genug verkündigt werden. Wenn diejenige Socialpolitik, die wir begonnen haben, Erfolg hat, wird die socialdemokratische Partei verschwinden (sehr richtig! — Lachen bei den Socialdemokraten); und nur dann werden die Socialdemokraten Glück haben mit ihren Bestrebungen, wenn auf dem socialreformatorischen Wege, der jetzt seit zehn Jahren beschritten ist, nicht weiter vorgegangen wird. Wir haben in den letzten zehn Jahren erheblich viel erreicht im Interesse der deutschen Arbeiter, Schritt für Schritt, aber immer unter dem Widerstande der socialdemokratischen Fraction. Sie hat *gegen* die Krankenversicherungs-Vorlage gestimmt, sie hat *gegen* die Unfallversicherungs-Vorlage gestimmt, sie hat *gegen* die Alters- und Invaliditätsversicherung gestimmt und sie hat endlich auch *gegen* die Arbeiterschutzgesetzgebung gestimmt, die wir im vorigen Jahre zu Stande gebracht haben. Meine Herren, wenn *alle Parteien* so gehandelt hätten

wie die socialdemokratische Partei, hätten wir heute weder Krankenversicherung, noch Unfallversicherung, noch Alters- und Invaliditätsversicherung, noch auch diejenigen Beschränkungen der Arbeitszeit, diejenigen Schutzmaßregeln im Interesse der Arbeiterfamilie, welche unsere Arbeiterschutz-Novelle gebracht oder angebahnt hat. Das möge der deutsche Arbeiter sich klar machen, wenigstens derjenige deutsche Arbeiter, der in der Lage ist, sich zu besinnen auf die Verhältnisse, welche noch vor 20 Jahren waren. Meine Herren, Sie können den jungen Leuten, die heute mit 20 Jahren Ihre eifrigsten Rekruten sind, Ihre Theorieen vortragen, daß auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung nichts für sie zu hoffen ist, — dem ältern Arbeiter, der weiß, wie es vor 20 Jahren war, und was seitdem geschaffen ist, den werden Sie nicht hinters Licht führen! (Bravo! Zuruf bei den Socialdemokraten.)

Meine Herren, über die Einzelheiten spreche ich nicht. Was über den achtstündigen Arbeitstag, über die Frauenarbeit, die Kinderarbeit, die Sonntagsarbeit, die Arbeiterkammern usw. zu sagen ist, hat in mustergültiger Weise bei der Nothstandsdebatte, welche durch die Interpellation der Herren Socialdemokraten angeregt worden ist, mein Freund Hitze ausgeführt[1]); ich habe dem nichts hinzuzufügen und habe nichts davon zu nehmen. Wollte ich heute noch einmal darauf eingehen, so möchte wohl diese Debatte kein Ende absehen lassen.

Der Herr College Bebel hat dann versucht, unsere wissenschaftlichen Bestrebungen im Interesse der Besserung unserer industriellen Verhältnisse, die in München-Gladbach von uns begonnen worden sind, zu verspotten. Er hat gemeint, wir hätten bei dem praktisch-socialen Cursus in München-Gladbach nichts gethan, als daß wir, dem Beispiele der socialdemokratischen Partei folgend, Agitatoren ausbildeten. Er hat also unsere Bestrebungen in München-Gladbach auf dieselbe Linie stellen wollen etwa mit der Rednerschule in Hamburg, deren ausgesprochener Zweck es ist, Agitatoren heranzubilden, die nicht rechts und links sehen, sondern, der socialdemokratischen Schnur folgend, gegen Bezahlung an dem Werke der Verführung der deutschen Arbeiterschaft ohne Nachdenken sich betheiligen. Meine Herren, haben Sie die Verhandlung des München-Gladbacher praktisch-socialen Cursus verfolgt? (Zuruf bei den Socialdemokraten: Jawohl!) — Wie können Sie denn zu derartigen Auffassungen kommen? Haben Sie etwas von Agitation gegen die Socialdemokratie gefunden? Nein, meine Herren, wir sind in ernster, ruhiger Weise bestrebt gewesen, zu einem wissenschaftlichen Verständnisse zu gelangen, um, ausgehend von dieser Erkenntniß, die Mittel zu finden, welche noch weiter ergriffen werden können und müssen, um den berechtigten Ansprüchen der Arbeiter gerecht zu werden und um schließlich zu einer Versöhnung der Arbeiter mit ihrer heutigen Lage zu kommen. Wir haben nicht agitirt, sondern wir haben alle unsere Freunde angeregt, zum Wohle der Arbeiter zu studiren und das Resultat dieser Studien nutzbar zu machen für den deutschen Arbeiter.

Der Herr College Bebel hat sich sodann darüber beschwert, daß ich die Gehaltsverhältnisse des Herrn Liebknecht und von ihm selbst

[1]) Diese Rede ist vorstehend im Wortlaut abgedruckt. Siehe oben!

hier zur Sprache gebracht habe. Ich habe dem Herrn Liebknecht nicht vorgeworfen, daß er ein erhebliches Einkommen hat, und auch nicht dem Herrn Collegen Bebel und ich bin ebenso heute weit davon entfernt. Auf dem Boden unserer heutigen Staatsordnung ist es doch ganz in der Ordnung, daß ein Mann von der Arbeitskraft, dem Talent und der Aufopferung für die Sache seiner Partei, die ich anerkennen muß, wenn ich auch die Ziele dieser Partei verurtheile, so gestellt ist, daß er ohne die Nöthen des Lebens für das Partei=Interesse arbeiten kann. Im Gegentheil, ich habe deutlich zu erkennen gegeben, daß ich nicht verstehe, wie Sie in Ihrer Partei Leute haben, die das nicht wollen, die das nicht einmal anerkennen und Ihnen diese verhältnißmäßig günstige Lage mißgönnen. Ich habe daraus nur hergeleitet: wenn Sie in Ihrer Partei nicht einmal so viel Selbstbeschränkung, so viel Neidlosigkeit erzielen können, daß Sie Ihren ersten Führern, die für ihre Bestrebungen in das Gefängniß gegangen sind, die ihr ganzes Leben gearbeitet haben für Ihre Partei, Ruhe vor derartigen Angriffen schaffen, wie wollen Sie das erst in dem socialdemokratischen Staat, wo sie Ihr Princip der allgemeinen Gleichheit in die Praxis zu versetzen suchen? Auf der andern Seite: Sie greifen die Unternehmer, die Großgrundbesitzer, die Capitalisten, die Bourgeois fortwährend in der schärfsten Weise an, indem Sie ihnen Ausbeutung und die selbstsüchtigsten Beweggründe unterschieben. Und da soll es mir nicht gestattet sein, die Einkommensverhältnisse der Socialdemokraten zu berühren?! (Bravo!)

Sodann hat der Herr College Bebel auf meine Frage: wie sieht es mit dem socialdemokratischen Zukunftsstaate aus? — mit zwei Gegenfragen geantwortet. Zunächst hat er mich gefragt: wie stellen Sie sich die Auferstehung nach dem Tode vor? Herr College Bebel, ich stelle mir die Auferstehung nach dem Tode genau so vor, wie die katholische Kirche sie lehrt und zu glauben vorstellt, wie sie in dem katholischen Katechismus steht und wie sie in allen Werken katholischer Theologen seit 1800 Jahren auseinandergesetzt ist. Hier darf ich mit Recht sagen: das steht in unsern Werken!; und ich habe keine Veranlassung, hier mit Ihnen über dieses altehrwürdige Dogma der katholischen Kirche zu disputiren, an dem seit 1800 Jahren weder Ihre Partei, noch irgend eine andere atheistische Secte etwas hat ändern können. — Sie lachen! Aber das wird an der Thatsache nichts ändern. Das sind theologische Dinge, und die gehören nicht hierher. Hier handelt es sich um Politik, um die praktischen Ziele der Socialdemokratie. Ich würde in der Lage sein, Ihnen unter vier Augen, wenn Sie geneigt wären, auf derartige religiöse Gespräche einzugehen, sehr viel sagen zu können, zum Beweise, daß der Mensch auch nach dem Tode fortlebt und darum gut thut, in dieser Zeitlichkeit auf das Leben nach dem Tode Rücksicht zu nehmen. Ich zweifle aber daran, daß Sie geneigt sind, darauf einzugehen, und ich verzichte darauf, Ohren zu predigen, die nicht etwa taub sind, sondern die nicht hören wollen.

Sie haben dann mit der zweiten Frage geantwortet: können Sie uns sagen, wie der jetzige Staat nach fünf Jahren aussieht, was Sie nach fünf Jahren thun werden? Ich antworte Ihnen: jawohl weiß ich, wie unser Staat nach fünf Jahren aussieht. Er wird im Wesentlichen genau

so aussehen, wie er heute aussieht; nur werden wir hoffentlich über fünf Jahren zu einer weitern Besserung der Verhältnisse der deutschen Arbeiterschaft gekommen sein. Brauche ich Ihnen Rechenschaft zu geben, was über fünf Jahren sein wird, wenn ich einfach die bestehende Gesellschaftsordnung, wie wir sie haben, in ihrer historischen Entwicklung annehmen und auf ihrem Boden weiter bauen will? Gewiß nicht! Eine derartige Forderung an mich stellen, ist ganz ungerechtfertigt. Aber Sie wollen etwas anderes. Sie wollen mit einem großen Kladderadatsch eine neue Gesellschaftsordnung einführen, und ich habe Ihnen ausgeführt, daß wir uns darauf nicht einlassen können, wenn wir nicht genau wissen, wie diese neue Gesellschaftsordnung, die sich in allen und jeden Grundlagen und Grundsätzen von der heutigen unterscheiden soll, aussehen wird.

Ich komme nunmehr zu demjenigen, worauf es mir ankommt, nämlich zu der Auseinandersetzung, wie es im socialdemokratischen Zukunftsstaate aussehen wird. Die Frage ist ja schon häufig hier im Reichstage debattirt worden, auch im Lande draußen ist sie viel besprochen worden. Heute hat der Herr College Bebel den Standpunkt eingenommen, daß er sagt: »wissen Sie, warum wir Ihnen unsern socialdemokratischen Zukunftsstaat nicht ausmalen? — weil wir einen socialdemokratischen Zukunftsstaat gar nicht wollen!« Das haben Sie heute gesagt. Früher haben Sie ganz anders gesagt, Herr College Bebel; gestatten Sie mir, Sie daran zu erinnern. Sie haben früher — wenn ich nicht irre, in den siebziger Jahren[1]) — ein Werk geschrieben, das heißt »Unsere Ziele«: Auf Seite 45 dieses Werkes ist Folgendes gesagt:

> In der Zeit der Action ist es zu spät zu theoretischen Discussionen. (Hört! hört!) Der Plan des Zukunftsstaates muß bereits vor der Action in allen Theilen durchgearbeitet und fertig sein. (Hört! hört! Lebhafte Heiterkeit.)

Meine Herren, im Jahre 1884 hat sodann der damalige Reichskanzler Fürst Bismarck an die Socialdemokraten die Bitte gerichtet, hier den Zukunftsstaat doch auseinanderzusetzen. Damals stand College Bebel noch nicht auf dem Standpunkt, daß er den socialdemokratischen Zukunftsstaat gar nicht wollte. Damals wurde derselbe von ihm im Reichstag und draußen im Lande in allen Versammlungen, dann in der ganzen socialdemokratischen Presse als das Dogma des socialdemokratischen Zukunftsstaates bei jeder Gelegenheit paradiren gelassen; man wußte nichts anderes, und er war das Hauptagitationsmittel. Darum frug damals — es war am 26. November — der Reichskanzler Fürst Bismarck den Herrn Collegen Bebel folgendermaßen:

> Die Kritik ist außerordentlich leicht — aber das Bessermachen! Wenn ich doch endlich einmal eine Verfassung, eine solche Gesetzgebung sehen könnte, wie die Herren Führer der Socialdemokraten sie sich denken. Sie sind jetzt 25; das zweite Dutzend haben Sie also. Ich will Ihnen noch das dritte Dutzend geben. (Zuruf bei den Socialdemokraten.) Wenn Sie aber 36 sind,

---

[1]) Später theilte der Abgeordnete Bebel mit, daß die gedachte Schrift im Jahre 1869 zuerst veröffentlicht und im Jahre 1886 von derselben eine neue Auflage veranstaltet worden sei.

> dann erwarte ich mit Sicherheit, daß Sie Ihren vollen Operationsplan zur Verfassung, wie sie sein soll, entwerfen. Sonst glaube ich: Sie können nichts!

(Sehr gut! rechts. — Zuruf bei den Socialdemokraten.) Damals hat der Herr College Bebel nicht geantwortet: wir wollen überhaupt diesen Zukunftsstaat gar nicht; — zwei Tage später, und zwar am 28. Nov. 1884, hat der Herr College Bebel folgendermaßen geantwortet:

> Der Herr Reichskanzler hat vor zwei Tagen an uns appellirt, wir möchten unser Zukunftsprogramm entwickeln. Er will uns Zeit geben, bis wir 36 Mann in diesem Hause sind. Ich habe, obgleich der Herr Reichskanzler dies erst für später wünschte, Ihnen heute bereits ein nicht unwesentliches Stück zur Lösung der socialen Frage — denn alle socialen Fragen hängen auch mit den großen politischen Fragen zusammen — entwickelt. Wir werden bei andern Gelegenheiten auch die rein socialen Fragen, auch die nothwendige Organisation der Productions- und die Organisation der Distributions-Verhältnisse, auch die cooperative Ausnützung des Grund- und Bodens, die Nothwendigkeit der Associirung sowohl der Landwirthe als des Kleingewerbes und der Arbeiter unter sich darlegen. (Hört! hört!) Einstweilen habe ich Ihnen heute eine Reihe von Aufgaben gestellt, die, wenn Sie dieselben lösen, uns sehr zufriedenstellen werden. Das Weitere werden wir dann später sehen.

Im Jahre 1884 haben Sie also eine sorgfältige Auseinandersetzung der Organisation der Productions- und der Organisation der Distributions-Verhältnisse auf der Grundlage der cooperativen Ausnützung von Grund und Boden versprochen; ich constatire, daß wir heute noch darauf warten, daß Sie weder in allen diesen Jahren noch auch am vorigen Dinstag, noch auch heute irgend etwas dazu beigetragen haben. (Sehr richtig! Bravo! rechts und im Centrum.)

Der Herr College Bebel hat uns sodann eine lange historisch-politische oder geschichtsphilosophische Auseinandersetzung gegeben über die Entwicklung der Gesellschaft. Wenn ich ihn recht verstanden habe, war der Zweck dieser Auseinandersetzung, darzuthun, daß es gar nicht nöthig ist, über einen socialdemokratischen Zukunftsstaat hier sich auseinanderzusetzen, weil er von selber auf Grund der Entwickelung der Gesellschaft sich ergeben werde und man darum ruhig abwarten könne, wie der socialdemokratische Zukunftsstaat aussehen werde.

Meine Herren, so einfach ist die Sache nun doch nicht, durchaus nicht. Die Sache brennt, es ist die höchste Zeit, daß Sie sich klar werden, wie Ihr Zukunftsstaat aussieht. Ich für meinen Theil glaube, Sie können diese Entwickelung gar nicht abwarten, Sie haben gar keine Zeit mehr dazu! (Zuruf links.) Die Entwickelung, daß ein socialdemokratischer Staat eingeführt werden soll, steht unmittelbar vor der Thür, nach Ihren eigenen Auseinandersetzungen!

Meine Herren, unser verehrter College, der Herr Reichstagsabgeordnete von Vollmar, ebenfalls ein Mitglied der officiellen socialdemokratischen Partei, wenn er auch ungleich nüchterner und besonnener in

der Beurtheilung aller politischen Verhältnisse ist als die meisten übrigen Herren von der socialdemokratischen Partei, hat sich eines schönen Tages ein großes Verdienst dadurch erworben, daß er Prophezeiungen über den Zeitpunkt, wo der socialdemokratische Staat in's Leben treten werde, zusammengestellt hat. Das ist geschehen in Nr. 7 der „Neuen Zeit", der officiellen wissenschaftlichen Revue der Socialdemokratie, vom Jahre 1892/93, in einem Aufsatz, der überschrieben ist »Zur Streitfrage über den Staatssocialismus«. In diesem Aufsatz hat Herr von Vollmar der Socialdemokratie vorgehalten, daß in ihren officiellen Verlautbarungen — sie sind alle entnommen aus der »Neuen Zeit«, aus dem »Erfurter Protokoll« und aus dem »Vorwärts« — Folgendes steht. Zunächst:

> Die sociale Frage ist die Frage des Jahrhunderts, und das letzte Jahrzehnt desselben ist allem Anscheine nach berufen, es zu wichtigen Entscheidungen zu bringen.

Dann heißt es an einer andern Stelle:

> Die Partei, die wie die ansteigende Fluth alle Dämme überbraust, die sich über Land und Stadt ergießt bis in die reactionairsten Ackerbau-Districte, diese Partei steht heute auf dem Punkte, wo sie mit fast mathematischer Genauigkeit die Zeit bestimmen kann, in der sie zur Herrschaft kommt.

Wieder an anderer Stelle heißt es:

> Die deutsche Socialdemokratie hat eine Stellung erobert, die ihr binnen kurzer Frist den Heimfall der politischen Macht sichert.

Weiter an einer andern Stelle:

> Die Verwirklichung unserer letzten Ziele ist so nahe, daß Wenige in diesem Saale sind, die diese Tage nicht erleben werden. (Zuruf links: Hat Bebel gesagt!)

— Jawohl, das hat Herr Bebel gesagt. — Weiter:

> Breche der drohende Weltkrieg aus, so könne derselbe den Sieg in zwei bis drei Jahren

— vom Herbst 1891 ab gerechnet —

> bringen; andernfalls werde die Partei bei den nächsten Wahlen in eine Lage kommen, wo sie jede Regierung zur Capitulation bringen kann.

Weiter, meine Herren:

> Und wenn die Ereignisse diese Richtung nehmen, wird unsere Partei sich gegen das Jahr 1898 (Heiterkeit) in den Besitz der Macht setzen können.

Meine Herren, es steht also fest: in Ihrer ganzen Partei herrscht die Auffassung, daß Sie spätestens in diesem Jahrzehnt und wahrscheinlich im Jahre 1898 zur Macht kommen werden! (Große Heiterkeit.) Dann wird der große Kladderadatsch kommen, von dem Herr Bebel uns immer unterhält; dann wird die sociale Revolution durchgeführt sein; dann wird Herr Bebel Präsident der Republik, Herr Liebknecht Staatssecretair des Innern, Herr College Singer Finanzminister sein. Meine Herren, Sie müssen sich doch schon überlegt haben, was Sie thun wollen in diesem Augenblick! Dann sind Sie gezwungen, diese neue Republik alsbald einzurichten und in Thätigkeit treten zu lassen. Früher hat der Herr Abge-

ordnete Bebel ja selbst gesagt, daß es nothwendig sei, für diesen Zeitpunkt einen »Plan des Zukunftsstaats bereits vor der Action in allen Theilen durchgearbeitet und fertig« zu haben; und nun, wo wir so unmittelbar vor diesem Ereigniß stehen, kommt Herr College Bebel und setzt uns auseinander: wir wollen gar keinen socialdemokratischen Zukunftsstaat (hört! hört! links), der wird sich aus der Entwickelung von selbst ergeben, und wenn er sich ergeben hat, werden wir schon sehen, was wir machen.

Meine hochverehrten Herren, ich glaube nicht, daß es richtig ist, die Dinge in dieser Weise zu behandeln. Das Gesetz der Entwickelung ist ein Gesetz, das, angewandt auf politische und wirthschaftliche Verhältnisse, wohl besteht, aber nicht in dem Sinne, wie die socialdemokratische Partei es will.

Der Herr College Bebel hat darauf hingewiesen, daß der heutige Staat mit dem Staat von vor hundert Jahren wenig gemein hat. Ganz gewiß, Herr Bebel! Aber seitdem ist der Staat in unzähligen Abstufungen geändert worden, seit den Zuständen des vorigen Jahrhunderts, bis wir zu derjenigen Ordnung gekommen sind, auf deren Boden wir heute stehen. Möglich, daß die Entwickelung weiterhin einer gewissen socialistischen Regelung sich nähert — ich weiß es nicht, ich bin kein Prophet, wie Sie, ich wage nicht, derartige Dinge vorauszusagen. Aber ich will es für möglich halten, ich will es einmal, ohne es zuzugeben, annehmen. Dann unterliegt es doch keinem Zweifel, daß bis dahin wieder in vielleicht hundert Jahren Schritt für Schritt bis zu der socialistischen Ordnung unserer Production viele Stadien durchlaufen werden müssen. Aber das wollen Sie nicht, sondern im Gegentheil, Sie wollen die Revolution; Sie wollen ganz plötzlich, mit einem Schlag, mit einem großen Kladderadatsch, mit dem Sie das große Gebäude unserer heutigen Ordnung einrütteln wollen, zu einer Neuordnung kommen. Wenn man das will, dann ist es frivol im höchsten Maße, wenn man nicht vorher einen Plan hat, nach dem man neu bauen kann. (Bravo! im Centrum und rechts.)

Meine Herren, ein ganz anderes, höchst eigenartiges Ding ist aber die socialdemokratische Entwickelung. Der Herr College Bebel von heute ist nicht mehr der Herr College Bebel von früher, das habe ich schon nachgewiesen als Beispiel dieser besondern socialdemokratischen Entwickelung! Ganz genau dasselbe ist vom Herrn Collegen Liebknecht zu sagen. Früher, als man der Socialdemokratie noch nicht so sehr das Messer auf die Brust gesetzt hatte mit dem Verlangen, sie solle doch nun Farbe bekennen und den Staat, den sie durch eine einzige große Revolution einführen wolle, auseinandersetzen, — in dieser Zeit hat dieselbe offen gesagt, daß das nicht auf einmal gehe, mit einem einzigen großen Kladderadatsch von heute auf morgen, sondern allmälig in einer längern socialistischen Revolution erreicht werden müsse. Der Herr Marx, der geistige Führer Ihrer Partei, den Sie heute noch nicht so ganz über Bord geworfen haben wie den Herrn Lassalle, den Sie aber auch schon im Begriff sind, so ganz allmälig zum alten Eisen zu werfen, hat in seiner bekannten Kritik des socialdemokratischen Partei-Programm-Entwurfs [1]), die eines

[1]) Der zu dem bekannten, später auf dem Parteitag zu Halle im Jahre 1890 über Bord geworfenen Gothaer Programm vom Mai 1875 führte.

schönen Tages zur großen Ueberraschung gewisser Mitglieder der social-demokratischen Fraction Herr Engels aus London in der »Neuen Zeit« veröffentlichte [1]), Folgendes gesagt:

> Zwischen der capitalistischen und communistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionairen Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Uebergangs-periode, deren Staat nichts anderes sein kann, als die revolutionaire Dictatur des Proletariats.'

Marx war der Ansicht, daß zunächst die socialdemokratische Partei zur politischen Macht zu gelangen habe, daß sie dann diese Macht zu benutzen habe in der Form einer „revolutionairen Dictatur des Proletariats", um dann allmälig in einer längern „politischen Uebergangsperiode" den social-demokratischen Staat aufzubauen. Verhältnißmäßig vernünftig, meine Herren! — das muß ich anerkennen.

Als nun aber die Frage, wie denn dieser socialdemokratische Staat aussehen würde, der Socialdemokratie allmälig lästig wurde, da wurde diese revolutionaire Uebergangsperiode in die Ecke gestellt. Sie hatte ihre Dienste zur Fanatisirung der Massen gethan. Fortan war sie nicht mehr zu gebrauchen. In Halle, auf dem Parteitage der Socialdemokratie, am 16. October 1890 war von dieser revolutionairen Uebergangsperiode nichts mehr vorhanden. Da hat Herr Liebknecht sich ganz anders ausgesprochen, nämlich folgendermaßen:

> Ein Fehler unseres Programms ist seine Eintheilung.

— Nämlich die Eintheilung, was man auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung wolle, und was die definitiv anzustrebenden Principien des socialdemokratischen Zukunftsstaates sein werden. —

> Wie kann der Zukunftsstaat von dem heutigen Staate getrennt sein? Die heutige Gesellschaft wächst in die socialistische hinein. Deswegen dürfen wir in unserm Programm keine bestimmte Grenze zwischen den beiden ziehen.

Damals war also Herr Liebknecht im Verfolg des socialdemokratischen Entwickelungsgesetzes schon dazu gekommen, daß eine revolutionaire Uebergangsperiode nicht mehr nöthig sein werde, sondern daß die heutige Gesellschaft in die socialistische »hineinwachsen« würde. In weiterer Entwickelung der socialdemokratischen proteusartigen Entwickelungsfähigkeit hat dann wenige Tage später in einer Versammlung im 6. Berliner Wahlkreis am 27. October 1890 derselbe Herr College Liebknecht unter Bezugnahme auf die bisherige Entwickelung der Gewerkvereine der Arbeiter in England Folgendes ausgeführt:

> Wenn die Arbeiter einmal die Macht erlangen, dann wird es ihnen ein Leichtes sein, zu decretiren: von morgen Mittag 12 Uhr ab sind alle Fabriken, Werkstätten, Bergwerke usw. Eigenthum des Staates, beziehungsweise der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter. Damit ist der socialdemokratische Staat mit Einem Schlag hergestellt.

(Große Heiterkeit.) Das ist also das »Hineinwachsen« des heutigen bürgerlichen Staates in den socialdemokratischen Zukunftsstaat! Es bedarf nur

---

[1]) Vgl. „Neue Zeit", Jahrgang 1890/91, Heft Nr. 18.

eines »Decretes«: von morgen Mittag 12 Uhr ab gehört aller Grund und Boden, gehören alle Fabriken, gehören alle Bergwerke der arbeitenden Bevölkerung — und dann haben wir den socialdemokratischen Staat!

Nun wohl! Dann haben wir den socialdemokratischen Staat! Was dann aber weiter? Diese Ausführungen können Sie doch nicht der Pflicht überheben, uns zu sagen, was nun der zweite Schritt sein wird, wenn Sie im Jahre 1898 ein Decret erlassen haben werden: »von morgen Mittag 12 Uhr ab ist alles in unsern Händen, und dann ist der socialdemokratische Staat eingeführt«. Meine Herren, sobald Sie also dieses Decret erlassen haben werden, wird der Herr College Bebel nicht mehr Inhaber seiner Fabrik sein, werden auch die andern socialdemokratischen Unternehmer nicht mehr Inhaber ihrer Fabriken sein; alle Bergwerksbesitzer, alle Grundbesitzer werden in der Lage sein, kein Eigenthum mehr zu haben, nichts mehr zu sagen zu haben; keiner ihrer frühern Arbeiter ist ihnen mehr Gehorsam schuldig; es würde im Gegentheil gegen die socialdemokratische Gleichberechtigung verstoßen, es würde das demokratische Princip, das ja, wie der Herr College Bebel uns auseinandergesetzt hat, der Grund der socialdemokratischen Anschauungen ist, verletzen, wenn irgendwer in diesem Augenblicke noch irgend eine Autorität anerkennen würde. Der Herr College Liebknecht hat ja auf dem Halle'schen Parteitag ausgerufen: »Wir anerkennen keine Autorität im Himmel und auf der Erde!« In dem Augenblick, wo das Decret erlassen worden ist, gibt es also keine Autorität für Sie mehr, wenigstens hier auf Erden; die himmlische Autorität bleibt, die können Sie ja nicht wegdecretiren! (Zuruf von den Socialdemokraten.) — Hier auf Erden wird für Sie keine Autorität mehr sein! Und nun, bitte, Herr College Bebel, setzen Sie auseinander, wie Sie es dann anfangen, um die Production, um die Distribution, um die genossenschaftliche Arbeit zu regeln und in die Fabriken zu vertheilen! (Sehr gut! im Centrum und rechts.) In demselben Augenblick werden alle Unternehmer aufhören, zu überlegen und zu berechnen, werden alle Techniker aufhören zu zeichnen und vorzubereiten, werden alle Meister der Fabriken aufhören zu ordnen und zu regeln; denn sie haben nichts mehr zu sagen, sie haben keine Autorität, und wer ihre Autorität anerkennt, der verstößt gegen das Grundprincip des socialdemokratischen Staates. Es werden also zunächst für den Augenblick zweifellos alle Fabriken, alle Bergwerke, alle landwirthschaftlichen Betriebe still stehen. Nun, Herr College Bebel, was thun Sie dann? Sie sind dann moralisch verantwortlich dafür, daß das Volk nicht verhungert! (Zuruf: Die übernehmen wir gern!) — Herr College Bebel, wenn Sie die Verantwortung gern übernehmen, nehme ich an, daß Sie sich bereits ganz klar gemacht haben, was Sie dann thun, wie Sie es in Ihrem Buche »Unsere Ziele« damals als das absolut Nothwendige und Unentbehrliche auseinandergesetzt haben. Also, bitte, heraus mit Ihrem Flederwisch! (Große Heiterkeit.)

Sie werden vielleicht sagen: Alsdann wird eine Wahl organisirt werden müssen, um die Leiter der Bergwerke, der Fabriken, der landwirthschaftlichen Betriebe durch freie Wahl der Arbeiter zu bestellen. Ja, meine Herren, wenn nun diese Wahl, sagen wir z. B. zur Leitung eines landwirthschaftlichen Großbetriebes, auf den Herrn Singer fällt? (Heiterkeit.)

Dann wird derselbe in der Lage sein, aus dem Lande mindestens gerade so viel herauswirthschaften zu müssen, wie der bisherige Besitzer aus demselben herausgewirthschaftet hat, der heute das Land auf Grund einer langen Erfahrung bebaut. Wird er das können? (Sehr gut!) Oder der Herr College Bebel wird vielleicht zum Leiter einer Maschinenfabrik gewählt werden. Es wird ihm das ja ohne allen Zweifel unangenehm sein; er erwartet, daß er zum Präsidenten der Republik gewählt wird. (Heiterkeit.) Aber das könnte ihm doch schief gehen; die Arbeiterschaft könnte anderer Ansicht sein; es könnte sein, daß sie einen Andern hätte, der sich nach ihrer Ansicht besser zu diesem Posten eignet. (Zuruf: Abwarten!) Also bitte, Herr College Bebel, ich nehme an, Sie werden zum Leiter einer Maschinenfabrik oder eines großen Bergwerks, das 3000 Arbeiter beschäftigt, gemacht; was werden Sie dann thun? Sie werden ohne allen Zweifel den bisherigen Leiter, die bisherigen Techniker, die bisherigen Obersteiger und Steiger zu Schleppern degradiren. Denn »die angenehmen Arbeiten müssen ja mit den unangenehmen abwechseln«. (Zuruf.) — Herr College Bebel, ich bin in einer ganz nüchternen Auseinandersetzung. Der Herr Präsident wird Ihnen ohne allen Zweifel das Wort geben, wenn Sie es verlangen, um auseinanderzusetzen, wie Sie sich dann verhalten. Aber vor der Hand warten Sie gütigst ab, bis Sie das Wort bekommen, und gestatten Sie mir, in ruhiger und sachlicher Weise auseinanderzusetzen, welche Schwierigkeiten ich finden würde, wenn ich vor eine derartige Aufgabe gestellt würde. Ich nehme also als unbezweifelbar an, daß alle Unternehmer, alle Techniker, alle Ingenieure von ihrem bisherigen Posten entfernt würden; ich nehme an, daß Einige eben noch als Häuer zu benutzen wären; jedenfalls könnten sie nur als Lehrhäuer eine Anstellung finden; denn einstweilen verstehen sie von dem Hauen doch noch nichts. Nun wohl, Herr Bebel, wen werden Sie dann zum Techniker machen, wen werden Sie zum Maschinenwärter machen? (Zuruf bei den Socialdemokraten: Sie nicht!) — Mich nicht? — Aber warum denn nicht, Herr College Bebel? (Große Heiterkeit.) Nehmen Sie doch an, ich hätte mich bis dahin zur socialdemokratischen Partei bekehrt. (Zuruf bei den Socialdemokraten: Wir wollen Sie gar nicht!) — Ja aber, Herr College Bebel, Sie werden mich doch nicht herausschmeißen? (Große Heiterkeit; Zuruf: Jawohl!) — Sie werden mich herausschmeißen? — Ja aber, Herr College Bebel, im socialdemokratischen Staat — — (Zuruf des Abgeordneten Bebel: Wir machen Sie zum Blechschmied! — Glocke des Präsidenten.)

Abgeordneter Dr. Bachem: — Herr College Bebel will mich also zum Blechschmied machen! (Zurufe. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Bebel, ich muß bitten, nicht dazwischen zu sprechen.

Abgeordneter Dr. Bachem: Also zum Blechschmied; dann muß also das Blechschmieden im socialdemokratischen Zukunftsstaat eine sehr wichtige Function sein; da weiß ich wirklich nicht, ob ich diese Function in einer den Herren Socialdemokraten genügenden Weise ausüben könnte. (Große Heiterkeit.) Jedenfalls werde ich im gegebenen Falle den Herrn Collegen Bebel beim Wort nehmen; sonst werde ich vielleicht noch zum Straßenkehrer oder Canalarbeiter gemacht! (Große Heiterkeit.)

Meine Herren, ich nehme also an, daß ich im socialdemokratischen

Staate auch ein Unterkommen gefunden habe, daß es mir vielleicht gelungen ist, meine von der socialdemokratischen Grundanschauung abweichenden Ansichten zu verbergen, daß ich in dem großen socialdemokratischen Haufen mit untergelaufen bin. Angenommen, ich werde zum Ingenieur für ein Bergwerk gewählt, dann werde ich ohne Zweifel versuchen, mein Bestes zu thun. Aber was wird dann herauskommen? Ich bin sicher, daß in ganz kurzer Zeit das Bergwerk in Unordnung ist, daß überhaupt der Betrieb unmöglich werden würde. Nun wird mir wahrscheinlich wieder entgegnet werden, so dumm werden die Socialdemokraten nicht sein, sie werden die besten Leute auswählen und an die richtigste Stelle stellen. Ja, meine Herren, wenn Jemand mir das entgegnete, so würde ich ihm wieder den Herrn Collegen Bebel entgegenhalten, der in seinem Buch »Die Frau« auseinandergesetzt hat, daß das eine Ungerechtigkeit sein würde, weil die angenehme Arbeit der Leitung nicht immer einem und demselben obliegen dürfe, sondern daß er auch die rauhere Arbeit der Schlepper und der Häuer verrichten müsse [1]). Der Herr College Bebel hat gesagt, es sei nichts dagegen einzuwenden, daß ein Alterniren der angenehmen Functionen unter den Einzelnen stattfinden müsse [2]). Also es steht doch fest, daß unter irgend einer Constellation Leute zur Leitung eines industriellen Betriebes, eines landwirthschaftlichen Unternehmens berufen werden, die vorher in diesem Betriebe nicht beschäftigt waren. Was werden Sie denn machen, damit kein Betrieb stillsteht? Wenn Sie nichts machen, so wird das Bergwerk stillstehen, der landwirthschaftliche Betrieb wird halb so viel produciren als bisher. Und das angesichts der Thatsache, daß wir in unserm Deutschen Reich mehrere Millionen haben, die wir nicht ernähren können mit derjenigen Brodfrucht, die wir selbst produciren, für deren Ernährung wir angewiesen sind auf die Zufuhr von außen.

Meine Herren, die Herren von der socialdemokratischen Partei machen sich über alle diese Dinge keine Sorge. Ich dagegen mache mir schon auf dem Boden unserer heutigen Gesellschaftsordnung Sorge, daß wir unsere Leute nicht mehr genügend ernähren können. Es ist das schlimmste und schwierigste Problem unserer gesammten socialen Wissenschaft und unserer Politik, wie wir für die stets zunehmenden Millionen unserer Bevölkerung noch Brod und Arbeit schaffen. Wir können unsere Leute nicht ernähren, ohne daß wir auf dem Weltmarkt concurriren. Wir müssen ausführen, damit wir das in andern Ländern gewachsene Brod zu uns herüberziehen

---

[1]) Vgl. Bebel, „Die Frau", achte Aufl., S. 154: „Stellt sich auf dem einen Gebiet ein Ueberschuß, auf dem andern ein Mangel an Kräften heraus, so hat die Verwaltung die Arrangements zu treffen und einen Ausgleich herbeizuführen." Und S. 165: „Können unangenehme, widerliche Arbeiten nicht auf mechanischem resp. chemischem Wege verrichtet und durch irgend welchen Proceß in angenehme Arbeit umgewandelt werden — was kaum zu bezweifeln ist —, und finden sich nicht die nöthigen freiwilligen Kräfte, dann tritt die Verpflichtung ein, die Jeden nöthigt, sobald die Reihe an ihn kommt, seine Leistung zu vollziehen."

[2]) Vgl. Bebel, „Die Frau", achte Aufl., S. 154: „Es ist also nicht ausgeschlossen, daß bei vorgeschrittener Organisation und bei höherer Durchbildung aller Glieder diese Functionen (nämlich der „Ordner") einfach a l t e r n i r e n d e werden, die in gewissen Zwischenräumen nach einem bestimmten Turnus alle Betheiligten ohne Unterschied des Geschlechtes übernehmen."

können. Hört diese Ausfuhr auf, so hört die Einfuhr von Getreide auch auf, und dann steht es fest, daß eine Hungersnoth, wie sie niemals im Deutschen Reich war, kommen wird [1]). (Zuruf bei den Socialdemokraten:

---

[1]) Nach den zweifellos aus Regierungskreisen stammenden und zuverlässigen Mittheilungen der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung vom 18. Januar 1893 betrug die Einfuhr von Getreide nach Deutschland im Jahre 1891 9 053 317 Doppelcentner Weizen, 8 426 541 Doppelctr. Roggen, 1 198 835 Doppelctr. Hafer; im Jahre 1892: 12 962 126 Doppelctr. Weizen, 5 485 991 Doppelctr. Roggen, 5 832 966 Doppelctr. Gerste.

Nach dem „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich, herausgegeben vom Kaiserlichen Statistischen Amt, Dreizehnter Jahrgang 1892,“ Berlin 1892, Verlag von Puttkamer und Mühlbrecht, betrug von **Vieh**

im Jahre 1889:

die Einfuhr	183 098	Tonnen im Werthe von . . .	183 493 000	Mark
die Ausfuhr	41 724	„ „ „ „ . . .	31 904 000	„
also die Mehreinfuhr	141 374	Tonnen im Werthe von . . .	151 589 000	Mark

im Jahre 1890:

die Einfuhr	238 672	Tonnen im Werthe von . . .	229 586 000	„
die Ausfuhr	29 627	„ „ „ „ . . .	29 845 000	„
also die Mehreinfuhr	209 045	Tonnen im Werthe von . . .	199 741 000	Mark

im Jahre 1891:

die Einfuhr	300 580	Tonnen im Werthe von . . .	246 833 000	Mark
die Ausfuhr	21 698	„ „ „ „ . . .	22 708 000	„
also die Mehreinfuhr	278 882	Tonnen im Werthe von . . .	224 125 000	Mark

Die Mehreinfuhr von Vieh wächst also sehr rasch. Die Mehreinfuhr von andern **Nahrungs- und Genußmitteln** berechnet sich wie folgt:

im Jahre 1889:

1. Rohstoffe.				
Einfuhr	3 723 112	Tonnen im Werthe von	841 209 000	Mark
Ausfuhr	517 301	„ „ „ „	85 960 000	„
Summa A	3 205 811	Tonnen im Werthe von	755 249 000	Mark
2. Fabrikate.				
Ausfuhr	912 270	„ „ „ „	283 433 000	Mark
Einfuhr	390 743	„ „ „ „	204 717 000	„
Summa B	521 527	Tonnen im Werthe von	78 716 000	Mark
		Summa A weniger Summa B macht		
	2 684 284	Tonnen im Werthe von	676 533 000	„
= die Mehreinfuhr insgesammt.				

im Jahre 1890:

1. Rohstoffe.				
Einfuhr	4 072 303	Tonnen im Werthe von	952 648 000	Mark
Ausfuhr	488 035	„ „ „ „	106 055 000	„
Summa A	3 584 268	Tonnen im Werthe von	746 593 000	Mark
2. Fabrikate.				
Ausfuhr	1 175 166	„ „ „ „	334 991 000	„
Einfuhr	430 475	„ „ „ „	214 925 000	„
Summa B	744 691	Tonnen im Werthe von	120 076 000	Mark
		Summa A weniger Summa B macht		
	2 839 577	Tonnen im Werthe von	626 517 000	„
= die Mehreinfuhr insgesammt.				

Entsetzlich!) — „Entsetzlich!" wird mir zugerufen. Ja, das ist in der That entsetzlich; es ist aber auch Wahrheit, — und darauf kommt es an. (Zurufe bei den Socialdemokraten: Nein!) — Sie sagen: Nein. Setzen Sie uns doch auseinander, wie Sie es machen werden, um einer solchen Hungersnoth vorzubeugen! Sie werden nicht leugnen können, daß, wenn Sie Ihr Decret zur Einführung des socialdemokratischen Staates erlassen haben, zunächst eine ganz gewaltige Desorganisation unserer gewerblichen Verhältnisse sich ergeben wird. Entweder werden alle Arbeiter, die bisher unangenehme Arbeiten verrichtet haben, in andere Gegenden gebracht — sie werden es wenigstens verlangen, daß man ihnen angenehmere Arbeit gibt —, und dann gibt es eine allgemeine Anarchie; oder aber Sie führen es ein, daß dem Einzelnen seine Arbeit angewiesen wird, daß er gezwungen wird, diese und keine andere Arbeit an diesem und keinem andern

---

im Jahre 1891:

1. Rohstoffe.				
Einfuhr	4 222 428	Tonnen im Werthe von	1 638 197 000	Mark
Ausfuhr	540 661	„ „ „ „	81 084 000	„
Summa A	3 681 767	Tonnen im Werthe von	957 113 000	Mark
2. Fabrikate.				
Ausfuhr	1 115 278	„ „ „ „	335 142 000	„
Einfuhr	472 336	„ „ „ „	228 277 000	„
Summa B	644 942	Tonnen im Werthe von	106 865 000	Mark
		Summa A weniger Summa B macht		
	3 036 825	Tonnen im Werthe von	850 248 000	„

= die Mehreinfuhr insgesammt.

Die Gesammt-Mehreinfuhr von Vieh, Nahrungs- und Genußmitteln betrug also

im Jahre 1889:

Vieh	141 374	Tonnen im Werthe von	151 589 000	Mark
Nahrungs- und Genußmittel	2 684 284	„ „ „ „	676 533 000	„
Zusammen	2 825 658	Tonnen im Werthe von	828 122 000	Mark

im Jahre 1890:

Vieh	209 045	Tonnen im Werthe von	199 741 000	Mark
Nahrungs- und Genußmittel	2 839 577	„ „ „ „	626 517 000	„
Zusammen	3 048 622	Tonnen im Werthe von	826 258 000	Mark

im Jahre 1891:

Vieh	278 882	Tonnen im Werthe von	224 125 000	Mar
Nahrungs- und Genußmittel	3 036 825	„ „ „ „	850 248 000	„
Zusammen	3 315 707	Tonnen im Werthe von	1 074 373 000	Mark

Hieraus ergibt sich, daß Deutschland im Jahre 1889 mehr als 800 Millionen Mark, im Jahre 1890 ebenfalls mehr 800 Millionen Mark, im Jahre 1891 mehr als 1000 Millionen Mark an seinem Export verdienen mußte, wenn es, ohne rückwärts zu gehen, seinen Bedarf an ausländischem Vieh, Nahrungs- und Genußmitteln decken wollte. Da die Bevölkerung von Deutschland rasch zunimmt, so wird diese Summe von Jahr zu Jahr steigen. Jede „socialistische Gesellschaftsordnung", welche nicht in der Lage ist, den Export Deutschlands in bisheriger Macht aufrecht zu erhalten und noch zu vergrößern, stellt daher die Existenz der deutschen Bevölkerung in Frage.

Ort zu verrichten; damit heben Sie dann die Freizügigkeit, die freie Berufswahl auf, und das ist die vollkommenste Tyrannei, die jemals gewesen ist. (Beifall.) Zwischen diesen beiden Extremen gibt es kein Mittel, und Sie müssen uns auseinandersetzen, ob Sie das Eine oder das Andere in Ihrem Staate haben wollen.

Meine Herren, was der Herr College Bebel uns hier vorträgt, unterscheidet sich ganz regelmäßig in einem ungeheuern Grade von demjenigen, was im Lande den armen zu verführenden Arbeitern vorgelogen wird. Dort leugnet man nicht ab, daß man einen socialdemokratischen Zukunftsstaat haben wolle; im Gegentheil, ich habe in einer ganzen Reihe socialdemokratischer Versammlungen die längsten Tiraden über den Zukunftsstaat gehört, und gerade mit der Ausmalung des Zukunftsstaates, in dem Milch und Honig für jeden Arbeiter fließen soll, fanatisirt und bethört man die Arbeiter.

Der Herr College Bebel hat ja auch selbst die Schönheiten des socialdemokratischen Zukunftsstaates Ihnen ausgemalt; die schönen Seiten! die Schattenseiten nicht. Das geschieht in andern Werken noch in viel ausdrucksvollerer Weise. Gestatten die Herren, zum Beweise auch hier nur wenige Citate zu bringen. Ich könnte Ihnen eine ganze Menge bringen.

Das »Berliner Volksblatt« hat im November 1890 — also das officielle Organ der socialdemokratischen Partei unter der Redaction des Collegen Liebknecht — Folgendes ausgeführt:

> Was man im socialistischen Volksstaat essen wird, lassen wir dahingestellt sein. Aber daß Jeder satt wird, das behaupten wir fest. Wie die Wohnungen eingerichtet sein werden, in welchem Stil man die Häuser bauen, wie die Anlage der Städte sein wird, darüber zerbrechen wir uns unsern Kopf nicht. Aber das wissen wir gewiß, daß jeder Mensch und jede Familie eine gesunde, geräumige, freundliche Wohnung, ein trauliches Heim haben wird. (Heiterkeit. — Zurufe bei den Socialdemokraten: Sehr richtig!)

Herr College Bebel, woher wissen Sie das denn? (Heiterkeit.) Wie kommen Sie dazu, so positiv sicher zu wissen, daß, nachdem Sie Ihr Decret erlassen haben: »Von morgen Mittag 12 ab gilt der socialdemokratische Staat«, daß Ihnen dann sofort oder wenigstens in einer vernünftiger Weise absehbaren Zeit gelingen werde, jeder Familie eine »gesunde, geräumige, freundliche Wohnung, ein trauliches Heim« zu schaffen? (Heiterkeit.) Sie müssen sich doch zuerst selbst das klar gemacht haben, wenn man Ihnen das glauben soll.

Ferner erfahren wir aus demselben Artikel, daß

> die gesellschaftliche Arbeit nicht in ihrem Uebermaß die Gesundheit untergraben oder schädigen, die geistige Beschäftigung verhindern oder beeinträchtigen werde, sondern daß Jedermann neben der ihm obliegenden gesellschaftlichen Arbeit noch Zeit und Muße genug haben wird, der Wissenschaft, Kunst, Natur sich zu widmen und seinen Lieblingsbeschäftigungen sich hinzugeben. (Heiterkeit.)

Wie das zu ermöglichen ist, erfahren wir nicht.

Nun, meine Herren, das Stärkste auf diesem Gebiet hat ja wiederum — vielleicht nicht der Herr College Bebel, aber doch der Schriftsteller August Bebel in seinem Werke »Die Frau« geleistet. Er hat angeführt, er halte es für möglich, daß man in baldiger Zeit dazu gelange, daß man mit dem dreistündigen Arbeitstage auskomme [1]). Also Sie halten es für möglich, daß man mit dem dreistündigen Arbeitstag auskomme! Wohl, dann muß doch vorher der Beweis geliefert werden, daß bei einem dreistündigen Arbeitstag so viel producirt wird, daß wir unsere Ausfuhr aufrecht erhalten können und für den Erlös unserer Ausfuhr die nöthigen ungeheuern Massen Getreide anderswo kaufen können, deren wir bedürfen, wenn unsere Bevölkerung nicht verhungern soll.

Ein anderer Mann, der, so viel ich weiß, auch niemals von der socialdemokratischen Partei desavouirt worden, sondern officielles Mitglied derselben ist, Herr Stern, in seinen »Thesen über den Socialismus«, Seite 12 [2]), verspricht auch sehr viel. Er sagt:

> Jedem, der sich ausweist, sein Arbeitsquantum verrichtet zu haben, steht das unumschränkte Recht auf jeden Consum in jeder beliebigen Quantität zu. (Anhaltende Heiterkeit.) Er bezieht seine Bekleidungsstücke aus den öffentlichen Magazinen, er ißt im Hotel, was ihm beliebt (Heiterkeit), oder, wenn er es vorzieht, zu Hause in einer höchst comfortabeln Privatwohnung (Heiterkeit), die mit den öffentlichen Hotels in Verbindung steht (Telephon, Rohrpost, oder was sonst noch erfunden wird), und woher er auf die bequemste Weise die Speisen bezieht, die er wünscht, oder er läßt sie sich zu Hause bereiten oder bereitet sie selbst. (Große Heiterkeit.)

Sie sehen, meine Herren, die wunderschönen Versprechungen! Nur zerbricht sich der Herr Stern sehr wenig den Kopf darüber, wer denn parirt, wenn er im Hotel sagt: ich wünsche ein Beefsteak zu essen! Eine Autorität gibt es im Hotel doch auch nicht; er persönlich wird auch nicht das genügende Ansehen haben, daß der Kellner — oder, pardon! der mit dieser Function bekleidete Genosse — (Heiterkeit) das Beefsteak brät und bringt. Also wie macht er es? Darüber zerbricht sich kein Mensch den Kopf. Und mit solchen Dingen verführt man das Volk! (Beifall.)

---

[1]) Vgl. Bebel, „Die Frau", achte Auflage, S. 162: „Findet die Gesellschaft, daß zur Herstellung aller benöthigten Producte eine täglich dreistündige Arbeitszeit nöthig ist, so setzt sie eine dreistündige fest." In einer Note zu dieser Stelle bemerkt Bebel: „Man beachte, daß die ganze Production auf höchster technischer Stufenleiter organisirt ist, und Alle thätig sind, so daß eine dreistündige Arbeitszeit eher zu lang als zu kurz erscheint. Owen berechnete für seine Zeit — erstes Viertel dieses Jahrhunderts — eine zweistündige für ausreichend." Im Text fährt Bebel fort: „Vermehrt sich die Gesellschaft, verbessern sich die Productionsmethoden so, daß der Bedarf schon in zwei Stunden hergestellt werden kann, so setzt sie zwei Stunden gesellschaftliche Arbeitszeit fest. Verlangt dagegen die Gesammtheit die Befriedigung höherer Bedürfnisse, als sie trotz Zunahme der Zahl und erhöhter Productivität des Arbeitsprocesses in zwei oder drei Stunden herstellen kann, so setzt sie vier Stunden fest. Ihr Wille ist ihr Himmelreich."

[2]) J. Stern, Thesen über den Socialismus, 3. Aufl., Stuttgart 1890.

Meine Herren, der Herr College Liebknecht ist auch ein Mal in der Lage gewesen, über eine derartige Frage sich auszulassen. Es waren in der Litteratur, in der Presse ähnliche Fragen an ihn gestellt worden, und das hat dem Collegen Liebknecht auf dem Halle'schen Parteitag Gelegenheit gegeben, darüber zu sprechen: er hat diese Frage einfach mit einer eleganten Handbewegung bei Seite geschoben, indem er sagte: das sind »einfältige Fragen«. Ich werde abwarten, ob heute einer der Herren der socialdemokratischen Partei das auch noch antworten wird. Sodann hat Herr Liebknecht fortgefahren:

> Was man heute für unmöglich hält, wird morgen möglich. Wenn man erwägt, welch' gewaltige Umwälzungen der Dampf, die Elektrotechnik usw. hervorgebracht, dann muß doch Jedem klar sein, daß man nicht sagen kann, wie der socialdemokratische Zukunftsstaat gestaltet sein wird[1]). Nur ein Narr kann solche Frage stellen. Was heute Ideal ist, ist morgen Wirklichkeit und übermorgen Reaction. Können uns unsere Gegner sagen, wie es in einem Jahre im heutigen Deutschland aussehen wird? Und diese Thoren verlangen, wir sollen ihnen sagen, wie es im socialdemokratischen Zukunftsstaat aussehen wird!

Sie sehen also, der College Liebknecht weist es durchaus ab und erklärt Denjenigen für einen Thoren, der, wie ich, solche vorwitzige Fragen stellt! — Ganz anders in der Abonnements-Einladung zum »Berliner Volksblatt« im November 1890. (Heiterkeit.) Ich nehme an, daß diese Abonnements-Einladung ebenfalls von dem Abgeordneten oder Redacteur Liebknecht herrührt; jedenfalls ist er moralisch dafür verantwortlich. Ob er damals als verantwortlicher Redacteur im rechtlichen Sinne im Blatt gestanden hat, weiß ich nicht; das thut aber auch, wie allgemein bekannt sein dürfte, nichts zur Sache. In dieser Abonnements-Einladung heißt es:

> Nur durch die socialdemokratische Presse kann der Arbeiter über Wesen und Werth der capitalistischen Productionsweise aufgeklärt werden, und in der socialdemokratischen Presse findet er Mittel und Wege angegeben, die ihn schließlich aus den Fesseln erlösen und ihn einer freien, glücklichen Zukunft entgegenführen werden. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Ich finde in der socialdemokratischen Presse nichts als Mittel und Wege bis zur Revolution. Bis dahin reichen Ihre Mittel aus; wie Sie aber, nachdem Sie die Macht errungen haben, nachdem die Revolution durchgeführt ist, Mittel und Wege finden wollen, nun eine neue Ordnung der Production, der Distribution, der cooperativen Arbeit herzustellen, darüber habe ich im »Berliner Volksblatt«, im »Vorwärts«, in allen andern offi-

---

[1]) Trotzdem hat sogar Bebel eine sehr eingehende Schilderung der Zustände im socialdemokratischen Zukunftsstaat gegeben, in welcher er dieselben so schön schildert, daß sie geradezu den „Himmel auf Erden" bedeuteten. Vgl. Bebel: „Die Frau", namentlich die Capitel „Staat und Gesellschaft" und „Die Socialisirung der Gesellschaft", in der achten Auflage S. 129 bis 191.

ciellen und nichtofficiellen Aeußerungen der socialdemokratischen Partei bisher noch nicht das Geringste gefunden.

Meine Herren, das Allersonderbarste — wenn ich diesen zahmen Ausdruck gebrauchen darf — ist der Glaube der Socialdemokratie, daß man im socialdemokratischen Staate auskommen könne ohne Autorität und ohne Gehorsam [1]). Sie wollen die Abschaffung aller Ausnahmegesetze, namentlich der Preß-, Vereins-, Versammlungs-Gesetze, überhaupt aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, die freie Forschung beschränken [2]). Es unterliegt also keinem Zweifel, daß im socialistischen Staat Jedweder das Recht hat, in derselben bittern Weise zu kritisiren und »Radau zu machen« — wie Sie das nennen —, wie das die »Jungen« gethan haben. Glauben Sie, meine Herren, daß Leute von dieser Naturanlage, die immer kritisiren, die immer etwas anderes wollen, in Ihrem Staate nicht auch sein werden? Ich meinerseits bin darüber nicht im Zweifel.

Noch viel weiter gehen Ihre Aeußerungen in denjenigen Schriftstücken, von denen man nicht officiell nachweisen kann, daß die socialdemokratische Fraction die Verantwortung zu tragen hat. Bei der Reichstagswahl im Jahre 1890 ist ein Flugblatt in meiner Heimath Köln in vielen tausend Exemplaren verbreitet worden und, wenn ich recht berichtet bin, auch im ganzen Rheinland und im ganzen preußischen Staate und Deutschen Reiche, welches ohne Zweifel von Parteiwegen hergestellt worden ist; denn es wurde in großen Massen aus Berlin bezogen. In diesem Reichstagswahl-Flugblatt von 1890 heißt es:

> Herrschen ist seiner Natur nach Ausbeuten. Der Staat muß aufhören, die Domaine einzelner Stände, Personen und Klassen zu sein. Er muß werden die Vereinigung gleichberechtigter Bürger, von denen Keiner über den Andern herrscht, Keiner vom Andern beherrscht wird. Das erstrebt die Socialdemokratie. Die Socialdemokratie ist die consequente Demokratie. Sie will eine Staats- und Gesellschafts-Ordnung, die, fußend auf der Gleichberechtigung aller Menschen, die Quellen der Ungleichheit verstopft, weder Herren noch Knechte duldet und eine brüderliche Gemeinschaft von freien Menschen begründet.

---

[1]) Bebel, a. a. O, S. 152: „An der Spitze sämmtlicher Localverwaltungen steht die Centralverwaltung — wohlgemerkt keine Regierung mit herrschender Gewalt, nur eine leitende Verwaltung." S. 154: „Der Einzelne entscheidet selbst, in welcher Thätigkeit er sich beschäftigen will." S. 164: „Fühlt Einer, daß er auf einem Gebiet nicht zu leisten vermag, was die Andern leisten, so wählt er sich ein anderes, seinen Kräften und Fähigkeiten entsprechenderes; mit welchem Recht verlangt da Einer den Vorzug vor den Andern?"

[2]) Das Gothaer Programm (1875) verlangte: „Abschaffung aller Ausnahmegesetze, namentlich der Preß-, Vereins- und Versammlungs-Gesetze, überhaupt aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung, das freie Denken und Forschen beschränken." Das Erfurter Programm (1891) verlangt: „Abschaffung aller Gesetze, welche die freie Meinungsäußerung und das Recht der Vereinigung und Versammlung einschränken oder unterdrücken."

Ganz ähnlich hat sich, wie ich schon die Ehre hatte anzuführen, nur kürzer und noch viel schneidiger der Abgeordnete Liebknecht auf dem Parteitage in Halle ausgedrückt:

Unsere Partei leugnet alle Autorität im Himmel und auf Erden.

Heute hat der Herr College Bebel diesen Ausspruch — wenn ich so sagen darf — commentirt. Er hat gesagt: wir leugnen jede officielle, jede erzwungene Autorität; wir lassen nur diejenige Autorität zu, die auf Grund des Verdienstes, auf Grund der eigenen Kenntniß, auf Grund der bisherigen Leistungen für das Gemeinwohl von selber erworben wird. Wir haben uns also mit der Frage zu beschäftigen: kommt man denn im socialdemokratischen Staat aus ohne eine officielle, staatlich garantirte Autorität, lediglich auf Grund derjenigen Autorität, welche persönliches Ansehen gibt? Ja, meine Herren, wenn man versucht, diesen Gedanken auszudenken, wird es Einem grau vor den Augen. So lange die Welt steht, hat es noch keine Corporation gegeben, in der nicht eine Autorität bestand, welche mit Zwang durchzuführen war, es sei denn, daß es sich um Genossenschaften handelte, die bereit waren, auseinander zu gehen, wenn sie die freiwillige Autorität nicht mehr weiter hochhalten wollten. Es hat vor allem niemals einen Staat gegeben, der ohne eine feste Autorität ausgekommen ist. (Zuruf von socialdemokratischer Seite.) Langsam, langsam! (Heiterkeit.) Es hat niemals Menschen in größerer Zahl gegeben, die nur auf Grund der freiwilligen Autorität zu lenken waren; überall hat es Leute gegeben, die sie nicht anerkannten. Ich habe früher schon ausgeführt, daß in der socialdemokratischen Partei diese Leute ganz besonders zahlreich sind und ganz besonders laut und lärmend, mit ganz besonderm Fanatismus auftreten. Nun will der Herr College Bebel auskommen ohne Autorität!

Ja, Herr College Bebel, Sie müssen doch wissen: was machen Sie denn, wenn wider Erwarten, wider Ihren Willen, auf Grund des socialdemokratischen Princips der allgemeinen Gleichheit im socialdemokratischen Staat Einer die freiwillige Autorität irgend welcher Leute nicht anerkennen will? Sie werden doch nicht anders können, als ihn in's Gefängniß zu setzen, ihn auf irgend eine Weise zur Ruhe zu bringen! In Ihrer heutigen Partei heißt es ja: »Wer nicht parirt, fliegt hinaus!« (Sehr gut!) Im socialdemokratischen Staate werden Sie dieses Wort aber doch nicht aufrecht erhalten wollen und jeden Menschen, der Ihre Autoritäten nicht freiwillig anerkennt, hinausschmeißen wollen! Das wäre mir eine schöne Gleichberechtigung! (Lebhafter Beifall und Heiterkeit.) Das wäre mir ein schönes Glück, ein schönes Wohlergehen im socialdemokratischen Staate, wenn ich sofort hinausflöge, wenn mir irgend etwas an den dermaligen Zuständen nicht gefiele! Wie also, Herr College Bebel, werden Sie mit mir verfahren? Es heißt doch: im Jahre 1898 wird der socialdemokratische Staat fertig sein! Dann werde ich also, gezwungen oder nicht, mich fügen müssen, dann bin ich im socialdemokratischen Staat. Ich habe also das dringendste Interesse daran, zu wissen, wie es mir dann ergehen wird. (Sehr gut!) Es ist mir in hohem Maße unwahrscheinlich, daß ich alsdann sofort lammfromm geworden bin und ohne alles weitere auf Grund der Verdienste der alsdann bestellten Ordner thue, um was ich von diesen gebeten werde, auch wenn

es mir nicht paßt, oder wenn mir eine Arbeit zugemuthet wird, von der ich nichts verstehe, und der ich nicht gewachsen bin. Ich fürchte, daß ich in diesem Staate ein Krakehler sein werde. (Heiterkeit. — Sehr gut!) Werde ich mir auch den Vorwurf zuziehen, daß ich ein »Radaumacher«, ein »Geschäftssocialist« oder gar ein »Verräther« bin? Wenn dieser Radaumacher, Geschäftssocialisten, Verräther aber Millionen im Staate sind, wie ich es im höchsten Grade für wahrscheinlich halte, was werden Sie dann machen? (Sehr gut!) Dann werden Sie sagen: ja, wir werden so lange kämpfen, bis sie uns freiwillig anerkennen! Das wird aber doch nicht eher geschehen, als bis Sie alle diese Millionen in einem Meer von Blut erstickt haben! (Oh! bei den Socialdemokraten.) Eine nette Gleichberechtigung, ein nettes Glück, ein nettes Wohlergehen! (Lebhafter Beifall.) Ich wiederhole das zum zweiten Male!

Nun, meine Herren, ein anderer Ton! Einiges, was ich Ihnen vortrug, scheint Sie humoristisch angemuthet zu haben. Ich kann Ihnen aber versichern, daß mir die Sache sehr ernst ist; und wenn hier und da die ernste Behandlung, welche ich der Sache zu geben wünsche, unwillkürlich einen derartigen Ton angenommen hat, so werden Sie mir zugestehen, daß das in der Natur der Sache liegt und nicht auf mein persönliches Conto geschrieben werden kann. (Sehr richtig!) Die Bedeutung meiner Ausführungen kann man nicht damit abweisen, daß man, wie eben Herr Bebel that, mir zurief: »wir werden Sie zum Blechschmied machen«. Es ist uns bluternst, meine Herren, und ich bin fest überzeugt, es ist auch vielen deutschen Arbeitern bluternst.

Wir können uns nicht der Einsicht verschließen, daß die socialdemokratische Entwickelung auf eine sehr merkwürdige Bahn gekommen ist. Auf der einen Seite werden Sie immer vorsichtiger mit den Versprechungen des Zukunftsstaates, weil Sie über denselben keine Rechnung geben können. Sie werden immer vorsichtiger mit der Revolution, die Sie machen wollen. Denn, nachdem die von mir angeführten Aussprüche in der Welt sind, nachdem die zwei Jahre nach dem November 1891 abzulaufen im Begriff sind, nachdem unser Jahrzehnt schon ziemlich vorgerückt ist, nachdem das Jahr 1898 heranrückt, da wird es Ihnen immer unangenehmer, daß Sie für diesen Zeitpunkt der bethörten Masse die Revolution und die Einführung des socialdemokratischen Staates versprochen haben. (Sehr gut!) Früher hat der Herr College Bebel hier auf der Tribüne die Revolution gepredigt — er ist vorsichtiger geworden, er thut es nicht mehr, er hütet sich. Hier hat er uns früher immer den »großen Kladderadatsch« prophezeit — in dieser Debatte haben wir nichts mehr davon gehört. Ich nehme an, daß auch hier wieder eine Folge der socialdemokratischen Entwickelungsgesetze sich zeigt, daß Herr College Bebel, der frühere Revolutionair, der frühere Freund des großen Kladderadatsches, inzwischen bedenklich geworden ist und sich auf den Weg begeben hat, den sein älterer College, Herr Liebknecht, auch gegangen ist: er wartet ab, daß die heutige Gesellschaft in die socialistische Zukunft »hineinwächst«.

Meine Herren, auch noch eine andere Entwickelung zeigt sich. Die begeistertsten Anhänger der Socialdemokratie sind heute junge Leute, die noch gar nicht im Stande sind, unsere heutigen Verhältnisse zu verstehen, und die nicht wissen, wie es vor 20 Jahren in Deutschland ausgesehen

hat. Die ältern Arbeiter in unserm Vaterlande sind schon zum großen Theil bedenklich geworden und werden ohne Zweifel noch viel bedenklicher werden. Ein Arbeiter, der heute 45 Jahre alt ist und sich noch auf diejenigen Zustände besinnen kann, die vor den 70er Jahren waren, wird anerkennen, daß seine Verhältnisse heute im Vergleich zu damals bedeutend gebessert sind, und wird die Hoffnung nicht verloren haben, daß, wenn wir auf dem begonnenen Wege der Socialreform weiter schreiten, wir zu einer Position für ihn gelangen, von der auch wir von ihm verlangen können, daß er mit ihr zufrieden ist — und ich füge sofort hinzu, meine Herren, daß wir bei diesem Verlangen nicht allzu bescheiden sein werden. Wir verlangen viel für den Arbeiter; wenn wir aber das Nöthige erreicht haben, werden wir auch von ihm verlangen, daß er zufrieden ist; und ich bin überzeugt, daß wir bei dem ältern und besonnenen Theile der Arbeiter für diese Bestrebungen Verständniß finden. Wir erwarten von dem Arbeiter, daß er sich klar macht: *kann es mir im socialdemokratischen Zukunftsstaat besser gehen als im jetzigen »capitalistischen Klassenstaat?«* Darauf kommt alles hinaus, und darum muß sich der Arbeiter diese Frage klar machen: habe ich es hier besser oder in irgend welchem chimärischen Zukunftsstaat? Heute sind es schon Hunderttausende und Millionen von Arbeitern, welche die Frage zu Gunsten der Alternative beantworten: ich kann es nicht besser bekommen, und wenn der Staat unter der socialdemokratischen Leitung eingeführt ist — wie es die Herren wollen —, werden wir es ungleich schlechter haben. Selbst die jungen Arbeiter, die heute noch einen geringern Lohn haben, werden sich wohl überlegen, ob es für sie sicherer ist, mit uns den langsamen aber sichern Weg der Socialreform zur Verbesserung ihrer Lage zu gehen, oder den Sprung in's Dunkele zu machen; ich bin gar nicht im Zweifel, wohin die Entscheidung gehen wird.

Ihnen, meine Herren Socialdemokraten, gehört die unbesonnene Jugend, uns gehört der besonnene, einsichtsvolle Arbeiter, die Arbeiter, die denken können. Ich habe schon oft ausgesprochen: *wenn der deutsche Arbeiter das Denken verloren hat, ist Gefahr vorhanden, daß die socialdemokratische Republik kommt; so lange er sich aber das Denken bewahrt und den Verstand, den unser Gott ihm gegeben hat, nach besten Kräften benutzt, so lange habe ich keine Angst vor der socialdemokratischen Revolution.* Wir sind der socialdemokratischen Partei dankbar, wenn sie uns hier hilft, wenn auch nur in negativer Weise, unsere Zustände zu erkennen, wenn sie darlegt, wo Uebelstände sind. Ich erkenne unumwunden an, daß wir aus Ihrer Kritik oft gelernt haben, wo der Schuh den Arbeiter drückt, und wo wir einzusetzen haben. Ich gebe zu, daß Sie durch Ihre Kritik die Entwickelung, die wir haben, befördert haben. Aber, meine Herren, diese Entwickelung wäre auch gekommen ohne Sie!

Wollen die Herren doch die Entwickelung des deutschen Volkes seit 1870 gütigst mal in's Auge fassen! Als das Deutsche Reich im Jahre 1870 geschaffen wurde, waren wir nicht annähernd der ausgesprochene Industriestaat, der wir heute sind. Dann begann ein gewaltiger Aufschwung, eine gewaltige Entwickelung unserer Industrie; sie ist uns eine Weile vorausgeeilt, aber schon im Jahre 1877 war meine Partei bei der

Hand, um nun für diese sich entwickelnden Zustände Wandel zu schaffen. Schon damals haben wir Ihnen unser Programm vorgetragen: das bekannte socialpolitische Programm des Grafen Galen. Zum großen Theil ist es heute schon in die Wirklichkeit übersetzt. Es ist sodann die Regierung gekommen und hat ein anderes Programm, das Arbeiterversicherungs-Programm, vorgebracht und durchgeführt. Wir haben selbstlos mitgearbeitet, und wir dürfen mit Stolz darauf hinweisen, daß durch unsere Mitarbeit die Versicherung besser geworden ist, als wenn wir nicht mitgearbeitet hätten. Sie haben bei der letzten Nothstandsdebatte wiederum das Programm meines Freundes Hitze gehört, Sie hören heute wieder, daß wir den besten Willen haben, den Arbeitern zu helfen. Ja, meine Herren, weisen Sie zunächst nach, daß alle diese Dinge nicht zum guten Ende führen können. Sie werden uns nicht übertreffen an Liebe zum deutschen Arbeiter, an Aufopferung für sein Wohl, aber wir werden Sie ohne Zweifel übertreffen an Besonnenheit und an ruhigem Fortschreiten auf diesem Wege.

Meine Herren, es ist eine große Zeit, wir sind in einer Entwickelung. Sie glauben die Zukunft vor sich zu sehen; auch wir glauben die Zukunft vor uns. Aber ein gewaltiger Unterschied herrscht zwischen Ihnen und uns: Sie rechnen ganz ohne die höchsten ethischen Gefühle in der Brust der Menschen, Sie erkennen keine Auferstehung an, keine Belohnung oder Bestrafung im Jenseits, Sie wollen sich einrichten auf das irdische Hier ganz allein. So weit ist das deutsche Volk noch nicht. Es hält fest am Glauben seiner Väter, und es wird in weitem Maße noch wieder zurückkehren zu den alten Pfaden, welche die christliche Cultur auf der Grundlage der Offenbarungen unseres Herrn Jesus Christus vorgezeichnet hat. Diesen Weg wollen wir festhalten; er hat uns 1800 Jahre durchgeführt durch alle Gefahren, Wirrnisse und Schwierigkeiten, und es ist uns keine Frage: wenn wir auf dem Boden des Christenthums zusammenstehen, und wenn vor allem die Arbeiter sich wieder zusammenfinden auf diesem Boden, daß wir dann das Ziel rascher und sicherer erreichen, als wenn wir die gefährlichen Experimente machen, die Sie uns und dem deutschen Arbeiter zumuthen.

Meine Herren, eines will ich Ihnen noch sagen. Ich habe schon hervorgehoben, daß Sie hier innerhalb des Deutschen Reichstages sehr vorsichtig sind. Aber gehen Sie selber ein Mal unbewacht hin und hören Sie, was in den zahllosen kleineren socialdemokratischen Versammlungen dem armen deutschen Volk vorgetragen wird. Ich bin fest überzeugt, daß, wenn diese Sitzungen stenographirt würden, und ich würde sie Ihnen hier vortragen, — Jeder von Ihnen würde sie verleugnen und sagen: das entspricht nicht unserer Absicht. Aber mit diesen Dingen fanatisiren Sie das Volk, führen es irre. Wo ist denn die freie Autorität, mit der Sie den Staat regieren wollen, wenn Sie Ihre Agitatoren nicht ein Mal dazu bringen können, auf der Schnur zu bleiben, die Sie ihnen vorzeichnen? Wenn in den socialdemokratischen Versammlungen nichts anderes vorgetragen würde, als was Sie hier vortragen, — keine Frage, daß Sie auch nicht annähernd dieselben Erfolge erzielt hätten, die Sie erzielt haben. Kehren Sie zurück zur Wahrheit und Gerechtigkeit auf socialem Boden,

kehren auch Sie zurück zur Vernunft und Besonnenheit! — dann werden Sie dem deutschen Arbeiter mehr nützen, als wenn Sie ihn in die Revolution treiben, als wenn Sie ihm den Zukunftsstaat vorgaukeln, als wenn Sie ihm Versprechungen machen, die Sie nicht halten können, und eine Entwickelung anstreben, deren Ende Niemand absehen kann, die aber ohne Zweifel unsere deutschen Lande zu einem gewaltigen Trümmerfelde machen würde, wie noch niemals eins gewesen ist." (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Nach dieser Rede wurde von dem socialdemokratischen Abgeordneten Singer wiederum die Vertagung beantragt und nach diesem Antrage beschlossen.

Die folgende Sitzung fand am 4. Februar 1893 statt.

4. Die Sitzung am Samstag, den 4. Februar 1893.

In dieser Sitzung erhielt zuerst das Wort der Abgeordnete **Richter**: „Ich bin im Laufe der Discussion mehrfach persönlich derart provocirt worden, daß ich nicht umhin kann, mich an dieser Debatte zu betheiligen.

Der Herr Abgeordnete Bebel spricht von einer planlosen Ueberproduction und stellt es gewissermaßen so dar, als ob die gegenwärtigen Verhältnisse Folge der planlosen Ueberproduction, der Wirthschaft der Privatunternehmer seien. Nichts ist meines Erachtens unrichtiger als dies. Die Ursachen dieser Nothstandsverhältnisse sind in keiner Ueberproduction begründet, sondern sind in letzter Linie zurückzuführen auf einander folgende ungünstige Ernten, die durch eine nachfolgende günstige Ernte dieses Jahres in ihren nachtheiligen Wirkungen noch nicht ausgeglichen sind. Nun hat auch der socialdemokratische Zukunftsstaat, wenn man ihm auch noch so viel zutrauen mag, kein Mittel, die Ernten zu reguliren; auch er muß sich die Schwankungen in der Production gefallen lassen, die aus der Verschiedenheit der Ernten folgen.

Meine Herren, so wenig ich die Nothstandsverhältnisse, welche derart entstehen, leugne, so bin ich darum anderseits doch nicht geneigt, nun in den Schaustellungen der Arbeitslosen ein richtiges Bild dieser Verhältnisse zu erkennen. Wer tritt denn in diesen Versammlungen als Redner auf? Nicht die Arbeitslosen, nein, es sind in erster Linie hier unsere Collegen selbst aus dem Reichstag und der Berliner Stadtverordnetenversammlung (sehr richtig!), die das Wort führen für die Arbeitslosen und also dasjenige zum Ausdruck bringen, was nach ihrer Ansicht die Arbeitslosen drückt, und woran sie leiden; und dasjenige, was dort beantragt und beschlossen wird, ist nicht die Formulirung dieser Leute, sondern eine Formulirung, die ihnen in den Mund gelegt wird nach socialdemokratischen Recepten und nach socialdemokratischen Auffassungen vom Nothstand. (Sehr richtig!) Und damit nicht, den wirklichen Verhältnissen entsprechend in ihrer Verschiedenheit, auch verschiedene Resolutionen dort zum Ausdruck kommen, so sind von vornherein diese Resolutionen nach einem Schema geliefert und werden in diesen Versammlungen zur Annahme gebracht. (Zurufe bei den Socialdemokraten.)

Meine Herren, wie diese Versammlungen zusammengesetzt sind, ist ja

noch gar nicht näher klargestellt und illustrirt worden. Ganz unzweifelhaft befindet sich aber eine große Zahl sogenannter Saisonarbeiter darunter, die zu dieser Zeit unter allen Umständen, unter allen Verhältnissen die regelmäßige Arbeit, die sie sonst haben, nicht haben können. Vor allem ist es der große socialdemokratische Stamm der Maurer. (Zuruf bei den Socialdemokraten.) — Gemauert werden kann natürlich, wenn es friert, auch im socialdemokratischen Staat nicht. (Heiterkeit. — Zuruf bei den Socialdemokraten.)

Meine Herren, selbst in den Deputationen, die beim Minister vorstellig werden, finden sich die Maurer, und wenn man näher zusehen würde, würde man vielleicht sogar finden, daß es dieselben Maurer sind, die bei den Streiks an der Spitze stehen und eine Lohnerhöhung fordern, die über die Verhältnisse anderer Arbeiterklassen hinausgehen mit der Begründung, daß, weil sie im Winter feiern müßten, nicht mauern könnten, ihnen deshalb der höhere Lohn zu anderer Zeit gebühre. (Hört! hört!) Darum aber, wie gesagt, kein Mißverständniß, daß ich etwa die Verhältnisse im Ganzen, wie sie sind, als zu günstig ansehe und mich etwa der günstigern Auffassung der Regierung von diesen Verhältnissen anschließen möchte. — Wenn nun der socialdemokratische Staat bestände, ja, was würden Sie dann machen mit den Leuten, die hier keine Arbeit finden? Das Einzige, was Sie machen könnten, wäre, daß Sie decretirten, sich dorthin zu begeben, wo nach Ihrem Productionsplan auch in solchen Zeiten sich Arbeitsgelegenheit findet. Der socialdemokratische Staat würde überhaupt, wenn er zur Abhülfe schritte, anfangen müssen mit der Aufhebung der Freizügigkeit der Arbeiter. (Sehr richtig!) Das wollen Sie, wie wir, nicht, und mit vollem Recht, und die Arbeiter selbst würden sich am ersten dafür bedanken, wegen einer andern Arbeitsgelegenheit aus dem Orte, den sie sich ausgewählt, fortzugehen. Anderenfalls würde es ihnen ja auch jetzt frei stehen, sich an eine Arbeitsstelle zu begeben, wo die Arbeit reichlicher ist als gerade in den großen Städten. Sie würden also damit anfangen müssen, die Arbeiter auf den Schub zu bringen, um sie dahin zu dirigiren, wo nach der Ansicht Ihrer Arbeitsbehörde die Production zu verstärken wäre, und wo die Arbeiter eine Arbeit fänden, die ihnen vielleicht weniger paßte als ihre bisherige.

Ja, der socialdemokratische Staat ist noch weit schlimmer als der Militairstaat. Dessen eiserne Disciplin und Zucht ist eine ganz humane, milde Behandlung im Verhältniß zu der Ordnung, wie sie im socialdemokratischen Staat eingeführt werden muß. Wer den großen Haushalt des Militairs studirt, kann sich ein ungefähres Bild leichter machen, wie es in dem socialdemokratischen Staat zugehen muß. (Heiterkeit.)

Ich komme nun zum socialdemokratischen Zukunfsstaat selbst. Sie haben nicht das Recht, die aufgeworfene Frage, wie Sie sich denselben denken, als unberechtigte Neugier zu bezeichnen. Sie selbst sagen doch, daß alles, was auch Sie vorschlagen zur Beseitigung der Nothstandsverhältnisse, im Grunde genommen doch nur elende Palliativmittelchen sein würden, daß eine wirkliche Heilung nur möglich sei, nicht auf dem Boden des „elenden Privatunternehmerthums“, wie Sie sich ausdrücken, sondern auf dem Boden der socialdemokratischen Ordnung in der Zukunft.

Nun ist doch die Frage gerechtfertigt, ob Sie im Stande sind, von dieser Zukunft aus etwas besseres in Vorschlag zu bringen und anzugeben, als es in der Gegenwart möglich ist. Und Sie können darauf nicht antworten, wie sich der socialdemokratische Staat gegenüber solchen Nothstandsverhältnissen verhalten würde, ohne daß Sie uns ein kleines Bild geben über die Einrichtungen dieses Staates selbst. Und weil Sie das nicht wollen, verschweigen Sie auch, wie sich der socialdemokratische Staat gegenüber solchen Verhältnissen verhält.

Herr Bachem meinte, Sie seien um so mehr verpflichtet, nun doch endlich zu zeigen, wie Sie sich die Sache denken, als Sie verkünden, daß schon in der nächsten Zeit die Einrichtung dieses Staates bevorsteht. Insofern hat Herr Bachem Unrecht. Sie führen hierin eine verschiedene Sprache. Wenn die „Jungen" unruhig werden und sagen: »dieses ewige Parlamenteln, dabei kommt gar nichts heraus! Wie stehen die Früchte im Verhältniß zu den großen Hoffnungen und Erwartungen?« dann suchen Sie sie zu beschwichtigen, wie der Herr Abgeordnete Bebel, daß Sie in den Versammlungen sagen: »die Katastrophe steht vor der Thür« oder: »der Kladderadatsch wird« — das ist die wörtliche Aeußerung des Abgeordneten Bebel in der Versammlung am 13. September in Rixdorf — »rascher eintreten, als irgend Einer sich jetzt noch einbildet«. Wenn Sie dagegen aufgefordert werden, nun wissenschaftlicher Kritik zu unterbreiten, wie Sie die Sache machen wollen, oder sich auch nur der parlamentarischen Kritik auszusetzen, dann brauchen Sie Rücksicht auf die »Jungen« nicht zu nehmen, dann verstecken Sie sich mit ihren Plänen und suchen dieselben nach Möglichkeit zu verhüllen. (Sehr richtig.)

Meine Herren, ich kann nur wünschen, daß, wenn Sie irgend in der Lage sind, die Sache bald zu machen, Sie in unserm beiderseitigen Interesse dann möglichst rasch damit vorgehen. (Heiterkeit und Zustimmung.) Eins werden Sie zugeben: das Schlimmste ist jedenfalls die lange Uebergangszeit.

Das aber ist doch ganz unzweifelhaft: je länger eine Uebergangszeit sich ausspinnt, um so weniger werden wir noch theilhaftig der guten Seiten, die doch auch nach Ihrer Ansicht in gewissem Grad die gegenwärtige Gesellschaftsordnung hat, und um so mehr entbehren wir doch auf der andern Seite all' der Segnungen, die Ihr neuer Staat bringen soll. Eine solche Uebergangszeit kann also mehr vernichten, als Ihr Zukunftsstaat, wenn er möglich wäre und wirklich die vermeintlichen Segnungen brächte, für Jahrhunderte wieder gut zu machen im Stande ist.

Der Herr Abgeordnete Bebel sagt: »Zerbrechen Sie sich doch nicht unsere Köpfe über unsern Zukunftsstaat!« Meine Herren, zerbrechen Sie sich doch nicht Ihre Köpfe über unsern jetzigen Staat, — könnte ich ebenso erwidern. (Sehr richtig!) Wollen Sie denn nur allein in Ihrem Zukunftsstaat wohnen? (Sehr richtig!) Wenn es sich bloß handelte um eine Organisation innerhalb Ihrer Partei, dann machen Sie das mit sich selber aus! Aber Sie wollen doch, daß wir unsere Köpfe mit dabei haben; und wenn wir nicht mitmachen wollen, so zerbrechen Sie vielleicht mehr als bloß bildlich unsere Köpfe. (Heiterkeit.) Wir sind also an dieser Frage doch ziemlich nahe persönlich interessirt, und deshalb haben wir das Recht, diese Auskunft von Ihnen zu verlangen.

Sie prahlen mit Ihrem großen Anhange, mit Ihrem zunehmenden Anhange. Meine Herren, mag sein, daß, wenn eine Reichstagsauflösung erfolgt — ich will mal sagen, wegen der Militairvorlage —, daß Sie dann, wie Sie uns von diesen Bänken auf der Seite schon fortgedrängt haben, uns noch weiter in die ausschlaggebende Mitte hineindrängen. Aber, meine Herren, täuschen Sie sich nicht. Diese Ihre $1^{1}/_{2}$ Millionen, oder wie viele Wähler es sein mögen, sind nicht auch Anhänger Ihres Zukunftsstaates. Nein, meine Herren, Sie selbst geben das ja auch zu. Sie verstehen es mit großem Geschick, Unzufriedene der verschiedensten Art an sich zu ziehen, sich als Vertreter der Unzufriedenheit zu geriren, und haben in Folge dessen einen sehr gemischten Anhang.

Dieser große Anhang, der den größten Theil Ihrer Partei bildet, geht so weit mit Ihnen, um einen Stimmzettel für Sie in die Wahlurne zu werfen und damit Ihnen zu Plätzen zu verhelfen, auf denen Sie diese oder jene Interessen vertreten können; aber in dem Maße, wie Sie den eigentlichen Kern der Socialdemokratie enthüllen, den Zukunftsstaat darlegen, schwenken diese Massen wieder von Ihnen ab, folgen Ihnen nicht mehr, weil sie gar nicht daran denken, das Privateigenthum, das Privatunternehmen, das Erbrecht in dem Maße beschränken zu wollen, wie Sie es nach Ihrer Lehre für richtig halten. Sie haben Anhänger in großer Zahl, um diese oder jene Gruppe parlamentarischer Fragen zu vertreten; aber diese Anhänger verschwinden Ihnen in dem Maße, wie Sie den eigentlichen Kern Ihrer Partei enthüllen. Weil Sie dies selbst wissen, sind Sie gezwungen, diesen eigentlichen Kern Ihres Strebens möglichst im Dunkeln zu lassen und möglichst zu verhüllen. (Sehr richtig!) Sie thun es jetzt weit mehr als früher. (Zuruf links.) Vergleichen Sie Ihr neues Programm mit dem frühern, so ist es noch karger geworden gerade in Bezug auf Darlegung der eigentlichen Ziele der Partei, nur um so beredter in Bezug auf das, was Sie im andern Abschnitt in Bezug auf die gegenwärtige Gesellschaftsordnung anstreben.

Der Herr Abgeordnete Bebel ist scharf provocirt worden von dem Herrn Abgeordneten Dr. Bachem, ihm zu sagen, was er sich unter dem Zukunftsstaat der Socialdemokraten denke. Darauf hat er erwidert: »Es gibt ja gar keinen socialdemokratischen Zukunftsstaat, es wird keinen geben.« Er klammert sich dabei an das Wort »Staat«; er ergeht sich in gelehrten Betrachtungen darüber, was der Staat bedeutet, was er in den verschiedenen Zeitaltern bedeutet hat. Das ist aber nur Wortklauberei, weiter nichts. (Sehr richtig! Widerspruch bei den Socialdemokraten.) Nein, meine Herren, Jedermann weiß, was man unter »Staat« und »Gesellschaft« zu verstehen hat. (Sehr richtig! links.) Unter „Gesellschaft" verstehe ich die freie, selbständige Regelung gemeinsamer Angelegenheiten; unter »Staat« dagegen verstehe ich diese Regelung mit Hülfe einer Zwangsgewalt, nöthigenfalls mit Hülfe von Polizei und Steuererhebung. (Zuruf von Seiten der Socialdemokraten.) Diese Zwangsgewalt braucht erst recht der socialdemokratische Staat. — Lassen Sie mich doch ausreden! Ja, das ist Ihnen sehr unbequem; es geht mir genau mit Ihnen hier ebenso wie in jeder Volksversammlung. Sobald man das Thema vom Zukunftsstaat anschneidet, entsteht eine solche Unruhe (Sehr richtig!), während Sie sonst ganz andächtig zuhören, und es ist kaum

möglich, die Discussion logisch fortzuführen. Heute aber gelingt das Ihnen mir gegenüber nicht. —

Also das ist ein Versteckenspielen mit dem Wort Staat. Sie sprechen von gesellschaftlicher, von genossenschaftlicher Ordnung; aber was alle Welt unter Gesellschaft versteht — die freie Regelung der gesellschaftlichen Verhältnisse —, was man unter genossenschaftlicher Ordnung versteht, das ist gerade der socialdemokratische Staat nicht. Die socialdemokratische Regelung ist eine Regelung durch die Zwangsgewalt des Staates, wie ich Ihnen auch noch näher darlegen werde.

Meine Herren, die ganzen Ausführungen des Herrn Abg. Bebel auf die Provocation des Herrn Abg. Bachem, sie waren erstaunlich als eine Leistung in der Kunst, um etwas herumzureden, ohne auf die Sache einzugehen. (Große Heiterkeit. Sehr richtig!) Mehr als für irgend einen Diplomaten früherer Zeit ist hierbei für Herrn Bebel die Sprache erfunden, um die Gedanken zu verbergen. (Zuruf.) Meine Herren, Sie suchen dabei unter stolzen, prahlerischen Worten die Verlegenheit zu verbergen, die Sie haben, dem Abgeordneten Bachem eine runde und klare Antwort zu geben. (Sehr richtig!) Ich erstaune allerdings über die Volubilität der Sprache, über die geschickte Art, in der man die Aufmerksamkeit in der verschiedensten Weise ablenkt, bald durch Citate aller Art, bald durch Ausfälle auf die jetzige Regierung und die gegenwärtige Gesellschaftsordnung (Heiterkeit); aber in der That kann das nur Denjenigen irre führen, der gewöhnt ist, auf einen gewissen Klingklang der Worte zu hören und nicht auf den Inhalt. Das sind Reden, allerdings geeignet, durch eine gewisse Fülle von Worten, durch die Schwulst der Sprache so zu sagen die Zuhörer betrunken zu machen (Heiterkeit); aber Derjenige, der den Inhalt erfaßt, der nach dem Kern hört, der eine klare Antwort auf die klare Frage erwartet, wendet sich dann um so unbefriedigter von Ihnen ab.

Eins war mir allerdings neu in den Ausführungen des Herrn Abg. Bebel: seine Ausführung über den Mauserungsproceß der Socialdemokratie. (Heiterkeit.) Nun, das mache ich allerdings dem Herrn Abg. Bebel persönlich gar nicht zum Vorwurf, — er hat ja schon manchen Mauserungsproceß durchgemacht. Als ich ihn zuerst kennen lernte, traten wir Beide zusammen in gleicher Linie für Schulze-Delitzsch und seine Principien gegen Lassalle auf dem Arbeitertag in Frankfurt a. M. im Jahre 1863 ein. Späterhin hat sich der Herr Abgeordnete Bebel — wie er es selbst bezeichnet — gemausert, ist ein Anhänger Lassalle's geworden, ist mit dem Programm von Gotha eingetreten für das Universal-Heilmittel der Productiv-Genossenschaften mit Staatshülfe, ist eingetreten für das eherne Lohngesetz, bei dem Lassalle erklärt hat, daß die Anerkennung desselben der Prüfstein sei für die wahre Wissenschaft. Nun, eine Zeit lang haben Sie dieses »eherne Lohngesetz«[1]) anerkannt; jetzt haben Sie sich

[1]) Vgl. über dieses angebliche „Gesetz" noch die folgende Rede des Abg. Stöcker. — In dem Gothaer Programm von 1875 heißt es: „Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die socialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen Mitteln den freien Staat und die socialistische Gesellschaft, die Zerbrechung des „ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung der Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller socialen und politischen Ungleichheit." In dem Erfurter Programm von 1891 ist dieses angebliche „eherne Lohngesetz" verschwunden.

wieder gemausert: jetzt werfen Sie dasjenige verächtlich fort, was lange Zeit hindurch nach Ihrer Ansicht in Uebereinstimmung mit Lassalle »der wahre Prüfstein für die echte Wissenschaft« war. Ja, meine Herren, das Mausern an sich ist ja gar nichts, was man zum Vorwurf machen kann; nur wer sich immer mausert, der soll nicht eine so stolze Sprache führen. (Heiterkeit. Sehr richtig!) Man weiß ja gar nicht, wie Sie sich noch weiter mausern werden. (Heiterkeit.) Wie können Sie verlangen, daß man auf Ihre stolzen Worte so viel gibt, während man gar nicht weiß, wohin Sie sich noch mausern werden. (Heiterkeit.)

Sie sprechen von religiösen Anschauungen. Meine Herren, religiöse Propheten haben niemals von ihren Anhängern so viel Glauben verlangt, wie Sie von den Ihrigen. (Sehr richtig!) Diese haben den Glauben verlangt an das, was sie im Augenblick unter dem Vorgeben göttlicher Erleuchtung vortrugen; aber Sie verlangen von Ihren Anhängern, daß sie sich von vornherein verpflichten, auch für das Ergebniß Ihres künftigen Mauserungsprocesses einzutreten. (Sehr richtig!)

Warum soll aber Ihr Mauserungsproceß nun durchaus in der revolutionairen Richtung sich fortentwickeln? Offen gestanden, in einem haben Ihre »Jungen« Recht — ich kenne Sie ja zum Theil persönlich seit 20, 30 Jahren —: Sie sind eigentlich in dieser Mauserung nicht revolutionairer geworden, sondern Sie sind zahmer geworden. Sie discutiren über viele Fragen viel sachlicher als früher, über Fragen der jetzigen Gesellschaftsordnung auf dem Boden der Gesellschaftsordnung, und das erkennen wir ja sehr an. Die Mauserung kann also auch dahin gehen, daß Sie mit allmäliger Abwendung von Ihrem eigentlichen socialdemokratischen Programm sich zu einer radicalen Volkspartei entwickeln, die radicaler ist als wir, die aber im Grunde genommen auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung steht.

Wenn man näher zusieht, gibt es sogar verschiedene Gruppen der Mauserung innerhalb Ihrer jetzigen Partei. Herr von Vollmar, den wir jetzt so selten das Glück haben unter uns zu sehen, hat sich schon ganz anders gemausert als die übrigen Herren. (Heiterkeit.)

Auf dem Parteitag in Erfurt hat der Herr Abg. Singer nach socialdemokratischen Blättern dem Abg. von Vollmar den Vorwurf gemacht, für ihn scheine der eigentliche Kern der socialdemokratischen Partei, das eigentliche socialdemokratische Programm jetzt nur noch die Bedeutung einer alten Familienreliquie zu haben, die man im Silberschrank als Hausschatz aufbewahrt, um sie nur noch bei festlichen Gelegenheiten (Zuruf) dann und wann anzusehen. Wie sind Sie aber doch so uncollegialisch! Wir Alle im Reichstage bitten Sie, diese Ihre alten Familienreliquien wieder einmal aus dem Silberschrank hervor zu holen und auch uns zu zeigen. Sie verhüllen sie aber statt dessen um so fester und kommen damit nicht heraus.

Nun gestatten Sie mir, meine Herren, etwas auf meine Broschüren einzugehen. Ich muß Sie von vornherein bitten, mich darin nicht mißzuverstehen. Ich bin ja schon früher wiederholt im Laufe der Zeit im Reichstag wegen dieser Broschüre haranguirt worden; aber ich habe es immer vermieden — es hätte mir eigenthümlich ausgelegt werden können —, darauf näher einzugehen. Aber da jetzt wieder verschiedene Redner darauf

zu sprechen gekommen sind, würde es mir, wenn ich darüber wieder schweigen würde, nach der umgekehrten Seite mißdeutet werden können. Meine Herren, ich habe mir alle Zeit, so lange ich Ihre Bestrebungen verfolge, nie verhehlt, daß Ihre starke Seite in der Kritik der jetzigen Zustände, und Ihre schwache Seite in den Vorschlägen liegt, die Sie zur Abhülfe machen, also in dem eigentlichen socialdemokratischen Programm, in dem Kern Ihrer Bestrebungen. So lange das Socialistengesetz galt, konnte man Sie auf dieser schwachen Seite nicht angreifen; denn mit Recht hätte man erwidern können: wir werden hier angegriffen, und wenn wir uns auf dem Punkte vertheidigen, verfallen wir dem Socialistengesetz. Nachdem das Socialistengesetz aufgehoben war, habe ich es mir allerdings zur Aufgabe gemacht, Sie nun zu provociren durch eine Broschüre über die Irrlehren der Socialdemokratie[1]), diesen eigentlichen Kern Ihrer Partei und Ihres Wesens klarer darzulegen. Diese Broschüre hat Sie in große Verlegenheit gebracht; Sie haben gar nichts darauf recht antworten können. Der Herr Schwiegersohn des Herrn Abg. Liebknecht hat zwar eine Gegenschrift geschrieben über den „Irrsinn des Abgeordneten Richter"; aber diese Broschüre ist vollständig in's Wasser gefallen. Ich habe aus der Aufnahme dieser meiner ersten Broschüre gefunden, daß es sich außerordentlich lohnt, auf diese schwache Stelle weiter zu drücken, und so habe ich die folgenden Parlamentsferien benutzt, um in Form einer Erzählung eine Darstellung Ihrer Ziele Denjenigen näher zu bringen, welche weniger gewöhnt sind, mit volkswirthschaftlichen Begriffen mathematisch zu rechnen.

So sind die socialdemokratischen Zukunftsbilder[2]) entstanden. Der Herr Abgeordnete Bebel spottet über deren Verbreitung; er meint, man habe sie zu verschenken oder sonst unentgeltlich zu verbreiten gesucht. Nun, meine Herren, ich habe diese Broschüre genau so verbreitet, wie Sie auch Ihre Broschüren verbreiten, in derselben Weise und mit demselben Ueberschuß, wie Sie Ihre Broschüren verbreiten (Heiterkeit), und ich habe die Genugthuung gehabt, daß am Schlusse des Jahres ich von dieser einen Broschüre mehr verbreitet hatte, als nach Ihrem veröffentlichten Berichte Ihr ganzes Central-Preßbureau an socialdemokratischen Broschüren überhaupt. (Hört! hört!)

Nun sagt der Herr Abg. Bebel, es sei kein Arbeiter davon überzeugt worden. Ja, meine Herren, seit wann sind denn die Arbeiter, die in ihren socialdemokratischen Gesinnungen irre geworden sind, verpflichtet, sich bei Herrn Bebel abzumelden? (Heiterkeit.) Wie soll das constatirt werden? Wie soll ich mir diese zunehmende Verbreitung anders erklären, als daß eine ganze Reihe unbefangener Leute sich Erfolg davon verspricht?

Meine Herren, ich würde ganz das Wesen Ihrer Bewegung verkennen, und es würde vermessen sein, wenn ich mir einbildete, eine Bewegung, die 30 Jahre gedauert hat, der so viel äußere Dinge zu gute gekommen sind, der namentlich so viele Fehler der Regierung zu gute gekommen sind, ließe

---

[1]) „Die Irrlehren der Socialdemokratie. Beleuchtet von Eugen Richter." Berlin, November 1890. Verlag „Fortschritt, Actiengesellschaft", 48 S.

[2]) „Socialdemokratische Zukunftsbilder. Frei nach Bebel. Von Eugen Richter". Berlin, November 1891. Verlag „Fortschritt, Actiengesellschaft". 48 S.

sich mit ein paar Broschüren oder gar mit einer einzigen Broschüre todtschlagen. Ich bilde mir auch gar nichts darauf ein. Die Sache kann vielleicht viel populairer, viel besser von Jemand gemacht werden, der mehr Zeit hat, sich auf solche Arbeiten zu concentriren; dasjenige aber, was ich glaube richtig getroffen zu haben, ist die Methode. Und in dieser Methode des Angriffs unterscheide ich mich allerdings von vielen andern Broschüren, die gegen Sie geschrieben sind: Sie sind gewöhnlich angegriffen worden von einer bestimmten Voraussetzung und einer Politik und einer Staatsauffassung oder von einer bestimmten religiösen Auffassung aus. Ich sage, diese Angriffe treffen Sie nicht; denn wenn Sie wirklich Recht hätten, dann würde keine Monarchie, keine Staatsverfassung stark genug sein, die Welt zu hindern, sich diese Vervollkommnung zu eigen zu machen, und wenn Sie wirklich Recht hätten, und auf diese Weise eine Besserung unserer Zustände möglich wäre, so sage ich, es wäre kein Kreis religiöser Anschauungen stark genug, diese Verbesserung zu hindern. Denn die wirkliche Besserung des Diesseits läßt sich nicht aufhalten, wenn sie wirklich begründet ist, durch Vorstellungen vom Jenseits. Nein, meine Herren, ich habe Sie nicht angegriffen von einem bestimmten politischen Standpunkt aus, von einem bestimmten religiösen Standpunkt aus, sondern ich habe den Versuch gemacht, Ihnen nachzuweisen, daß das, was Sie erstreben, der Natur des Menschen an sich widerspricht (Beifall), mit einem Wort, daß es widersinnig ist. Meine Herren, diesem Standpunkte, nicht von einer bestimmten religiösen oder politischen Auffassung aus, sondern aus dem Wesen der Dinge die Sache zu widerlegen, glaube ich auch den internationalen Erfolg zu verdanken, den ich mit dieser Broschüre erreicht habe. Ich habe allerdings eine gewisse Genugthuung darüber, daß die Verbreitung hinausgegangen ist über die Verbreitung irgend einer Schrift, die von Ihren Aposteln ausgegangen ist, und daß man sie der Uebersetzung würdig gehalten hat in Staaten eben so gut mit monarchischer wie republicanischer Verfassung, in Staaten eben so gut germanischer wie romanischer Zunge. Ich habe Sie in Ihrem internationalen Wesen vom internationalen Standpunkt aus getroffen durch den Nachweis, daß Ihre Bestrebungen dem Wesen des Menschen und der Natur der Dinge zuwider sind.

Das will ich Ihnen aber nicht verhlen, daß ich in der Hauptsache die Verbreitung verdanke Ihrer absoluten Unfähigkeit, mich zu widerlegen. (Sehr richtig!) Allgemein war die Spannung: was wird Herr Bebel nun dazu sagen? oder was werden die gewandtesten und wissenschaftlichsten Federn der Socialdemokratie darauf antworten? Es kam ja eine Fluth von Broschüren dagegen von Ihrer Seite. Nachdem ich schon ein Jahr vorher von dem Schwiegersohn des Herrn Liebknecht in eigener Person für irrsinnig erklärt worden war, wurde mir nun angekündigt, daß ich jetzt ganz und gar todt wäre. Alle diese Erwiderungen schlugen vollkommen in's Wasser, weil sie nichts enthielten als den Versuch persönlicher Verunglimpfung, während ich, was Sie zugestehen müssen, nicht im mindesten irgend einen persönlichen Angriff gegen Sie in die Broschüre gelegt habe; im Gegentheil, diejenigen Socialdemokraten, die in den Vordergrund gestellt sind, sind als rechtlich denkende Personen, als Menschen hingestellt, denen man vom menschlichen Standpunkt aus nicht

das Mindeste anhaben kann, wie ich ja auch persönlich den Herrn Collegen Bebel im höchsten Maße respectire, ganz abgesehen von seinen Anschauungen.

Der Herr College Bebel glaubt gleichwohl meine Broschüre so leichthin abthun zu können. Er sagt: dieselbe hätte seine Partei nur mit einer komischen Figur bereichert, durch die »Spar-Agnes«, die ich in meiner Broschüre geschildert habe. — Ich werde mir erlauben, ohne darauf hier weiter einzugehen, diese »Spar-Agnes« durch Vertheilung meiner Broschüre Ihnen näher bekannt zu machen. Was hat es damit für eine Bewandtniß? Ich habe geschildert, wie eine Arbeiterin im Stande ist, durch Arbeit sich ihre Aussteuer zu ersparen bis zum Augenblick ihrer Verheirathung im Werth von 2000 Mark. Das ist das Ganze, was die Herren glauben mit Spott und Ironie behandeln zu können. — Meine Herren, Sie haben mir dabei vorgeworfen, ich kännte nicht die Arbeiterverhältnisse in Berlin. Ich will Ihnen nur sagen, daß gerade diese Figuren nach dem Leben gezeichnet sind und nach wirklichen Verhältnissen, und daß man in den Kreisen, auf die die Schilderung zutrifft, spottete über Ihre Unkenntniß und Ihre Entstellung der wirklichen Verhältnisse.

Meine Herren, ich mache Ihnen allerdings nicht zum wenigsten zum Vorwurf die Art, wie Sie die Arbeiter anzuekeln suchen, daß sie nicht sparen. Das ist das Allerverderblichste. (Sehr wahr!) Ich verkenne nicht, daß es den Familienvätern äußerst schwer fällt, geradezu oft unmöglich ist, etwas zu ersparen. Ich bin am wenigsten derjenige, der nun sagt: unter allen Umständen muß gespart werden. Es gibt eine Sparsamkeit, die Verschwendung sein kann, namentlich auch in solchen Arbeiterfamilien; aber das Sparen wäre in der That in größerm Maße in Arbeiterkreisen vielfach angebracht bei den jungen unverheiratheten Arbeitern und Arbeiterinnen. (Zustimmung.) Das ist ja das Eigene dieser Verhältnisse. In den besser situirten Klassen werden in Folge der größern Anforderungen an die Vorbildung die jungen Leute erst tief in den Zwanzigern und noch später in den Stand gesetzt, ein eigenes Einkommen zu erhalten. Ganz anders gerade in den einfachen Arbeiterkreisen. Da erhält der junge Mann und die junge Arbeiterin in frühern Jahren oft ein Einkommen annähernd demjenigen, was der ältere Arbeiter oder Familienvater bezieht, und gerade diese jungen Jahre wären die geeignetsten, wenn nicht Manche — es fällt mir gar nicht ein, die Arbeiterklasse im Allgemeinen anzugreifen, die Broschüre enthält ja hier gerade die gegentheilige Schilderung — in diesen jungen Jahren Ausgaben machten, die auch zur Klassenlage nicht im Verhältniß stehen. Wenn unter den weiblichen Arbeitern weniger Putzsucht und unter den männlichen weniger Vergnügungssucht vertreten wären — immer nur von einzelnen gesprochen —, und wenn mehr gespart würde, so würde das denselben einen Rückhalt geben für das ganze künftige Leben, so daß sie nicht jeder Widerwärtigkeit, jedem Zufall ausgesetzt wären, wie es jetzt thatsächlich der Fall ist, wenn in frühern Jahren nichts zurückgelegt ist, und Jeder aus der Hand in den Mund lebt. Obwohl Sie nun gar nicht ein Mal mit Sicherheit angeben können, wann das allgemeine große socialdemokratische Glück anfängt, suchen Sie trotzdem den Leuten es zu verekeln, zu sparen. Sie haben nur Spott und Ironie dafür und glauben, dieselbe Ironie

gegen meine Broschüre kehren zu können. Dies mache ich Ihnen allerdings sehr zum Vorwurf.

Meine Herren, ich bin bei meiner Broschüre ausgegangen von dem Programm, was Sie zugeben, was Ihrerseits anerkannt wird, was Herr Bebel gestern verlesen hat. In Ihrem officiellen Programm heißt es, daß Sie erstreben die »Vergesellschaftung alles Capitals, des Grund und Bodens, aller Arbeitsinstrumente,« — mit einem Wort: die Verstaatlichung desjenigen, was man als Capital im weitesten Sinne des Wortes bezeichnet. Meine Herren, von Ihren eigenen Forderungen ausgehend, habe ich nun versucht, logisch darzulegen, zu welchen wirthschaftlichen Consequenzen die Durchführung dieses Programms führt; und dabei hat es mich sehr bestärkt, daß ich mit meiner Logik auf richtigem Wege sei, wenn ich merkte, daß ich in der logischen Entwickelung Ihres Zukunftsstaates zusammentraf mit den Schilderungen, welche der Abgeordnete Bebel in seinem Buch über die Frau gemacht hat. Ich verehre den Abgeordneten Bebel als den logischsten Kopf in seiner Partei; und wenn ich fand bei meinen logischen Schlußfolgerungen, daß er zu denselben Schlußfolgerungen gekommen ist, wie es künftig sein würde, so fand ich darin eine Bestätigung meiner eigenen Schlußfolgerung. Deshalb habe ich mir erlaubt, auf den Titel der Broschüre zu setzen: »frei nach Bebel«. Ich konnte freilich nicht sagen: »nach Bebel«; ich konnte nur einen gewissen Vorbehalt machen; denn da, wo Herrn Bebel in seinen Schlußfolgerungen die Logik ausgegangen ist, hat er den Defect an Logik zu ersetzen gesucht aus dem reichen Schatz seiner Phantasie. So werden Sie gestern in seinen Darlegungen bemerkt haben: wenn ihm die Logik ausgeht, phantasirt er von ungeheuern Schätzen, die in dem socialdemokratischen Zukunftsstaat zur Verfügung stehen werden. (Widerspruch bei den Socialdemokraten.) — Gewiß, meine Herren! — Wie aber muß sich denn dieser Staat entwickeln? Nach Ihrem eigenen Programm wird der Staat der Eigenthümer alles Capitals sein. Die Folge davon ist, daß der Staat alleiniger Arbeitgeber wird. Die Folge davon ist, daß jeder Arbeiter, wenn er nicht verhungern will, bei diesem Staat arbeiten muß, und daß er diejenige Arbeit verrichten muß, welche ihm der Staat zudecretirt. Nun suchen Sie freilich oft zu leugnen, daß dabei ein Zwang geübt werden müsse. Sie glauben, freiwillig werde sich alles machen, es werden sich immer für jedwede Arbeit so viel Freiwillige stellen, wie immer der Staat oder Ihre Gesellschaftsordnung — mögen Sie es nennen, wie Sie wollen — bedarf. Das ist aber eine willkürliche Voraussetzung, und selbst Herr Bebel glaubt in seinem Buch über die Frau auch nicht daran; denn er stellt doch eventuell eine Art alternirenden Frohndienstes in Aussicht, er sagt: wo sich nicht die nöthigen Freiwilligen finden, werden wir eine Art Alternirung einrichten, die Einzelnen zwingen, alternirend die Arbeit zu machen, zu der sich nicht genug Freiwillige finden.

Also der Staat wird der alleinige Herr, der allein bestimmt, wie und wo und was Einer arbeiten soll. Der socialdemokratische Staat decretirt einfach, — abgesehen davon, daß der Lohn für Alle gleich sein muß. (Zurufe bei den Socialdemokraten: Lohn gibt's nicht!) — Lohn gibt's nicht? Das ist auch wieder nur Wortklauberei. (Heiterkeit.) — Sie sagen,

ich könne mich in die Verhältnisse nicht hineindenken; Geld gibt es nicht. — Natürlich, mit dem Kopf des Kaisers gibt es keine Münzen mehr. (Zurufe bei den Socialdemokraten.) Lohn gibt es nicht, sagen Sie. Nun, ich verstehe unter Lohn den Entgelt, der für die Arbeit in der Form einer Anweisung auf einen gewissen Consum gegeben wird. In der Sache, auf die es ankommt, ist es dasselbe; es ist also bloß wieder der Versuch eines Entschlüpfens mit Worten [1]).

Also der Lohn ist der gleiche, das hat Herr Bebel ausdrücklich in seinem Buche über die Frau angegeben, wenngleich es mitunter zu verdecken gesucht wird. Sie können ja auch gar nicht anders, als Jedem den gleichen Lohn geben. Denn wollten Sie etwas anderes, so würde ja sofort hier und da ein Ueberschuß entstehen, und die Capitalbildung der Privaten, die Sie ausschließen wollen, würde von neuem ihren Anfang nehmen und allmälig Ihr ganzes Gebäude unterhöhlen.

Nun wird also Jeder den gleichen Lohn haben. Aber Jeder braucht doch nicht dasselbe, schon weil ja die Kinder ungleich an Anzahl in den Familien sind. Nun folgt aus dem Wesen des Staates — und das bestätigt auch Herr Bebel in seinem Buch über die Frau —, daß, um diese Ungleichheit zu beseitigen, der Unterhalt, die Kleidung, überhaupt die ganze Verpflegung der Kinder von der staatlichen Ordnung übernommen werden muß. Herr Bebel verwirft in dem socialdemokratischen Zukunftsstaat — darin ist er nur der logische Kopf — jedes persönliche Dienstverhältniß. Die Folge davon ist, wie er auch in seinem Buche über die Frau es zugibt, daß die Häuslichkeit auf's äußerste beschränkt werden muß. (Zurufe.) Der Dienstbote würde für die Wartung einer Anzahl von Kindern und für die Herrichtung einer Mahlzeit gar nicht entbehrt werden können, weil auch die Arbeiterin eben so lange arbeiten soll wie der Mann. (Zurufe.) — Lesen Sie es nur nach! (Erneute Zurufe.) — Es scheint Ihnen aber nicht gegenwärtig zu sein! Da steht: die Häuslichkeit muß auf das engste beschränkt werden, eine Küche gibt es nicht mehr, wir werden große Central-Kochanstalten, große Central-Reinigungsanstalten, große Central-Waschanstalten einrichten, da wird alles dies besorgt. Sehen Sie, genau nach dieser Weise habe ich den socialdemokratischen Zukunftsstaat gezeichnet im Anhalt an Ihre eigene Schilderung. Indem Sie nun die Kinder von den Eltern trennen, indem Sie sie von Staatswegen erziehen, indem Sie die Häuslichkeit auf das Nothwendigste beschränken, kommen Sie genau zu den Zuständen, die ich geschildert habe, zu jeder Zerstörung der Familie und der Häuslichkeit, die die Katastrophe in dem socialdemokratischen Staate nach sich zieht. (Lebhafter Beifall auf allen Seiten.)

Sie sprechen von der gegenwärtigen planlosen Production. Ja, wenn Sie eine planmäßige Production durch das ganze Land von oben anlegen wollen, so ist dies nicht anders möglich, als indem Sie zugleich eine planmäßige Consumtion einrichten. Und die planmäßige Production zwingt Sie zur Regelung der Consumtion, zwingt Sie dazu, jedem Einzelnen vorzuschreiben, was er consumiren soll, eben so wie Sie vorschreiben, was er zu produciren hat.

---

[1]) Vgl. über diesen Punkt auch die zweite Rede des Abg. Richter am 6. Februar.

Der Herr Abgeordnete Freiherr von Stumm meint, daß dieser Zustand dann zu Verhältnissen führe, die denen im Zuchthause ähnlich wären. Das ist auch meine Ansicht. In Bezug auf persönliche Freiheit führt die Durchführung Ihres Programms, des socialdemokratischen Staats, zu Zuständen, wie wir sie nur im Zuchthause kennen. Dort ist planmäßige Production (sehr gut!), dort wird planmäßig gearbeitet; dort ist auch planmäßige Consumtion. (Große Heiterkeit und lebhafter Beifall.)

Aber, meine Herren, es ist Täuschung, als ob die socialdemokratische Zukunft es so gut haben würde wie die Sträflinge im Zuchthause. (Unterbrechung. — Beifall.) Die Voraussetzung selbst des kümmerlichen Zustandes im Zuchthause ist doch noch immer die freie bürgerliche Gesellschaft außerhalb des Zuchthauses; wenn das Zuchthaus auf den Ertrag seiner eigenen Production angewiesen wäre, könnte nicht die Hälfte der laufenden Kosten aus dem Ertrag dieser Arbeit gedeckt werden. (Lebhafter Beifall.) Dann könnte die planmäßige Production nur so eingerichtet werden, daß sie sich von einem langsamen Verhungern nicht mehr viel fern hielte. (Lebhafter Beifall.) Nein, die logische Durchführung Ihres Zukunftsstaates bringt einen Zustand zu Wege, der noch tief unter diesem Zustand der Zuchthaussträflinge liegt (lebhafter Beifall); sie führt uns in barbarische Zustände zurück, wie sie kaum in der Zeit des Jagd- und Nomadenlebens der Menschheit bestanden haben, unendlich tief unter den heutigen Culturverhältnissen. (Unterbrechung. — Lebhafte Zustimmung.)

Meine Herren, es ist ja auch ganz natürlich. Sie vernichten jedes Eigen-Interesse im Menschen, sich selbst vorwärts zu bringen; die Einzelnen können ja nichts Besseres erreichen, mögen sie arbeitsam sein oder nicht; der Mensch bringt sich ja dann nicht mehr vorwärts, ob er sich auch etwas spart, — er kann es nicht vererben, seine Kinder haben keinen Vortheil davon. Die ganze Capitalbildung fällt dem Staate anheim; der Staat muß von dem Ertrag der Arbeit vorweg so viel abziehen, als erforderlich ist für die Vermehrung der Bevölkerung. Jedes eigene Interesse an Capitalbildung hört auf; Sie beseitigen die Privatunternehmer, die Concurrenz. Damit vernichten Sie jedes Streben, aus eigenem Interesse die Zustände zu verbessern, die Arbeit productiver zu gestalten, das Streben, welches, trotz eigenen Interesses, zugleich auch dem allgemeinen Interesse zum Vortheil gereicht. Alles das, die Vernichtung jedes eigenen Interesses, glauben Sie ersetzen zu können durch eine allgemeine socialdemokratische Begeisterung. Solches Vertrauen ist nur dadurch möglich, daß Sie sich dazu Menschen vorstellen, die gar nicht in dieser Weise existiren, die niemals existirt haben und niemals existiren werden. Die Menschen, die in Ihren Staat passen würden, sind nur Stifte einer großen mechanischen Productions- und Consumtionsmaschinerie.

Nun, meine Herren, aber wenn das auch alles nicht der Fall wäre, wenn der Herr Abgeordnete Bebel Recht hätte, wenn Sie wirklich im Stande wären, wie es der Herr Abgeordnete Bebel in seinem Buche über die Frau sagt, den »Himmel auf Erden« zu schaffen, dann würde sich Ihre Logik erst recht in den Schwanz beißen. (Sehr gut!) Wenn Sie wirklich im Stande wären, den Himmel auf Erden zu schaffen, dann müßte Sie die größte Sorge erfassen vor der Uebervölkerung Ihres

Himmels[1]). (Sehr gut!) Sie nehmen ja den Eltern jede Verantwortlichkeit für die Kinder. Herr Bebel sagt in seinem Buche über die Frau: jeder Neugeborene ist ein willkommener Zuwachs für unsere Gesellschaft. (Lebhafte Zurufe von den Socialdemokraten: Sie sind ja gar nicht verheirathet!) — Ach, durch solche kleinliche persönliche Anspielungen suchen Sie vorbei zu kommen an der Sache selbst. Das kennzeichnet Ihre ganze Verlegenheit. (Stürmischer Beifall auf allen Seiten.) Meine Herren, das also ist Herr Bebel, der Führer vom Ganzen! Hat es jemals eine Partei gegeben, welche in dem Augenblick, wo sie ernst Rede stehen sollte, sich so kleinlich zeigte (lebhafter Beifall), unter aller Kritik, unter aller parlamentarischen Kritik (lebhafter Beifall), — natürlich nur, um sich aus der Schlinge zu ziehen? (Wiederholter lebhafter Beifall.) Also Sie sagen: jeder Neugeborene ist ein willkommener Zuwachs in der socialdemokratischen Gesellschaft; die socialdemokratische Gesellschaft übernimmt die Verpflichtung, ihn zu erhalten, zu kleiden und zu ernähren. Meine Herren, damit ist also alle Verantwortlichkeit der Familie in dieser Beziehung beseitigt. Sie können nun allerdings große Sorge bekommen, wie es bei einem solchen Wachsthum der Bevölkerung, das ja im »Himmel auf Erden« nicht ausbleiben kann, möglich ist, auch nur eine entsprechende Capitalvermehrung herbeizuführen. Denn wenn das Capital sich nicht fortwährend vermehrt mit dem Hinzukommen der Bevölkerung, geht ja die ganze Cultur zurück. Es kommt ja nicht bloß darauf an, das, was vorhanden ist, zu erhalten, sondern es muß auch jeder neu Hinzukommende seinen Tisch in der socialdemokratischen Gesellschaft gedeckt finden, wie diejenigen, die darin bereits vorhanden sind. Das, was der Herr Bebel hier so scherzweise zu beseitigen sucht, macht ihm doch selbst eine gewisse Sorge, und er hat in seinem Buch über die Frau dieser Frage ein besonderes Capitel, das Schlußcapitel gewidmet. Da tröstet er sich denn damit, daß es ja doch noch sehr viele Ländereien gebe, nach denen man den Ueberschuß der Bevölkerung abführen könne. Er verweist auf den Norden von Norwegen (Heiterkeit), und es haben ihm außerdem Reisende erzählt, daß es sich im Norden von Sibirien ganz angenehm wohnen läßt (große Heiterkeit), — und das wäre ja auch vielleicht ein Platz, wo der Herr Abgeordnete Bachem einen Wirkungskreis fände. (Große Heiterkeit.) Und wenn der Ueberschuß der Socialdemokraten im »Himmel auf Erden« sich im Norden von Sibirien auch noch nicht unterbringen lassen sollte, so ist der Herr Abgeordnete Bebel auch noch nicht verlegen; denn wir haben ja, wie er sagt, noch die Wüste Sahara (große Heiterkeit), und wenn es gelingt, dort ein Meer auszugraben, wird es möglich sein, viele Tausend Quadratmeilen der Wüste Sahara in Ländereien der üppigsten Vegetation zu verwandeln. — Alles nachzulesen im Buche über die Frau. (Zuruf bei den Socialdemokraten: Steht ja gar nicht darin!) — In Betreff der Wüste Sahara haben Sie sich also wohl in der letzten Auflage wieder gemausert. (Große anhaltende Heiterkeit.) In der Auflage von 1883, die ich habe, steht die Wüste Sahara; in der neuen Auflage — man muß sich selbst auf eine solche Einwendung gefaßt machen — habe ich die Wüste Sahara bis zum

[1]) Zu dem Folgenden vgl. das Capitel „Ueberbölkerung" in Bebel, „Die Frau," achte Aufl. S. 198 ff.

Anfang der Sitzung nicht gefunden, wohl aber noch Norwegen und Sibirien. Also wenn Sie die Wüste Sahara nicht mehr haben, haben Sie vielleicht inzwischen etwas Besseres entdeckt, und ich bitte Sie, uns diesen Länderstrich nicht vorzuenthalten. (Große Heiterkeit.)

Aber der Herr Abgeordnete Bebel hat ja noch einen andern Trost; das Bisherige reicht ja noch nicht. Er hat nämlich die Wahrnehmung gemacht, daß, je edeler die Thierarten seien, um so weniger Junge sie bekommen, und er demonstirt in seinem Buche über die Frau dies daran, daß der Löwe, der Elephant und das Kameel weit weniger Junge haben als die Hasen und die Kaninchen. (Große Heiterkeit.) Nun folgert also der Herr Abgeordnete Bebel: wenn in Folge der Veredelung der Menschheit durch den socialdemokratischen Staat in dem Maße die Socialdemokratie der Zukunft im Vergleich zu dem Thierreich mehr dem Löwen, Elephanten und Kameel gleicht als der Bevölkerung des Bourgeoisstaates, die man nur mit Ratten und Mäusen vergleichen könne (Heiterkeit), so muß auch in demselben Maße die Besorgniß einer zu großen Vermehrung der Bevölkerung verschwinden. (Große Heiterkeit.)

Ganz reicht dieser Trost für Herrn Bebel auch noch nicht aus; denn — und das ist der Schlußstein des socialdemokratischen Gebäudes — er empfiehlt noch die Regelung der Volksvermehrung durch die Art, wie die Nährweise der Menschen geregelt wird. Gewiß, der logische Schluß des logischen Gebäudes zwingt dazu, nicht bloß die Lebensweise der Menschen in aller und jeder Beziehung von Obrigkeitswegen zu regeln, sondern zwingt auch am letzten Ende dazu, noch von Staatswegen durch Regelung der Nährweise die Fortpflanzung zu regeln, womit dann freilich diese socialdemokratische Gesellschaft noch weit unter die Zuchthäuser, in das Thierreich herabgedrückt wird, wo man es ja auch jetzt schon versteht, in Brutanstalten, Gestüten und sonstigen Einrichtungen die Thierzucht entsprechend obrigkeitlich zu regeln. — Das ist der logische Schlußstein, zu welchem das Gebäude kommt, was der Herr Abgeordnete Bebel in seinem Buch über die Frau uns vorzeichnet. Ich begreife vollständig, warum er nicht gern auf solche Dinge eingeht.

Am Schlusse schwingt sich dann der Abgeordnete Bebel in diesem Capitel zu dem Satz auf:

> Der Socialismus ist die mit klarem Bewußtsein und voller Erkenntniß auf allen Gebieten menschlicher Thätigkeit angewandte Wissenschaft [1]). (Große Heiterkeit.)

Ich erlaube mir diese Betrachtung über den socialdemokratischen Zukunftsstaat mit den Worten zu schließen, daß der Socialismus nur eine auf unklares Bewußtsein und unzureichende Erkenntniß der Natur und des Wesens der Menschen und der Dinge begründete Irreleitung der Arbeiter darstellt. (Lebhafter Beifall.)

Gewiß, meine Herren, unsere Gesellschaftsordnung ist nichts weniger als vollkommen. Der Herr Abgeordnete Bebel hat freilich selbst anerkannt, daß es die beste der Gesellschaften sei, die seit Erschaffung der Welt bestanden hat; er erkannte also selbst an, daß in dieser Entwickelung ein Fortschreiten ist. Warum soll also der Fortschritt auf den Grundlagen

---

[1]) Vgl. Bebel, „Die Frau," 8. Auflage, S. 214.

dieser Gesellschaft nun in der Zukunft ausgeschlossen sein? Sie rufen die Technik an; Sie berufen sich, wenn Sie sonst nichts mehr wissen, wie Sie den Staat der Zukunft construiren können, auf technische Verbesserungen; — sollte die Technik nicht eben so gut, wenn man ihre Fortschritte für die Zukunft in Rechnung ziehen will, in ihren Fortschritten auch der jetzigen Gesellschaftsordnung zu Statten kommen, wie der Ihrigen? Leugnen können Sie doch auch nicht, daß in allen socialen Schichten, verglichen mit frühern Generationen und Jahrhunderten, es sich jetzt besser lebt, man besser daran ist als vorher. Und ebenso haben wir die berechtigte Hoffnung, daß wir auf diesem Wege in dem Maße, wie wir die natürlichen Hindernisse beseitigen, auch weiterhin noch zu bessern Zuständen gelangen. Allerdings, meine Herren, nichts ist verkehrter, als dabei auf den Staat allein verweisen. Nein, meine Herren, die Vervollkommnung, die Besserung muß beim Menschen selbst anfangen. Das ist es gerade, was ich Ihnen vorwerfe, daß Sie auf die Arbeiter in der Weise einwirken, alles vom Staat zu erwarten und in nichts zu vertrauen auf die eigene Vervollkommnung und die eigene Besserung. Und Sie müßten Letzteres doch um so mehr empfehlen, als, wenn überhaupt Ihr Staat möglich wäre, er nur möglich sein könnte mit Arbeitern und Menschen, die alle Vollkommenheit und Tugenden in weit höherm Grade an sich entwickelt hätten, als es bis jetzt der Fall ist. Der Fortschritt, die Besserung kann nur kommen von demjenigen, was die Einzelnen zu ihrer Vervollkommnung thun, unterstützt von den Einrichtungen der Gesellschaft, die in verschiedenen Richtungen dafür thätig sind, und unterstützt auch in gewissem Umfange von der Mitwirkung des Staates, insbesondere auch in der Beseitigung von Hindernissen. Das mache ich Ihnen zum Vorwurf, daß Sie durch das Auftreten Ihrer Partei die Fortschritte auch in unserer innern Politik erheblich gefährdet und verringert haben. Dasjenige, wofür wir kämpfen und auch Ihre Unterstützung haben: eine größere freiheitliche Entwickelung in wirthschaftlicher und politischer Beziehung, — das zu erreichen, wird in hohem Maße dadurch erschwert, daß es Ihnen gelungen ist, die größten Kreise des Bürgerthums in zwei verschiedene Lager zu spalten. Wenn wir uns heute zu vertheidigen haben gegen Rückschritte, die immer mehr drohen, wenn wir dagegen zu schwach erscheinen auf der liberalen Seite, so ist das wesentlich die Frucht der Spaltung, die Sie in das liberale Bürgerthum durch Ihre Partei hineingetragen haben. Sie machen uns den Vorwurf, daß wir, um etwas zu erreichen, zu schwach wären, nicht durchdringen könnten. Woher kommt das? Weil wir — und da möchte ich wieder an die Discussion der Militair-Vorlage anknüpfen — fortwährend genöthigt sind, den Krieg auf zwei Fronten zu führen, gegen rechts und gegen links. Schwierig genug ist diese Situation für uns. Wir werden aber nicht erlahmen in diesem Kampfe, um Rückschritten sowohl von rechts wie von links vorzubeugen, um Hindernisse zu beseitigen. Wir führen diesen Kampf nicht um unser selbst willen, sondern um des Volkes willen und seiner Zukunft." (Lebhafter wiederholter Beifall.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Frohme.

Abgeordneter **Frohme**: „Meine Herren, die Socialdemokratie kann es mit Genugthuung begrüßen, daß jetzt schon am dritten Tage die Ver-

treter der sogenannten »staatserhaltenden« Parteien im Reichstage Arm in Arm sich bemühen, der Welt ihre Gedanken über den »socialdemokratischen Zukunftsstaat« auszumalen. Denn es sind ja in der That Ihre Gedanken, es ist der »Zukunftsstaat«, wie Sie ihn sich ausdenken, um uns in den Augen unwissender, thörichter Menschen zu compromittiren. Das ist nach meinem Dafürhalten lediglich der Zweck, den Sie im Auge hatten, als Sie diese Debatte hier provocirten.

Nun muß ich ja allerdings sagen, daß der politische Faschingsgeist, der sich bis jetzt in den Aeußerungen unserer Gegner hier kund gethan hat, wesentlich mit dazu beitragen dürfte, weite Kreise des Volkes zu ernstem Nachdenken zu bringen über die unvereinbaren Ideen, die Sie da vorgebracht haben.

Ich will mich zunächst etwas mit dem Herrn Abgeordneten Richter beschäftigen. Er bezog sich darauf, daß hier erwähnt worden sei, es bestehe, entgegen unserer socialdemokratischen Lehre, eine Harmonie zwischen Capital und Arbeit. Ich will daraus Veranlassung nehmen, zu erklären, daß nach der Lehre, welche die tägliche Erfahrung gibt, nach der Lehre der nationalökonomischen Wissenschaft, ebenfalls von einer Harmonie zwischen Capital und Arbeit nicht die Rede sein kann. An eine solche Harmonie glauben Sie im Ernst selbst nicht. Es gibt nicht einen einzigen namhaften Vertreter der herrschenden ökonomischen Richtung, welcher es gewagt hätte, eine Harmonie zwischen Capital und Arbeit zu behaupten. Fangen Sie bei Adam Smith an und gehen Sie bis zu John Stuart Mill, Sie werden überall in den Werken dieser bürgerlichen Oekonomen — Vertreter jener Wissenschaft, auf welche die herrschende Interessenrichtung sich stützt — in den Werken aller dieser Männer den steten Hinweis darauf finden, daß allerdings ein sich stetig verschärfender Gegensatz zwischen Capital und Arbeit besteht [1]).

Ich habe bemerkt, daß die Herren vom Centrum die betreffenden Ausführungen des Herrn Abgeordneten Richter mit Wohlwollen aufgenommen haben. Wollen die Herren die Güte haben und einmal lesen, was der verstorbene Bischof von Ketteler über die Phrase der Harmonie von Capital und Arbeit gesagt hat? (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Wollen Sie sich die Mühe nehmen, in diesem Buche nachzulesen, wie er von dem »gottlosen Capitalismus« spricht, welcher unterdrückt werden muß, wie er sogar die Streiks vertheidigt, die Sie gegenwärtig, wenigstens in Rücksicht auf den jüngsten Streik, den Socialdemokraten zur Last legen, daß Bischof Ketteler die Streiks als ein Mittel bezeichnet, welches allerdings durch die Verhältnisse geboten sei und erfahrungsmäßig zur Verbesserung der Arbeiterlage geführt habe?

Unzufriedenheit sollen wir schaffen. Ja, das ist eine Behauptung, die so alt ist, wir haben sie noch in fast jeder socialdemokratischen Debatte hier gehört; die sogenannte »Ordnungspresse« im Lande, sie gebraucht diese Phrase unausgesetzt. Wir, die Socialdemokraten, sollen Diejenigen sein, welche Unzufriedenheit schaffen. Nun will ich Ihnen erklären, daß das, was man als absichtliches Schüren oder Erwecken der Unzufrie-

---

[1]) Vgl. über die „Harmonie zwischen Capital und Arbeit“ die Bemerkungen des Abg. Hitze zu Anfang seiner Rede in dieser Sitzung.

denheit bezeichnet, in der That nichts anderes ist, als die Verbreitung der Erkenntniß der gesellschaftlichen, wirthschaftlichen Zusammenhänge. Wenn auf Grund dieser Erkenntniß die Massen unzufrieden werden, nun, so ist es ihr gutes menschliches Recht, auch diese Unzufriedenheit zu äußern[1]).

Dann das Sparen, mit welchem der Herr Vorredner sich so eingehend beschäftigt hat. Ich verwahre meine Partei, und insbesondere die hier sitzenden Vertreter derselben, in der allerentschiedensten Weise gegen den Vorwurf, als wollten wir durch unsere Theorie über das Sparen die Arbeiter zu einer irrationellen, verschwenderischen Wirthschaft verleiten[2]). Nein, auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß man sich strecken soll nach seiner Decke; wir meinen aber, daß man in andern Gesellschaftskreisen dieses gute Sprüchwort zuerst zu beherzigen habe, ehe man die Beherzigung von dem Arbeiter verlangt.

Auch wir wollen ein weises Wirthschaften in jedem Stück; aber dazu werden wir niemals beistimmen, wenn man[3]) den Arbeitern erklärt, daß das Sparen ein sociales und wirthschaftliches Heilmittel gegenüber all' den Schäden für sie sei, von denen sie unausgesetzt bedroht sind. (Zuruf aus dem Centrum.)

Nun hat der Abgeordnete Richter ein großes Wort gelassen ausgesprochen, bei seiner Kritik des sogenannten Zukunftsstaates, d. h. des Dinges, welches er und Andere als Zukunftsstaat sich construirt haben. Er sagte: unsere Bestrebungen gingen wider die Natur. Nun, solche Bestrebungen haben keine Möglichkeit, durchgeführt zu werden; ja, ich behaupte, sie haben nicht einmal die Möglichkeit einer nennenswerthen Entwickelung. Bestrebungen, die gegen die Natur sind, können sich nur hier und da in sporadischen Ansätzen äußern, aber eine Entwickelung, die Möglichkeit einer Durchführung ist ihnen nicht gegeben. Wenn es wahr wäre, was der Herr Vorredner behauptet, daß die socialdemokratischen Bestrebungen der Natur zuwiderlaufen, wozu dann all' das Gespräch, wozu all' das Geschreibsel? dann bitte, überlassen Sie doch gefälligst der guten Mutter Natur das Richteramt über uns! Sie wird ja bei alledem, was nach den Behauptungen des Herrn Vorredners gegen sie laufen soll, schon mit uns fertig werden. Weshalb verlassen Sie sich nicht auf das Walten dieser höhern Macht? Weshalb hält man es für nöthig, hier im Reichstag eine Discussion zu provociren zu dem Zwecke, der Mutter Natur zu Hülfe zu kommen? Die Mutter Natur braucht eine derartige Hülfe nicht, am aller-

---

[1]) Man vergleiche hierzu die in socialdemokratischen Volks-Versammlungen ewig wiederholte Redensart: „Zufriedenheit ist Hirnerweichung."

[2]) Man vergleiche hierzu das stehende Thema in socialdemokratischen Volks-Versammlungen von der „verdammten Bedürfnißlosigkeit".

[3]) „man?" Wer hat das denn jemals gethan? Die sämmtlichen Freunde der katholischen Socialpolitik wenigstens haben nicht nur dem Arbeiter in seinem Interesse das Sparen empfohlen, insbesondere Putz- und Vergnügungssucht bekämpft, sondern auch dem Arbeitgeber seine socialen Pflichten vorgehalten und vor allem auch staatliche Maßregeln zur Hebung der Lage des Arbeiterstandes verlangt. Vgl. die ganze bisherige Social-Gesetzgebung betr. Kranken-Versicherung, Unfall-Versicherung, Alters- und Invaliditäts-Versicherung und Arbeiterschutz.

wenigsten dann, wenn sie in so absolut ungeschickter Weise geübt wird, wie das von gegnerischer Seite bis jetzt geschehen ist [1]).

Meine Herren, mein Freund Bebel hat gestern in ruhigster und objectivster Weise Antwort gegeben auf die an uns gestellte Frage, welche Bewandtniß es denn nun eigentlich mit unserm viel berufenen »Zukunftsstaat« habe. Ich habe noch bei keinem der Redner, welche bis jetzt gegen uns nach ihm wieder gesprochen haben, ein nennenswerthes, sachliches Eingehen auf die Ausführungen meines Freundes Bebel beobachtet [2]). (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Gerade in dieser Art und Weise, die so sachlichen, ernsten Ausführungen Bebel's zu ignoriren und darum herumzukommen, gerade darin äußert sich das in eclatantester Weise, was ich vorher mir zu bezeichnen erlaubte als politischen Faschingsgeist.

Was hat denn mein College Bebel ausgeführt? Von keiner Seite ist man auch nur mit einer Silbe darauf eingegangen. Er hat ausgeführt, daß der Socialismus, die Evolution, die Entwickelungstheorie (Zurufe) — er hat ausgeführt, daß die Revolution, die sociale Revolution, im Grunde genommen nichts anderes ist, als die von dem Bedürfniß des Volkes nach Besserung der Zustände getragene und bestimmte Evolution. Etwas anderes liegt in seinen Ausführungen nicht drin. Aber gerade weil er so scharf betonte: wir wollen nichts Künstliches schaffen, es fällt uns gar nicht ein, willkürlich in die Entwickelung der Dinge einzugreifen [3]) und ein Staatswesen nach unsern Ansichten zu construiren, — gerade deshalb hätte es sich wohl verlohnt, diesen Aeußerungen Ihrerseits ernsthaft näher zu treten. Sie haben das nicht gethan und müssen wohl Ihre sehr guten Gründe dazu gehabt haben; denn gerade die Entwickelungstheorie, welche die Socialdemokratie vertritt, sie ist es ja, welche in der Hauptsache von der liberalen Wissenschaft oder von jener Wissenschaft vertreten wird, welche im Liberalismus hauptsächlich repräsentirt ist. Die Herren gerathen da beständig mit sich selbst in einen argen Widerspruch [4]).

---

[1]) Mit dieser Tirade sollen die betreffenden sachlichen Einwände gegen die Möglichkeit der Durchführung des socialdemokratischen Zukunftsstaates widerlegt sein! Der Versuch, diesen Zukunftsstaat in's Leben zu setzen, wird allerdings nicht durch die Unmöglichkeit seiner Durchführung gehindert, wenn nur Diejenigen, welche diesen Versuch machen wollen, die nöthige Gewissenlosigkeit haben.

[2]) Außer dem Abg. Frohme wird jeder Andere sachliche Bemerkungen über den socialdemokratischen Zukunftsstaat in der Rede Bebel's vergeblich suchen.

[3]) Der Abg. Frohme lehnt also hier die gewaltsame Revolution zur Durchführung der socialdemokratischen Zukunftsträume ebenso entschieden ab, wie der Abg. Bebel in seiner Rede am 3. Februar. S. vorher. Carl Marx, der geistige Vater der heutigen Socialdemokratie, hielt bekanntlich eine gewaltsame Revolution für das einzige Mittel, der Socialdemokratie zum Siege zu verhelfen. Er verlangte die „Geburtshülfe der Gewalt", damit die „neue Gesellschaft" an's Tageslicht komme. Vgl. hierzu die Bemerkungen des Abg. Dr. Bachem in seiner Rede vom 6. Febr. S. unten! — Die abweichende Haltung des Abg. Liebknecht siehe in dessen Rede vom 8. Februar. Liebknecht weist die gewaltsame Revolution keineswegs so entschieden ab wie die Abgg. Bebel und Frohme.

[4]) Der Abg. Bebel hat lediglich ausgeführt, er erwarte das Durchdringen des socialdemokratischen Staates von der „Entwickelung". Einen Beweis dafür, daß

Mein Freund Bebel hat keinen Zweifel darüber gelassen, wohin denn recht eigentlich die Entwickelung führt. Er hat Ihnen unter Hinweis auf die seitherigen Resultate der geschichtlichen Entwickelung gezeigt, daß die bestehende Gesellschaftsordnung nicht als die höchste und beste erachtet werden könne. Sehen Sie, meine Herren, das war ja von jeher die Erbsünde des herrschenden Privilegiums, daß es behauptete und auch glaubte: so, wie die Zustände sind, sind sie im Wesentlichen am besten; eine grundsätzliche Aenderung oder gar eine Abschaffung kann nicht stattfinden. Das ist die Erbsünde, der so viele blutige Revolutionen in der Geschichte zu danken sind, und die heute herrschenden Klassen sind auch noch mit dieser Erbsünde in außerordentlichem Maße behaftet. Wer die Entwickelungsgesetze, denen die Menschheit und die Staaten unterworfen sind, verfolgt, wie möchte der zu behaupten wagen, daß wir mit dem heutigen Staate und allen seinen Einrichtungen am Ende aller Entwickelung stehen? Die politischen und wirthschaftlichen Zustände, die wir gegenwärtig haben, sind das Resultat einer Revolution. Nach der bestehenden Gesellschaftsorganisation wird eine andere, bessere kommen müssen; und wer sich in unsern Schriften umthun will, der wird finden, daß in wirthschaftlicher Beziehung von uns die berufsgenossenschaftliche Organisation der Arbeit[1]) in's Auge gefaßt wird. Diese Organisation muß sich mit Nothwendigkeit aus der capitalistischen Productionsweise ergeben, und man braucht sich gar nicht ein Mal dabei an die ausgesprochen socialdemokratische Litteratur zu halten, — nein, es ist das etwas, was in weiten Kreisen der sociologischen Wissenschaft anerkannt und gründlich erörtert worden ist.

---

die „Entwickelung" zum socialdemokratischen „Gesellschaftszustande", zu „gesellschaftlicher Organisation der Production" und zur „Expropriation aller Productionsmittel" führen werde, hat er mit keinem Worte erbracht. Vorbedingung dieses Beweises wäre der Beweis, daß die „socialdemokratische Gesellschaft", wie Bebel usw. sie träumen, überhaupt möglich ist. Um diesen Nachweis handelte es sich vorwiegend in der gegenwärtigen Debatte. — Ueber die Stellung des Centrums zu einer möglicherweise im gewissen Sinne socialistischen Entwicklung s. die Rede des Abg. Dr. Bachem am 6. Februar.

[1]) Die Frage ist, ob ein Aufbauen der socialistischen Gesellschafts-Ordnung auf solche „berufsgenossenschaftliche Organisation der Arbeit" im socialistischen Staate möglich sein wird. Für heute ist die socialdemokratische Partei klug genug, solche Organisationen zu mißbilligen, weil sonst sofort Allen klar würde, daß solche Genossenschaften im Großen unmöglich sind. In seiner Rede am 3. Februar sagte Bebel ausdrücklich: „Wir können — in dieser Beziehung hat der letzte Berliner Parteitag mit der wünschenswerthesten Offenheit gesprochen — unter keinen Umständen es billigen, daß unsere Parteigenossen Mittel und Kräfte verwenden, um Genossenschaften in's Leben zu rufen, in dem Glauben, daß sie, sei es für sich oder ihre Klassengenossen, damit einen wesentlichen Vortheil erringen." Wenn also der Socialdemokratie solche Genossenschaften heute in großer Zahl nicht durchführbar erscheinen, wie kann sie dann glauben, im Zukunftsstaat alles auf „berufsgenossenschaftliche Organisationen" stützen zu können? — Ueber die Stellung des Centrums zu berufsgenossenschaftlichen Organisationen an und für sich vgl. die folgende Rede des Abg. Hitze in dieser Sitzung. Uebrigens haben es alle andern socialdemokratischen Führer stets vermieden, „berufsgenossenschaftliche Organisationen" zu fordern. Sie fordern gesellschaftliche oder einfach genossenschaftliche Organisation der Arbeiter

Ja, meine Herren, Sie im Centrum hätten am allerwenigsten Ursache, über Zukunftsausmalereien sich aufzuregen, wie Sie uns die Schuld geben, obgleich Sie gar nicht bei uns liegt. Es fällt uns gar nicht ein, einen Zukunftsstaat auszumalen und zu sagen: so und nicht anders wird dermaleinst die Gesellschaft beschaffen sein müssen. Mein Freund Bebel hat Ihnen gestern gesagt: wir wissen ja gar nicht, in welch' außerordentlichem Maße die Entwickelung wird beeinflußt werden durch neue Erfindungen; die Bildung der Massen wird außerordentliche Fortschritte machen; also wie ist es nur irgend einem Menschen gegeben, zu sagen: so und nicht anders wird dermaleinst in der Zukunft der Staat oder die Gesellschaft aussehen müssen! Meine Herren, die Zukunftsstaatsausmalerei ist zu allen Zeiten eine Schwäche der Vertreter der herrschenden Elemente gewesen, und zwar solcher, welche mit den bestehenden Zuständen unzufrieden waren, sich daraus heraussehnten und Andere auch daraus befreien möchten[1]).

So haben Sie es von Ihrem Standpunkt aus allerdings sehr leicht, die Socialdemokratie zu verdächtigen, daß sie am Höchsten und Heiligsten sich vergreifen, daß sie »den Staat vernichten« wolle. Allerdings ist das blasse Thorheit. Denn so wenig es der Socialdemokratie einfällt, eine gewaltsame Revolution provociren zu wollen[2]), ebenso wenig kann es ihr vernünftigerweise einfallen, den Staat »stürzen« zu wollen. Wir sehen im Staat, wie er besteht, das naturnothwendige Ergebniß der Entwickelung; aber wir sind der Ueberzeugung, daß wir mit den heutigen staatlichen Einrichtungen nicht am Ende der culturellen Entwickelung angelangt sind, daß eine bessere sociale Organisation der heutigen folgen muß. Es hat hervorragende Vertreter der Wissenschaft gegeben, auf welche besonders der Herr Abgeordnete Richter sich beziehen sollte, die mit aller Entschiedenheit der Ueberzeugung Ausdruck gegeben haben, daß denn doch der Socialismus nicht so mit erkünsteltem Hohnlachen, wie wir es heute bemerkt haben, behandelt sein will.

Wir verlassen uns auf die organische Entwickelung der Dinge, und wir sind überzeugt, daß diese Entwickelung zur höhern socialen Einheit und Einigung führen muß. Das ist der Grundzug, der in aller Entwickelung bisher zu Tage getreten ist und auch in der fernern Entwickelung der Menschheit und der Staaten sich nicht verleugnen kann und nicht verleugnen wird. Da erklären wir: die berufsgenossenschaftliche Organisation der Arbeit ist das nächste Ziel der Ent-

---

[1]) Trotzdem hat auch der Abg. Bebel bekanntlich diese „Schwäche" gehabt, indem er in seinem häufig erwähnten Buche „Die Frau" den socialistischen Zukunftsstaat als den „Himmel auf Erden" zeichnete. Allerdings gehört Bebel auch zu den „herrschenden Elementen", da er ja „Unternehmer" und nicht Arbeiter ist. Etwas Aehnliches ist von vielen andern Mitgliedern der socialdemokratischen Partei zu sagen, vor allem von J. Stern, der in seinem Buche „Thesen über den Socialismus" die Zukunftsmalerei im Großen betrieben hat. Wenn das wissenschaftlich eine „Schwäche" ist, so hat es ja wohl nur agitatorische Bedeutung gehabt.

[2]) Zu dieser Stelle ist dasselbe zu sagen, wie zu den frühern Stellen von Frohme und Bebel, in denen eine „gewaltsame Revolution" zurückgewiesen wird.

wickelung[1]) — und dann kommt Herr Bachem, Herr von Stumm und erklären, als wenn das alles gar nichts bedeutet: Phrasen hätten sie genügend von uns gehört, aber keine Schilderung des socialdemokratischen Staates erhalten. Bitte, malen Sie sich gefälligst in Zukunft diesen Zukunftsstaat aus, wie es Ihnen gutdünkt! Verbünden Sie sich zu diesem Zweck mit Eugen Richter, mit Herbert Spencer und mit wem Sie sonst noch eine Coalition eingehen wollen; wir überlassen Ihnen das und regen uns darüber nicht auf. Was Sie socialdemokratischen Zukunftsstaat nennen, kann es nicht geben, wird es nicht geben; was wir vertheidigen, ist das naturnothwendige Product der Entwickelung, die nächste Etappe der organischen Evolution, nicht mehr und nicht weniger. (Unruhe.)

Meine Herren, Sie stützen und berufen sich besonders bei jeder Gelegenheit so sehr auf die Religion; Sie muthen der Masse des armen, nothleidenden Volkes zu, zu hoffen auf ein besseres Jenseits als eine Entschädigung für die hienieden erduldeten Leiden. Warum wollen Sie es den Massen nicht gönnen, auf eine bessere Zukunft, auf eine bessere Gesellschafts-Organisation zu hoffen[2])? Hat die Vernunft, die in diesem Falle die Wege weist, weniger Berechtigung als die religiösen Satzungen?

Ich bin mit meinen Ausführungen zu Ende; ich will Ihre Zeit nicht länger in Anspruch nehmen. Sie werden jedenfalls aus dem Munde meines Freundes Bebel noch ein Eingehen auf die einzelnen Punkte zu gewärtigen haben. Gut! fahren Sie so, wie Sie in diesen drei Tagen hier im Reichstage gearbeitet haben, fort! Sie thun uns damit den denkbar größten Gefallen! (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten. — Ach! ach!) Denn Sie beweisen damit vor aller Welt Ihre absolute Unfähigkeit, Ihre Zeit zu begreifen und die Forderungen, die sie an Gesetzgebung und an die ganze gegenwärtige Generation stellt." (Oh! oh! — Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Stöcker.

Abg. **Stöcker:** „Der Herr Abg. Richter hat Manches gesagt, was auch uns durchaus treffend erschien, besonders das Wort von den arbeitslosen Reichstags-Abgeordneten, die in Volksversammlungen die andern arbeits-

---

[1]) Zu deren Beförderung die Socialdemokraten bisher aber noch nicht das Geringste gethan haben und auch in Zukunft nicht das Geringste thun wollen. Gegen die Unfall-Versicherung, welche mit ihren Berufsgenossenschaften doch vom socialdemokratischen Standpunkt aus als ein Anfang der „genossenschaftlichen Organisation der Arbeit" hätte betrachtet werden müssen, haben die Socialdemokraten sogar einstimmig gearbeitet und gestimmt.

[2]) Dagegen hat Niemand etwas. Die Freunde der Socialreform, insbesondere das Centrum, sind sogar eifrigst bemüht, im Interesse der Arbeiter eine „bessere Gesellschafts-Organisation" durchzuführen. Wohl aber muß dem entgegengetreten werden, daß die Socialdemokraten die heutige Gesellschafts-Ordnung „in ihrem innersten Wesen" umgestalten und durch die „genossenschaftliche Production" ersetzen wollen, ohne Rechenschaft darüber abzulegen, wie eine solche „genossenschaftliche Production" nach ihren Principien möglich sein werde. Noch schärfer muß dem entgegengetreten werden, daß in hunderten von Volksversammlungen und in vielen, in zahllosen Exemplaren verbreiteten socialdemokratischen Schriften mit blühenden Schilderungen der Zustände im socialdemokratischen Zukunftsstaat das arbeitende Volk irregeleitet und verhetzt wird.

losen Leute nicht zu praktischen Maßregeln auffordern, sondern zu Resolutionen, daß allein die zielbewußte Socialdemokratie helfen könne. Und was für eine Zielbewußtheit in der Socialdemokratie vorhanden ist, das haben wir in dieser dreitägigen Debatte gesehen. Das halte ich für die große Bedeutung dieser Debatte, daß eine Partei, die beständig sagt: wir sind es allein, die dem Volke helfen können, wir allein sind zielbewußt! — hier offen vor dem Lande ihren Bankerott erklären (Bravo!) und sagen muß: wir wissen nichts, wir vertrösten unsere Leute auf eine ungewisse Zukunft! Ich glaube, daß das Volk die Consequenzen dieser Debatten ziehen wird. (Sehr gut!)

Was nun die Nothstandsfrage betrifft, so sagt der Abg. Richter, praktische Vorschläge seien nicht gemacht worden. Einer ist doch gemacht, und zwar in der Form eines Antrages meines Freundes des Grafen Kanitz. Er hat im Abgeordnetenhause aufgefordert, in dem Bau von neuen Eisenbahnen keinen Stillstand eintreten zu lassen; er hat dann nach wohlwollenden Aeußerungen vom Regierungstisch seinen Antrag zurückgezogen. Das ist doch etwas Praktisches und zeigt, daß auf unserer Seite praktischer politischer Verstand vorhanden ist.

Ich möchte allerdings noch hinzufügen, daß wir dem in gewissen Perioden wiederkehrenden Nothstande, der sich in einer größern oder geringern Zahl von Arbeitslosen herausstellt, in Zukunft eine größere Beachtung schenken sollten, als es bis jetzt geschehen ist. Damit meine ich nicht, wie die Herren von der Socialdemokratie, daß immer gleich Gelegenheit für Reich und Staat ist, einzuschreiten. Aber die großen Communen, in deren Mitte sich hauptsächlich die Arbeitslosen befinden, sollten einmal anfangen, Statistiken aufzunehmen und durch Einrichtung von Arbeitsnachweisen Vorbeugungsmaßregeln zu treffen; sie sollten diesen Nothstand als solchen in großem socialpolitischem Stil in's Auge fassen. Denn es ist keine Frage, daß diese periodische Erscheinung von Arbeitslosigkeit auf unsere heutige Wirthschaftsordnung einen dunkeln Schatten wirft. Diesem Eindruck sich zu verschließen, wäre durchaus verkehrt. Nun sehe ich aber, daß die Herren von der socialdemokratischen Partei gar nichts thun, um dieser Arbeitslosigkeit zu wehren, sondern daß sie in ihrem Auftreten wie in ihrem Programm eine Stellung einnehmen, welche die Arbeitslosigkeit noch zu verschlimmern droht. Nichts ist meines Erachtens einfacher, als daß eine Arbeiterpartei in ihr Programm die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit aufnimmt. Das hat die socialdemokratische Partei nicht gethan, während die englischen Gewerkvereine es zum Theil thun. Warum thun Sie das nicht? Weil Sie keinen Sinn für die Praxis haben! Ebenso wenn Sie den achtstündigen Normalarbeitstag fordern, so ist dies durchaus gegen die Interessen der Arbeiter. Ueber den zehnstündigen Maximalarbeitstag, den Sie früher verlangten, ließe sich reden. Da ist doch die Möglichkeit, in der Arbeitszeit herunter zu gehen; da ist wirklich ein Moment gegeben, zur Regelung der Production beizutragen. Aber der starre achtstündige Normalarbeitstag ist das vollkommene Gegentheil praktischer Maßnahmen [1]). (Sehr richtig!)

---

[2]) Vgl. zu der Frage des achtstündigen Normal-Arbeitstages die Bemerkungen des Abg. Hitze in seiner Rede vom 14. Januar. S. oben!

Auch den Arbeitsnachweis führen Sie nicht ein. Hätten Sie ein Herz für die arbeitslosen Arbeiter, — Sie mit Ihren vielen Verbindungen müßten doch thun, was wir thun, was die innere Mission in ihrem kleinen Kreise thut, und für die Arbeitslosen ein wenig sorgen! Wo ist denn Ihre Fürsorge? Volksversammlungen halten, wo Sie die Leute aufhetzen und zu thörichten Resolutionen veranlassen — das ist keine Fürsorge.

Herr Richter hat seine Schrift — was ich ihm übrigens nicht verdenke — in langen Anpreisungen empfohlen. Nun möchte ich dem verehrten Herrn auch einen kleinen Wink geben in Bezug auf eine Broschüre, die aus unserm Lager hervorgegangen ist. Sie lautet: »Wie kam es doch?« Sie zeigt, daß die heutige Socialdemokratie zum Theil das Product der freisinnigen Agitation ist. Diese Broschüre ist interessant zu lesen; und wenn sie auch nicht in so viele Sprachen übersetzt ist, wie die des Abg. Richter, so ist sie doch in gutem Deutsch geschrieben; das ist für den Deutschen Reichstag die Hauptsache. (Sehr gut! rechts.)

Ich komme nun zu dem Herrn Abgeordneten Frohme. Er hat von den sehr ernsten Verhandlungen der drei letzten Tage als von einem politischen Fasching gesprochen. Aber ich kann nur sagen, daß er das gethan hat, um sich und Andere über diese Dinge hinwegzutäuschen. Jedenfalls sind wir es nicht, wie andere Parteien, welche die Narrenkappe hierbei auf dem Kopfe haben. Ich vermuthe auch, die Herren werden nur sehr wenig Zeit vorübergehen lassen, dann werden Sie merken, daß diese Faschingszeit, wie es ja auch im bürgerlichen Leben geschieht, zur Leidenszeit geworden ist, und zwar zur Leidenszeit für die Socialdemokratie. Und das ist auch Recht. An Ihnen ist in diesen Tagen ein Gericht vollzogen, das Sie billig verdient haben. Wenn eine Partei in einem ihrer vornehmsten Mitglieder, in einem Führer, binnen wenigen Jahrzehnten die entgegengesetzten Grundsätze aufstellt, um dem Volke beizustehen, zuerst Productiv-Genossenschaften, die unmöglich sind, dann einen socialdemokratischen Staat, der eine Phantasie ist, zuletzt eine Entwickelung, die ein bloßer philosophischer Begriff ist, so zeigt sie damit, daß sie vielleicht eine Schaar von intelligenten Menschen ist, aber keine politische Partei. Eine politische Partei muß es für ihre erste Pflicht halten, zu wissen, was sie will, auf welchem Boden sie steht, sie muß heute wissen, was sie morgen thun wird. Wenn uns die Herren von drüben fragen: was wollt ihr im nächsten Jahre, in fünf Jahren thun? — so wissen wir das ganz genau. Wir thun dasselbe, was wir immer gethan haben, nur daß wir das, was wir dann besser verstehen, auch besser machen. Das ist ein klarer politischer Standpunkt. Es hat sich in diesen Tagen gezeigt, daß der Standpunkt da drüben gar kein Standpunkt ist. Denn wenn der Zukunftsstaat von Ihnen aufgegeben ist, warum läßt denn Herr Bebel seine Schrift, wo das steht, und sein Buch »Die Frau« immer wieder drucken? Ich kann mir etwas Thörichteres gar nicht denken, als daß man eine Sache völlig verwirft und doch dieselbe Sache, die man als Widersinn erklärt hat, in die Massen wirft. Entweder man will das Volk belügen oder man glaubt an das, was man geschrieben hat — ein Drittes ist unmöglich.

Herr Liebknecht hat über den Zukunftsstaat einmal das beachtenswerthe Wort gesagt: wer danach fragt, der versteht nichts von socialer Frage,

nichts von geschichtlicher Entwickelung, der soll sich als ein unwissenschaftlicher und denkunfähiger Kopf annageln. Also, wenn man danach fragt, ist man schon denkunfähig. Wenn man aber sogar darauf antwortet, ist man offenbar noch viel denkunfähiger. Diese Antwort hat nun Herr Bebel häufiger gegeben und die Producte seiner Denkunfähigkeit immer von neuem in das Volk hineingeworfen. Kann man sich eine größere politische Thorheit, eine sittlich verwerflichere Thätigkeit denken, als mit Dingen, die man selber als unwahr, als Lügen erkannt hat, das Volk beglücken zu wollen? Aber so hat man nicht erst jetzt gehandelt; das hat man stets gethan, auch in dem Programm von Gotha. Herr Liebknecht hat uns in Halle erzählt, er selber habe wohl gewußt, daß es mit dem »ehernen Lohngesetz« [1]) nichts ist. Also seit 15 Jahren haben Sie das gewußt, daß das ein Unsinn, eine Lüge ist, daß es Ihrem Altmeister Marx widerspricht — und trotzdem haben Sie 15 Jahre hindurch mit dieser Lüge Agitation getrieben, um das Volk unter Ihre Fahne zu bringen! Das ist doch nicht bloß ein Vergehen, nein, das ist ein politisches Verbrechen an dem Geiste des Volkes, ein Verbrechen gegen die Wahrheit und Ehrlichkeit des deutschen Arbeiters. Daß das nachgewiesen ist in diesen Tagen, darin liegt die Bedeutung dieser Discussion. Am vorigen Dinstag sind Sie blamirt von Herrn Bachem, gestern haben Sie sich selbst blamirt, heute aber sind Sie aus der Patsche nicht herausgekommen — Sie werden auch nicht herauskommen, und wenn Sie noch einmal so viel reden, als Sie gethan haben.

---

[1]) In dem Gothaer Programm von 1875 heißt es: „Von diesen Grundsätzen ausgehend, erstrebt die socialistische Arbeiterpartei Deutschlands mit allen Mitteln den freien Staat und die socialistische Gesellschaft, die Zerbrechung des ehernen Lohngesetzes durch Abschaffung des Systems der Lohnarbeit, die Aufhebung oder Ausbeutung in jeder Gestalt, die Beseitigung aller socialen und politischen Ungleichheit." Das „eherne Lohngesetz" war bekanntlich das zugkräftigste Agitationsmittel Lassalle's. Nach demselben sollte unter dem herrschenden „System der Lohnarbeit" der Lohn nie höher steigen können, als jeweils zur Befriedigung der äußersten Bedürfnisse des Arbeiters, das sog. Existenzminimum, nothwendig wäre. Nachdem es von der Wissenschaft, namentlich auch der socialistischen, unbarmherzig zerzaust und als ein Unding nachgewiesen worden war, und nachdem zahlreiche geglückte Streiks, welche eine Lohn-Erhöhung erzielten, praktisch die Falschheit dieses „Gesetzes" dargethan hatten, ließ die socialdemokratische Partei dasselbe auf dem Parteitag zu Erfurt 1891 officiell fallen. Bis dahin hatte dasselbe ihr zur Fanatisirung und Verhetzung der Arbeiter gute Dienste gethan. Uebrigens hatte Karl Marx schon vor dem Gothaer Parteitag in seiner Kritik des Programm-Entwurfes — vgl. „Neue Zeit", Jahrgang 1890/91, Heft 18 — dieses Gesetz in der schärfsten Weise zurückgewiesen und als ein „ungeheuerliches Attentat auf die in der Parteimasse verbreitete Einsicht" bezeichnet. Das hinderte aber die damaligen Führer der Socialdemokratie, voran Liebknecht und Auer, nicht, dieses „Gesetz" in das Programm aufzunehmen, weil sie sich von demselben eine mächtige agitatorische Wirkung versprachen, eine Erwartung, die leider auch eingetroffen ist. „Der Zweck heiligt die Mittel" — ein Satz, der den Jesuiten so oft verleumderisch angedichtet wird, obwohl sie niemals nach ihm gehandelt, und noch weniger ihn gelehrt haben — zeigt sich hier in crassester Art als ein Grundsatz der Socialdemokratie! Auch hat die socialdemokratische „Wissenschaft" nichts dagegen, daß man bewußt falsche Sätze in ein Programm aufnimmt, wenn man sich davon Vortheile verspricht.

Meine Herren, ich gehe mit einigen Worten auf das ein, was der Herr Abg. Frohme gesagt hat, um nachher in großen Zügen auf den Herrn Abg. Bebel und auf die Entwickelungslehre von Marx zu kommen.

Der Abg. Frohme sagt: eine Harmonie zwischen Capital und Arbeit ist unmöglich; das sagten alle Nationalökonomen, und das wisse jeder Mensch. Er begeht damit den logischen Fehler, daß er aus einem relativen Gegensatz einen absoluten macht. Gewiß kann man Capital und Arbeit unter nationalökonomischen Gesichtspunkten als Gegensätze betrachten; aber in der einzelnen Unternehmung, wo Capital und Arbeit zusammenwirken, sind sie keine Feinde, sondern durchaus Brüder. Ich möchte die Herren bitten, daß Sie die beiden Bände vom Geheimrath Post, die jetzt beendet sind, durchlesen; da finden Sie etwa 1000 Seiten mit Einrichtungen angefüllt, wo Capital und Arbeit in Frieden zusammen arbeiten [1]). Wir sagen, daß das noch lange nicht genug ist; und ich bin gewiß der, welcher dem Capital oft den Vorwurf macht, daß es nicht genug thue, um die Gegensätze zu überwinden, daß es nicht arbeiterfreundlich genug auftritt. Das sage nicht bloß ich, Viele sagen es mit mir. Aber daraus einen absoluten Krieg zwischen Capital und Arbeit zu machen, das ist utopistisch wie alles, was Sie sagen.

Sie sagen, Unzufriedenheit sei eine Macht, die vorwärts treibt, Alle seien unzufrieden. Ich gebe das in gewissem Sinne zu. Nur, meine Herren, bedenken Sie eines: Sie wollen die Zufriedenheit Ihrer Leute nur dadurch herstellen, daß Sie immer fordern, immer aufhetzen, die Gier und den Neid immer mehr erhöhen. Damit werden Sie niemals die Menschen zufrieden machen. (Sehr richtig! rechts.) Und das ist der Fehler Ihrer Agitation. Meine Herren, Mazzini war ein Revolutionair, viel größer als die, welche jetzt auf der socialdemokratischen Seite eine führende Rolle spielen. Mazzini hat ein Manifest an die Arbeiter erlassen — ich weiß nicht, ob die Herren es der Mühe werth halten, das zu hören. (Zuruf links.) — Gut! Vielleicht wissen es Andere nicht. — Das fängt so an:

> Als Christus erschien, das Ansehen der Welt zu verändern, da sprach er nicht von Rechten, weder zu den Reichen, die sie hatten und mißbrauchten, noch zu den Arbeitern, die sie ebenso gemißbraucht hätten, er sprach nicht von dem Interesse und dem Nutzen, weil gerade durch allzu starke Betonung der Interessen das Volk corrumpirt war; er sprach von Pflicht, von Opfer, von Liebe, von Glaube.

---

[1]) In dem Werke „Musterstätten persönlicher Fürsorge von Arbeitgebern für ihre Geschäfts-Angehörigen" Bd. I. Die Kinder und jugendl. Arbeiter, Berlin 1889 Bd. II. Die erwachsenen Arbeiter, Berlin, Robert Oppenheim (Gustav Schmidt) 1893, hat der Geheimrath Post eine Darstellung der zahlreichen und verschiedenartigen Wohlfahrts-Einrichtungen gegeben, welche in einer großen Anzahl von Fabriken, zum Theil unter Betheiligung der Arbeiter bei der Verwaltung derselben, bereits eingeführt sind. Zweck des Werkes ist, andern Fabrikanten zu zeigen, wie solche Wohlfahrts-Einrichtungen anzufassen sind, so daß sie auch wirklich dem Arbeiter zu Nutze kommen, und sie zur Nachahmung anzuspornen.

Und dann sagt er im Laufe seines Manifestes:

> Wir suchen das Reich Gottes auf Erden zu bauen, wie es im Himmel ist, und die menschliche Gesellschaft der Ewigkeit und ihrem göttlichen Ziele entgegen zu führen.

Das war auch ein Revolutionair; er hatte aber noch ein Herz in der Brust und Verstand im Kopfe. (Sehr gut! rechts.) Er unterscheidet sich aber von Ihrer Agitation wie ein Edelhirsch von der Hyäne oder, um einen localen Vergleich zu brauchen, wie sich ein Tempel unterscheidet von einer Schnapskneipe. (Heiterkeit.) — Ja, meine Herren, das ist der tiefe Unterschied zwischen ihm und Ihnen. Sie lassen alles Edele aus der Menschheit weg, Sie speculiren nur, ganz im Gegensatz zu dem großen Revolutionair, auf die niedern Instincte der Menschen. Und damit wollen Sie eine neue Menschheit aufbauen?! Nein, das können Sie nicht. Und daß Ihnen jeder Baustein fehlt, das haben Sie in diesen Tagen bewiesen.

Vom Sparen hat der Herr Abgeordnete Frohme geredet und gethan, als ob auf unserer Seite Jemand so närrisch wäre, zu glauben, daß sich durch Sparen die sociale Frage lösen ließe. Sie müssen eben die Dinge verdrehen, um sie ihren Leuten mundgerecht zu machen. Der Herr Abgeordnete Richter hat vollkommen richtig gesagt: man soll in der Jugend sparen, wenn man noch nicht Weib und Kind zu versorgen hat. Er hat damit nichts anderes ausgeführt als das alte Sprüchwort:

Junges Blut, spar' dein Gut;
Hunger im Alter wehe thut.

Sie aber sagen, das Verderben komme aus der „verdammten Bedürfnißlosigkeit", und prägen das schon der Jugend ein, sehr im Unterschied von den Arbeiterführern in andern Ländern. Meine Herren, Sie wissen wohl: keine einzige bürgerliche Tugend kann die sociale Frage lösen; aber ohne die Tugenden der Sparsamkeit, Tüchtigkeit, Häuslichkeit, Nüchternheit, des Fleißes wird es niemals glückliche Menschen, einen glücklichen Hausstand, eine glückliche Gesellschaft geben. Und nun frage ich Sie: wo steht in Ihren Schriften jemals etwas von diesen Tugenden des Arbeiters und der Arbeiterfamilie? Das ist es, was ich Ihnen am allermeisten zum Vorwurf mache, daß Sie eine Welt aufbauen wollen, für die das Aufgebot aller edlen Kräfte des Menschen gehört, und Sie unterminiren alle diese edlen Kräfte durch fortwährende Agitation. (Sehr wahr! rechts und im Centrum.) Darin liegt Ihre große Schuld.

Der Herr Abgeordnete Frohme hat dann gesagt: wenn die Socialdemokratie, der Socialstaat so naturwidrig sei, warum wir uns überhaupt mit ihm abgeben, warum wir ihn nicht der natürlichen Verwesung überließen? Ja, meine Herren, wenn wir es mit urtheilsfähigen Massen zu thun hätten, dann brauchten wir kein Wort zu sagen, dann würde Jeder Ihre Phantastereien, sowohl die von den Lassalle'schen Productiv-Associationen, wie die vom Zukunftsstaate und noch viel mehr von der Marx'schen Entwickelung einfach als unbrauchbar zu den Acten werfen. Aber Sie wühlen ja in den Massen, die alle diese Dinge nicht verstehen. Darum ist es gut, daß wir Sie einmal hier Angesicht gegen Angesicht auch angesichts des deutschen Volkes vor die Frage gestellt haben: was

haben Sie denn? Und Sie haben erklären müssen: Wir haben nichts, wir wissen nichts, wir können nichts. (Sehr gut! rechts.) Das ist das ungeheuere Resultat dieser Tage. (Heiterkeit.)

Wir hätten Herrn Bebel nicht sachlich widerlegt?! Ja, »Sachen« hat er gar nicht gesagt (sehr gut! Heiterkeit), wenigstens nicht Sachen, die zur Sache gehören. (Sehr gut! rechts.) Wir sollen uns mit der Evolutionstheorie hier beschäftigen?! Wir sind doch nicht hier die Berliner Universität, wir sind ein Parlament. Wir haben doch hier keine philosophischen Discussionen zu halten. (Zuruf links.)

Aber wenn der Herr Abgeordnete Frohme sagt, das Verlangen des Volkes nach Besserung der Zustände und zeitgemäßer Entwickelung würde von uns nicht verstanden, so muß ich ihm sagen: das ist nicht wahr. Was wir auf unserer Seite — und ich bin überzeugt, ich spreche hier im Namen des ganzen Hauses — was wir an der gesammten Arbeiterbewegung als das Gesunde begrüßen, das ist gerade das Verlangen des Arbeiterstandes nach einer höhern Stellung im bürgerlichen Leben. Aber wenn man höher hinauf will auf der Stufenleiter der bürgerlichen Gesellschaft, dann kann man das nicht erreichen durch brutale Forderungen, sondern durch sittliche Forderungen an sich selbst. (Zuruf links.) — Wir gönnen dem vierten Stande jede Macht, jede Erhebung, die er braucht, um sein Loos zu verbessern; aber wir müssen fordern, daß der vierte Stand, wenn er gleich stehen will mit den andern Ständen, wenn er sogar die Herrschaft über das Staatsleben der Zukunft beansprucht, auch die Cultur-Errungenschaften der Jahrtausende nicht mit Füßen tritt, sondern uns den Nachweis liefert, daß er geistig, sittlich und religiös auf der Höhe steht, um in Gleichberechtigung mit den übrigen Ständen zu rücken. (Zuruf links.)

Meine Herren, wer hat Ihnen denn Ihre politische Laufbahn eröffnet? Das hat der in Gott ruhende Kaiser Wilhelm I. gethan mit seinem Staatsmann Bismarck; sie haben Ihnen das allgemeine gleiche Wahlrecht gegeben. Ein Kaiser und ein oft von Ihnen gescholtener Junker haben es gethan — und Sie sagen: die bürgerliche Gesellschaft hat für Ihre Entwickelung kein Verständniß. Das ist nicht wahr. Freilich, daß vielen unter meinen Freunden — ich gehöre dazu nicht — das allgemeine gleiche directe Wahlrecht zum Theil verekelt ist, die Schuld liegt nicht an der Sache, nicht an uns, sondern an der wüsten Agitation, die sich daran knüpft.

Und wenn Sie nun gar fordern, man solle von 20 Jahren an jeden jungen Mann und jedes junge Mädchen mit diesem allgemeinen gleichen Stimmrecht bedenken, dann machen Sie eine Einrichtung lächerlich, die Sie selber als Ihr Palladium gefordert haben. Ist denn ein Mensch mit 20 Jahren politisch urtheilsfähig? Ja, wenn Sie fortfahren wollen, von Ihrem Zukunftsstaat heute und von der Evolutionstheorie morgen zu reden, dann brauchen Sie nicht Zwanzigjährige, dann möchte ich Ihnen vorschlagen, bei jedem fünfjährigen Bürger Deutschlands das Wahlrecht beginnen zu lassen — dann wird es Ihnen noch viel leichter werden, die Leute von Ihrer Theorie zu überzeugen. (Sehr gut! rechts. Heiterkeit.)

Meine Herren, die Sache ist, obwohl hier mancher Scherz gefallen ist, überaus ernsthaft. Denn daß sich die Socialdemokratie von den un-

schuldigen Productiv-Genossenschaften Lassalle's und von dem träumerischen Zukunftsstaat der Utopisten, zu denen auch Herr Bebel gehört, zurückgezogen hat auf Marx, bedeutet: die Socialdemokratie zieht sich zurück auf die höchste Energie des socialistischen Gedankens und auf die Revolution. Es ist ja bekanntlich die Meinung Karl Marx', daß ohne die »Dictatur des Proletariats«, ohne die »Geburtshülfe der Gewalt« die neue Gesellschaft nicht an's Tageslicht kommen wird. Und gerade dies ist an dem Manne das einzige Politische. Seine materialistische Geschichtsanschauung, von welcher die Herren Socialdemokraten so viel Wesens machen, und seine Entwickelungslehre der ökonomischen Welt sind beide falsch und gar nicht wissenschaftlich anerkannt, sondern wissenschaftlich unhaltbar. [1])

Wenn Karl Marx zur Grundlage seiner Theorie macht, daß nur ökonomische Fragen die Weltgeschichte vorwärts bringen, so ist das ein Irrthum, den jeder Blick in die Weltgeschichte widerlegt. Die moderne Welt steht unter dem Zeichen des Christenthums. Nun sind im Christenthum sociale Ideen, die ich besonders gern vertrete. Aber zu sagen, daß die neue Zeit nicht von Christo abhängig sei, sondern von ökonomischen Momenten, ist falsch. Ich möchte die Herren bitten, zu sagen, welche ökonomischen Momente das sind. Nehmen Sie das Mittelalter an — da spielt das ökonomische Moment eine gewisse Rolle; aber der große Gegensatz, der sich durch das ganze Mittelalter hindurchzieht, Papst und Kaiser, hat mit Oekonomie blutwenig zu thun. Nehmen Sie die Reformation — die Bauernkriege fallen hinein, aber das Moment der Entwickelung liegt in durchaus sittlich-religiösen Gedanken. Erst seit 100 Jahren spielen neben politischen Ideen auch ökonomische Momente entscheidend in die Weltgeschichte hinein. Aber wie wenig sie ausrichten, zeigt die Thatsache, daß in die französischen Revolutionen das sociale Element immer hineingetragen, aber gerade in Frankreich auf socialem Boden noch wenig erreicht ist. Immer sind es politische, religiöse und nationale Mächte, welche sich stärker erweisen als die ökonomischen. So ist es in der christlichen Geschichte; und wenn ich ein Mal Herrn Bebel auf den Weg seiner Studien folgen soll, auf mohammedanisches Gebiet, da ist es ebenso. Herr Bebel hält Mohammed für die größte Persönlichkeit, die in Asien geboren ist. Ueber die arabisch-mohammedanische Culturperiode hat er ja Phantasieen losgelassen, die dem ähneln, was er in der „Frau" gesagt hat. Der Abgeordnete Bebel soll mir nachweisen, daß in der Entwickelung des Mohammedanismus ökonomische Elemente maßgebend gewesen sind. Ich begreife ja, daß er den Mohammed für den größten Mann Asiens hält — ich glaube, der hätte sich sehr gut zum Socialdemokraten geeignet; da er mit Feuer und Schwert alles unterthänig machen wollte, so eignete er sich vortrefflich zum Bürger des socialen Staates des Herrn Bebel — aber von ökonomischen Momenten ist in der mohammedanisch-arabischen Cultur keine Spur.

Nun, meine Herren, widerlegen Sie das! Widerlegen Sie, wenn ich behaupte, diese ganze Aufstellung von Marx, daß die Weltgeschichte

---

[1]) Ueber die Stellung der Abgeordneten Bebel und Frohme zur Revolution durch Gewalt vgl. die Bemerkungen zu den Reden derselben. S. vorhe-

lediglich von ökonomischen Momenten abhängig ist, sei nicht wahr. Sie ist wirklich nicht wahr. Auch seine ökonomische Zukunftsanschauung ist unrichtig. Es klingt nach etwas, wenn er sagt: der Kleinbesitz wird immer mehr vom großen, der Kleinbetrieb wird immer vom großen verdrängt, zuletzt bleibt nur noch der Großbetrieb in wenigen Händen übrig, die »Expropriatoren werden dann expropriirt«. Nichts ist leichter, als solche Dinge zu sagen. So ist es aber nicht, die Statistik widerlegt das. Ist wirklich der Kleinbetrieb schon so dem Verfalle, der Verzweiflung, dem Tode preisgegeben auf dem Lande? Ganz gewiß nicht! Auf dem Lande ist der kleine und mittlere Betrieb sowohl der Personenzahl nach wie der Fläche nach bei weitem größer als der Großbetrieb. Er hat auch außerordentlich viel für sich, weil er vielfach mit größerm Vortheil arbeiten kann als der Großbetrieb. Er ist ökonomisch in manchen Fällen einträglicher als der Großbetrieb. Warum sollte er nicht bestehen? Sie zumal, die Sie die Oekonomie zum Factor für alles machen, Sie müssen doch alles, was ökonomisch besser ist, auch zu erhalten suchen. In der Großindustrie erweckt ja die Entwickelung Bedenken, das gebe ich zu. Wir arbeiten deshalb daran, den Mittelstand zu stärken. Ich glaube, daß die Regierung diesen Punkt nicht genug in's Auge faßt. Wenn wir es mit socialdemokratischer Agitation zu thun haben und uns fragen: was für Bataillone können wir den Arbeiter-Bataillonen entgegensetzen? — so erscheint mir als die einzige politische Antwort, die wir geben können: wir müssen die mittleren und kleinen Existenzen stärken, die kleinen Beamten, die kleinen Handwerker, den Kleinbesitz. Das ist die Aufgabe einer erleuchteten nationalen und socialen Politik. Und das wollen wir; wir haben den kleinen Besitz noch lange nicht auf den Aussterbe-Etat gesetzt.

Was bleibt nun von den pompösen Aeußerungen von Karl Marx übrig, auf die Sie sich zurückgezogen haben? Es bleibt gar nichts. Seine Grundsätze sind falsch. Und wenn Sie sich jetzt auf Marx verrennen, so werden Sie in wenig Jahren noch viel mehr in der Tinte sitzen als heute. Mit dem Worte »Evolution« ist politisch wirklich nichts zu machen. Sie freilich sprechen schon von der Stunde, wo die Expropriatoren expropriirt werden und wo das Volk in den Besitz der expropriirten Productionsmittel kommt. Aber die Herren Abgeordneten Bachem und Richter haben vollkommen Recht, wenn sie sagen, daß Sie auf die Frage, was dann geschehen solle, gar keine Antwort wissen. All die Motive des heutigen wirthschaftlichen Lebens haben Sie nicht. Diese Motive sind Eigenthum und Lohn, Liebe und Zuneigung, Ehre und Freude, zuweilen auch Noth und Mangel, Zwang und Gewalt. Das sind die Motive der heutigen Gesellschaftsordnung. Sie verwerfen außer dem einen Motiv der Freude an der Arbeit alles andere, Sie schaffen eine neue Welt und wissen nicht, wie Sie sie einrichten. Ja, Sie zerstören die sittlichen Mittel, womit Sie allein arbeiten können; damit sind Sie die Zerstörer Ihrer eigenen Welt. Meine Herren, Sie fragen uns, was der heutige Staat ist, ob ein christlicher Staat, ein liberaler Staat, ein Staat des Centrums. O, wir können darüber Auskunft geben. Uns ist der Staat die Summe von allen Einrichtungen, welche die jetzt organisirte Gesellschaft bilden; die pflegen und stärken wir und versuchen, so viel auf

dieser unvollkommenen Erde möglich ist, sie vollkommener zu gestalten. Aber wir halten die alten Grundlagen fest, Sie halten nichts fest, am wenigsten die Ideale.

Meine Herren, es ist unbegreiflich, wie der Herr Abgeordnete Frohme zu uns sagen kann — was auch der Herr Abgeordnete Liebknecht in Halle gesagt hat —: wir sind die einzige Partei, die Ideale hat; Sie haben gar keine! (Sehr richtig! rechts.) Was haben Sie für Ideale? Uns ist ein Ideal das Vaterland; aber für Sie ist das, was sonst die Brust des Menschen höher schlagen läßt, nichts, Sie verweigern sogar in jedem Jahre das Budget des Reichs. (Lachen bei den Socialdemokraten.) — Gewiß, meine Herren, das ist politisch das Schlimmste, was Sie thun können. Sie verweigern dem Deutschen Reich die Mittel zur Existenz. Sie stellen sich außerdem in jedem Jahre mindestens ein Mal hin und sagen den Franzosen, die Eroberung von Elsaß-Lothringen, von unsern deutschen Provinzen, sei ein Unrecht. Wenn Ihre Leute nach Paris gehen, so gehen Sie nach dem Kirchhof von Père Lachaise und legen Kränze auf die Gräber der Communarden! Ist das Vaterlandsliebe? Nein, das ist Franzosenliebe. Sie nennen den Militarismus einen Moloch, den man vernichten muß —, während wir zwischen Osten und Westen stehen und uns rüsten müssen! Wenn wir die kriegerische Tüchtigkeit unseres Volkes erhöhen, so schimpfen Sie auf das Einzige, was uns in diesem großen Kampfe zum Siege führen kann. Ist das Vaterlandsliebe? Nein!

Sie haben auch nach Marx und Engels keine Sittlichkeit, Sie können gar keine haben. Engels sagt — und der Herr Abgeordnete Bebel spricht ihm das nach —: sittlich ist immer nur die Sitte, und die Sitte ist das Product der jeweiligen Gesellschaft. Also, Sie kennen den kategorischen Imperativ Kant's, die heilige Pflicht des Menschen, nicht; sondern was in jedem Moment dem souverainen Volke gefällt, das ist Ihnen sittlich. Ist das Sittlichkeit? Nein, das ist die Verneinung der Sittlichkeit! Bis jetzt ist noch nicht erwiesen, daß eine Welt ohne Religion bestehen kann; Herr Bebel aber schloß gestern mit einem Spott auf die Religion: »den Himmel überlassen wir den Engeln und den Spatzen!« Mit diesem nichtswürdigen Wort eines nichtswürdigen Menschen (Widerspruch bei den Socialdemokraten — sehr richtig rechts), der das Gegentheil ist von einem ehrlichen und rechtschaffenen Arbeiter, schloß ein Arbeiterführer seine Rede! Meine Herren, ich bedauere das für den Reichstag, ich bedauere das für die socialdemokratische Partei, ich bedauere das für die deutsche Arbeiterschaft. Wenn Sie in Ihrem Programm stehen haben: Religion ist Privatsache — und mit solchem Vers schließen, wenn Herr Bebel gestern außerdem sagte: wir bekämpfen alle himmlischen und irdischen Autoritäten, — so ist das nicht mehr Privatsache, sondern die Irreligiosität der Partei! (Sehr wahr! rechts.)

Sie wollen kein Vaterland, Sie verweisen principiell die Sittlichkeit als etwas Feststehendes in die Ecke. Sie wollen keine Religion. Was bleibt Ihnen? die Nächstenliebe? Sie sprachen von einem Nothschrei der Liebe, der durch Ihre Reihen dringt. Diese Liebe kennen wir aus Ihren Reden und Büchern. Und wenn wir wissen wollen, wie sich diese Liebe äußert, so thun wir gut, auch einmal in die Nebengemächer der Socialdemokratie zu gehen und ihre Feuilletons zu hören und ihre Liederbücher

aufzuschlagen. Da ist z. B. ein Buch, das jetzt hier viel gebraucht wird bei Festlichkeiten: »Der socialdemokratische Declamator«: hier wird in einem Lied die Menschheit geschildert lediglich unter dem Begriff von Reichthum und Noth; sie sind Bruder und Schwester. Der letzte Vers aber lautet:

Das ist das Ende vom Liede
Des Reichthums und der Noth:
An einem schönen Morgen
Schlug sie den Bruder todt!

Ob das ein Aufschrei der Liebe ist? Ich zweifle sehr daran. (Heiterkeit.) In diesem Liederbuch — und ich bin überzeugt, daß daraus zur höchsten Freude schon viele jugendliche Socialdemokraten declamirt haben — ist auch ein Lied, das mit dem Vers schließt:

Michel, fürchte nichts und labe
Hier auf Erden deinen Wanst,
Später liegst du dann im Grabe,
Wo du still verdauen kannst.

Das sind Ideale der socialdemokratischen Partei in Poesie gebracht! (Bewegung.)

Meine Herren, wir danken für Ihre Ideale; und wenn das deutsche Volk, soweit es vernünftig ist, von solchen Idealen hört, wird es für Ihre Parteibestrebungen danken. Wir aber wollen zwar das Körnlein Wahrheit, welches in Ihren Bestrebungen liegt, aufnehmen und pflegen, wir werden unserm Volke zu seinem Rechte helfen. Im Uebrigen werden wir Sie bekämpfen, wie Sie bekämpft zu werden verdienen, bis zur Vernichtung Ihrer falschen, vaterlandslosen, unsittlichen, irreligiösen Ideen!" (Lebhafter Beifall rechts. Zischen bei den Socialdemokraten.)

Präsident: Das Wort hat der Abgeordnete Hitze.

Abgeordneter **Hitze:** „Meine Herren, zunächst möchte ich mich mit einigen Worten an den Herrn Abg. Frohme wenden.

Der Herr Abg. Frohme hat sich sehr darüber beschwert, man polemisire gegen den Zukunftsstaat, wie wir uns ihn construirten, gegen den Zukunftsstaat, wie Herr Richter ihn construirt hätte. Er beschwerte sich darüber, weil dieser Zukunftsstaat nicht das Ideal sei, welches die Socialdemokraten erstrebten. Ja, meine Herren, das ist aber doch nicht unsere Schuld; wir haben ja gerade deshalb die Sache hier zur Sprache gebracht, um einmal den Staat kennen zu lernen, wie Sie ihn sich denken. Der Herr Abg. Richter hat ausdrücklich an dasjenige Bild angeknüpft, welches der Herr Abg. Bebel vom Zukunftsstaat in seiner »Frau« entworfen hat. Der Herr Abg. Richter ist nur etwas weiter gegangen und hat die logischen Consequenzen aus den Vordersätzen des Herrn Abg. Bebel gezeigt. Diese Consequenzen haben Sie zwar abzulehnen versucht; Sie haben sich aber wohl gehütet, in eine Einzelkritik dieser Consequenzen einzutreten.

Der Herr Abg. Frohme hat sodann die Sache so dargestellt, als ob das ganze Haus hier an eine Harmonie der Interessen zwischen Capital und Arbeit glaubte, wie er es vom Herrn Abg. Richter an=

nimmt. Diese Darstellung ist aber ganz unzutreffend. Wir vom Centrum sind uns vollkommen bewußt, daß eine Harmonie zwischen Arbeit und Capital nur existirt in einem gewissen Umfange, daß aber daneben auch Interessen des Capitals auf der einen und der Arbeit auf der andern Seite sich finden, welche im Gegensatz zu einander stehen, und die demnach ihre Ausgleichung finden müssen. Darin besteht ja die ganze Aufgabe der Socialpolitik, das ist der Zweck der Arbeiterschutzgesetzgebung, der Arbeiterversicherung, die Harmonie zwischen den beiderlei Interessen, soweit sie nicht da ist, zu schaffen.

Wenn der Herr Abg. Frohme uns nun gleichsam in Widerspruch zu stellen sucht mit den Ausführungen z. B. des Herrn Bischofs Freiherrn von Ketteler sel., so muß ich ihm sagen, daß dieser Gegensatz absolut nicht besteht. Ich bekenne mich heute noch vollständig zu den Anschauungen, wie sie Bischof von Ketteler vertreten hat. Wir werden immer auf diesen großen katholischen Socialpolitiker zurückkommen, wir werden immer Ketteler als denjenigen bezeichnen, dem wir unser sociales Programm verdanken; wir werden auf dem weiter bauen, wozu er den Grund gelegt hat. Ein Gegensatz zwischen ihm und uns besteht absolut nicht. (Sehr richtig! im Centrum.)

Meine Herren, der Abg. Frohme stellte die Sache so dar, als wenn wir Alle einmüthig wären in unserer socialpolitischen Stellung. Wahrscheinlich dachte er an die »reactionaire Masse«, zu der er alle Parteien des Hauses gegenüber der socialdemokratischen rechnet, und welche gegenüber der letztern einmüthig seien [1]). Einmüthig sind wir allerdings in der Zurückweisung einer ganzen Reihe von Irrthümern, welche Sie verbreiten; aber sonst stehen die »reactionairen« Parteien dieses Hauses doch auf ganz verschiedenen Standpunkten, und jede Partei hat ihre besondern Wege, wie der Herr Abg. Stöcker es eben noch bewiesen hat. Auch wir haben unsere besondern Wege, wir sind nur einig in der Bekämpfung Ihrer Irrthümer, in der wir mit den andern Parteien wetteifern.

Es ist dann wieder ein Lied über die Berechtigung zur Unzufriedenheit gesungen worden. Unzufriedenheit und Unzufriedenheit sind sehr verschiedene Begriffe. Unzufriedenheit in dem Sinne, daß Jemand vorwärts strebt, daß auch die Arbeiter weiter zu kommen, ihre Lage zu verbessern suchen, daß sie sich an die Gesetzgebung und an die Arbeitgeber wenden, um sich bessere Löhne und bessere Existenzbedingungen zu schaffen, — eine solche Unzufriedenheit ist ganz berechtigt. Herr Abg. Stöcker hat diese Art Unzufriedenheit so eben gleichfalls als berechtigt anerkannt, wie wir es jederzeit gethan haben; das ist aber nicht diejenige Unzufriedenheit, die wir bekämpfen. Aber jene Unzufriedenheit, wie die Socialdemokratie sie proclamirt, jene alles zerfressende Unzufriedenheit, die den Menschen nicht mehr zur ruhigen Besinnung und zur objectiven Beurtheilung seiner Lage kommen läßt, diese Unzufriedenheit, die systematisch auf Mißtrauen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern hinarbeitet, die auch die besten

---

[1]) Vgl. das Gothaer Programm von 1875: „Die Befreiung der Arbeit muß das Werk der Arbeiterklasse sein, der gegenüber alle andern Klassen nur eine reactionaire Masse sind.“

Bestrebungen der Arbeitgeber und der Gesetzgebung in Mißcredit zu bringen sucht, welche allen betheiligten Factoren die Freude am positiven Wirken für die Arbeiter verleiden könnte, diese Unzufriedenheit, die im Herzen des Arbeiters eine Verwüstung anrichtet, daß er sich aufbäumt gegen den Staat, gegen die Gesellschaft, gegen jede Ordnung, welche ihm selbst die Freude des Familienlebens verdirbt, — diese Unzufriedenheit ist vom Bösen, und diese bekämpfen wir. (Sehr richtig! im Centrum.) Die Unzufriedenheit als Selbstzweck verurtheilen wir, während wir die Unzufriedenheit, soweit sie praktische Ziele verfolgt, jederzeit achten und ihr entgegenkommen.

Dasselbe gilt bezüglich unserer Anschauung über das Sparen. Wir sind nicht zu denen gehörig, welche allein mit Sparsamkeit die sociale Frage lösen wollen. Wir haben seiner Zeit ebenso gegen die liberale Auffassung über die Bedeutung des Sparens gekämpft, wie wir heute die Socialdemokratie bekämpfen, weil sie dem Arbeiter die Sparsamkeit abzugewöhnen trachtet. Daß aber die Sparsamkeit ein wichtiges Element bei Lösung der socialen Frage ist, daß sie nöthig ist, soweit die Selbsthülfe der Arbeiter in Frage kommt, zur Führung einer geordneten Wirthschaft, zum Zweck der Fürsorge der Arbeiter für die Zukunft, daß sie mit ein Moment ist, um überhaupt zu befriedigenden Zuständen zu kommen, das können auch die Socialdemokraten nicht leugnen. Es ist doch nicht etwa einfach unserseits Egoismus oder wie Sie es sonst nennen wollen, wenn wir der Jugend predigen, für die Zukunft zu sparen; wir thun es nicht aus Selbstinteresse, nicht etwa, um den Arbeitern die Freude am Dasein zu vergällen; wir thun es, weil wir im Leben sehen, wohin es führt, wenn für die Zukunft nicht gespart wird; wir thun es, weil wir uns im täglichen Leben überzeugen, wie das in der Jugend leichtsinnig Durchgebrachte später in der Arbeiter-Familie oft so bitter vermißt wird. Wenn wir ein Mittel hätten, jedem Arbeiter die Zukunft zu sichern, wir würden gern bereit sein, diesen Weg zu beschreiten, ohne auf Sparsamkeit zu dringen. Nur die Liebe zum Arbeiterstand, nur das Bewußtsein, daß das Leben sich glücklicher gestalten kann, wenn der Arbeiter bei Zeiten spart, das ist es, was es uns zur Pflicht macht, den Arbeitern Sparsamkeit zu empfehlen. Es ist Herzlosigkeit, wenn von anderer Seite der Arbeiter zum Leichtsinn, zu unwirthschaftlichen Ausgaben, zur Vergnügungssucht angespornt wird.

Der Abg. Frohme meint, sparen sollten vor allem die besitzenden Klassen. Gewiß, die sollen auch sparen. Soweit wir können, predigen wir ihnen darum ebenfalls, sparsam zu sein in ihren Ausgaben, nicht übermäßigem Luxus zu fröhnen, sondern etwas zu erübrigen, um das Loos der Mitmenschen damit zu mildern. Allerdings predigen wir die Sparsamkeit aber auch den Arbeitern. Denn die Arbeiter haben am bittersten zu leiden, wenn sie nicht sparen.

Meine Herren, der Herr Abg. Frohme hat weiter gemeint, wenn der Zukunftsstaat wirklich so sehr gegen die Natur des Menschen sei, wie wir behaupten, so sei es doch nicht nothwendig, vor ihm so ängstlich zu sein. Ja, es ist schon oft der Natur Gewalt angethan worden, und darum können trotz der Naturwidrigkeit Ihres Zukunftsstaates blutige Trümmer entstehen in unserm Vaterlande. Wir sind überzeugt, daß der

Zukunftsstaat der Socialdemokratie auf die Dauer nicht möglich ist; wir sind überzeugt, daß in demselben Augenblicke, wo die Revolution ausbrechen würde, die Hülflosigkeit der Urheber derselben beginnen und der Despotismus eintreten würde; die Gesellschaft würde dann allmälig wieder zu den natürlichen Zuständen zurückgehen. Dann ist es aber zu spät. Wir wollen eben warnen vor dieser Entwickelung, vor der Vergewaltigung der Natur, um der Menschheit diese bittere Durchgangsstation zu ersparen. Die »Dictatur des Proletariats«, von der Karl Marx gesprochen hat, das ist der Despotismus des Zwischenstadiums, und auch dieser wird nicht zum Ideal der Socialdemokratie führen.

Meine Herren, nun hat der Abg. Frohme uns wieder die Idee der Evolution gepredigt. Ich rief ihm entgegen: Revolution. Es ist jedenfalls eine erfreuliche Entwickelung, wenn die Herren jetzt von der Idee der Revolution zur »Evolution« zurückkommen. Der Abg. Frohme sprach von der »naturnothwendigen Entwickelung« und meinte, wir würden doch auch nicht behaupten wollen, daß wir jetzt am Ende aller Entwickelung seien. Nein, das glauben wir durchaus nicht. Eine naturgemäße Entwickelung unserer Verhältnisse wollen wir; wir werden sie nicht hindern, sondern wir werden sie fördern. Aber Sie wollen die naturgemäße Entwickelung vergewaltigen dadurch, daß Sie sie gewaltsam fördern wollen. Ja, wenn Herr Bebel die Revolution oder den »Kladderadatsch«, den Zusammenbruch der jetzigen Gesellschaftsordnung schon mindestens in diesem Jahrzehnt voraussieht, glauben Sie wirklich, daß jetzt alle Vorbedingungen gegeben seien zu Realisirung des Zukunftsstaats? Sie wollen den »Zukunftsstaat« oder die Zukunftsgesellschaft — wie Sie es nennen wollen, ist einerlei, das ist Ihr Ideal für die Zukunft — als naturgemäße Entwickelung der Großindustrie. Nun haben wir aber erst eine Großindustrie in ganz beschränktem Maße. Sie dürften also doch nur davon reden, daß für die Großindustrie die socialistische Organisation eintreten solle. Die große Masse der Gesellschaft ist in diesen Entwickelungsproceß noch nicht eingetreten. Also jedenfalls ist es sehr voreilig, wenn Sie schon in diesem Jahrzehnt die Evolution oder Revolution erwarten.

Das ist eben das Verbrecherische draußen in der Agitation, daß man diese Zeiten schon als so nahe bevorstehend hinstellt, die Massen auf dieses Ziel hinlenkt, dieses Zukunftsideal in den glühendsten Farben schildert, so daß sich Ungeduld der Massen bemächtigen muß, und sie, wenn die Zeit nicht von selbst kommt, sondern ihnen zu lange ausbleibt, dann mit Gewalt dazu schreiten, diese Zeit herbeizuführen. Das ist ja, wie Ihnen der Abg. von Vollmar richtig gezeichnet hat, das Verkehrte und Gefährliche, daß, wenn diese Hoffnungen sich zu weit hinausschieben, Ungeduld die Massen ergreift.

Der Abg. Frohme hat als socialistisches Zukunftsideal hingestellt die berufsgenossenschaftliche Organisation der Arbeiter. Meine Herren, ist das alles? Da wollen wir sofort zusammentreten, eine Commission niedersetzen und für diese berufsgenossenschaftliche Organisation der Arbeiter als Grundlage einen Gesetzentwurf ausarbeiten. Da gehen wir vollständig mit. Ich habe neulich bezüglich der berufsgenossenschaftlichen Organisation der Arbeit bereits positive Gedanken gegeben. Wir haben eine solche Organisation schon in unsern industriellen Berufsge=

nossenschaften zum Zwecke der Unfallversicherung. Diese repräsentiren gewiß noch nicht die Arbeiter. Ich bin aber gern bereit, für eine organische Eingliederung der Arbeiter mitzuwirken, und dann können wir sehen, wie wir diese berufsgenossenschaftliche Organisation mit weitern Mitteln versehen, um sie zu größern Aufgaben fähig zu machen.

Also, meine Herren, wenn Sie weiter nichts wollen, dann werden wir uns bald einigen. Aber auch hier wird wieder nur plötzlich eine Idee hingeworfen, die an und für sich ganz schön ist; eine Idee, die im Mittelalter in bester Weise zur Ausgestaltung gekommen ist, — sie wird hingeworfen und nun sollen wir etwas mit derselben machen. Eine Ausführung dieser Idee bleibt wieder aus. Diese Idee wird übrigens, davon bin ich überzeugt, mit den Ideen des Herrn Bebel oder des Herrn Singer usw. kaum stimmen, — ich komme noch darauf zurück.

Ein unglückliches Beispiel für die Herren ist es, wenn sie den heiligen Vater für den »Socialismus« engagirt hinstellen. Wir sind auch für »Socialismus« in einer bestimmten Art: die Berufsgenossenschaften auf einer gewissen socialistischen Grundlage sind sogar ein specifisches Ideal der Centrumspartei. Es kommt nur darauf an, welcher »Socialismus« gemeint ist.

Der Herr Abgeordnete Frohme hat behauptet, nur der Arbeiterstand habe große Ideale, und hat seine Ideale hingestellt im Gegensatz zu dem Ideal, das wir haben. Nun, ich glaube, das Ideal, das Sie im Leben vertreten, ist ein Idol, das nie Verwirklichung finden kann.

Auch mich hat mit dem Abgeordneten Stöcker der Fanatismus überrascht, der sich gestern kundgab bei den Schlußworten des Abg. Bebel über die Stelle vom »Himmel« und namentlich bei der Darlegung meines Freundes Bachem über die Auferstehung. Meine Herren, ich habe es bedauert, daß da die deutsche Arbeiterwelt die socialistische Fraction nicht beobachtet hat; es war ein Bild, — — (Zuruf links.) — Bitte, die ganze Fraction wurde so laut in den Zurufen bei der Darlegung von Bachem, daß ich in der That das Gefühl wieder bekommen habe, das ich häufig im Leben habe: wenn Sie die Möglichkeit hätten, Ihre antireligiösen Bestrebungen zum Siege zu führen oder aber Ihren Zukunftsstaat in's Leben zu rufen, dann würden Sie mehr Gewicht darauf legen, den Glauben und das Christenthum aus der Welt zu vertreiben, als Ihre socialen Ziele zu erreichen. (Sehr richtig!)

Meine Herren, ich kann, trotzdem die Zeit sehr vorgerückt ist, mir nicht versagen, nochmals auf die Hauptfrage zurückzukommen, die Frage des sogenannten Zukunftsstaates. In jedem Programm unterscheiden Sie ausdrücklich solche Forderungen, welche im Rahmen der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung realisirt werden sollen, und solche, die für die Zukunft gelten. Die Forderungen, welche sich auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung bewegen, sind von unsern Bestrebungen nicht qualitativ und principiell verschieden, nur quantitativ. Sie discreditiren diese Forderungen auf dem Boden der heutigen Gesellschaft in jeder Weise und betonen immer: das sind Palliativmittel, das will gar nichts bedeuten. Das war ja der ganze Zwiespalt zwischen Ihnen und Herrn von Vollmar[1]),

---

[1]) Vgl. die Verhandlungen des Parteitages zu Erfurt im Jahre 1891.

welcher die auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaft sich bewegenden Forderungen als Selbstzweck ernst nahm, während Sie dieselben zurückgedrängt wissen oder absolut nicht gelten lassen wollen gegenüber den großen Forderungen an die Zukunft. Ich bitte Sie, Ihre Verhandlungen in Erfurt und hier in Berlin nicht zu vergessen. Sie betrachteten Herrn von Vollmar als Verräther an Ihrer Sache, der Ihre Bewegung zum Versumpfen bringen würde, wenn sich Ihre Taktik nach ihm richten würde, die »nächsten« Forderungen (betreffend Arbeiterschutz &c.) als Selbstzweck zu proclamiren.

Ihre parteipolitische Agitation richtet sich immer auf eine neue Gesellschaftsordnung. Sie wollen die Arbeiter zu einer großen Partei organisiren mit dem ausgesprochenen Ziel, sich der Macht zu bemächtigen und dann im gegebenen Augenblick Revolution — auch vor der Gewalt scheuen Sie ja nicht zurück, wenn es nothwendig ist — zu machen und alles zu unterdrücken.

Nun, wenn Sie jetzt auf dieses Ihr Zukunftsideal angezapft werden, suchen Sie sich dem damit zu entziehen, daß Sie sagen: es gibt keinen Zukunftsstaat, wir wollen nur die normale Entwickelung der Dinge. Der Herr Abg. Stöcker hat schon mit Recht gesagt: wenn Sie nur das wollen, nur die organische Entwickelung, dann brauchen Sie keine Partei zu gründen, sondern nur vielleicht eine wissenschaftliche Schule zum Studium; aber die großen Massen der Arbeiter hinzurichten mit ihrem ganzen Sinnen und Trachten auf das Zukunftsideal, um dann zu sagen, man überlasse das der Entwickelung, — das geht nicht.

Der Herr Abg. Bebel sagte: die gegenwärtige Gesellschaft birgt schon in ihrem Schooße die zukünftige. Dann lassen Sie sie doch in Ruhe! Wenn Sie die Mutter tödten, dann werden Sie auch das Kind tödten. Wenn Sie der »organischen« Entwickelung vertrauen, dann ist es Unsinn, hier eine künstliche Geburt zu wollen durch große Agitation in den Arbeitermassen. (Sehr gut!)

Meine Herren, Ihr Parteiprogramm enthält ebenfalls diese zwei Theile: erstens Forderungen bezüglich des gegenwärtigen Staates und dann Ideale der Zukunft. Die letztern werden in folgender Weise gezeichnet — ich bemerke, es ist nicht bloß eine wissenschaftliche These sondern ein Stück Parteiprogramm, welches Sie realisiren wollen, auf welches Sie die Arbeiter einschwören — dort heißt es:

> Nur die Verwandlung des capitalistischen Privateigenthums an Productionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigenthum und die Umwandlung der Waarenproduction in socialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Production kann es bewirken, daß der Großbetrieb und die stets wachsende Ertragsfähigkeit der gesellschaftlichen Arbeit für die bisher ausgebeuteten Klassen aus einer Quelle des Elends und der Unterdrückung zu einer Quelle der höchsten Wohlfahrt und allseitiger, harmonischer Vervollkommnung werde[1]).

[1]) So das Programm von Erfurt 1891. — Das Gothaer Programm von 1875 sagt: „Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeits-

Hier wollen Sie also die Verwandlung des Privateigenthums an Productionsmitteln in gesellschaftliches Eigenthum. Herr Bebel hat es so ausgedrückt[1]): Sie wollen die »Expropriation der Besitzenden« und wollen ihr Eigenthum in »gesellschaftliches Eigenthum verwandeln«. Ja, in welches „gesellschaftliche" Eigenthum? In wessen Hände soll das gesellschaftliche Eigenthum denn übergehen? Sie sagen: die Fabrik von Herrn Stumm soll expropriirt werden. Ja, wer soll sie denn nun haben? soll sie der Staat haben? wollen Sie Staatseigenthum an allen Productionsmitteln? Diese Auffassung war früher hauptsächlich vertreten. Herr Richter geht noch davon aus, daß dies auch heute noch Ihre Auffassung sei. Eine andere Auffassung hat namentlich Herr Frohme erkennen lassen: sie soll in den Besitz »der Arbeiter« übergehen. Herr Bebel scheint mehr der Anschauung zu sein: sie soll in den Besitz »der Gemeinde« übergehen. Geben Sie doch mit Bestimmtheit an: wer soll Eigenthümer werden? Darnach richtet sich ja das ganze Zukunftsbild. Soll es der Staat, sollen es die Arbeiter, sollen es die Gemeinden werden? Nach dem Zukunftsbild des Herrn Frohme scheinen es nicht die Arbeiter der einzelnen Fabrik, sondern die Berufsgenossenschaften sein zu sollen. Das bleibt die erste Frage, die wir stellen müssen, und auf die Sie uns eine Antwort schulden: wer soll Eigenthümer werden? Nehmen Sie die Bergwerke — sollen die in die Hände der Arbeiter übergehen? die Weinberge z. B. von Rüdesheim — sollen die in die Hände der Rüdesheimer Arbeiter übergehen? Oder sollen sie in die Hände des Staates übergehen, oder vielleicht in die Hände der internationalen Republik?

Ja, meine Herren, wenn Sie ein solches Problem in Ihrem Programm aufstellen wollen, dann müssen Sie doch über die Einzelheiten Auskunft geben! Danach richtet sich doch auch die Vertheilung der Production. Die capitalistische Production soll in die socialistische umgewandelt werden — früher sagten Sie in die genossenschaftliche. Wer soll denn die Leitung der Production übernehmen? Wenn Ihr socialistischer Zukunftsstaat in Kraft treten wird, wer soll dann die Vertheilung der Produc-

---

mittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesammtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Vertheilung des Arbeitsertrages." Ferner forderte das Gothaer Programm, „um die Lösung der socialen Frage anzubahnen, die Errichtung von socialistischen Productivgenossenschaften mit Staatshülfe unter der demokratischen Controle des arbeitenden Volkes". Diese Forderung ist im Erfurter Programm ebenfalls fallen gelassen.

[1]) Vgl. Bebel, „Die Frau", 8. Auflage, S. 148: „Wenn, wie ausgeführt, alle Uebel ohne Ausnahme zu ihrer Quelle die sociale Ordnung der Dinge haben, die heute auf der capitalistischen Privatwirthschaft, auf dem Privateigenthum an allen Arbeitsmitteln: Grund und Boden, Maschinen, Werkzeugen, Verkehrsmitteln, dem Privatbesitz der Nahrungsquellen und Nahrungsmittel beruht, so ist durch eine große Expropriation dieses gesammte Privateigenthum in gesellschaftliches Eigenthum zu verwandeln." Bebel führt gleich dahinter die Stelle von Karl Marx in seinem Buche „Das Capital", 2. Auflage, S. 793 an, welche schließt: „Die Concentration der Productionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer capitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des capitalistis[chen] Privateigenthums schlägt. Die Expropriateurs werden expropriirt."

tion übernehmen? Werden Sie von Berlin einen Director nach Saarbrücken oder Rüdesheim schicken, der die Verwaltung übernimmt? Oder werden die Arbeiter z. B. in den Fabriken zusammentreten und sich ihren Director selbst wählen?

Und weiter: wie wird die Vertheilung des Ertrages der Arbeit sein? Werden die Arbeiter bestimmen, sich nach Art der Productiv-Genossenschaften einigen, oder wie wird es sein? Ja, die Frage der Vertheilung ist eine eminent wichtige, und auch nach dieser Richtung hin haben Sie Ihre Ansichten in merkwürdiger Weise gewechselt. Am interessantesten war diese Frage zu lösen versucht im Gothaer Programm. Dort heißt es:

> Die Arbeit ist die Quelle alles Reichthums und aller Cultur, und da allgemein nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, d. h. allen ihren Gliedern, das gesammte Arbeitsproduct, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, Jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen.

Ja, meine Herren, da gehen die verschiedensten Maßstäbe der Vertheilung durcheinander. »Arbeit ist die Quelle alles Reichthums« — danach muß also die Arbeit selbst der Maßstab der Vertheilung sein. Die Arbeitsproducte sollen Allen »nach gleichem Recht« gehören — da müssen also nach dem Grundsatze der allgemeinen Gleichheit die Producte der Arbeit vertheilt werden. Schließlich heißt es: »nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen« — das ist wieder ein verschiedener Maßstab; denn daß das »gleiche Recht« und »vernunftgemäße Bedürfnisse« sich nicht decken, ist selbstverständlich. Der Herr Abg. Richter hat behauptet, die Vertheilung im Zukunftsstaate werde eine gleichmäßige sein, werde sich also, kurz gesagt, vollziehen ohne Rücksicht darauf, ob einer faul oder fleißig, tüchtig oder weniger tüchtig ist — alle werden gleichen Antheil haben. Ich war sehr gespannt darauf, wie die Herren sich darüber äußern würden. Hr. Frohme hat es nicht gethan; vielleicht wird Herr Bebel es noch thun und aussagen, welcher der Maßstäbe der Vertheilung im Zukunftsstaate gelten soll.

Meine Herren, der Herr Abg. Bebel hat sich zwar nachdrücklich dagegen gewehrt, daß der Zukunftsstaat im voraus construirt werden könne; er hat diejenigen verhöhnt, welche ein Gemälde des Zukunftsstaates gegeben haben. Aber er selbst gehört zu diesen Malern; er selbst hat uns in seiner »Frau« ein Bild und zwar ein glänzendes Bild des Zukunfsstaates entworfen. Aber es ist mehr die innere Ausstattung des Gebäudes, es sind mehr die Tapeten, die Erfrischungs- und Erholungssäle gewesen, die er uns gezeigt hat, als der Grundriß und Aufbau, der Querschnitt und Durchschnitt. Das ist es aber, was wir verlangen.

Ich möchte Herrn Bebel bitten, uns zu sagen, wie er sich in diesem Zukunftsstaat die Vertheilung des Ertages denkt. Es scheint mir, er will die Arbeitszeit zum Vertheilungsmaßstab machen, und er hat es uns selbst so ausgeführt:

> Die neue Gesellschaft producirt aber keine Waaren, sondern nur Bedürfnißgegenstände, Gebrauchswerthe, deren Herstellung ein gewisses Maß gesellschaftlicher Arbeitszeit erfordert. Die Arbeitszeit, die durchschnittlich nöthig ist, um einen Gegenstand herzu-

> stellen, ist allein das Maß, an dem er für den gesellschaftlichen Gebrauch gemessen wird. Zehn Minuten gesellschaftlicher Arbeitszeit in einem Gegenstand sind gleich zehn Minuten gesellschaftlicher Arbeitszeit in einem andern Gegenstand, nicht mehr und nicht weniger . . . . wie viel jedes einzelne Product an gesellschaftlicher Arbeitszeit zur Herstellung bedarf, ist leicht zu berechnen (??!). Danach bemißt sich das Verhältniß dieses Arbeitstheils zur ganzen Arbeitszeit. Irgend ein Certificat, ein bedrucktes Stückchen Papier, Gold oder Blech bescheinigt die geleistete Arbeitszeit und setzt den Inhaber in die Lage, diese Zeichen gegen seine Bedürfnißgegenstände von der verschiedensten Art auszutauschen[1]).

Also er will die Arbeitszeit als Vertheilungsmaßstab im Zukunfsstaat hinstellen; er meint, als Kriterium benutzen zu können, wie viel Zeit jedes einzelne Product zur Herstellung bedarf. Ja, ich möchte Herrn Bebel einmal bitten, die Arbeitszeit, die z. B. in seinem Rock condensirt ist, zu berechnen. Derselbe ist durch hundert Hände gegangen, durch hundert Fabricationsmethoden, und nun zu bestimmen, wie viel an Arbeitszeit derselbe darstellt, ist unmöglich. Noch schwieriger ist die Sache in der Landwirthschaft.

Herr Bebel und die übrigen Herren stellen die Sache so dar, als ob in diesem Zukunftsstaat ein Gegensatz der Interessen gar nicht mehr bestehen könne, sondern stets die Harmonie der Interessen herrsche. Das ist eben unrichtig. Der Gegensatz der Interessen besteht dann eben zwischen Consumenten und Producenten. Die Arbeiter haben ein Interesse daran, jedes Mal ihr Product möglichst hoch zu berechnen, d. h. die Arbeitszeit hoch zu taxiren; die Consumenten haben ein Interesse daran, möglichst viel einzutauschen für ihre Certificate, also den Werth der Producte möglichst niedrig zu stellen. Wie soll da die Frage gelöst werden? Versuchen Sie es doch einmal, Herr Bebel, z. B. die Arbeitszeit, die in 100 Centnern Roggen condensirt ist, zu taxiren. Diese stellt sich ganz verschieden je nach dem Wetter, der Bodenart usw., und nun berechnen Sie zuerst einmal die Arbeitszeit auf den verschiedenen Böden, und endlich, wie hoch sich 100 Centner Roggen im ganzen deutschen Vaterlande stellen, und berechnen Sie dann daraus, wie viel Lohn dem einzelnen ländlichen Arbeiter auf der besondern Bodenart, unter den besondern klimatischen Verhältnissen zukommt! Darin liegt eben die ganze Schwierigkeit der bestehenden Arbeiterfrage, einen praktisch brauchbaren gerechten Maßstab der Vertheilung zu finden. Ich bin gar nicht einmal im Grundsatz dagegen, die Arbeit als Maßstab der Vertheilung anzunehmen. Aber es ist absolut unmöglich, das zu realisiren. Sobald uns Herr Bebel zeigt, wie das zu machen ist, werde ich ganz gewiß dabei sein. Wenn er auf Rodbertus hinweist, so war dieser allerdings auch dafür, daß die Arbeit der Maßstab der Vertheilung sein sollte, die Quelle des Eigenthums. Allein Rodbertus hat wenigstens Berechnungen versucht, war sich der Schwierigkeiten wohl bewußt, und war der Ansicht, daß in 500 Jahren vielleicht dies Problem gelöst sein würde. Aber die

---

[1]) So Bebel, „Die Frau", 8. Aufl., S. 162.

Herren sind ungeduldig, wollen das Problem sofort lösen, thun aber trotzdem nichts, diesem Problem näher zu kommen.

Also mögen wir diese Dinge nehmen, wie wir wollen, überall kommen wir auf die Undurchführbarkeit.

Herr Bebel hat es merkwürdig gefunden, daß Herr Bachem die Productiv-Genossenschaften berührt hat und die Socialdemokraten auf den Bankerott der Bäckereigenossenschaft[1]) hinwies. Die Herren haben den Zusammenhang dieser Ausführungen mit unserm ganzen Grundgedanken nicht verstanden. Wir machen Ihnen das nicht zum Vorwurf, daß die Productiv-Genossenschaften gescheitert sind; wir finden das ganz begreiflich, wir finden das natürlich. Unsere Beweisführung ist folgende: wenn es Euch nicht einmal gelingt, in dem kleinen Kreise einer Genossenschaft die »Organisation der Arbeit« zu verwirklichen, — wie wollen Sie es im Großen? Meinen Sie, dadurch wird es leichter, wenn Sie die Organisation in hunderttausende Genossenschaften überführen, als wenn Sie eine einzelne Fabrik-Genossenschaft schaffen sollen? So weit die Arbeiter Zucht, Ordnung, Disciplin und Bildung genug besitzen, um demokratisch-genossenschaftlich ein Unternehmen einzurichten, so weit sind wir gern bereit, diese Entwickelung zu fördern, aber auch nur insoweit. Auf diesem Gebiet müssen wir langsam vorgehen, da geht es nicht mit Riesenschritten; wir könnten der Zeit nicht vorauseilen. Wir thun alles, um die Arbeiter in diesem Geiste zu schulen; wir sind sogar gern bereit, den Gedanken zu erwägen, ob auch von Staatswegen Mittel gegeben werden könnten, um diese Bewegung zu fördern. Aber jedenfalls ist eine solche Entwickelung die Vorstufe, ehe man so weit gehen kann, wie die Socialdemokraten wollen.

Also ich muß wiederholen, was die andern Redner schon verschiedentlich constatirt haben: die Socialdemokraten haben ein Ideal aufgestellt, aber auch nicht im geringsten gezeigt, wie dieses zu verwirklichen wäre; am wenigsten haben sie die Wege angegeben; sie sind die Antwort auf die gestellten Fragen in Allem schuldig geblieben. Da glaube ich, daß unsere deutschen Arbeiter besser thun werden, wenn sie sich an das Ideal halten, das seit Jahrhunderten besteht: das ist das Ideal, daß es nach dem Tode eine Belohnung und Vergeltung gibt; daß sie lieber an diesem Ideal festhalten, das auf dem festen Boden des Christenthums ruht, während die Socialdemokraten uns für die Erreichung ihres Ideals auch nicht die geringste Gewähr bieten können." (Bravo! im Centrum.)

Vicepräsident **Dr. Baumbach**: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Leuschner.

Abgeordneter **Leuschner**: „Meine Herren, Sie werden wohl nicht erwarten, daß ich bei der vorgeschrittenen Zeit Ihnen jetzt noch eine Rede von längerer Dauer halte. Das ist auch um so weniger nothwendig, als das, was ich zu sagen hatte, bereits von andern beredtern Herren heute gesagt worden ist. Ich kann nur constatiren, daß die Herren Social-

[1]) Vergleiche die bezüglichen Anmerkungen zur Rede des Abg. Dr. Bachem am 31. Januar.

demokraten durch die verschiedenen Reden, die gehalten worden sind, eine Niederlage ohne Gleichen erlitten haben, die sie nach meiner Auffassung in jeder Beziehung vollständig verdienen (Zuruf links), und von der ich nur wünsche, daß diese phantastischen Utopisten sich so bald nicht wieder erholen mögen.

Mit dieser Bemerkung kann ich für heute schließen; ich verzichte auf das Wort. (Lebhafter Beifall rechts und im Centrum.)

Nach dieser Rede des Abg. Hitze beantragte der Abg. Bebel wiederum die Vertagung. Dieselbe wurde nach diesem Antrage beschlossen. Wiederum hatte der Abg. Bebel bis zur folgenden Sitzung am Montag, den 6. Februar, zwei ganze Tage Zeit, sich auf seine Antwort vorzubereiten.

5. Die Sitzung des Reichstags am Montag den 6. Februar 1893.

Zuerst erhält das Wort der Abgeordnete **Bebel**: „Meine Herren, die Reden der Herren Bachem und Richter haben sich ja in der Hauptsache dadurch ausgezeichnet, daß sie eine Menge von kleinen und kleinlichen Dingen hier zur Sprache brachten (Widerspruch), auf Grund deren sie glaubten nachzuweisen, daß unsere Bestrebungen nothwendig Schiffbruch leiden müßten. Aber noch in andern Beziehungen zeichnen sich die Reden dieser beiden Herren aus, und zwar durch die ihnen zu Grunde liegende Taktik. Die Herren haben nicht etwa an der Hand des vorliegenden Beweismaterials und der gedruckt vorliegenden Aeußerungen mit wahrheitsgemäßer Citirung unserer Ausführungen im Zusammenhang sich auf diese Dinge eingelassen, sondern beide Redner haben die Taktik beobachtet, daß sie die Aeußerungen unserer Parteischriftsteller über die künftige socialistische Gesellschaft so wie sie die beiden Gegner sich vorstellten, darlegten und dann gegen den so von ihnen selbst construirten »Zukunftsstaat« ihre Einwendungen machten. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Nun, ich habe die Ueberzeugung, daß diejenigen, die außerhalb dieses Hauses objectiv diesen Verhandlungen folgen, weit mehr, als es innerhalb dieses Hauses der Fall sein wird, das Endresultat zu würdigen wissen werden. Daß wir Sie nicht überzeugen, das haben wir von vornherein gewußt und habe ich auch von vornherein erklärt. Denn wenn wir statt der vier Tage, die wir hier debattiren, noch vier Wochen, vier Monate oder gar vier Jahre debattirten — wir sind bereit, auch darauf einzugehen —, so werden wir am Ende dieser vier Wochen, vier Monate oder vier Jahre genau auf demselben Flecke stehen, auf dem wir gegenwärtig stehen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Stumm hat in seinen Ausführungen gemeint, der Zukunftsstaat — die Herren sprechen immer wieder vom Zukunftsstaat, obgleich ich ausdrücklich perhorrescirte, daß wir einen sogenannten Zukunftsstaat erstrebten, daß das, was die Socialdemokratie wolle, ein Zukunftsstaat sei, aber ihr Denkvermögen erlaubt ihnen nicht, einen Unterschied zwischen einer Staats- und einer Gesellschaftsordnung zu zu machen[1]). (Heiterkeit.)

---

[1]) Vergleiche hierzu die Rede des Abg. Liebknecht am 7. Februar, wo derselbe ausführt, daß „es gleich ist, ob ich die organisirte Gesellschaft Staat nenne,

Der Herr Abgeordnete Stumm meinte, der »Zukunftsstaat« sei einerseits ein Zuchthaus, anderseits — wie er sich geschmackvoll ausdrückte — ein Kaninchenstall. Meine Herren, genau so, wie es sich widersprach, als der Herr Abgeordnete Bachem sagte, auf der einen Seite besäßen wir keine Autorität, wäre keine autoritative Macht vorhanden, die gefährlichen Gelüsten und Bestrebungen entgegentreten könnte, auf der andern Seite aber von einer socialdemokratischen Tyrannei sprach, die vorhanden sei, genau so liegt ein Widerspruch in den Ausführungen des Herrn Abgeordneten von Stumm. Herr von Stumm scheint nicht zu wissen, wie es im Zuchthause aussieht. Das eine aber wird er wissen, daß im Zuchthause die natürliche Befriedigung des Geschlechtstriebes, die er im »Zukunftsstaat« doch voraussetzt, eine Unmöglichkeit ist.

Lassen Sie sich das Eine ein für alle Mal gesagt sein, meine Herren — und das gilt für alle Einwände, die Sie uns gegenüber machten —: ist es wahr, was Sie sagen, daß wir in unsern Bestrebungen wider die menschliche Natur handeln, daß wir darauf ausgehen, die menschliche Freiheit zu unterdrücken, daß wir verhindern, daß der Mensch frei nach allen Richtungen hin seine geistigen und körperlichen Fähigkeiten bethätigen und entwickeln könne, — ich bin zwar der Meinung, daß wir in unserer Gesellschaftsordnung dies in unendlich höherm Grade ermöglichen, als es in der bürgerlichen Gesellschaft geschehen kann, — so brauchen Sie sich keine Sorge zu machen, dann ist der Zustand, den wir erstreben, vom ersten Tage an dem Untergang geweiht; dann haben Sie es nicht nothwendig, sich über uns zu ereifern. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Mir scheint, es liegt sogar in Ihrem Interesse, zu wünschen, daß wir diesen Versuch machen könnten, damit wir in die Lage kommen, gewissermaßen uns selbst ad absurdum zu führen. Aber weil Sie wissen, daß das nicht geschieht, weil Sie selbst innerlich zu gut sich dessen bewußt sind, daß Sie es in der socialdemokratischen Bewegung mit einer großen Culturbewegung zu thun haben, mit einer Culturbewegung ersten Ranges, welcher die Zukunft der Menschheit gehört (Oho! oho! rechts und im Centrum; Sehr wahr! bei den Socialdemokraten), weil Sie innerlich das sich selbst sagen und doch allen diesen Bestrebungen feindlich gegenüberstehen müssen aus Klassen-Interesse, darum suchen Sie den sogenannten »Zukunftsstaat« in so abschreckenden Farben zu schildern, wie Sie es hier gethan haben[1]). Sie müssen dies thun, um Ihren Anhängern in der Arbeiterklasse, überhaupt den niedern Volksklassen Furcht und Abscheu vor diesem sogenannten Zukunftsstaat einzuflößen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Nun, wir können den Erfolg Ihrer Bestrebungen ruhig abwarten. Ihren Anschuldigungen uns gegenüber werden unsere Aufklärungen folgen, wie es bisher schon geschehen ist[2]), und was war stets das Resultat? Wir

---

oder ob ich sie nicht Staat nenne; das ist ein Streit um Worte!" Um den „Unterschied zwischen einer Staats- und Gesellschaftsordnung zu machen", scheint also auch das „Denkvermögen" des Abg. Liebknecht nicht auszureichen.

[1]) Der „Zukunftsstaat" ist von den genannten Rednern ausschließlich nach den Aeußerungen anerkannter socialdemokratischer Schriftsteller geschildert worden.

[2]) „Bisher" ist noch nicht die Spur von „Aufklärung" erfolgt. Die sämmtlichen Fragen der Abgg. Dr. Bachem und Richter sind „bisher" sowohl von Seiten

haben's ja gesehen: es war immer unser Vortheil. Meine Herren, alles, was die Herren Abgeordneten Dr. Bachem und Richter hier in ihren Reden gegen den socialdemokratischen Zukunftsstaat äußerten, das haben sie alles schon bei den frühern Wahlen in ihren Flugblättern dargestellt und gesprochen. Da ist auch nicht eine einzige Behauptung, die sie hier gemacht, nicht eine Darstellung, die sie hier gegeben, die wir nicht in ihren Flugblättern, in ihren Zeitungen, in ihren Reden bei den Wahlen und bei sonstigen Gelegenheiten gehört oder gelesen hätten. Und was hat ihnen das alles genützt? Nichts!

Meine Herren, daß das Zuchthaus nicht der »Zukunftsstaat«, sondern die heutige Gesellschaftsordnung ist, zeigt sich auch in Anderm. Hat nicht die Majorität der Wahlprüfungs-Commission neulich in ihrem Bericht erklärt: Wenn ein Arbeitgeber den Arbeiter zwingt, so bei der Wahl zu stimmen, wie er, der Arbeitgeber, es will, dann ist das in der Ordnung?[1]) Gegen diese unerhörte Zumuthung, die das freie Selbstbestimmungsrecht des Arbeiters und das freie Wahlrecht aufhebt, dagegen haben Sie nichts zu sagen gehabt. (Unruhe. — Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Der Herr Freiherr von Stumm hat vor Jahren auf seinen Werken seinen Arbeitern sogar eine bestimmte Zeitung zu halten verboten. Herr Krupp in Essen hat Jahre lang über zwei katholische Blätter den Boykott verhängt; er hat jeden seiner Arbeiter bedroht, der die genannten katholischen Zeitungen lese, aus der Arbeit zu entlassen, und wenn er bei ihm eine Wohnung in Besitz habe, solle er sofort aus der Wohnung gewiesen werden. Meine Herren, sind das keine Zuchthaus-Einrichtungen im heutigen Staate, in der heutigen Gesellschaft? Greifen solche Willkür-Acte nicht in die Freiheit, in das freie Bestimmungsrecht des Arbeiters ein? (Große Unruhe und Widerspruch rechts. — Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Wir wissen ja hinlänglich: je mehr die Arbeiter geknebelt, je mehr sie unterdrückt werden, desto wohler ist Ihnen. Wir wissen nur zu gut, daß dies Ihre wahren Bestrebungen für die Arbeiter sind. Und meine Herren, hat nicht derselbe Herr Krupp, nachdem er Jahre lang diesen Boykott über zwei katholische Zeitungen — also nicht ein Mal über socialdemokratische Zeitungen — verhängt hatte, hat er nicht neulich großmüthig und feierlichst einen Erlaß veröffentlicht, worin er erklärt, nunmehr sei er bereit, das vor Jahren erlassene Verbot, das Halten jener Zeitungen betreffend, wieder aufzuheben, weil er aus der jetzigen Haltung dieser damals boykottirten Blätter erkannt habe, daß sie für seine Arbeiter keine Gefahr mehr brächten? (Hört! bei den Socialdemokraten.) Meine Herren, wer als Pascha in solcher Weise über Tausende seiner Arbeiter verfügt, wer in solcher Weise die freie Meinungsäußerung und das freie Selbstbestimmungsrecht seiner Arbeiter einengt und mißachtet, der ist ein Zuchtmeister, und die Arbeiter, die in solchen Betrieben beschäftigt werden, sind nicht mehr und nicht weniger als Zuchthäusler, wenn sie auch im Gegensatz zu diesen

---

des Abg. Bebel als von Seiten des Abg. Frohme unbeantwortet geblieben. Der Abg. Bebel glaubt, es sei genug, wenn er behaupte, die gewünschten und unbedingt nothwendigen „Aufklärungen" gegeben zu haben!

[1]) Von einem solchen Beschluß der Wahlprüfungscommission ist außer dem Abg. Bebel Niemanden im ganzen Reichstage etwas bekannt.

noch ein gewisses Maß von Scheinfreiheit haben, was Sie in der heutigen Gesellschaft den Arbeitern nun doch ein Mal gewähren müssen.

Der Herr Abgeordnete Dr. Bachem hat dann in seinen Ausführungen gegen mich gemeint: wenn erst ein Mal die Socialpolitik, die das Centrum verfolge, verwirklicht sei, dann sei die Socialdemokratie im Verschwinden begriffen. (Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Meine Herren, warum haben wir überhaupt das Bißchen Socialreform? Der Herr Bachem hat neulich eine Rede des Fürsten Bismarck vom 26. November 1884 citirt, in der Fürst Bismarck sich gegen meinen Freund und Parteigenossen Auer gewandt hatte, der damals vor ihm in einer Diätendebatte das Wort ergriffen und sich gegen das vom Fürsten Bismarck vertretene Regierungssystem sowie über die Socialreform und den Werth derselben ausgelassen hatte. Was Herr Bachem citirte, war richtig; aber Fürst Bismarck hat damals auch noch etwas Anderes gesagt, und das halte ich für wichtig, Ihnen jetzt vorzutragen. Es beweist, daß, wenn Sie seit vierzehn Jahren im Deutschen Reich zu denjenigen reformatorischen Maßregeln gekommen sind, auf welche Sie sich bei jeder Gelegenheit berufen und mit denen Sie sich so in die Brust werfen, das weiter Niemandem als der Socialdemokratie zu verdanken ist. (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.)

Wir, die Socialdemokratie, sind allerdings eine Minorität; wir können bei dem im Parlament mit Recht herrschenden Majoritätsprincip keine Gesetze machen und keine Gesetze durchführen. Sie sind es, welche die Majorität haben, — Sie, meine Herren, machen die Gesetze! Wir waren früher 12 bis 15, dann 25, jetzt 36 gegen 360, die uns als Feinde gegenüberstehen. Daß wir diesen 360 gegenüber nichts durchsetzen können, versteht sich von selbst, — und doch, meine Herren, haben wir, die 36 Socialdemokraten, eine größere moralische Gewalt, als Sie 360 zusammen. (Lachen und Zuruf rechts. Sehr gut! bei den Socialdemokraten.)

Was erklärte der verstorbene Kaiser in jener Thronrede 1878, als es sich um den Erlaß des Socialistengesetzes handelte? Es sei nunmehr nothwendig, indem man die Socialdemokratie und ihre revolutionairen Bestrebungen unterdrücke, zugleich auch den guten Kern, der in der socialdemokratischen Bestrebung vorhanden sei, zu beachten und dafür zu sorgen, durch positive Gesetzgebung den Arbeitern zu helfen und sie an die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung zu ketten. So hieß es bereits in der ersten Thronrede, und in ähnlicher Weise wiederholen sich diese Sätze in jener Kaiserlichen Proclamation, durch welche die Socialreform inaugurirt wurde im November oder December 1884. Darin wurden wir wieder als die moralischen Urheber dieser kommenden Gesetzgebung hingestellt. Und was sagte Fürst Bismarck am 26. November 1884 uns gegenüber in der Rede, aus der neulich der Abgeordnete Bachem citirte?

> Die Socialdemokratie ist so, wie sie ist, doch immer ein erhebliches Zeichen, ein Menetekel für die besitzenden Klassen dafür, daß nicht alles so ist, wie es sein sollte, daß die Hand zum Bessern angelegt werden kann, und insofern ist ja die Opposition, wie der Herr Vorredner sagte, ganz außerordentlich nützlich. Wenn es keine Socialdemokraten gäbe und wenn nicht eine Menge Leute sich vor ihr fürchteten, würden die mäßigen Fortschritte, die wir überhaupt in der Socialreform bisher gemacht

haben, auch noch nicht existiren (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten), und insofern ist die Furcht vor der Socialdemokratie in Bezug auf denjenigen, der sonst kein Herz für seine armen Mitbürger hat, ein ganz nützliches Element. (Bravo! bei den Socialdemokraten.) Ja, sehen Sie — sagte Fürst Bismarck weiter —, in etwas sind wir doch mit einander einverstanden. (Heiterkeit.)

Auf diese Autoritäten gestützt, kann ich ruhig über die Frage, wer der eigentliche Urheber dieser socialreformatorischen Maßregeln sei, mit denen Sie sich so sehr brüsten, hinweggehen.

Aber, Herr Bachem, was wollen Sie denn noch für socialreformerische Maßregeln bringen, nachdem Sie die neue Gewerbe-Ordnung gutgeheißen haben? Was wird denn da noch von Ihrer Seite kommen? (Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Sie sind ja am Ende Ihres Latein! Es sind nur noch einige kleine Maßregeln, die Sie bringen können, und dann ist es alle mit Ihnen![1]) Warten wir also ruhig ab, welche Wirkung Ihr Handeln auf die Arbeiter machen wird!

Sie sagen freilich: ihr Socialdemokraten habt nur die jungen Arbeiter für euch, — den alten Arbeiter, der seit zwanzig Jahren erfahren und gesehen hat, wie die Verhältnisse andere und bessere geworden sind, den habt ihr nicht! Ach, Herr Bachem Sie irren sich, wenn Sie glauben, wir hätten keine alten Arbeiter hinter uns; eine ganze Garde, die ungefähr gerade so alt ist, wie ich, steht heute noch hinter uns, und zwar aus den ersten Anfängen der Bewegung. Und wenn wir nun hauptsächlich die Jugend hinter uns haben, schadet das etwas? Zu allen Zeiten hat die Zukunft der Jugend gehört; die Alten sterben ab, aber den Idealen, welchen die Jugend huldigt, steht die Zukunft offen. Und haben wir nicht 1427000 Wähler am 20. Februar 1890 hinter uns gehabt, die für uns gestimmt haben? die stärkste Partei in Deutschland, stärker als Sie, das Centrum, das bisher als die stärkste galt? Und bei den nächsten Wahlen werden wir Sie um die doppelte Zahl schlagen! (Widerspruch im Centrum.) — Sie werden sehen: wir werden statt 1½ Millionen 2¼ Millionen und vielleicht noch mehr auf unsere Seite bringen! (Widerspruch.) — Meine Herren, warten Sie es ab!

Warum haben Sie die fünfjährige an Stelle der dreijährigen Wahlperiode eingeführt? Aus Angst vor der Socialdemokratie, aus Angst vor den allgemeinen Wahlen, aus Angst vor dem zu häufigen Wählen, aus Angst vor unserer Agitation[2])! (Große Unruhe rechts und im Centrum. — Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Also lassen Sie es darauf ankommen; wir werden ja sehen!

---

[1]) Genau dieselbe Phrase haben der Abg. Bebel und seine Freunde jedes Mal gebraucht, wenn wieder ein großes socialreformatorisches Werk gegen die Stimmen der Socialdemokratie durchgesetzt war; so in ermüdendem Einerlei nach dem Krankenversicherungsgesetz, nach dem Unfallversicherungsgesetz, nach dem Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz und jetzt wieder nach dem Arbeiterschutzgesetz. Der Abg. Bebel möge doch endlich wirklich einmal abwarten.

[2]) Bekanntlich hat das Centrum sowohl im Reichstag wie im preußischen Abgeordnetenhause gegen die fünfjährige Legislaturperiode gestimmt.

Diese 1 427 000 Männer — das sagen Sie freilich — sind nicht alles Socialdemokraten. Meine Herren, das sind gerade so gut Socialdemokraten, wie 1 300 000 und so und so viel Mann, die Sie als Centrum hinter sich haben, Centrumsmänner sind, oder die eine Million und so und so viel Mann, welche die Freisinnigen hinter sich haben, Freisinnige sind. So wenig, wie jeder dieser Fortschrittlichen, jeder dieser Centrumswähler, wenn wir sie ein Mal examiniren wollten, uns das Programm seiner Partei, auf das er gestimmt hat, bis auf das Detail anzugeben vermag — ich weiß, das verlangt nicht die freisinnige und verlangt nicht die Centrumspartei, das gebe ich Ihnen zu, aber eben so wenig verlangen wir das —, so wird auch von den socialdemokratischen Wählern ein größerer Theil nicht vermögen, das Programm in allen seinen Einzelheiten darzulegen. Das thut auch nichts zur Sache, ist auch nicht nothwendig. Die Hauptsache ist, daß sie uns folgen, daß wir sie hinter uns haben, daß sie sich in unserm Heerbann befinden, weil sie Vertrauen zu uns haben. Meine Herren, wenn aber 1 427 000 Männer im Deutschen Reich für eine Partei wie die socialdemokratische stimmen, trotzdem sie von allen andern Parteien auf das feindseligste bekämpft wird, trotzdem die Staatsgewalten in einem fort ihr auf's äußerste entgegentreten, und trotzdem die Bestrebungen dieser Partei, wie ich das schon vorhin ausführte, in der gehässigsten Weise hingestellt und durch die gegnerischen Flugblätter wie die Blätter aller Parteien Tag für Tag bekämpft werden — wenn man uns als Wauwau benutzt und uns als leibhaftige Teufel abmalt, und dann trotz aller dieser Vorkommnisse 1427000 Mann sich finden, die für uns stimmen, dann können wir sagen: diese gehören ganz und gar zu uns! (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.)

Herr Bachem hat weiter gemeint, ich hätte in einer Rede dem Fürsten Bismarck gegenüber erklärt, daß wir eines Tages auch ein Mal in die Lage kommen könnten, unser Productions- und Consumtionssystem und die Organisation der cooperativen Arbeit vor Ihnen zu entwickeln. Aber ich habe auch in jener Rede gesagt: einstweilen habe ich in dieser meiner Rede Ihnen so viele Aufgaben gestellt, daß, wenn Sie diese gelöst haben, wir weiter sprechen wollen. Meine Herren, in jener Rede habe ich nun unter anderm verlangt die Aufhebung der indirecten Steuern, der Steuern auf Salz, Bier, Tabak, Zucker, Branntwein, die Aufhebung der Petroleum-, Kaffee-, Tabakzölle, der Getreidezölle, die Einführung einer directen progressiven Einkommensteuer, die Aufhebung der Zuckerprämien, die Besteuerung der Offiziere, die Besteuerung der Civillisten, die Besteuerung der Reichsunmittelbaren, die Umwandlung des stehenden Heeres in ein Volksheer, die Gründung eines internationalen Schiedsgerichts [1]): das sind die Forderungen, die ich hauptsächlich in jener Rede erhoben habe.

---

[1]) Was diese sämmtlichen Forderungen mit der zukünftigen socialdemokratischen Gesellschaftsordnung zu thun haben, ist nicht ersichtlich. Thatsache bleibt, daß der Abg. Bebel die im Jahre 1884 zugesagte nähere Darlegung der von ihm angestrebten „Organisation der Productions- und Distributionsverhältnisse", sowie der „cooperativen Ausnutzung des Grund und Bodens" bis heute und auch in der vorstehenden viertägigen Debatte nicht gegeben hat.

Meine Herren, wir haben also durchaus keine Ursache und keine Veranlassung gehabt, uns auf Erörterungen principieller Natur einzulassen; aber was ich in jener Rede sagte, das habe ich für meine Person ausgeführt, und zwar in dem oft citirten Buch von mir »Die Frau«.

Der Herr Abgeordnete Dr. Bachem stellt fortgesetzt die Fragen: »Was wollt Ihr? nirgends weist Euere Litteratur auf, wie Ihr Euch die Zukunft denkt.« Meine Herren, ich habe, allerdings mit aller möglichen Reserve — das steht deutlich da —, mir Mühe gegeben, nach meiner Auffassung, und soweit man das vom gegenwärtigen Stande der Entwickelung für die Zukunft zu beurtheilen im Stande ist, auseinanderzusetzen, wie nach meiner Meinung sich die Production, die Consumtion, die allgemeine Erziehung, kurz alle wesentlichen Lebensinteressen der Gesellschaft in einem socialistischen Gemeinwesen entwickeln dürften. Herr Bachem erklärt, davon habe er nichts gelesen[1]); Herr Richter aber kommt und sagt, das steht ja nun bereits in Bebel's »Frau« und gibt sich die Mühe, in einer langen, mit guten und schlechten Witzen gespickten Rede (Lachen) das dort Gesagte nach Möglichkeit zu widerlegen. Ja, meine Herren, wenn man ernste Dinge und ernste Bestrebungen mit guten oder schlechten Witzen aus der Welt schaffen könnte (Lachen), dann wäre das vielleicht dem Herrn Abgeordneten Richter gelungen; aber wer ernste Dinge und ernste Bestrebungen mit Witzen zu bekämpfen sucht, der stellt sich damit selbst sein Armuthszeugniß aus[2]). (Unruhe. Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.)

Und nun weiter, meine Herren. Es wurde mir auch gesagt durch den Herrn Abgeordneten Dr. Bachem, und nur dadurch konnte er dazu kommen, zu sagen: Sie haben das alles in Aussicht gestellt zu schildern, haben es aber nicht geschildert, — indem er sich auf meine Schrift »Unsere Ziele« berief. Es ist dies eine Broschüre, die ich im Jahre 1869 geschrieben habe, und in der ich allerdings ausführte: wir werden dazu übergehen, eines Tages das Zukunftsstaatsgemälde in allen Einzelheiten dazulegen und den Plan dazu zu entwickeln. Das habe ich also damals geschrieben; aber, meine Herren, ich habe aber auch später — und das zeigt die große Aufrichtigkeit, mit der wir in unserer Thätigkeit zu Werke gehen — im November 1885, als es sich darum handelte, die 9. Auflage von »Unsere Ziele« herauszugeben, folgende Vorrede verfaßt:

> Von vielen Seiten seit Jahren gedrängt, eine neue Auflage — die neunte — der vorliegenden Schrift erscheinen zu lassen, habe ich mich endlich dazu entschlossen. Der Grund zu dieser Zögerung war, daß ich bei meinen mit der Entwickelung der Bewegung weiter vorgeschrittenen Anschauungen mich mit dem eigentlich positiven Theil der Ausführungen in der Schrift nicht mehr allenthalben einverstanden erklären konnte. Eben so wenig konnte ich mich aber auch zu

---

[1]) Davon hat der Abg. Dr. Bachem nicht das mindeste gesagt. Im Gegentheil, die Reden des Abg. Dr. Bachem beweisen, daß er Bebel's „Frau" ganz genau kennt; seine Fragen knüpfen ja gerade an die Darstellungen in Bebel's „Frau" an. Eine Antwort auf diese Frage hat aber Herr Bebel eben nicht zu geben vermocht.

[2]) Das ist die ganze Antwort Bebel's auf die Fragen des Abg. Richter.

einer mehrseitig gewünschten Umarbeitung verstehen. Die Schrift ist, wie sie vorliegt, die Frucht eines historischen Vorgangs in der Bewegung; etwas daran umzuändern, war nicht möglich, ohne den ganzen Inhalt in Frage zu stellen, so daß nichts als der Titel übrig blieb. Ueberdies bildet die Arbeit meinen ersten schriftstellerischen Versuch.

So bin ich zu dem Entschluß gekommen, die Schrift unverändert erscheinen zu lassen als Zeugin einer Phase in der Bewegung, die auch für den Nachwuchs der Partei ihr Interesse besitzt, und in der Hoffnung, daß sie agitatorisch immer noch einen gewissen Werth behalten hat.

Dresden-Plauen, Anfang November 1885.

A. Bebel[1]).

Meine Herren, kann ein Schriftsteller loyaler sein? kann ein Schriftsteller denjenigen Männern gegenüber, die seine spätern Schriften lesen und darin einen Widerspruch gegen seine frühern finden, offener sagen, warum dieser Widerspruch zwischen seinen frühern und spätern Schriften vorhanden ist? Wer von 1885 ab meine Schrift »Unsere Ziele« kaufte und gelesen hat, hat auch die Vorrede gelesen und wußte also ganz genau, woran er mit deren Inhalt war. Also weit entfernt, irgend einen illoyalen Kunstgriff anzuwenden, wie mir auch der Herr Abgeordnete Stöcker am Samstag unterstellte, daß wir, obgleich wir wüßten, daß das, was wir schrieben, nicht mehr wahr sei, dennoch fortgesetzt die Massen damit fanatisirten, — eine Unterstellung, die durch nichts begründet ist, — habe ich durchaus correct gehandelt. Und da der Abgeordnete Stöcker das, was sich eigentlich auf »Unsere Ziele« hätte beziehen sollen, auf mein Buch »Die Frau« bezog, so will ich hier sofort bemerken, daß ich alles, was in meinem Buche »Die Frau« enthalten ist, auch heute noch voll und recht ganz aufrecht erhalte[2]) und daß die nächste 13. Auflage noch in schärferer Tonart geschrieben sein wird als die gegenwärtige 12. und die circa 70 000 Exemplare, die davon bis jetzt in die Welt gegangen sind. — Dies zu Ihrer Belehrung.

Dann hat Herr Bachem gemeint: weder ist Liebknecht noch ist Bebel heute noch der alte. Herr Bachem, wir sind noch genau die alten — oder, wenn Sie wollen, die jungen — wie früher. Wir stehen heute in allen

---

[1]) Herr Bebel hatte also im Jahre 1885 eingesehen, daß der positive Theil dieser Schrift falsch war, und daß er nicht in der Lage war, die in derselben enthaltene Versprechung, „den Plan des Zukunftsstaates in allen Theilen durchgearbeitet und fertig" mitzutheilen, in irgend einer Weise wahr zu halten. Trotzdem „konnte er sich nicht zu einer Umarbeitung verstehen", sondern veröffentlichte die Schrift von neuem ohne Umarbeitung, weil sie „agitatorisch immer noch einen gewissen Werth hatte". Er hält es also für zulässig, mit solchen Ausführungen zu „agitiren", auch wenn sie erkanntermaßen nicht haltbar sind. Das nennt dann Herr Bebel „aufrichtig" und „loyal"! Vergleiche hierzu auch die Bemerkungen in der folgenden Rede des Abg. Dr. Bachem.

[2]) Obwohl Herr Bebel nicht in der Lage ist, auch nur eine einzige der an seine Darstellungen in seiner „Frau" angeknüpften sachlichen Fragen zu beantworten.

wesentlichen Dingen auf demselben Standpunkt wie früher; wir gehen nur viel weiter, als wir früher gegangen sind, und das Facit unserer theoretischen Entwickelung ist im Erfurter Programm zum Ausdruck gekommen. Wenn Sie dieses Programm mit den Programmen von 1868/69 und später vergleichen, dann werden Sie zugeben müssen, daß das Erfurter Programm unendlich klarer ist als die frühern, und in seinen Forderungen unendlich weiter geht[1]).

Nein, meine Herren, ich bin in den 30 Jahren, die ich in der Bewegung stehe, von Jahr zu Jahr weiter geschritten; das rechne ich mir zum Ruhme an. Ich gehe heute in meinen Forderungen an Staat und Gesellschaft viel weiter als je zuvor. Der Herr Abgeordnete Richter hat sich darauf bezogen, wie wir vor 30 Jahren zum ersten Mal in Frankfurt a. M. auf einem Arbeitertag zusammen kamen, beide als Vertreter Schulze'scher Ideen. Nun, meine Herren, ich habe einen Mauserungsproceß durchgemacht, und die Partei, der ich angehöre, ebenfalls; aber der Abgeordnete Richter und die Partei, der er angehört, auch — nur mit dem Unterschied: ich und meine Partei, wir haben uns nach vorwärts entwickelt, er und seine Partei sind entweder stehen geblieben oder sie haben sich nach rückwärts entwickelt. (Große Heiterkeit.)

Und nun, meine Herren, indem wir sowohl als Personen wie als Partei — um das Wort, das Ihnen neulich so viel Spaß gemacht hat, zu wiederholen — einen fortgesetzten geistigen Mauserungsproceß durchgemacht haben, haben wir bei uns gethan, was auf allen Gebieten, die mit dem Fortschritt der Zeit in Beziehungen stehen, ebenfalls vor sich geht, und was sich sogar bei Ihnen vollzieht.

Meine Herren, unter den vielen Einwendungen, die der Herr Abgeordnete Bachem am Freitag in seiner Rede gegen mich machte, überraschte mich eine, die er nicht gemacht hat, wodurch er gerade bewies, daß er innerlich weit mehr, als er öffentlich zugeben will, das Wesen und den Charakter der künftigen socialistischen Gesellschaft erkannt hat. Meine Herren, bei der Frage, die er stellte, was aus ihm in der socialistischen Gesellschaft werden sollte, sagte ich ihm: Blechschmied. Er lehnte das ab, weil er keine Befähigung dafür empfinde. Nun, wir können ihn ja auch zu etwas anderm machen, irgend eine Beschäftigung wird sich für ihn finden. Aber er hat — und das überraschte mich — nicht die Frage gestellt: wie wollen Sie mich als Juristen beschäftigen? Er hat also vollkommen klar erkannt, daß er als Jurist in der socialistischen Gesellschaft vollkommen überflüssig ist — und das ist richtig. (Heiterkeit.) Er sagte sich also: da bist du als Jurist ein so überflüssiger Mensch, wie nur irgend Einer; er hat also ganz richtig anerkannt, daß er etwas anderes werden müsse, — meinetwegen Straßenkehrer, das ist eine sehr nützliche Thätigkeit, die für uns eben so nützlich ist und die wir deshalb ebenso belohnen wie irgend eine wissenschaftliche Thätigkeit.

Doch um auf mein Thema zurückzukommen — fragen Sie einmal einen Mediciner, wie in den letzten fünf Jahren die medicinische Wissen=

---

[1]) Außer Herrn Bebel hat bis heute noch kein Mensch entdeckt, daß das Erfurter Programm „unendlich weiter geht". Es hat nur eine ganze Reihe von Punkten des Gothaer Programms fallen lassen.

schaft sich entwickelt hat und ob heute noch gelte, was damals galt; fragen Sie einen Naturwissenschaftler, einen Techniker, einen Ingenieur, kurz, fragen Sie jeden Menschen, der kraft seiner technischen oder wissenschaftlichen Thätigkeit genöthigt ist, mitten in der Strömung unserer Gesellschaft zu stehen! Alle werden Ihnen sagen: da gibt es kein Stillstehen, das ist nicht denkbar; das entwickelt sich, das fließt in einem fort, wie schon Heraklit sagte: die Natur- und Menschheits-Entwickelung ist in ununterbrochenem Fließen begriffen, eins entsteht aus dem andern. Und Hegel hat ja das große Verdienst, daß er diesen Entwickelungsproceß der Menschheit nicht nur philosophisch begründete, sondern auch hinwies, wie in einem gegebenen Stadium der Entwickelung die Quantität in die Qualität umschlägt; — mit andern Worten: wie in dem Beispiel, das wir hier haben in Bezug auf die bürgerliche Gesellschaft, in dem Zeitpunkt, wo die bürgerliche Gesellschaft auf der Höhe ihrer Entwickelung angekommen ist, sie ihre höchste Blüthe erreicht hat, aber auch alle Uebel, die ihr anhängen, in erhöhtem Maße sich entwickelt haben, alsdann der Umschlag in die Qualität, in den Socialismus mit Nothwendigkeit erfolgen wird.

Was sagte Herr Stöcker auf meine Frage: was werden Sie in fünf Jahren thun? — Ja, da werden wir auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung stehen, weiter lernen und das Gelernte im besten Sinne verwenden. Also auch die Herren von der Rechten, die früher nie einen unterbrochenen Fortschritt im Staat und in der Gesellschaft zugeben wollten, müssen heute anerkennen: es geht mit dem Stillstehen nicht mehr, wir schreiten weiter; jeder Tag, jedes Jahr bringt neue Erscheinungen, und jenachdem diese Erscheinungen uns entgegentreten, und jenachdem, was aus diesen Erscheinungen resultirt, sind wir genöthigt, dazu Stellung zu nehmen und danach unsere Maßnahmen zu treffen. Das gibt also sogar die Rechte zu.

Auch der Herr Abgeordnete Bachem hat auf meine Frage: was werden Sie denn in fünf Jahren thun? — geantwortet, indem er mir suchte dadurch auszuweichen: ei, wir stehen auf dem Boden der heutigen Staats- und Gesellschafts-Ordnung auch noch in fünf Jahren, und da werden wir thun, was diese erfordert. Ja, gerade weil Sie auf dem Boden der heutigen Staats- und Gesellschafts-Ordnung stehen und weil Sie diese vollständig klar nach allen Richtungen überschauen können, deswegen sollten Sie erst recht in der Lage sein, zu sagen, was Sie in fünf Jahren thun werden. Aber, Herr Bachem, eine andere Frage: sind Sie so sicher, daß Ihre Staats- und Gesellschafts-Ordnung in fünf Jahren noch besteht? Sie kann ja auch in fünf Jahren zu Grunde gehen! — Herr Abgeordneter Bachem, Sie nicken mit dem Kopf! Woher haben Sie denn dieses Wissen? Sie wissen das gerade so wenig, wie, daß Sie nach dem Tode selig werden; Sie glauben das nur, nichts weiter; einen Beweis haben Sie nicht.

Ich sage also: Sie sind nicht in der Lage, obgleich Sie Ihre Gesellschafts-Ordnung in allen Einzelheiten vor Augen haben, sagen zu können, was Sie in fünf Jahren machen werden.

Meine Herren, ich fragte mich: was soll diese ganze Debatte eigentlich bei Ihnen bedeuten? — und da bin ich zu der Ueberzeugung gekommen: es ist eine Verlegenheits-Debatte, die Sie veranlaßten. (Sehr richtig!

bei den Socialdemokraten.) Sie fürchten, daß Sie nächstens bei den Wahlen gegen uns Socialdemokraten die Schlacht zu schlagen haben, und da möchten Sie recht viel Material haben, das Sie gegen uns verwerthen können, und da glauben Sie, Sie müßten eine Reihe heikler und kitzlicher Fragen stellen, in der Hoffnung, daß wir Dummheiten machten und Ihnen Wasser auf Ihre Mühle lieferten. Sehen Sie, das ist das ganze Geheimniß dieser Debatte, und darin täuschen Sie sich; denn ganz abgesehen davon, daß wir keine Freunde von Dummheiten sind, haben wir andererseits auch keine Ursache, irgend etwas vor Ihnen zu verhehlen. Haben Sie wirklich so große Angst, daß es einmal bei der Umwandelung der heutigen Gesellschaft in die socialistische nicht ohne das Waten im Blute abgehe, dann, glaube ich, irren Sie sich. Ich habe die Ueberzeugung, daß, wenn die Entwickelung der heutigen Gesellschaft in ruhiger Weise weiter geht, so daß sie zu ihrer höchsten Entwickelung gelangen kann, es möglich ist, daß die Umwandelung der heutigen Gesellschaft in die socialistische sich eben so ruhig und verhältnißmäßig rasch vollzieht, wie etwa 1870 die Franzosen zur Republik kamen und mit Napoleon fertig wurden, nachdem er bei Sedan geschlagen und gefangen worden war.

Also ich sage noch einmal: wir haben nicht den Glauben, daß es absolut zu einem Blutbade kommen muß.

Es ist die Entwickelung der Dinge, welche die Gesellschaft und die Menschen ändert. Und weil die Entwickelung auf allen Gebieten das nur zeigt, bestreben wir uns, das Wesen der Dinge kennen zu lernen, sind wir bestrebt, hinter die Gesetze zu kommen, welche ihre Entwickelung bestimmen. Und sind wir zu dieser Kenntniß der Dinge und der Gesetze, die sie beherrschen, gekommen, so können wir unsere Maßregeln treffen; aber im Uebrigen ist sehr gleichgültig, ob diese oder jene Personen da sind. Meine Herren, ginge es nach mir, so würde ich wünschen, daß Sie noch Alle in jenem Zeitpunkt am Leben wären, wo die socialistische Gesellschaft in's Leben träte, und ich würde mich sehr freuen, wenn Sie sich recht ärgerten über die schönen Zustände in unserm socialistischen »Staat«. (Große Heiterkeit.) Es ist mir sogar lieber, Sie ärgerten sich zu Tode, als daß wir in die Verlegenheit kämen, ihnen an's Leben zu gehen. (Heiterkeit und Zuruf.)

Ich komme nun zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Richter. (Zwischenruf.) — Ja, meine Herren, Sie haben sich die Suppe eingebrockt, Sie müssen sie auch auseſſen, hilft Ihnen alles nichts. Wir wollen Ihnen nur beweisen, daß wir nicht vernichtet sind.

Wäre es möglich, die rasche Capitalbildung zu verhüten dadurch, daß, was dem einzelnen Capitalisten zu gute kommt, der Masse der Arbeiter zu gute käme, wäre es möglich, diesen ihren Lohn um 33 Proc., um 50 oder mehr Proc. z. B. im gegenwärtigen Augenblick zu erhöhen, Sie sollten sich wundern, wie rasch die Krise verschwinden würde, denn mit diesen 33 bis 50 Proc. mehr Lohn wäre es der Arbeiterklasse möglich, entsprechend mehr Waaren zu consumiren, und dadurch würden die aufgestapelten Waarenmassen verschwinden und machten neuer Production Platz. So

liegen die Dinge in Wahrheit, und nicht, wie Herr Richter sie dargestellt hat[1]).

Nun sagt der Herr Abg. Richter, die Socialdemokratie könne auch im »socialistischen Staate« nicht die Arbeitslosigkeit verhindern, sie müsse auch dort die Arbeiter auf den Schub bringen. Herr Richter ist in seinen bürgerlichen Ideen so verrannt, daß er sich aus diesen nicht herausdenken

---

[1]) Vergleiche hierzu die sorgfältige Berechnung in „Die Irrlehren der Socialdemokratie" von Eugen Richter, S. 16, über das eventuelle Einkommen im socialdemokratischen Zukunftsstaat. Dort ist nachgewiesen, daß das Gesammteinkommen aller Privaten in Preußen pro 1889/90 sich auf 8424 Millionen Mark belief. Sodann heißt es dort: „Die Zahl der Personen, welche als Haushaltungsvorstände oder als Einzelne ein selbständiges Einkommen in Preußen beziehen, beträgt 10 Millionen; hieraus ergibt sich, daß, wenn in Preußen alles Einkommen gleichmäßig vertheilt wird unter alle Haushaltungen und jetzigen Empfänger eines selbständigen Einkommens, das jährliche Einkommen sich auf 842 M. belaufen würde. Ein Jahreseinkommen von 842 M. würde also unter der socialdemokratischen Weltordnung nach der Confiscation des gesammten Privateigenthums herauskommen, d. h. mit andern Worten, unter der socialdemokratischen Weltordnung würden bei gleicher Vertheilung des Einkommens sehr viele socialdemokratische Arbeiter in den Großstädten, den jetzigen Hauptsitzen der Socialdemokratie, durchweg ein geringeres Einkommen erhalten, als sie zur Zeit unter dem heutigen »Ausbeutungssystem« beziehen; denn ein Jahreseinkommen von 842 M. ergibt noch nicht einmal einen Tagelohn von 3 M." Danach ist zu ermessen, was es zu besagen hat, wenn hier der Abg. Bebel davon spricht, daß die Krisen verschwinden würden, wenn man „der Masse der Arbeiter den Lohn um 33 Procent, um 50 oder mehr Procent, z. B. im gegenwärtigen Augenblick, erhöhte." — Uebrigens modificirt sich obige Berechnung von Eugen Richter nach den Ergebnissen der Selbsteinschätzung einigermaßen. Ueber die nach diesen Ergebnissen maßgebenden Berechnungen theilt die Köln. Volksztg. vom 8. März 1893 Folgendes mit:

In seinem Schriftchen über die „Irrlehren der Socialdemokratie" hat der Abg. Richter sorgfältige Rechnung aufgestellt, wie hoch in Preußen das gesammte Privateinkommen, und wie hoch danach das Durchschnittseinkommen der einzelnen selbständig verdienenden Person sich belaufe. Er kam zu dem Ergebniß, daß das Gesammteinkommen aller Privaten für Preußen auf 8424 Millionen Mark, und das Durchschnittseinkommen auf jährlich 842 M. zu veranschlagen sei. Diese Rechnung beruhte auf den damals — im Jahre 1890 — zur Verfügung stehenden Quellen.

Nachdem inzwischen die Ergebnisse der Selbsteinschätzung bekannt gegeben sind, muß diese Rechnung einigermaßen abgeändert werden. Auf Grund dieser Ergebnisse kommt man zu folgendem, nunmehr annähernd zuverlässigen und jedenfalls bis auf kleine, nichts verschlagende Bruchtheile vollständig zutreffenden Ergebniß.

Nach der Einschätzung für das Jahr 1892/93 beträgt bei einer Bevölkerungszahl von rund 30 Millionen (genau 29 889 196 nach der Volkszählung vom 1. Dec. 1890, oder 29 895 224 nach der letzten Personenstandsaufnahme) die Anzahl der nicht der Einkommensteuer unterliegenden Bevölkerung rund 21 Millionen (genau 20 952 059; davon 20 945 227, weil sie ein Einkommen von weniger als 900 M. haben und 6832 aus andern Gründen), also die Anzahl der der Einkommensteuer unterliegenden Bevölkerung rund 9 Millionen (genau 8 943 165).

Das Einkommen der 21 Millionen der Einkommensteuer nicht unterliegenden Bevölkerung berechnet sich wie folgt. Man kann im höchsten Falle annehmen, daß unter diesen 21 Millionen rund 8 Millionen sich befinden, welche ein selbständiges Einkommen besitzen, während 13 Millionen auf Ehefrauen, Kinder und alte Leute kommen, welche ein selbständiges Einkommen nicht haben.

kann. Wenn Sie die Schilderungen in seinen Zukunftsbildern lesen, dann ist das nicht der socialistische »Staat«, den er kritisirt, sondern das ist der Richter'sche Zukunftsstaat. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Herr Richter hat sich seinen eigenen socialistischen »Zukunftsstaat« zurecht gelegt; den malt er aus und widerlegt dann, was er selbst aufgestellt. Die ganze

---

Nimmt man als Durchschnittseinkommen dieser 8 Millionen Personen mit selbständigem Einkommen unter 900 M. ein Einkommen von 500 M. an*), was ohne Zweifel nicht zu niedrig, eher zu hoch gegriffen ist, so haben diese acht Millionen Personen ein Einkommen von 8 Millionen mal 500 = 4000 Mill. Mark.

Das Einkommen der 9 Millionen der Einkommensteuer unterliegenden Bevölkerung berechnet sich wie folgt. Von diesen 9 Millionen Personen sind**), als mit einem selbständigen Einkommen versehen eingeschätzt 2 435 858 physische Personen. Diese physischen Personen zahlen an Einkommensteuer rund 115 Mill. M. (genau 114 786 105 M.; dazu kommen 10 Mill., genau 10 056 743 M., welche die nicht physischen Personen bezahlen) oder pro Kopf 47,12 M. Einkommensteuer. Das durchschnittliche auf jeden dieser Censiten veranlagte Einkommen beträgt 2350,02 M., also etwas weniger als dem Steuersatz von 47,12 M. entsprechen würde, und zwar in Folge der Degression des Einkommensteuersatzes.

Es haben also diese mit einem selbständigen Einkommen eingeschätzten 2 435 858 physische Personen mit einem Einkommen von über 900 M. durchschnittlich 2350,02 M., zusammen ein Einkommen von 2 435 858 × 2350,02 = 5 724 315 017,16 oder rund 5 Milliarden 724 Millionen Mark.

Das Gesammteinkommen aller physischen Personen in Preußen beträgt demnach 4000 + 5724 Millionen = 9724 Millionen Mark.

Dieses Einkommen vertheilt sich nach Obigem auf 8 Millionen + 2 435 858 = 10 435 858 selbständige physische Personen.

Es entfällt daher im Durchschnitt auf jede selbständige physische Person in Preußen ein jährliches Einkommen von 9724 Millionen getheilt durch 10 435 000 oder 931,86 Mark.

In obiger Rechnung kann einzig und allein vielleicht bemängelt werden, daß als Durchschnittseinkommen der 8 Millionen Personen mit selbständigem Einkommen unter 900 M. ein Einkommen von 500 M. angenommen worden ist. Setzt man dieses Durchschnittseinkommen auf 600 M. an — eine Zahl, die ganz ohne Zweifel zu hoch ist —, so stellt sich die Rechnung wie folgt.

Jene 8 Millionen haben zusammen ein Einkommen von 8 Millionen × 600 = 4800 Millionen Mark. Dazu obige 5724 Millionen Mark macht 10 524 Millionen Mark.

---

*) So entsprechend der Annahme des Abg. Eugen Richter in seinen „Irrlehren der Socialdemokratie" S. 15. Derselbe fußt bei dieser Annahme, darauf daß für das Jahr 1889/90 bei einer Bevölkerung von 28 704 639 Köpfen eine Bevölkerung von 8 420 789 Personen mit einem Einkommen unter 420 M., von 13 801 194 Personen mit einem Einkommen von 420—900 M. eingeschätzt waren.

**) Nach der dem Abgeordnetenhause vorgelegten officiellen „Vergleichenden Uebersicht der Ergebnisse der Veranlagung der Klassen- und klassificirten Einkommensteuer für das Jahr 1891/92 und der Einkommensteuer für das Jahr 1892/93". Dasselbe Resultat ergibt übrigens die „Nachweisung des Sollaufkommens an Einkommensteuer. Veranlagte Censiten"; dieselbe weist 2 437 886 Censiten auf; davon ab 2028 nicht physische Personen (Actiengesellschaften usw.) bleiben 2 435 858 physische zur Einkommensteuer veranlagte Personen. Vergl. auch die „Mittheilungen aus der Verwaltung der directen Steuern im preußischen Staat. Statistik der preußischen Einkommensteuer-Veranlagung für das Jahr 1892/93. Im Auftrag des Herrn Finanzministers bearbeitet vom Kgl. statistischen Bureau. Berlin 1892."

Ausmalung wiederspiegelt, natürlich verzerrt, die bürgerlichen Einrichtungen. Das geht sogar so weit, daß er dem socialdemokratischen »Zukunftsstaat« auch einen Reichskanzler gibt. Ich wundere mich nur, daß er ihn nicht auch Caprivi genannt hat. (Zurufe.) — Herr Richter, es thut mir leid — ich habe nicht verstanden, was Sie sagten, sonst würde ich antworten; ich bin nicht, wie Sie, böse, wenn Sie mich unterbrechen. — Er malt aus,

---

Dieses Gesammteinkommen würde sich wiederum vertheilen auf 10 435 858 selbständige physische Personen.

Es entfiele also im Durchschnitt auf jede selbständige physische Person in Preußen ein jährliches Einkommen von Mark 10 524 Millionen getheilt durch 10 435 000 oder 1008,44 Mark.

Das Ergebniß bleibt also, daß das Durchschnittseinkommen aller selbständigen physischen Personen (Haushaltungsvorstände und einzelstehende Selbständigverdienende) wahrscheinlich 981,86, höchstens 1008,44 M. beträgt.

Nimmt man, wie üblich, im Jahre 300 Arbeitstage an, so entspricht dieses Einkommen einem Tagelohn von annähernd 3,11 bezw. 3,36 M.

In dieser Berechnung ist das Steueraufkommen der nicht physischen Personen (Actien-Gesellschaften usw.) außer Betracht gelassen, weil deren Einkommen bekanntlich, soweit es versteuert wird, der Doppelbesteuerung unterliegt. Dagegen ist in derselben das Einkommen der früher einkommensteuerfreien, ehemals reichsunmittelbaren Familien bereits enthalten.

Diese Berechnung ist aufgestellt für Preußen. Für ganz Deutschland sie aufzustellen, würde sehr schwer sein, weil gleichmäßige Unterlagen fehlen. Da jedoch Preußen von Ost bis West die verschiedenartigsten Gebiete umfaßt, so kann das Ergebniß für Preußen ohne weiteres als maßgebend für ganz Deutschland gelten.

Würde die „Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesammtarbeit mit gemeinnütziger Verwendung und gerechter Vertheilung des Arbeitsertrages", wie das Gothaer Programm der Socialdemokratie von 1875 wollte, oder die „Verwandlung des capitalistischen Privateigenthums an Productionsmitteln — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — in gesellschaftliches Eigenthum und die Umwandelung der Waarenproduction in socialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Production", wie das jetzt in Geltung stehende Erfurter Programm der Socialdemokratie von 1891 will, eingeführt, so könnte als Arbeitsertrag für jeden einzelnen Arbeiter also höchstens 932 bis 1008 Mark jährlich herauskommen oder ein Tagelohn von 3,12 bis 3,36 M.

Dabei ist vorausgesetzt, daß der Ertrag des heutigen Staatsgutes, der Domainen, Eisenbahnen usw., hinreichen würde, um nach Einführung der socialdemokratischen Ordnung die Ausgaben des „Staates" — man verzeihe das Wort — für öffentliche Zwecke zu decken. Würden diese Einkünfte nicht genügen, was zweifellos ist, da ja der socialdemokratische Staat seine öffentlichen Zwecke viel höher steckt als der heutige, so würde als zu vertheilender Arbeitsertrag auf den einzelnen Arbeiter noch viel weniger kommen.

Und alles dieses nur, wenn im socialdemokratischen Staate die Arbeitszeit dieselbe bleibt wie heute. Wird die Arbeitszeit bedeutend ermäßigt, so daß auch die Masse des Arbeitsproductes abnimmt, so kommt auf den einzelnen Arbeiter ein wiederum entsprechend erniedrigter Tagelohn.

Daraus ergibt sich, daß das Anstreben einer socialdemokratischen Gesellschafts-Ordnung — ihre Möglichkeit und Durchführbarkeit vorausgesetzt — höchstens Sinn und Verstand hat für Arbeiter die weniger Tagelohn haben als etwa 3 Mark oder 2,50 M. Alle übrigen können es höchstens schlechter bekommen. Die socialdemokratischen Provincial-Agitatoren, welche heute meist 6 Mark täglich aus der Parteikasse beziehen, würden auf alle Fälle mehr als um die Hälfte sich verschlechtern.

daß der socialistische Reichskanzler durch die Stiefelputzfrage zum Stolpern kommt. Der Reichskanzler putzt sich nämlich die Stiefel nicht selber, er hat einen Dummen gefunden, der ihm das besorgt; das erfahren Andere, und nun muß er seinen Posten verlassen. Herr Richter ist in seiner kleinlichen Auffassung so verrannt, daß er nicht einmal auf den Gedanken kommt, daß es doch auch möglich wäre, eine Stiefelputzmaschine zu erfinden, und daß damit die geschilderte Gefahr für den socialistischen Reichskanzler nicht existirt. (Große Heiterkeit.) — Meine Herren, Sie lachen darüber und amüsiren sich! Nun will ich Ihnen etwas sagen, über das Sie auch lachen mögen. Kaum war ein halbes Jahr vergangen, seitdem die Richter'sche Broschüre erschienen war, da kam aus Nürnberg die Nachricht, daß ein dortiger Industrieller eine Stiefelwichsmaschine erfunden habe. Es wurde sogar behauptet, es wäre ein Parteigenosse des Herrn Richter. (Heiterkeit.) Ob das nun wahr ist oder nicht, ist gleich; Thatsache aber ist, daß in Amerika schon heute Stiefelputzmaschinen in Gebrauch sind, und wenn die Herren dieses Jahr nach Chicago gehen, können Sie sich mit Hülfe solcher Maschinen Ihr Fußzeug putzen lassen.

Aber, meine Herren, gesetzt einmal den Fall: der socialistische Reichskanzler müßte sich seine Stiefel selber wichsen — was wär' denn dabei? Ich habe mir die meinen während meines Lebens Jahrzehnte lang selbst geputzt und mache es auch heute noch, wenn es sein muß. Das genirt mich gar nicht! Wenn wir im Gefängniß waren, haben wir uns nicht nur unsere Stiefel gewichst, die Kleider geputzt, sondern auch den Fußboden gescheuert. Das ist mir ganz wohl bekommen und hat mir nichts geschadet. Ich habe keine Entwürdigung meiner Person darin gefunden. Oder sind Sie der Meinung, daß das Stiefelwichsen ein unehrliches Geschäft ist (Zurufe und Widerspruch), etwa so, wie man im Mittelalter eine ganze Reihe »unehrlicher« Gewerbe hatte? — Warum machen Sie denn die Sache so lächerlich? (Zuruf.) — Herr Rickert, Sie könnten sich nicht nur Ihre Stiefel selbst wichsen, sondern auch Ihr Bett selbst machen; warum soll das gerade Ihre Frau oder Ihr Dienstmädchen thun? Ich finde gar nichts dabei, wenn Sie das selbst besorgen. (Heiterkeit.)

Ich will mit meinen Ausführungen nur beweisen, wie riesig lächerlich und absurd die Einwände sind, die Sie auf den verschiedenen Gebieten uns machen — sie sind wirklich furchtbar lächerlich. Die Socialdemokratie will allerdings die Arbeit reguliren, sie will sie nach der Consumtion, nach dem Bedarf richten. Es soll also durch umfassende statistische Erhebungen möglichst genau festgestellt werden, wie wir das heute auch schon in den Anfängen in unsern Communen, im Staat und im Reich haben, was für Bedürfnisse gedeckt werden müssen. Nach dem wahrscheinlichen Verbrauch an Consumartikeln aller Art richtet sich die Production derselben. Diese ist also zu übersehen und kann regulirt werden, und zwar so, daß längere Pausen der Arbeitslosigkeit gar nicht eintreten können. Aber ganz abgesehen einmal von dieser künftigen Verbrauchsstatistik, versucht nicht auch schon die heutige bürgerliche Gesellschaft, die, weil sie sieht, wie sie fortgesetzt in Folge ihrer anarchischen Production von einer Krise in die andere kommt, eine gewisse Regulirung der Production herbeizuführen?

Ich frage die Herren von Stumm, Dr. Hammacher, Oechelhäuser und eine ganze Reihe Großindustrieller hier im Hause, ob nicht alle die Trusts

Ringe, Syndicate, wie sie seit Jahren in den verschiedensten Zweigen der Großindustrie gegründet wurden, einen andern Zweck haben als den, eine Regulirung der Production herbeizuführen und keinen andern. Diese Organisationen suchen den genauen Bedarf des Marktes an den betreffenden Producten innerhalb ihrer Branche festzustellen und denselben so zu vertheilen, daß er nach Maßgabe der Größe der einzelnen Betriebe vertheilt wird. Daß diese Regulirung der Production, die heute auf capitalistischem Gebiete im Interesse der Capitalisten versucht wird, in der Regel ihnen mißlingt und mißlingen muß, liegt daran, weil sie nie in der Lage sind, alle Interessenten in einem Staate unter einen Hut zu bringen, und selbst wenn dies in einem Staate gelang, die Regulirung auch über den Weltmarkt ihnen nicht gelingt; auch treten noch andere Umstände auf, welche den Erfolg dieser Bestrebungen stören. Und doch liegt in dieser ganzen Trust-, Ring- und Syndicatenbildung ein Keim für das Zukunftsgebilde, wie denn in der ganzen Entwickelung der bürgerlichen Gesellschaft bereits embryonenhaft alle Keime zur Entwickelung socialistischer Gesellschaft vorhanden sind. Ueberall, wohin Sie sehen, sind in unserer bürgerlichen Gesellschaft embryonisch die ersten Anfänge zu Organisationen vorhanden, die wir im gegebenen Falle nur zu erweitern und in's Große auszubilden haben, um sie vollkommen zu machen, die aber auch nur die socialistische Gesellschaft zu ihrer vollen Entwickelung bringen kann, weil sie allein die nöthigen Machtmittel und Kräfte zur Verfügung hat.

Ich sagte neulich: wenn man unsere Actionaire nähme, auf ein Schiff brächte und außer Landes spedirte, so würde dabei für die Gesellschaft kein Schaden sein. Hiergegen sagt der Herr Abg. Richter wieder: ja, das glauben wir Ihnen, die Actionaire schickten Sie weg, aber deren Geld behielten Sie. Herr Richter, auch ihr Geld wollen wir nicht! Wir packen ihnen all ihr Geld, was sie haben, und die Möbel dazu und alles, was sie sonst besitzen, mit auf die Reise; wir brauchen das nicht. Ihr Geld und Gold können sie mitnehmen, so viel sie wollen, das genirt uns nicht. Unsere Gesellschaft ist ohne ihr Geld und Gold und ohne ihr Besitzthum zu existiren fähig, weil sie eine arbeitende Gesellschaft ist.

Gleich wie nach dem Herrn Abg. Freiherrn von Stumm, so ist auch nach Ansicht des Herrn Abg. Richter der socialdemokratische »Staat« — das Wort »Staat« immer in Gänsefüßchen gebraucht — nicht nur ein Zuchthaus, sondern auch noch schlimmer als unser heutiger Militairstaat. Meine Herren, ich habe schon einmal gesagt: wenn die Socialdemokratie, die heute das allgemeine Stimmrecht für alle Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts vom zwanzigsten Lebensjahr ab verlangt, ferner die volle Preß-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, kurz die weiteste Ausdehnung aller politischen Rechte für Männer wie für Frauen, — ich sage: wenn die Socialdemokratie also die radicalste demokratische Partei ist, die je existirte, wie kann sie denn da, nachdem sie zur Macht gekommen, dazu übergehen, Zwangseinrichtungen zu schaffen, wie sie Herr Richter, Herr Bachem und Herr Freiherr von Stumm voraussetzen? Glauben Sie denn, das ließen sich unsere eigenen Anhänger gefallen[1])? (Verschiedene Zurufe.)

---

[1]) Vergleiche hierzu Bebel, „Die Frau", S. 165: „Können unangenehme, widerliche Arbeiten nicht auf mechanischem resp. chemischem Wege verrichtet werden

— Meine Herren, Sie rufen so widersprechende Aeußerungen mir zu, daß ich mir nicht recht klar bin, was Sie sagen. Sie glauben doch sicher selbst nicht, was Sie uns da vorhalten! — Das will ich noch hinzufügen: in den Ausführungen des Herrn Dr. Bachem lag namentlich eine so souveraine Verachtung gegen die Arbeiter, eine solche Geringschätzung ihrer Intelligenz, daß ich wirklich erstaunt war; nach seiner Meinung sind die Arbeiter nicht einmal im Stande, wenn die heutigen Betriebsunternehmer nicht mehr existirten, sich Leute zu wählen, die als Sachverständige z. B. den Betrieb eines Bergwerks oder einer Fabrik weiter führen könnten. Er sagte: „Ja, was würden Sie denn machen, Herr Bebel, wenn Sie zum Director einer Maschinenfabrik gewählt würden, oder Herr Singer, wenn er Director eines Bergwerks sein sollte?" Glauben Sie, Herr Bachem, gesetzt den Fall, es käme zu einer solchen Wahl, die Arbeiter und sogar Ihre ultramontanen Arbeiter in einem westfälischen Bergwerk würden Jemand zum Director wählen, von dem sie wüßten, daß er nichts vom Bergwerksbetrieb versteht? Das ist doch unmöglich, daß Sie das glauben, denn da stellten Sie ja Ihren eigenen katholischen Arbeitern ein solches Armuthszeugniß aus, wie es größer nicht gedacht werden kann [1]). (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.)

Dann haben Sie noch Eins vergessen, Herr Bachem: was wollen denn Ihre Ingenieure, Ihre Techniker, Ihre Meister, was wollen Sie mit Ihrer Intelligenz machen, wenn das gesammte heutige Privat- und Staats-eigenthum socialistisches Gesellschaftseigenthum geworden wäre? (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.) Was können Sie denn anders machen, als ebenfalls im Dienste eben dieser Gesellschaft Ihre Fähigkeiten und Ihre Intelligenz weiter anzuwenden? Es bleibt Ihnen schon aus dem Grunde, weil Sie in dieser Gesellschaft leben müssen, gar nichts anderes übrig. [2]) (Zuruf: Wenn sie aber auswandern?) — Sie können auswandern,

. . . . und finden sich nicht die nöthigen freiwilligen Kräfte, dann tritt die Verpflichtung ein, die Jeden nöthigt, sobald die Reihe an ihn kommt, seine Leistung zu vollziehen." Wie will auch ohne solchen Zwang die Verwaltungsbehörde für die Organisation der Production auskommen, sobald sich in irgend einem Productionszweig nicht die nöthige Anzahl von „Freiwilligen" findet?

[1]) Vergleiche hierzu Bebel, „Die Frau", S. 152: „An der Spitze sämmtlicher Localverwaltungen steht die Centralverwaltung — wohlgemerkt keine Regierung mit herrschender Gewalt — nur eine leitende Verwaltung . . . . Es handelt sich nicht um die Besetzung von Posten, die besondere Ehre, größere Gewalt und höheres Einkommen einbringen, sondern um Vertrauensposten, wozu man die Brauchbarsten, ob Mann, ob Frau, nimmt, die man entläßt und wieder wählt, wie es das Bedürfniß und die Stimmung der Wählenden mit sich bringt. Es sind Posten, die von Jedem nur auf Zeit eingenommen werden." S. 154: „Es ist nicht ausgeschlossen, daß bei vorgeschrittener Organisation und bei höherer Durchbildung aller Glieder diese Functionen einfach alternirende werden, die in gewissen Zwischenräumen nach einem bestimmten Turnus alle Betheiligten ohne Unterschied des Geschlechtes übernehmen."

[2]) Sie müssen also pariren, wenn das arbeitende Volk sie zu Leitern und Ingenieuren wählt? Wenn sie aber nun vorziehen, als „Freiwillige" in einen andern Productionszweig einzutreten, der ihnen besser zusagt und wo sie eine geringere geistige Anstrengung und geringere Verantwortlichkeit erwartet? Vgl. Bebel, „Die Frau", S. 154: „Der Einzelne entscheidet selbst, in welcher Thätigkeit er sich beschäftigen will."

meinetwegen! wir bringen rasch neue Leute auf, die das ebenso und vielleicht noch besser verstehen. (Oho! — Heiterkeit.) Meine Herren, Sie haben keine Ahnung, welches Maß von Intelligenz selbst schon heute in der Arbeiterklasse steckt, und es ist gerade der ungeheuere Vorzug unserer Bewegung, daß die Kräfte, die Sie im Staate, in den Communen, im öffentlichen Leben und in allen Ihren privaten Beziehungen als Arbeiter brauchen, ohne die Sie nicht auskommen können, — daß diese Arbeiter, die alles wissen, alles kennen, und denen Sie alles anvertrauen müssen, unsere Anhänger sind, und daß, wenn einmal diese Arbeiter, zu denen Sie heute das unbedingte Vertrauen haben und haben müssen, diese socialdemokratischen Arbeiter eines Tages die Karre stehen lassen, Sie machtlos sind [1]). Sie werden sich die weitern Folgen selbst ausmalen können; mir genügt, was ich angeführt habe. — Also, meine Herren, geben Sie sich keiner Täuschung hin. Die Menschen werden einst frei und alle gleich [2]); sie wer-

---

Oder wenn das arbeitende Volk in der „Stimmung“ ist, ein „Alterniren“ eintreten zu lassen, die bisherigen Techniker und Ingenieure zu gewöhnlichen Handarbeitern zu machen und frühere Handarbeiter zu „Ordnern“ zu wählen? Dann ferner: in welchem Productionszweig würde man einen Liebknecht oder Singer verwenden? Da sie ohne Zweifel in keinem einzigen Productionszweig als Techniker oder Ingenieure oder sonstige „Ordner“ befähigt sind, so würden sie doch wohl ohne Zweifel nur als gewöhnliche Handarbeiter zu gebrauchen sein. Oder sollen sie nicht wenigstens als „Ordner“ oder Mitglieder irgend einer „Verwaltung“ eine Belohnung und Versorgung finden? Dann ist aber doch auch die Frage berechtigt: Was wird Herr Bebel oder Herr Liebknecht oder Herr Singer machen, wenn er zum Director einer Maschinenfabrik oder eines Bergwerks gemacht wird? Vgl. auch Bebel, „Die Frau“, 8. Auflage, S. 151: „Die neue Gesellschaft verlangt, daß Jeder eine bestimmte industrielle, gewerbliche, ackerbauliche Thätigkeit ergreife, worin er ein bestimmtes Productenquantum zur Befriedigung vorhandener Bedürfnisse schaffen hilft.“ Redacteure und Agitatoren werden also in der „neuen Gesellschaft“ nicht geduldet.

[1]) Wenn es wahr ist, daß „in der Arbeiterklasse heute schon ein solches Maß von Intelligenz steckt“, warum hat denn die Socialdemokratie die Forderung der „Errichtung von socialistischen Productivgenossenschaften mit Staatshülfe, um die Lösung der socialen Frage anzubahnen“, welche das Gothaer Programm von 1875 enthielt, auf dem Erfurter Parteitag 1891 fallen gelassen? Nachdem in dieser Debatte indirect zugestanden ist, daß die Errichtung der socialistischen Gesellschaft nicht „in diesem Jahrzehnt“ und nicht „im Jahre 1898“ stattfinden wird, und nachdem direct erklärt ist, daß die Socialdemokratie die „Entwickelung“ abwarten werde, „ohne dieselbe gewaltsam zu fördern“, wäre es doch richtig gewesen, gerade die Productivgenossenschaften mit besonderm Nachdruck zu verlangen, um die Entwickelung im Sinne der Socialdemokratie anzubahnen. Auf diesem Wege hätte ja doch wenigstens schon ein Theil der Arbeiter in den Genuß der socialistischen Productionsweise gelangen können, ohne die Entwickelung bis zum socialdemokratischen Zukunftsstaat abwarten zu müssen. Gleichzeitig wären solche Productivgenossenschaften doch eine vorzügliche Vorschule für die zukünftige socialistische Production gewesen! Wenn aber die Socialdemokratie dem heutigen „Maße von Intelligenz“ in der Arbeiterklasse nicht genügend vertraut, um die Forderung von Productivgenossenschaften aufrecht zu erhalten, wie kann sie dann hoffen, im socialistischen Staat für die gesammte Production und Distribution mit diesem „Maß von Intelligenz“ auszukommen?

[2]) Mit Ausnahme der Techniker und Ingenieure und sonstigen zu „Ordnern“ gewählten Menschen, die pariren müssen, wenn sie zu irgend einer verwaltenden

den endlich dazu kommen, sich einmal voll als Menschen zu fühlen, und sie werden in freiester und ungehindertster Weise ihre geistigen und körperlichen Fähigkeiten entwickeln können, und ein Maß von Freude und Genuß wird ihnen werden, das die heutige bürgerliche Gesellschaft ihnen unmöglich bieten kann. (Widerspruch rechts.) Alle die häßlichen Erscheinungen der heutigen bürgerlichen Gesellschaft mit allen ihren bösen Eigenschaften, die ja wieder aus den Verhältnissen erwachsen, werden verschwinden. Bringen Sie die Menschen in vernünftige und gesunde Zustände, so hören die bösen Leidenschaften und die unangenehmen Charakter-Entwickelungen auf, die wir in der bürgerlichen Gesellschaft, wo der Kampf Aller gegen Alle existirt, sehen, und die durch diese erzeugt werden. (Widerspruch rechts.) Bringen Sie dieselben Menschen wieder in dieselben schlechten Verhältnisse, in denen sie früher waren, und sie werden dieselben schlechten Eigenschaften bekommen, die sie vorher gehabt haben [1]). (Widerspruch rechts. — Sehr gut! bei den Socialdemokraten.)

Der Herr Abgeordnete Richter hat weiter gemeint, meine Auseinandersetzung über das Wesen des Staates sei Wortklauberei. Auch als ich ihm zurief, als er vom Lohn in der socialistischen Gesellschaft sprach, es gäbe keinen Lohn in derselben, sagte er, das sei Wortklauberei. Meine Herren, was soll ich mit einem Manne machen, der bei Dingen, welche die gelehrtesten Leute seit mehr als zweitausend Jahren beschäftigt haben, wie z. B. die wissenschaftliche Definirung des Staatsbegriffes und des Wesens des Staates, jetzt, wenn ich versuche, auf Grund dieser wissenschaftlichen Anschauungen eine Definition des Staates zu geben, sagt: das ist Wortklauberei, — und genau so sagt er, wenn er vom Lohn spricht, und ich ihm widerspreche: das ist Wortklauberei. Weiß Herr Richter wirklich nicht, daß in der menschlichen Gesellschaft lange Entwickelungsperioden vorkamen, wo es keinen Lohn und kein Lohnverhältniß gab, wo von einem Lohn keine Rede sein konnte? Und so werden auch künftig wieder einmal Entwickelungsstufen kommen, wo ebenfalls von Lohn keine Rede sein kann, weil das Herrschafts-Verhältniß der Menschen über den Menschen aufhört [2]).

Function gewählt werden, und zwar bei Strafe des Verhungerns. Vgl. Bebel, „Die Frau", S. 151: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen." Ebenso unten während der Rede des Abg. Richter.

[1]) Dieselben schönen Versprechungen wie früher, und auch wieder wie früher ohne eine Spur von Beweis oder auch nur eine Spur eines Versuches, diese Versprechungen wahrscheinlich zu machen. Ein „Maß von Freude und Genuß, das die heutige Gesellschaft ihnen unmöglich bieten kann", würden die Arbeiter im socialdemokratischen Zukunftsstaat doch nur dann finden können, wenn die Productivität der Arbeit ganz ungeheuer zunähme! Es müßte also zuerst hierfür der Beweis erbracht werden! Aber davon keine Spur! Es wird einfach verlangt, daß der Arbeiter an diese Versprechungen glaube!

[2]) Vergleiche hierzu die Entgegnung Richter's in seiner folgenden Rede. Der Abg. Richter hatte gar nicht behauptet, daß der Lohn eine „ewige Einrichtung" sei, sondern nur, daß im socialdemokratischen Staat nach der Darstellung Bebel's in seiner „Frau" das „Lohnsystem" herrschen würde, trotz aller socialdemokratischen Declamation über „Abschaffung des verdammten Lohnsystems", und trotzdem das Gothaer Programm von 1875 „Abschaffung des Systems der Lohnarbeit" verlangt. Letztere Forderung ist übrigens im Erfurter Programm von 1891 ebenfalls ver-

Nun ist ja Herr Richter auch auf die von ihm verfaßten Zukunftsbilder zu sprechen gekommen. Er hat gesagt und sich gerühmt, mit der Verbreitung dieser seiner Broschüre und durch ihre Uebersetzung in verschiedene Sprachen habe er uns den internationalen Einfluß gebrochen. Ich weiß nicht, in wie viel Sprachen seine »Zukunftsbilder« übersetzt worden sind. Seinen »Zukunftsbildern« kann ich die Uebersetzung meines Buches »*Die Frau*« gegenüberstellen. Es ist bis zu diesem Augenblick in elf verschiedene Sprachen, zuletzt in's Griechische, übersetzt und erscheint nächstens in rumänischer und russischer Uebersetzung. (Hört! hört! rechts.) Ich habe Beispiele, daß z. B. ein einziges Exemplar meines Buches »Die Frau« von vierzig bis fünfzig und mehr Männern und Frauen gelesen worden ist. Das ist also der Unterschied. Ich kann wohl sagen, mein Buch »Die Frau« hat eine Revolutionirung der Geister gerade unter den deutschen Frauen hervorgerufen, wie noch nie ein Buch zuvor. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Das wird der socialdemokratischen Bewegung zu gute kommen. Wenn ich die Zuschriften, die ich aus angesehenen Frauenkreisen in den letzten Jahren bekommen habe, veröffentlichen wollte, könnte ich Bände füllen. Und das beweist mir, daß die Ideen, die auf diesem Gebiete von der Socialdemokratie gehegt und vertreten werden, in den Frauenkreisen, in welchen man die Ungerechtigkeit der heutigen Zustände und die untergeordnete Stellung, die heute die Frau als Geschlechtswesen wie als sociales Wesen einnimmt, empfindet, besonders getheilt werden. Sie erkennen, daß nur allein durch die Socialdemokratie sie zu ihrer vollen Gleichberechtigung und Freiheit in der Gesellschaft gelangen können. Wir sehen also, wie die Frauen mehr und mehr zur Socialdemokratie übergehen, — und, meine Herren, auf welcher Seite in der großen Bewegung der Gegenwart die Frau steht, da ist der Sieg; dessen seien Sie versichert! (Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.)

Nun die *Erziehungsfrage*. Die socialdemokratischen Kinder bekommen die Kleider, das Essen, die Wohnung geliefert; die Mutter hat gar nichts mehr mit ihnen zu thun. Meine Herren, wenn der Herr Richter sich doch nur in der heutigen Gesellschaft ein wenig umsehen wollte! Er war riesig erbost, als ich ihm am Samstag zurief, er sei nicht verheirathet. Ich habe das nicht gethan, um ihn zu foppen, sondern ich habe mit dem Zuruf nur sagen wollen: wären Sie Familienvater, wie Sie es nicht sind, dann würden Sie eine ganze Reihe von Einwänden, die Sie gemacht haben, gar nicht erheben. Wenn Sie alsdann einmal Ihre eigene Frau fragen wollten, ob sie es für eine große Annehmlichkeit hielte, von früh Morgens bis spät Abends etwa drei, vier, fünf Kinder beständig um sich herum haben zu müssen und zu pflegen, dann würde Ihre Frau sagen: ich würde meinem Schöpfer danken, wenn ich sie nur einen halben Tag in Händen wüßte, wo sie gut aufgehoben sind[1]). (Lebhafter Widerspruch. — Sehr wahr! bei den Socialdemokraten.)

---

schwunden. Warum? Doch wohl, weil die Majorität der socialdemokratischen Partei inzwischen sich dahin „entwickelt" oder „gemausert" hatte, diese Forderung für eine unsinnige zu halten.

[1]) Wenn das Kinderverwahren aber so furchtbar unangenehm ist, wird dann die socialdemokratische Gesellschaft auch genügend freiwillige Kinderwärterinnen finden? Oder tritt für diese „Function" ebenfalls eine „alternirende Verpflichtung" ein?

In den herrschenden Klassen wird das Familienleben immer mehr zerstört und zerfressen durch die Genußsucht, durch die Vergnügungssucht, die immer mehr zur Herrschaft kommt, während auf der andern Seite die Demoralisation der Proletarierfamilien herbeigeführt wird, weil Mann und Frau von früh bis spät in der Werkstatt, in der Fabrik zu thun haben und sich um die Kinder nicht bekümmern können.

Meine Herren, es war charakteristisch, sehr charakteristisch, als Herr Bachem aus der Schrift eines meiner Parteigenossen vorlas: in der künftigen Gesellschaft werde jede Familie ihre hübsche, freundliche Wohnung haben; da lachten Sie Alle. Ja, meine Herren, das halten Sie also schon für eine unausführbare, eine utopistische Forderung, für jede Familie eine freundliche Wohnung zu schaffen. Wie traurig ist es doch mit Ihrer Gesellschaft beschaffen, daß Sie nicht einmal diese Aussicht unsern Arbeitern gewähren können! Und wie außerordentlich traurig, aber auch wie charakteristisch, daß Sie das schon als eine Utopie betrachten, über die Sie lachen müssen! Meine Herren, ich sage Ihnen wieder: Sie haben sich in den letzten Tagen immer selbst ausgelacht. (Widerspruch. — Sehr gut! bei den Socialdemokraten.)

Nun komme ich zu Herrn Stöcker. Herr Stöcker sagte, wir hätten seiner Zeit das Gothaer Programm, wissend, daß es unrichtig sei, Jahre lang aufrecht erhalten und damit unsere eigenen Anhänger getäuscht. Meine Herren, wir haben öffentlich erklärt, daß das Gothaer Programm ein Compromiß=Programm war, daß ein Theil der damaligen vereinigten Parteien noch auf den alten Lassalle'schen Anschauungen stand, daß wir denen zu Liebe dieses Programm aufrecht erhalten haben, und daß, wenn das Socialistengesetz nicht gekommen wäre, dieses Programm nicht so lange existirt hätte, wie es existirte, sondern schon vor zwölf Jahren bereits aus der Welt geschafft worden wäre. Wir haben jeder Zeit das offen zugestanden und auch die Gründe, weshalb wir zur Aufstellung eines Programms kamen das nach unserer eigenen Auffassung mangelhaft war und deshalb später einem vollkommenern Programm weichen mußte.

Jede Partei, die existirt, hat das Recht, zu leben, und jede, die lebt, hat das Recht und die Pflicht, für ihre eigene Ausbreitung zu sorgen, und wenn wir für die unsere kämpfen, so kämpfen Sie doch für die Ihre! Wir werden schließlich sehen, wer am weitesten kommt.

Sind Sie nicht im Stande, uns gegenüber Ihre alte Machtstellung aufrecht zu erhalten, dann klagen Sie die Verhältnisse, die Entwickelung Ihrer Gesellschaft an, aber nicht uns, die wir ein Erzeugniß, eine Frucht dieser Entwickelung sind. Also weit entfernt, unserseits darüber ein Bedauern zu empfinden, darin ein Unglück zu sehen, erblicken wir darin einen großen Fortschritt in der Entwickelung, daß es so gekommen ist. Wir wollen damit nicht sagen: wir freuen uns, wenn der Liberalismus nichts mehr durchsetzen kann. Im Gegentheil, wir sind stets bereit, wenn Sie Ihre liberalen Anträge stellen, Sie zu unterstützen, und werden es auch ferner thun, weil wir die Ansicht haben, daß, *so lange die heutige bürgerliche Gesellschaft besteht, wir alles gutheißen und unterstützen müssen, das geeignet ist, diese Gesellschaft zu*

verbessern[1]) und sie ihrer höchsten Vollendung auch in politischer Beziehung zuzuführen. Da sehen Sie wieder die Objectivität unseres Standpunktes. Wir haben die Ueberzeugung, daß das von uns geschehen muß, weil die socialistische Gesellschaftsordnung nicht eher kommen kann, bis die bürgerliche Gesellschaft den Höhepunkt ihrer Entwickelung erreicht, sich ausgelebt hat. Deshalb unterstützen wir alles, was, von liberaler Seite ausgehend, dem Fortschritt und der Freiheit der Gesellschaft dient, heißen es gut und treten dafür ein. Aber alles das kann uns nicht abhalten, dafür zu sorgen, daß wir die Anhänger unserer eigenen Partei vermehren und zu vermehren suchen und damit wieder den Zeitpunkt beschleunigen, wo wir selbst zur Macht kommen und unsere letzten Ziele verwirklichen können. Gereicht diese Entwickelung dem liberalen Bürgerthum zum Schaden, — wir können das nicht ändern. Wir können die Erscheinungen, die mit dieser Entwickelung verbunden sind, von einem gewissen Standpunkte aus bedauern, — das ist alles. Und ich sage noch einmal: weit entfernt, daß der von Herrn Richter beklagte Vorgang in letzter Instanz ein Schaden, ein Uebelstand für unsere Gesellschaft ist, ist er ein Fortschritt, und so können wir getrost der Zukunft entgegensehen. Wollen Sie also weiter mit uns kämpfen, meine Herren, — wir sind bereit dazu: bei Philippi sehen wir uns wieder." (Lebhafter Beifall bei den Socialdemokraten.)

Präsident: Ich gebe das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Böttcher.

Abgeordneter Dr. Böttcher: Diejenigen, die hinter uns stehen im Lande, würden es nicht begreifen, daß, wenn alle übrigen Parteien hier das Wort ergriffen haben, wir unserseits uns allein schweigend verhielten[2]). Ueberdies ist ja die Frage, um die es sich hier handelt, die Ausgestaltung der socialistischen Zukunftsgesellschaft, zunächst angeregt worden durch meinen Freund Buhl, und wir schämen uns nicht — wie der Herr Vorredner gemeint hat, daß wir es thun sollten —, wir schämen uns nicht, diese Frage hier an Sie gestellt zu haben. Denn diese Frage war berechtigt schon um deswegen, weil Sie immer und immer wieder uns vorhalten, daß unsere Gesellschaftsordnung außer Stande sei, den vorhandenen Schäden Rechnung zu tragen und die Wünsche der Arbeiter in einem berechtigten Maße zu erfüllen. Sie halten uns immer von neuem vor daß lediglich Ihre socialdemokratische Zukunftsordnung diese Schäden alle heilen werde. Wenn nun dieser Vorwurf immer von neuem erhoben wird, dann allerdings war es unsere Pflicht, nun endlich einmal klipp und klar herauszufragen: wie haltet Ihr in Euerm Zukunftsstaat die Heilung für möglich? Und nicht allein unter diesem Gesichtspunkte war die Frage berechtigt, sondern auch deshalb, weil die Entwickelungstheorie, die Sie uns immer vorhalten, uns keinen Aufschluß zu geben vermag. Denn soweit Sie in der ganzen Menschheitsgeschichte zurückblicken, nie und nimmer hat es eine Culturstufe gegeben, auf der ein derartig umfassender Communismus

[1]) Trotzdem hat die socialdemokratische Partei einstimmig gegen die Krankenversicherung, gegen die Unfallversicherung, gegen die Alters- und Invaliditätsversicherung und gegen die Arbeiterschutzgesetzgebung gestimmt!
[2]) Redner gehört zur nationalliberalen Partei.

der Productionsmittel bestanden hätte, wie Sie ihn anstreben; nie und nimmer hat es eine Culturstufe mit einer derartig absoluten Gleichheit unter dem Mangel jeglicher Autorität gegeben, wie Sie sie anstreben. Meine Herren, das ist etwas so absolut Neues, daß kein Mensch, und beherrschte er die Geschichte bis in die tiefsten Tiefen, im Stande sein würde, sich ein klares Bild aus den Erfahrungen der Vergangenheit zu machen; und deshalb waren wir berechtigt, Sie zu fragen: wenn Ihr diesen Zukunftsstaat anstrebt, so steht uns Rede und Antwort, wie soll er beschaffen sein! (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Meine Herren, nicht aus Neugierde haben wir diese Frage gestellt, und noch viel weniger aus Angst, daß es uns vielleicht in Ihrem Zukunftsstaate nicht sonderlich gefallen würde. Nein, wir glauben nicht an diesen Zukunftsstaat und die socialistische Gesellschaft, wie Sie sie sich einbilden, wir glauben nicht daran; wir haben aber das Interesse, daß die Arbeiter, die durch Ihre Theorien verführt werden, endlich einmal klar sehen, daß Sie selbst nicht daran glauben, daß Sie selbst nicht im Stande sind, aufrecht zu erhalten, was Sie darüber früher sich gedacht haben, ja, daß Sie selbst sich wohl vorsehen für die Zukunft innerhalb unserer bürgerlichen Gesellschaft.

Nun aber, meine Herren, was thun Sie denn wirklich für das Glück des Arbeiters? Was hat sich in diesen drei Tagen herausgestellt? Auf die Frage nach dem Zukunftsstaat, auf die Frage: ist es möglich, daß mit Ihren Theorien ein derartiger Gesellschaftszustand durchgeführt werden kann, der schließlich das dem Arbeiter vorschwebende Bild der Glückseligkeit zur Verwirklichung bringt — auf diese Frage haben Sie absolut nichts zu antworten gewußt. Das ist das eine Resultat dieser Debatten.

Dann aber, meine Herren, was haben Sie auf der andern Seite zeigen können, was Sie wirklich zum Glück der Arbeiter gethan haben oder zu thun im Stande sind? Der Herr College Bebel hat des Langen und Breiten Vorwürfe gegen seine Partei widerlegt, Vorzüge, Absichten, Verdienste seiner Partei geschildert. Ich will Ihnen das eine Verdienst nicht abstreiten: durch die Thatsache Ihres Bestehens ist allerdings der übrigen Gesellschaft das Gewissen geschärft worden; das habe ich stets anerkannt.

Meine Herren, die bestehende Gesellschaft hat ihre Fehler, sie hat zu lange — das habe ich stets anerkannt — es versäumt, denjenigen Pflichten nachzukommen, welche die kolossale Umgestaltung der Productionsverhältnisse im Laufe dieses zu Ende gehenden Jahrhunderts ihr auferlegt hat. Meine Herren, da liegt allerdings ein Verdienst des Bestehens der socialdemokratischen Partei, aber auch nur ein Verdienst, soweit eben jedes Ding, und sei es das schlimmste, auch ein Mal sein Gutes haben kann. Die schlimme Wirkung Ihrer Agitation schlage ich viel größer an.

Meine Herren, was geschehen ist für die Arbeiter — und ich behaupte, es gibt keinen Staat in der heutigen Welt, der so viel für die Arbeiter gethan hätte durch seine Gesetzgebung, wie es das Deutsche Reich gethan hat — (Sehr richtig! links) was geschehen ist in dieser Richtung, das ist nicht *durch* Ihre Mitwirkung, sondern *gegen* Ihre Mitwirkung zu Stande gekommen. (Sehr richtig! links.)

Meine Herren, diese Zukunft, welche hier mit unserer socialpolitischen

Gesetzgebung angebrochen hat, diese Zukunft ist für die Arbeiter, für die wirkliche Befriedigung ihrer berechtigten Ansprüche eine außerordentlich viel aussichtsreichere als die Zukunft, welche Sie in Aussicht stellen. Nun, meine Herren, die Einsicht in diese Thatsache wird mehr und mehr in die Arbeiterkreise einziehen, davon bin ich fest überzeugt. (Lachen und Zurufe bei den Socialdemokraten.) — Ja gewiß, Herr Bebel, wir warten es Alle zusammen ab. Sie können auch noch so lange deduciren mit dem Fatalismus der Marx'schen Entwickelungstheorie, daß die ganze gegenwärtige Entwickelung auf Ihren socialistischen Zukunftsstaat hinausgeht, wer sagt Ihnen denn das? Es ist das wiederum einer Ihrer Widersprüche gegenüber Ihrer anderwärts vorgebrachten Theorie, daß man nicht ein Mal im Stande sei, für die nächsten Jahre zu prophezeien. Meine Herren, ob es dahin kommen wird, weiß ich nicht; kommt aber diese Revolution, dann sind Sie die ersten, welche sie verschlingt. Sie wollen die Revolution nicht, dazu sind Sie schon viel zu alt, viel zu bequem geworden, dazu leben Sie viel zu behaglich; aber die „Jungen", welche über Sie hinausgehen, — ob es denen gelingen wird, diesen unheilvollen Moment über unser Vaterland herbeizuführen, will ich dahingestellt sein lassen, da warte ich auch ab. Ich habe dann nur die feste Ueberzeugung, daß das Deutsche Reich stark genug sein wird, stark genug in seinen gesunden Elementen, um diese Gefahr zu überwinden.

Auf der andern Seite, meine Herren, werden diese Debatten aufweckend wirken auf die Vertreter der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung. Niemals seit langer Zeit haben wir die Tribünen in der Weise überfüllt gesehen, wie es jetzt der Fall ist, und draußen im Lande ist seit langer Zeit nicht die Aufmerksamkeit auf dieses Haus so gerichtet gewesen, wie in diesen Tagen, aus dem einfachen Grunde, weil man überall ein Interesse daran hat, die Socialdemokratie ein Mal voll und ganz in ihrer wirklichen Gestalt zu sehen. Das Ende ist gewesen, daß Sie mit absolut nackten Händen der Zukunft gegenüberstehen. (Lachen links.) Nun, diese Ueberzeugung wird dem deutschen Bürgerthum um so mehr die Verpflichtung auferlegen, den Arbeiter aufzuklären. Ja, meine Herren, nicht nur Sie, auch wir wollen ihn aufklären. Der Unterschied ist nur, daß Sie auf die niedrigsten Triebe speculiren, wir unserseits aber ihn auch sittlich heben wollen.

Wenn der Herr College Bebel von der Angst des Bürgerthums gesprochen hat — ach, Herr College Bebel, das glauben Sie wieder selbst nicht! Auf dem Berliner socialdemokratischen Parteitag haben Sie den Genossen erklärt, die Bourgeoisie sei viel, viel widerstandsfähiger, als man gemeinhin in socialdemokratischen Kreisen denkt. Zu dieser Erkenntniß ist Herr Bebel in den letzten Jahren gekommen, wie auch zu der Erkenntniß, daß die gegenwärtige Staats- und Gesellschaftsordnung eigentlich doch die schönste wäre, die man jemals gehabt hätte. Nun, meine Herren, und Herr College Bebel insbesondere, entwickeln Sie sich in Zukunft noch so weiter, vielleicht kommen Sie dann auch noch zu der Erkenntniß, daß selbst für den Arbeiter nach Ihrer Vorstellung innerhalb des gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftszustandes doch besser hausen ist als in einem höchst zweifelhaften Wolkenkukuksheim, über das Sie uns absolut keine Nachricht zu geben wissen.

Wir unserseits sind der Ueberzeugung, daß in diesen Tagen über Ihre Art der Agitation, über Ihre Art der Vorspiegelung von Zukunftsbildern, die nicht verwirklicht werden können, ein scharfes Gericht hier gehalten worden ist; und, meine Herren, das Gericht draußen im Lande wird nicht ausbleiben." (Lebhaftes Bravo.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete von Koscielski.

Abgeordneter **von Koscielski**: „Meine Herren, es ist gar nicht meine Absicht gewesen, mich an der Debatte zu betheiligen, und wenn ich mich sozusagen vor Thoresschluß noch dazu entschlossen habe, das Wort zu verlangen, so geschieht das aus der Furcht heraus, daß, nachdem sämmtliche Parteien des Hauses bereits zu dieser eigentlich nur akademischen Erörterung, die wir hier pflegen, Stellung genommen haben, das Schweigen meiner Fraction[1]) falsch gedeutet werden könnte. Es könnte vielleicht dahin gedeutet werden, daß wir den Gefahren, die die socialdemokratischen Umtriebe bergen, und den Bemühungen, denselben zu steuern, theilnahmslos gegenüberstehen, und diese Deutung würde ich von meinem Standpunkte aus höchst bedauerlich finden.

Nun, meine Herren, komme ich zu dem eigentlichen Zweck meiner Ausführungen. Ich will nämlich auch kurz, wie es jetzt die späte Stunde mit sich bringt, constatiren, daß wir, die wir hier in diesem Hause die polnische Bevölkerung zu vertreten haben, in der Lage sind, eine Bevölkerung zu vertreten, die, wie es notorisch und von allen Seiten anerkannt ist, noch am allerwenigsten von den socialdemokratischen Bestrebungen und Tendenzen inficirt worden ist. (Zuruf.) — Warten wir nur ab! Ich bin Ihnen sehr dankbar, Herr Singer, daß Sie darauf gekommen sind, ich würde auch selbst darauf gekommen sein. — Ich meine, daß das, was Sie bis jetzt an Fortschritten gemacht haben, bitterwenig ist und sich nur auf einzelne jugendliche Arbeiter erstreckt, und zwar vorzugsweise auf diejenigen, die der Heimath den Rücken gekehrt haben. Das wollte ich betont haben. Jung und in der Ferne weilend, sind die polnischen Arbeiter eine wirksame Beute Ihrer Theorieen; älter und seßhaft geworden, kehren sie wieder zu den gesunden Traditionen ihres Volkes zurück. Und das, meine Herren, kommt daher, daß dem polnischen Volksstamme, den wir hier vertreten, vor allen Dingen in seiner Seele im höchsten Grade zwei Ideale fest eingewurzelt sind, die beide vor der socialdemokratischen Taufe abgeschworen werden müssen: das ist der religiöse positive Glaube und die Vaterlandsliebe. Das sind die beiden Waffen, mit denen wir auch zu Hause Ihre Theorieen bekämpfen. Leider können wir das nicht so ergiebig thun, wie wir es möchten, weil uns in dieser Beziehung die Waffen aus der Hand entwunden werden, von der preußischen Regierung unter anderm, die ja bestrebt ist, gerade in dieser Richtung alles aufzubieten, um diese Waffen, die einzigen, die wir haben, schartig zu machen. — Ja, Herr Colmar, Sie mögen mit der Hand winken, so viel Sie wollen, das ist Thatsache: würde man uns nicht diese Waffen aus der Hand winden eines imaginairen Zieles wegen, so würden wir viel eher gegen die socialdemokratischen Bestrebungen thatsächlich auftreten können.

[1]) Redner gehört zur polnischen Fraction.

Meine Herren, ich will das natürlich von diesem Platze aus und in dieser vorgerückten Stunde nicht näher erörtern, sondern nur bemerken, daß die Herrn Socialdemokraten selbst sich dessen sehr wohl bewußt sind, daß sie von den Fehlern, die auf der andern Seite begangen werden, profitiren können, und daß sie das auch nach jeder Richtung hin thun.

Einer der namhaften Führer der Socialdemokraten hat mir einmal persönlich gesagt, daß es eine lohnende Aufgabe für die Socialdemokratie sei, gerade die polnischen Arbeiter für sich zu gewinnen, weil, wenn die Stunde der That schlage, das lebhaftere polnische Temperament dazu angethan sei, den besonnenern deutschen Michel davon abzubringen, Grübeleien nachzuhängen und abzuwarten, und daß es ihn dazu bringen werde, zur frischen, blutigen That überzugehen. Aus diesem Bestreben heraus haben die Herren Socialdemokraten eine polnische Arbeiterzeitung gegründet; sie wenden sich zu den polnischen Arbeitern in polnischer Sprache, und das ist von Ihrem Standpunkt aus ja gewiß das Richtige. Sie haben auch ihre Agenten entsandt, und beides, das geschriebene wie das lebendige Wort, wirkt immens und vorzugsweise da, wo die kirchliche und elterliche Autorität durch alle möglichen andern Momente untergraben worden sind.

Meine Herren, das mußte ich vorausschicken, weil das den ganzen Kampf, den wir privatim gegen die Socialdemokratie führen, mit bedingt; und das bringt es mit sich, daß die Schwierigkeiten, die wir auf diesem Gebiete finden, uns nicht von socialdemokratischer, sondern von ganz anderer Seite kommen, von der wir sie nicht erwartet hätten. Das, was man in Regierungskreisen und auch in andern autoritativen Kreisen polnische Agitation nennt, ist im jetzigen Stadium nichts weiter als eine Brustwehr gegen die socialdemokratischen Bestrebungen der Gegenwart, und es ist meiner Ansicht nach thöricht, eine Brustwehr zu zerstören, auf deren Platz man nichts anderes zu setzen hat.

Meine Herren, das Vorhandensein socialdemokratischer Tendenzen im Staate muß nothwendig dazu führen, eine Menge alter Ueberlieferungen über den Haufen zu werfen, und dazu gehören in erster Linie die Bestrebungen, einen Theil der Staatsbürger zu entnationalisiren. Diesen Luxus durfte man sich vielleicht ein paar Jahrzehnte früher erlauben, obgleich er ethisch niemals berechtigt gewesen ist; aber in diesem Augenblicke daran festzuhalten, ist Wahnwitz, denn man fördert dadurch dasjenige, was viel gefährlicher ist, als alle nationalen Strömungen und nationalen Gegensätze: man fördert die sociale Zerrüttung.

Meine Herren, wenn ich gesagt habe, daß ich einem Volksstamm angehöre, welcher in dem positiven Glauben und in der Vaterlandsliebe eine feste Abwehr gegen die socialdemokratischen Bestrebungen besitzt, so muß ich dazu sagen, daß es gerade die beiden schwersten Vorwürfe sind, die wir unserseits den Socialdemokraten machen, daß sie keinen Gott und kein Vaterland gelten lassen. Aber so schwer diese Vorwürfe auch sind, so würde ich für meinen Theil, wenn ich zum Richter bestellt wäre über die Irreligiosität und den Mangel an Patriotismus bei den Socialdemokraten, denselben doch unbedingt mildernde Umstände bewilligen.

Meine Herren, sind es denn die Socialdemokraten, die als die Ersten an diesen Grundfesten des modernen Staates gerüttelt haben? Oder wird nicht tagtäglich von allen Seiten daran gerüttelt? Ich verweise nur darauf,

daß auf jeden Schritt und Tritt, sei es in confessionellen Verfolgungen, wie sie leider in letzter Zeit vorgekommen sind, sei es in der gesammten Presse und Litteratur, in einem beträchtlichen Theil der Wissenschaft, ja in unserm parteipolitischen Hader hier in diesem hohen Hause — überall wird an dieser Autorität gerüttelt, und es ist kein Wunder, daß dann der ungebildete Mann, der Mann, der die Sache oberflächlich zu betrachten genöthigt ist, die Ursache für die Wirkung nimmt, und daß er dem Glauben, der positiven Religion entfremdet wird. Meine Herren, der Herr Abg. Hitze hat ganz recht gehabt, wenn er sagte, daß der Haß gegen die Religion innerhalb der socialdemokratischen Partei größer wäre als der Enthusiasmus für den Zukunftsstaat; das ist ganz richtig! Aber eben so richtig ist, daß dieser Haß nicht von den Socialdemokraten gezeitigt wurde, daß sie nur Vorgefundenes sich angeeignet haben. Denn der alte Ruf: écrasez l'infâme! ist nicht socialistischen Ursprungs.

Meine Herren, es wäre interessant, noch Manches anzuführen; bei dieser späten Zeit will ich aber davon Abstand nehmen. Ich resumire mich dahin: wir Polen hier im Reichstage und außerhalb verdammen die socialdemokratischen Irrlehren und sind bereit, sie mit allen Mitteln zu bekämpfen, — natürlich mit Ausnahme von Ausnahmegesetzen, gegen die wir stets eingetreten sind, und für die wir nicht zu haben sind; wir bedauern, daß uns in der Heimath die Hände gebunden sind, den Kampf mit Erfolg zu führen; und endlich sprechen wir die Hoffnung aus, daß, wenn wir hier einmüthig für alles eintreten, was die Größe, Würde, Wehrkraft des Reiches erheischt, dann diese Einmüthigkeit dazu beitragen wird, die Socialdemokraten davon zu überzeugen, daß auch innerhalb des Rahmens der alten Gesellschaft, des alten Staats, der alten Ordnung sich Tüchtiges, Großes und Gutes leisten läßt. (Beifall bei den Polen und rechts.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Dr. Bachem.

Abg. **Dr. Bachem:** Meine Herren, ich brauche das Haus nicht daran zu erinnern, wie diese Debatte über den Zukunftsstaat sich entwickelt hat. Ich habe an den Herrn Collegen Bebel gewisse Fragen gestellt über diesen Zukunftsstaat, nachdem die Herren von der socialdemokratischen Partei die manchfaltigsten Vorwürfe gegen unsere heutige Staatsordnung erhoben hatten. Das ganze Haus wird mir bezeugen, daß der Herr College Bebel eine Antwort auf die Frage nicht gegeben hat (Lebhafter Beifall — Widerspruch bei den Socialdemokraten), und ich glaube mich daher berechtigt, anzunehmen, daß er sie nicht geben kann. Der Herr College Bebel ist vielmehr in seiner Antwort heute wie am Freitag ausschließlich wiederum nach dem alten Grundsatz seiner Partei verfahren, der in einer Resolution des St. Galler Parteitages niedergelegt ist und lautet:

> Wie bisher, ist das Hauptgewicht auf die kritische und agitatorische Seite zu legen. (Hört! hört!)

Er hat diese Debatte zu einer bittern Kritik unserer Gesellschaftsordnung, wie wir sie von ihm gewöhnt sind, zu einer Agitation gegen die bestehende Rechtsordnung benutzt. Aber einen positiven Beitrag zur Hebung derjenigen Uebelstände, die er tadelt, hat er nicht gegeben. Einer sachlichen Auseinandersetzung über seinen Zukunftsstaat ist er ausgewichen und glaubt

meine Fragen mit Angriffen auf die bestehende Ordnung aus der Welt geschafft zu haben. (Sehr richtig!) Agitiren, kritisiren, discreditiren — das war die Signatur der Rede des Herrn Collegen Bebel. (Lebhafte Zustimmung.) Das ist nicht nur die Methode, mit der die Herren Socialdemokraten kämpfen, sondern das ist auch das Wesen ihrer Politik. Denn daß die socialdemokratische Politik kein klares positives Ziel hat, nach dem sie strebt, hat die jetzige Debatte zur völligen Klarheit gezeigt. (Sehr richtig!)

Auf meine Frage nach dem Zukunftsstaat hat der Herr College Bebel zunächst geantwortet: »Wir wollen ja gar keinen Zukunftsstaat«. Meine Herren, das ist nichts als ein leeres Spiel mit Worten. Der Herr College Bebel hat zur Begründung seines Satzes behauptet, daß »die heutige Gesellschaft ihrem ganzen Wesen nach umgestaltet werden muß«; er hat dann ferner ausgeführt, daß »in letzter Entwickelung für den Socialismus es sich gar nicht mehr um irgend einen Staat handelt, sondern gerade um die Aufhebung des Staates, um die Schaffung einer Organisation der Verwaltung, der nichts obliegt als die Leitung von Productions- und Austauschprocessen, also einer Organisation, die mit dem heutigen Staate nichts mehr zu thun hat«, daß es sich »nicht um den socialdemokratischen Zukunftsstaat, sondern um etwas ganz anderes, um eine socialistische Gesellschafts-Organisation handelt«. Meine Herren, Sie sehen: ein Fechterkunststück! Er sagt einfach: Wir wollen keinen Staat, sondern eine Ordnung, die nicht Staat ist und die mit dem heutigen Staate nichts zu thun hat. Nun, Herr College Bebel, dann formuliren wir jetzt die Frage anders, ich frage nicht mehr: wie sieht es in Ihrem socialdemokratischen Zukunftsstaate aus? — sondern ich wünsche von Ihnen Auskunft (Ach! bei den Socialdemokraten) über die socialistische Gesellschaftsordnung, die Sie anstreben, über diejenige »Ordnung der Verwaltung, der die Leitung der Productions- und Austauschprocesse obliegt« (Sehr gut!), die Sie, wenn Ihr Programm durchgeht, doch nothwendig verwirklichen müssen. Die Frage ist allerdings ihrer Tragweite nach genau dieselbe wie die frühere, und ich zweifele nicht, auch die Antwort wird dieselbe sein. (Sehr gut!) Sie wird darin bestehen, daß Sie sich ausschweigen.

Ich muß sodann mit einem Worte noch auf das Werk des Herrn Collegen Bebel zurückkommen »Unsere Ziele«. Ich habe am vorigen Freitag Ihnen mitgetheilt, daß in diesem Werke der Satz enthalten ist:

> In der Zeit der Action ist es zu spät zu theoretischen Discussionen. Der Plan des Zukunftsstaates muß bereits vor der Action in allen Theilen ausgearbeitet und fertig sein.

Das Werk ist im Jahre 1869 geschrieben. Damals, im Jahre 1869, war also der Herr College Bebel der Ansicht, daß ein socialdemokratischer »Zukunfsstaat« anzustreben sei, und daß man den Plan dieses Zukunftsstaates bis in alle Einzelheiten fertig haben müßte, ehe die Action losgehe [1]).

Danach hat denn der Herr College Bebel im Verfolg eines „Entwickelungsprocesses«, der mit ihm selbst vorgegangen ist, erkannt, daß diese

---

[1]) Vergl. hierzu auch die Bemerkungen zu der betreffenden Stelle in der Rede Bebel's.

Theorie nicht haltbar sei, daß erstens kein Zukunftsstaat anzustreben sei, und daß zweitens es gar nicht nöthig sei, ein detaillirtes Programm für diesen Zukunftsstaat bereit zu haben. Trotzdem hat er im Jahre 1886 dieses Werk ohne Aenderung der angeführten Stelle nochmals veröffentlicht. (Hört! hört!) Er hat uns aus der Vorrede zu diesem Werke eine Stelle mitgetheilt, die mir nicht bekannt war, aber, ich muß sagen, die mich überrascht hat. Er hat uns mitgetheilt, daß er in der Vorrede zu diesem Werk selbst ausgeführt habe, er veröffentliche auf Wunsch nochmals diese Schrift aus dem Grunde, weil es einen gewissen agitatorischen Werth habe. Ja, meine Herren, das ist die Hauptsache bei dem »Zukunftsstaat«: der agitatorische Werth! Der »Zukunftsstaat« hat einen agitatorischen Werth und weiter nichts. Nur zum Agitiren haben Sie diese Theorie benutzt, und dazu benutzen Sie sie heute noch. Wenn Sie genug mit derselben agitirt haben und sind dann unter vier Augen, dann lachen Sie sich gegenseitig an, wie die römischen Auguren, die auch das Volk betrogen. (Sehr gut!)

Damit sind aber meine Fragen in Bezug auf die zukünftige »socialistische Gesellschaftsordnung« nicht erledigt. Ich gestatte mir hier noch einmal kurz diese Fragen zu präcisiren; also ich frage nicht mehr nach dem socialistischen Zukunftsstaat, sondern nach den socialistischen Gesellschaftsordnungen. Also, Herr College Bebel und meine Herren von der socialdemokratischen Partei, wie werden Sie es auf dem Boden Ihrer zukünftigen socialdemokratischen Zukunftsgesellschaft halten, um die Ordner zu bestellen, welche die Fabriken und die Bergwerke leiten, welche die Production, die Consumtion und die Distribution regeln, welche die Statistiken aufstellen, um zu berechnen, was producirt werden müsse, was consumirt werden dürfe, wie die Distribution in der besten Weise zu machen sei? Werden sie von den Arbeitern der einzelnen Fabrik oder des einzelnen Bergwerks gewählt? Oder werden sie von der Gemeinde gewählt? Oder werden sie von der gesammten socialistischen Gesellschaft gewählt? Alterniren diese Aemter unter Allen, oder wie soll es gemacht werden, daß nur die Fähigen zu diesen Aemtern berufen werden?

Der Herr College Bebel ist der Ansicht, daß bei der socialistischen Gesellschaftsordnung man auskomme auch ohne Autorität. Ich frage also weiter: Wie werden bei dieser Ordnung die Ordner ohne Autorität auskommen? Wie werden sie die Ordnung in den Bergwerken und Fabriken, wie werden sie den Betrieb selbst ohne Autorität aufrecht erhalten können? Wie werden sie sich Gehorsam verschaffen, wenn ihnen der freiwillige Gehorsam verweigert wird? Wie werden sie in ihren Betrieben ein Abwechseln der angenehmen und weniger angenehmen Arbeiten durchführen können, ohne die Productivität der Arbeit zu schädigen?

Ich frage sodann drittens: Wie werden Sie es alsdann anstellen, um die widerstrebenden Elemente niederzuhalten? Denn Sie werden doch selbst nicht behaupten, daß derartige widerstrebende Elemente unter Ihrer Gesellschaftsordnung fehlen werden. Sie wollen keine Justiz haben; Sie haben ausgeführt, daß es weder Rechtsanwälte noch Richter geben werde, und das entspricht auch durchaus der Theorie, welche Sie und Ihre Parteigenossen bisher vertraten. Wie machen Sie es also, wenn Sie die Herrschaft haben, um ohne Justiz und ohne Autorität die Leute zum Ge-

horsam anzuhalten, und die widerstrebenden Elemente mit den Verhältnissen auszusöhnen?

Das ist der Schwerpunkt unserer Fragen, die wir beantwortet wissen wollen. Können Sie diese Fragen nicht beantworten, so ist es ebenso unberechtigt, einen socialdemokratischen Zukunftsstaat anzustreben als eine socialistische Gesellschaftsordnung, wie Sie jetzt dasjenige nennen, was Sie wollen.

Meine Herren, ich constatire als das Ergebniß dieser langen Debatte: es ist zunächst nicht mehr von dem Zukunftsstaat die Rede gewesen, es ist vielmehr offen ausgesprochen worden, daß man nicht in der Lage sei, ein genaues Bild der geträumten Zukunftszustände zu geben; es ist dann aber auch nicht mehr die Rede gewesen von einer Revolution, mit welcher die socialistische Gesellschaftsordnung eingeführt werden soll; es ist nicht mehr davon die Rede gewesen, daß man mit einem einfachen Decret feststellen könne: von morgen Mittag 12 Uhr an beginnt der socialdemokratische Staat; — und es ist endlich mit keinem Worte mehr die Rede gewesen von dem bevorstehenden »großen Kladderadatsch«[1]).

Herr College Bebel, Sie haben heute gesagt, daß Sie »keinen Grund hätten, irgend etwas zu verhehlen, was Sie denken und was Sie wollen« Ich nehme also an, daß Sie heute alles gesagt haben, was Sie heute wollen. Wenn Sie also ehrlich sind, wollen Sie heute die Revolution nicht mehr, sondern Sie haben eingesehen, daß die Revolution Ihnen nicht dienen kann. Das würde stimmen mit derjenigen Theorie, welche Sie allein heute noch aufrecht erhalten haben, nämlich mit der Theorie der gesellschaftlichen Entwickelung. Wie aus der feudalen Gesellschaft die bürgerliche, so werde aus der bürgerlichen die socialistische Gesellschaft sich entwickeln. Nach dem Herrn Collegen Frohme wird die socialistische Gesellschaft eine »naturnothwendige Entwickelung«, nichts als ein »Product der organischen Evolution« sein. Sie selber haben sodann gesagt, daß Sie »diesen ganzen gesellschaftlichen Entwickelungsgang nicht künstlich beschleunigen können und nicht künstlich beschleunigen wollen«[2]). Das bedeutet den ausdrücklichen Verzicht auf die Revolution. Sie wollen also fortan eine Evolution ohne Revolution. Das nagele ich hiermit fest. Wenn Ihnen also Ihre Haltung in dieser Debatte ernst war, dann haben Sie in diesem Augenblick aufgehört, eine revolutionaire Partei zu sein, dann sind Sie von jetzt an nichts anderes, als eine radicale bürgerliche Partei, dann unterscheiden Sie sich in nichts mehr von den Herren, die links von Ihnen sitzen, von der Volkspartei, und dann steht nichts mehr im Wege, daß Sie sich als linker Flügel der süddeutschen Volkspartei constituiren. (Sehr richtig!)

Herr College Bebel, wenn Sie also die Revolution nicht mehr wollen, dann wird es auch keinen Sinn mehr haben, daß Sie Ihre bisherige Haltung gegenüber unsern socialreformatorischen Bestrebungen aufrecht erhalten. Ich habe Ihnen schon vorgehalten, daß Sie gegen die Krankenversicherung, gegen die Unfallversicherung, gegen die Alters- und

---

[1]) Vergl. die socialdemokratischen Belegstellen hierzu in der Rede des Abg. Dr. Bachem vom 3. Febr.

[2]) Ganz ebenso der Abg. Frohme. Vergl. dessen Rede.

Invaliditäts-Versicherung und gegen die Arbeiterschutz-Gesetzgebung gestimmt haben. Warum haben Sie das gethan? Der Zweck dieser Haltung ist niemals unklar gewesen: weil Sie keine Besserung der Verhältnisse der deutschen Arbeiter auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsverhältnisse haben wollten, weil Sie dieselben in proletarischen Verhältnissen halten wollen, und weil Sie ja alles beförderten, um die proletarische Entwickelung zu fördern, — alles aus dem Gesichtspunkte, daß nur Proletarier in schlechtester wirthschaftlicher Lage gewillt sind, Revolution zu machen. Wenn Sie also die Revolution nicht mehr wollen, dann hat es gar keinen Sinn mehr, gegen unsere socialen Reformgesetze zu stimmen, dann werden Sie richtiger handeln, wenn Sie an den Reformen auf dem Boden unserer heutigen Gesellschaftsordnung mitarbeiten, wenn Sie Anträge stellen, um den socialistischen Entwickelungsgang, den Sie voraussehen und wünschen, zu beschleunigen. Bringen Sie uns derartige Gesetzentwürfe, dann werden wir sachlich mit Ihnen discutiren und vielleicht uns darüber verständigen. (Zwischenruf bei den Socialdemokraten.) — Ja, meine Herren, ich bitte Sie, uns doch eben so ruhig anzuhören, wie wir den Herrn Bebel angehört haben. Wir wünschen einen Nutzen aus dieser Debatte zu ziehen; den werden wir aber nicht haben, wenn Sie in derartig leidenschaftlicher Weise durch Zwischenrufe antworten. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abg. Bachem, wenn Sie nicht immer die Herren direct anreden wollten! (Heiterkeit.)

Abg. Dr. **Bachem:** Ich constatire dann ferner, daß in diesen ganzen Debatten nicht mehr die Rede davon gewesen ist, daß diejenige Evolution, welche zu den socialdemokratischen Zuständen führen soll, in irgendwie absehbarer oder baldiger Zeit eintreten werde. Ich habe Ihne am Freitag mitgetheilt, daß von autoritativer Seite in der socialdemokratischen Partei prophezeit worden ist, daß noch in diesem Jahrzehnt die sociale Evolution kommen werde, oder daß im Jahre 1898 der große Kladderadatsch zu erwarten sei, oder daß Alle, die damals, als der Herr Abg. Bebel diese Worte sprach, im Saale anwesend waren, dieselbe noch erleben würden [1]). Davon ist heute keine Rede mehr gewesen, sondern nur davon, daß Sie die »Entwickelung ruhig abwarten«, und daß bis zu der socialistischen Entwickelung noch eine sehr lange Zeit vergehen könne. Keiner von Ihnen hat mehr gewagt, die sociale Revolution für eine nahe Zukunft vorherzusagen. Dem gegenüber bedauere ich im höchsten Maße, feststellen zu müssen, daß bisher im Lande in tausenden und abertausenden socialistischen Versammlungen die Arbeiter gerade mit dieser Hoffnung fanatisirt worden sind, und daß bisher diese Hoffnung von officieller Seite Ihrer Partei unablässig genährt worden ist. (Sehr richtig!) Auch dieses Mittel war Ihnen nur ein Agitationsmittel; es ist Ihnen nicht ernst gemeint gewesen. Es war Ihnen nichts als ein Mittel, um durch die fanatisirten Arbeitermassen zu politischer Macht zu gelangen. (Zuruf von den Socialdemokraten: Das zieht nicht!) — Herr College Bebel, ob das zieht oder nicht, das werden wir abzuwarten haben. (Glocke des Präsidenten.)

---

[1]) Vgl. die betr. Stellen in der Rede des Abg. Dr. Bachem vom 3. Febr.

Präsident: Ich bitte nochmals darum, daß Sie nicht immer geschäftsordnungswidrig zu einzelnen Abgeordneten sprechen. (Zurufe.)

Abg. Dr. **Bachem:** Jedenfalls, ob das zieht oder nicht, — wir werden in nachhaltigster Arbeit nicht nachlassen, das deutsche Volk aufzuklären über die Natur Ihrer Agitation und über das Wesen derjenigen Versprechungen und Verheißungen, welche Sie ihm machen. Herr College Frohme hat in der vorigen Woche gesagt, daß es Ihr alleiniges Bestreben sei, den deutschen Arbeiter aufzuklären durch »Verbreitung der Erkenntniß der gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustände und des gesellschaftlichen Zusammenhangs«. Bedarf es dazu solcher innerlich unwahrer Mittel? Nach dem Herrn Collegen Bebel haben Sie »heute nichts weiter mehr zu thun, als dafür zu sorgen, daß die Massen über das Wesen und die Natur der bürgerlichen Gesellschaft aufgeklärt werden«. Ja, wenn Sie weiter nichts thäten! Sie behaupten, daß das genüge, um die Arbeiter in Ihr Fahrwasser zu bringen. Nach den Erfahrungen, die ich gemacht habe, nach zahllosen Versammlungsberichten, die ich gelesen und mündlich bekommen habe, wiederhole ich eine energische Bezweiflung. Wenn Sie nur das gethan hätten, wären Sie nicht annähernd da, wo sie heute sind; wenn Sie keinen socialdemokratischen Zukunftsstaat, wenn Sie nicht die Revolution, wenn Sie nicht das alsbaldige und sofortige, für Alle noch zu erlebende Eintreten der socialistischen Entwickelung gepredigt hätten, wenn Sie nicht in erster Linie gerade diese auf Täuschung beruhenden Mittel, die Sie heute nicht mehr haben aufrecht erhalten können, forcirt hätten, dann hätten Sie nicht annähernd — — (Zuruf bei den Socialdemokraten. — Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abg. Singer, ich bitte, nicht zu sprechen, wenn Sie nicht das Wort haben.

Abg. Dr. **Bachem:** — — die Hunderttausende von Arbeitern hinter sich bekommen, die, leider Gottes! jetzt ohne klares Verständniß, lediglich aus dem Gefühl einer allgemeiner Unzufriedenheit und Unbefriedigtheit heraus hinter Ihnen herlaufen.

Was ist die Wahrheit über eine derartige Politik? »Sie zogen an die dreißig Jahr, herauf und herab und quer und krumm, Ihre Schüler an der Nase herum!« (Sehr richtig!)

Ich komme zu einem weitern Mittel Ihrer Agitation. Ich kann auch darauf nur ganz kurz eingehen. Sie haben hier wieder mit einem Pathos, das einer bessern Sache würdig wäre, alle unsere Ausführungen mit den Prädicaten »maßlos, oberflächlich und platt, ungeheuer leichtsinnig, dürftig« und ähnlichen Kraftausdrücken belegt [1]). (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) »Sehr richtig!« rufen Sie. Jawohl, was *wir* sagen, das ist *ungeheuer oberflächlich, leichtsinnig, dürftig*; was aber *Sie* sagen, ist immer und allemal tiefsinnig und vor allem *wissenschaftlich*! (Bravo und Heiterkeit.) Gerade so arbeiten Sie auch in den socialdemokratischen Versammlungen im Lande, wo 20- bis 25jährige

---

[1]) So der Abg. Bebel in seiner Rede am 3. Febr. Aehnlich der Abg. Frohme am 4. Febr. und später der Abg. Liebknecht am 7. Februar.

junge Leute, die alle nur elementare Schulbildung genossen haben, vor Ihnen sitzen. Jeder Socialdemokrat von 20 bis 25 Jahren ist Ihnen ein wissenschaftlicher Geist, und Sie schlagen ihm so lange das Weihrauchfaß der Wissenschaftlichkeit um den Kopf, bis er an seine eigene Wissenschaftlichkeit glaubt und in diesem Taumel Ihnen blindlings folgt. Ueber alle Wissenschaften hört man in Ihren Versammlungen, über »Philosophie, Jurisprudenz und Medicin und leider auch Theologie«. (Heiterkeit.) Es ist meist das tollste Zeug, aber immer noch »wissenschaftlich« aus dem einzigen Grunde, weil es socialdemokratisch ist. Alles aber, was gegen Sie gesagt wird, das ist unwissenschaftlich von vornherein. Wer eine vorwitzige Frage thut, die Sie nicht beantworten können, ist ein »dogmatischer Dickkopf«, wie der Herr Abgeordnete Liebknecht gesagt hat; wer nicht an Ihre socialistische Weltordnung glaubt, ist ein Mensch, der niemals denken gelernt hat, der nie auf die Höhe der Wissenschaft kommt.

Aber auch mit dieser »Wissenschaftlichkeit« hantiren Sie nur, wenn es Ihnen paßt. Der Herr College Bebel hat auf dem socialdemokratischen Parteitage in Berlin im vorigen Jahre eine Ansicht ausgesprochen, die mit dieser Hochhaltung der Wissenschaftlichkeit in einem sehr merkwürdigen Widerspruch steht. Er hat gesagt:

> Es ist nicht nöthig, daß jeder Socialdemokrat das Programm versteht, sondern er braucht es nur anzuerkennen.

(Große Heiterkeit.) Wenn jeder Socialdemokrat das socialdemokratische Parteiprogramm nicht nur anerkennen, sondern auch verstehen müßte, so wäre erst die Zahl Ihrer Anhänger ganz außerordentlich klein. (Sehr richtig!)

In seiner »Frau« hat auch der Herr College Bebel die Trommel der »Wissenschaftlichkeit« gerührt. Er hat dort in fetten Buchstaben drucken lassen:

> Der Socialismus ist die mit klarem Bewußtsein und voller Erkenntniß auf alle Gebiete der menschlichen Thätigkeit angewandte Wissenschaft [1]).

Er ist also die reine angewandte Wissenschaft und nichts mehr, — nicht eine Agitation, nicht eine Parteirichtung, nicht eine Untergrabung der heutigen Gesellschaftsordnung. Er ist nichts wie Wissenschaft! Wer nicht zu ihm schwört, der ist ein Mensch, der in's vorige Jahrhundert gehört, ein Dummkopf; es wäre besser, man nähme ihm den Kopf weg, wenn er von seinem Verstand keinen bessern Gebrauch macht. — Ich will über diesen Punkt nicht lange mit Ihnen rechten, nachdem einer Ihrer frühern Parteigenossen über denselben außerordentlich scharf mit Ihnen in's Gebet gegangen ist. Sie werden wohl die Schrift von Benedict Friedländer kennen — (Zustimmung links) über den »freiheitlichen Socialismus« [2]).

---

[1]) So Bebel, „Die Frau", achte Auflage. S. 204.

[2]) „Der freiheitliche Socialismus im Gegensatz zum Staatsknechtsthum der Marxisten." Von Dr. Benedict Friedländer. Freie Verlagsanstalt Berlin 1892. In Commission: O. Harnisch, Yorkstr. Nr. 43. 115 S. Diese an Dühring's „antikratisch-socialitäres System" anknüpfende, keineswegs unbedeutende und für den Geist, aus dem die Opposition gegen die officielle socialdemokratische Clique stets

Sie rührt her von einem Manne, der sich selber als früherer Social=demokrat und, wenn ich nicht irre, als jetziger Antianarchist bekennt. Dieser Mann zählt sich selbst zu den »Jüngsten«. Er hält Ihnen vor, welche Tyrannei jetzt schon in Ihrer Partei ist, und welche unglaubliche Tyrannei in Ihrer Partei sein wird, wenn Sie erst einmal die Herrschaft erlangt haben. Dieser Mann spricht auch über die Wissenschaftlichkeit in Ihrer Partei. Lesen Sie einmal die Schrift nach; nicht einmal Engels und Marx erkennt dieser Mann als »wissenschaftlich« an. Mit einer Schärfe sondergleichen bestreitet dieser Mann Ihnen die Gelehrsamkeit. Danach würde es gewiß nicht unberechtigt sein, wenn ich hier die Gelehrsamkeit der ganzen socialdemokratischen Fraction bestritte. Aber ich verzichte darauf. Eben so thöricht, wie es von mir wäre, wenn ich solche Argumente Ihnen gegenüber anwenden würde, eben so thöricht ist es, wenn Jemand anders auf die Tribüne geht und dem ganzen Reichstage in's Gesicht schleudert: unter Euch ist kein wissenschaftlich gebildeter Mensch außer der socialdemokratischen Partei. (Bravo!)

So viel zur agitatorischen Tactik der Socialdemokratie. Ob meine Ausführungen an derselben etwas ändern werden, ist mir allerdings zweifelhaft. Ich darf aber den Herren versichern, daß wir in künftiger Zeit auf's sorgfältigste aufpassen werden, ob Sie wieder über den Zukunftsstaat, über die sociale Revolution und die alsbaldige Durchführung der socialdemokratischen Gesellschaftsordnung reden werden. Wenn Sie das je wieder thun, werden wir sofort auftreten (Heiterkeit links) und Ihnen vorhalten, daß Sie hier im Reichstag es nicht gewagt haben, vor den angeblich wissenschaftlich nicht gebildeten Mitgliedern desselben diese Dinge zu vertreten, und daß Sie dieselben nur dann vertreten, wenn Sie vor 20=, 25jährigen »wissen=

---

sich erneuert, durchaus charakteristische Broschüre, nennt auf S. 56 die Socialdemokratie „eine unklare Reformpartei staatssocialistischer Färbung, welche zudem durch die Alleinherrschaft der Marx, Engels, Kautsky, Bernstein wissenschaftlich verwüstet ist"; auf S. 77 nennt sie den Marxismus „eine zurückgebliebene und in seiner angeblichen Wissenschaftlichkeit sozusagen versteinerte, jedenfalls aber von keinem wahren Leben mehr erfüllte Lehre". Mit Beziehung auf Bernstein's „Gesellschaftliches und Privat=Eigenthum" (Socialdemokratische Bibliothek I) führt sie aus: „Die unmittelbare Leitung der Industrie seitens des Staates wird hier mit dankenswerther Offenheit sogar als Endziel plausibel gemacht. Wer auch nur einen Funken von Freiheitsgefühl hat, wird gegen eine solche Staatsleitung, die aus den privaten Lohnsklaven öffentliche Lohnsklaven machen würde, mit der äußersten Energie Einspruch erheben." In der Vorrede sagt sie: „Dazu kommt, daß ein Theil des Socialismus (nämlich der officielle Marxismus) ein geradezu freiheitswidriges Gepräge angenommen hat." Das Wesen ihrer Forderungen ist auf S. 40 ausgedrückt: „Bei Voraussetzung völliger Freiheit und besonders der absoluten Freiheit der Berufswahl, bei der weitern Voraussetzung, daß der Austausch der Waaren gleichfalls völlig frei sei, bei der dritten Voraussetzung endlich, daß jede Gruppe die Eigenthümerin ihrer Arbeitsproducte ist, würde und müßte sich Production und Consumtion völlig von selbst regeln, vollkommener, als eine Bureaukratie dies jemals zu Stande bringen könnte." Dabei vermeidet diese Broschüre allerdings den tollen Widerspruch Bebel's, der auf der einen Seite freie Wahl der Beschäftigung, auf der andern aber eine alternirende Verpflichtung will, wenn sich für irgend eine Arbeit nicht genügend Freiwillige fänden.

schaftlich« gebildeten, »zielbewußten« Fabrikarbeitern reden. (Bravo! Heiterkeit.)

Ich habe sodann ein Wort zu sagen über unsere Stellung zu der Möglichkeit einer socialistischen Entwickelung unserer Verhältnisse; denn von dieser Stellung aus wird man unser ganzes Vorgehen und Verhalten beurtheilen müssen. Ich habe schon zugegeben, daß ich es für möglich halte, daß unsere Entwickelung in Deutschland einen gewissen socialistischen Charakter haben werde. Die bisherige Entwickelung im Deutschen Reich seit den letzten zehn Jahren hat ja unverkennbar, wenn man das Wort richtig versteht, in einem gewissen Sinne und in einem gewissen Umfange eine socialistische Richtung: sie hat die Bedeutung, daß sie den wohlhabendern Klassen, den »herrschenden« Klassen, wie die Socialdemokraten sie nennen, erhebliche Opfer auferlegt zu Gunsten der minder Wohlhabenden, der arbeitenden Klassen. Die ganze Arbeitergesetzgebung im Reiche hat ausschließlich diesen Charakter; die Krankenversicherung, die Unfallversicherung, die Alters- und Invaliditäts-Versicherung, sie haben den wohlhabenden Klassen ganz enorme Leistungen auferlegt, welche den Arbeitern zu gute kommen. Ist das nicht socialistisch? Ferner: wir haben in der vorigen Session die Arbeiterschutzvorlage zu Stande gebracht, welche die Sonntagsruhe, die Frauen- und Kinder-Arbeit usw. regelt; sie wird in ihrem Verfolg nicht nur zu einer Erleichterung und Verbesserung der Lage der Arbeiter hinsichtlich der Arbeitszeit, sondern auch zu einer Erhöhung ihrer Löhne führen. Dieses Gesetz legt unsern Fabrikbesitzern die weitestgehenden Schranken, die weitestgehenden Lasten auf ausschließlich und allein im Interesse der arbeitenden Stände. Ist das nicht im guten Sinne socialistisch? Wir haben in Preußen eine Steuergesetzgebung gemacht, deren ausgesprochener Zweck und deren Wirkung es auch ist, die Steuerlasten weit mehr als bisher auf die Schultern der wohlhabenden Stände zu legen. Wir haben weitgehende Entlastungen, vollständige und theilweise Entlastungen der untern Stände erreicht; wir haben die reichern Klassen durch die neu eingeführte Progression der Einkommensteuer mehr belastet und sind jetzt gerade daran, durch eine neue Steuer die reichern Klassen noch ein Mal ganz erheblich mehr zu belasten, während wir die vermögenslosen Klassen von dieser Steuer vollständig frei lassen. Ganz demselben Zwecke dient die Aufbesserung der Gehälter der untern Beamten in Reich und Staat, die begonnen ist und jedenfalls in einigen Jahren durchgeführt werden wird. Ist das keine socialistische Entwickelung? (Zurufe von den Socialdemokraten: Nein!) — Sie sagen nein! Sie versagen uns sogar die Anerkennung unserer guten Absicht bei allen diesen großen Gesetzeswerken! Doch wird uns das nicht hindern, auf dem begonnenen Wege fortzuschreiten. Von einer derartigen socialistischen Entwickelung werden wir uns nicht abbringen lassen. Wir sind unbefangen und selbstlos genug, einzusehen und anzuerkennen, daß die gegenwärtige Vertheilung des Besitzes auf die verschiedenen Klassen und Stände unseres Volkes nicht die beste ist. Wir sind durchaus der Ansicht, daß Maßregeln zur Ausgleichung der Gegensätze zwischen großem Reichthum und großer Armuth getroffen werden sollen. Wir haben solcher Maßregeln schon eine ganze Reihe getroffen, und wir sind bereit, auf dieser Bahn weiter voranzuschreiten.

Aber, meine Herren, aus diesem im guten Sinne socialdemokratischen Charakter unserer Entwickelung folgt nicht, daß wir in das socialistische Lager mit seinen Utopien und Phantastereien, seinen Verhetzungen und falschen Vorspiegelungen übergehen, sondern daraus folgt nur, was ich schon sagte, daß wir auf demjenigen Wege weiter gehen wollen und weiter gehen müssen, den wir zunächst betreten haben und dann auch die Reichsregierung betreten hat. Das ist der ganze Unterschied zwischen uns und Ihnen: wir sind friedliche, aber praktische Socialisten, Sie sind revolutionaire, aber darum unfruchtbare Socialisten. (Sehr gut!)

Eins aber muß ich nochmals und zum Schluß betonen: wenn wir auf dieser im guten Sinn socialistischen Bahn bleiben sollen, wenn wir diese Politik, welche Reich und Arm, die Besitzenden und Nichtbesitzenden, die herrschenden und arbeitenden Klassen versöhnen soll, weiter verfolgen wollen, dann können wir unsern Zweck nur erreichen, wenn wir unbedingt festhalten an den beseligenden Lehren des Christenthums. Das Christenthum, meine Herren, ist von jeher die einzige Religion gewesen, die es verstanden hat, auf freiwilligem Wege diese Kluft in weitem Maße zu überbrücken. Wir werden diese freiwillige Mitarbeit an der Ueberbrückung dieser Kluft nicht entbehren können, neben derjenigen Ueberbrückung, die wir mit staatlichem Zwange im Wege der Reichs- und Landesgesetzgebung zu machen suchen. Wenn wir in unserer Gesetzgebung nicht von diesem christlichen Geiste durchdrungen sind, wenn wir im praktischen Leben draußen nicht in diesem Geiste wirken, dann werden unsere Bemühungen zur socialen Versöhnung ohne Frucht bleiben, und dann wird es nicht möglich sein, aus den Schwierigkeiten unserer Tage zu einem guten Ende zu kommen[1]). Wie aber stellt sich gerade zum Christenthum die Socialdemokratie? Nicht, daß sie den christlichen, gerade den Mühseligen und Beladenen so freundlichen Geist annimmt und pflegt; nicht, daß sie sagt, wir sind in erster Linie Verfechter dieses beseligenden christlichen Evangeliums; ganz im Gegentheil, sie bekämpft das Christenthum und die christliche Cultur fast in erster Linie und mit den schärfsten und bittersten Waffen. Im »Vorwärts« hat im Juni 1892 eine Stelle gestanden, die mich erschreckt hat. Dort wurde bedauert, daß man »unsere christliche Civilisation nicht an die Mauer stellen und mit einem humanen Geschosse niederknallen könne«. (Hört! hört! im Centrum.) Das also ist die einzige Lehre, welche Sie nehmen aus einem Werke, das seit 18 Jahrhunderten in selbstloser Weise für die Armen und Bedrängten gewirkt hat, und welches das Größte geleistet hat zur Hebung unserer niedern Volks-

[1]) Gerade je mehr die begonnene, im guten Sinne socialistische Socialreform fortschreitet, um so weniger wird man des christlichen Geistes und der positiven Mitarbeit der christlichen Confessionen entrathen können, damit die Besitzenden, namentlich die Unternehmer, die ihnen auferlegten, stets größer werdenden Lasten gern tragen, und damit die arbeitenden Klassen und die Besitzlosen sich nicht gegen die Erkenntniß halsstarrig verschließen, daß auch auf dem Boden der heutigen Gesellschafts-Ordnung eine erhebliche Besserung ihrer Lage zu erzielen ist und daß die besitzenden Klassen durchaus den guten Willen haben, an der Besserung ihrer Lage stetig zu arbeiten und für dieselbe Opfer zu bringen.

klassen! Sie wissen für dasselbe nichts Besseres vorzuschlagen, als es an die Wand zu stellen und mit einem humanen Geschosse niederzuknallen!

Wenn wir einer solchen socialen und im guten Sinne socialistischen Entwickelung nicht nur vorurtheilslos, sondern auch fördernd gegenüberstehen, so ist es mir aber doch Bedürfniß, hervorzuheben, daß wir eine socialistische Entwickelung, wie Sie sie wollen, immer und unter allen Umständen abzulehnen uns für verpflichtet halten.

Wir lehnen zunächst ab die Lehre, daß es möglich sei, jemals eine vollständige Besitz-, Rechts- und Arbeitsgleichheit unter allen Menschen herzustellen. Wir wollen die Besitz-, Rechts- und Arbeitsverhältnisse besser gestalten; wir wollen den Gegensatz zwischen Arm und Reich vermitteln, versöhnen, abschwächen; aber wir sind fest überzeugt: niemals kann es gelingen, eine vollständige Gleichheit in den wesentlichen Lebensbedingungen in unserm deutschen Vaterlande herzustellen. Wir wollen auch eine solche Gleichheit nicht. Denn eine vollständige Gleichheit des Besitzes und Rechts würde unbedingt einen vollständigen Untergang unserer Cultur bedeuten; es wird niemals eine Cultur geben, die nur mit Menschen zu rechnen hat, die alle denselben Besitz und dieselben Rechte haben, weil es niemals Menschen geben wird, welche alle dieselben Fähigkeiten, dieselben Anlagen, dieselben Tugenden haben. Die allgemeine Gleichheit ist eine Irrlehre, und Sie werden nie nachweisen können, daß wir auf diesem Wege eine Besserung der Lage der arbeitenden Klassen erreichen können.

Wir lehnen dann ferner alles und jedes ab, was zu einem Staate führen könnte ohne Autorität. Wir sind überzeugt, daß ohne Autorität nicht auszukommen ist, weder ohne staatliche Autorität, noch ohne kirchliche Autorität, weder ohne Autorität im Staat, noch in der Fabrik, noch in der Familie. Alle diese Autoritäten werden zusammen arbeiten müssen am Werke der Gesundung unserer wirthschaftlichen Verhältnisse. Ein Staat, in dem keine Autorität ist, ein Staat oder eine Gesellschaftsordnung, welche sogar die Autorität verurtheilt, weil sie sich einbildet, sie widerspräche dem Princip der Gleichberechtigung, das ist und bleibt ein Unsinn.

Wir lehnen dann in letzter Linie unbedingt Ihre Bestrebungen ab, soweit sie irgendwie gegen die christliche Religion gerichtet und der christlichen Ordnung der Familie feindlich gesinnt sind. Wir stehen auf dem Boden des Christenthums und fallen auf diesem Boden. Ich weiß nicht, ob es wahr ist, was Sie sagen, daß es Ihnen gelingen wird, das Christenthum in Deutschland ganz auszurotten; dessen dürfen Sie aber ganz überzeugt sein: der Sieg über das Christenthum in Deutschland führt nur über unsere Leichen. (Beifall.) Sie können das Christenthum nur dann ausrotten, nachdem Sie uns Allen die Köpfe abgeschlagen haben. Ja, meine Herren, ein Mal ist ja schon ein derartiger Versuch gemacht worden. Das war am Ende des vorigen Jahrhunderts in Frankreich, in der »glorreichen« französischen Revolution. Wenn Sie auch ein Mal diese Probe in Deutschland wagen, so werden Sie dieselbe Erfahrung machen, daß der Weg nur über Hunderttausende von Leichen geht und dann doch nicht zum Ziele führt. Es ist nicht nur ein Unsinn, sondern sogar ein Frevel, daß Sie immer wieder und wieder gegen das Christenthum anstürmen. (Bravo!) Jedenfalls werden wir weder durch Ihre An-

griffe gegen das Christenthum noch dadurch, daß Sie unsern Bestrebungen und sogar unserm guten Willen Ihre Anerkennung versagen, noch auch durch etwaige Mißerfolge uns irre machen lassen. Ich habe Ihnen schon ein Mal gesagt: Sie werden uns nicht übertreffen an Liebe zum deutschen Arbeiter. Wer kann hier behaupten, daß wir nicht eben so begeistert und selbstlos für den deutschen Arbeiter arbeiten wie Sie? Was habe ich, was haben meine Freunde für ein Interesse daran, hier diesen mühseligen und anstrengenden Arbeiten obzuliegen! Ich für meinen Theil könnte ganz gut zu Hause hinter dem Ofen sitzen, ich hätte nicht nöthig, hier zu arbeiten, ich würde es zu Hause bequemer haben. Ich könnte denken: »uns hält's aus, — après nous le déluge!« Trotzdem arbeiten wir hier im Schweiße unseres Angesichts, mit dem Aufgebot aller unserer geistigen Kräfte, — warum? aus Liebe zum deutschen Arbeiter! Sie mögen das anerkennen oder nicht anerkennen, es bleibt doch wahr. Sie werden uns nicht übertreffen an Liebe zum deutschen Arbeiter; aber wir werden Sie übertreffen an praktischen Erfolgen. Vor den Wahlen ist mir nicht bange, und vor der künftigen Entwickelung ist mir auch nicht bange. Denn eines Tages werden Ihre Wähler schon zur Einsicht kommen, daß sie genasführt worden sind, (Bravo!) wie ich schon ein Mal gesagt habe. Ich habe am vorigen Freitag an einer ganzen Reihe von Beispielen nachgewiesen, wie haltlos Ihr Entwickelungsgang gewesen ist, wie Sie taumeln von einer »wissenschaftlichen« Anschauung zur andern, von einem Agitationsmittel zum andern, wie Sie keine Spur von einer festen Ansicht haben. Was wollen Sie mit Ihrer »Wissenschaft«, wo nicht ein einziger von Ihnen in der Lage ist, zu sagen: ich habe vor zehn Jahren gelehrt, was ich jetzt lehre! Sind nur zwei in Ihrer Partei, die einig sind über das, was Sie wollen? Ich bezweifele es. Sie haben die ganze Debatte über den Zukunftsstaat dem Herrn Collegen Bebel überlassen! Wo war denn Herr Liebknecht, wo war Herr Singer, wo war ferner vor allem Herr College von Vollmar? Warum haben sie nicht auch über das angeregte Thema sich geäußert? Ich bin fest überzeugt, daß, wenn hier Herr Liebknecht, Herr Singer und Herr von Vollmar auch geredet hätten, wir in der Lage gewesen sein würden, dem deutschen Arbeiter nachzuweisen, daß selbst diese vier Herren in keinem einzigen Punkte übereinstimmen, sondern in tausend und abertausend Dingen in Widersprüchen mit sich selbst, mit ihren Parteigenossen, mit ihrer Vergangenheit und ihrer geträumten Zukunft sich verwickelt hätten[1]). Meine Herren, mit einer derartigen »Wissenschaft« schrecken Sie uns nicht. Wir stehen auf festerm Grund und Boden. Dieser Boden hat nie gewankt und wird nie wanken. Wir werden uns mit Ihnen verständigen, wenn Sie aufhören, eine republicanische, communistische und atheistische Partei zu sein, wenn Sie eine socialreformatorische Partei werden, welche den Glauben unserer Väter achtet. Aber wir werden Sie auf das äußerste bekämpfen, wenn Sie eine religionsfeindliche, eine staatsfeindliche, revolutionaire Partei bleiben wollen! (Andauernder lebhafter Beifall.)

---

[1]) Vgl. die Rede des Abg. Liebknecht am 7. Februar

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Richter.

Abgeordneter **Richter:** „Der Herr Abgeordnete Bebel meinte, ich hätte die Suppe eingebrockt und müsse sie nun auch ausessen. Ich habe seiner Rede mit voller Ruhe bis zum Ende zugehört und ich empfehle Ihnen dieselbe Ruhe in dem Anhören der Erwiderung, um so mehr als nach der Ansicht des Herrn Präsidenten es nicht zulässig ist, auf Provocationen der Nachbarschaft unmittelbar sofort zu antworten. Ich habe nur gefunden, daß diese Suppe dies Mal dünnflüssiger war, als wir es sonst an den Reden des Herrn Abgeordneten Bebel gewohnt sind. Ich habe in dem großen Brei nur hier und da Brocken gefunden, die es lohnen, sich noch weiter darauf einzulassen. Je schwächer der Inhalt war — und das pflegt immer so zu sein —, um so stärker war das Selbstbewußtsein, das bei dem Herrn Abgeordneten Bebel hervortrat, (sehr richtig!) seine wiederholte Berufung auf die wachsenden Wählermassen draußen. Wenn es sich hier um eine Auseinandersetzung über solche Dinge im Parlament handelt, dann hat man gar nicht nothwendig, sich auf irgend wen draußen zu berufen, wenn die Sache an sich stark genug ist. (Sehr richtig! links.)

Der Herr Abgeordnete Bebel sprach auch wieder von der Broschürenverbreitung und meinte, solche Broschüren wie sein Buch über »die Frau« würden von den Arbeitern gelesen, Gegenschriften, wie die meinige, nicht. Nun, meine Herren, wenn das wirklich wahr wäre, so würde es nicht für die Intelligenz der socialdemokratischen Arbeiterschichten sprechen. (Sehr gut! links.) Es ist ein altes Wort: Eines Mannes Rede ist keine Rede, man soll sie hören alle beede. Wir haben sein Buch über die Frau gelesen und haben uns daraus nicht zu bekehren vermocht. Wenn aber die socialdemokratischen Arbeiter Gegenschriften ohne weiteres fortweisen, dann wagen sie es nicht, anderes in die Hände zu nehmen, aus Furcht, sie könnten an dem, was ihnen so oft vorgesagt worden ist, irre gemacht werden. Alle diese Kunstgriffe, mit den Sie durch verschiedene Witzchen und Scherze glauben, an sich ernst angelegte Broschüren in's Lächerliche ziehen zu können, sind nur darauf berechnet, zu verhindern, daß Jemand in ernster Weise sich in die Lectüre solcher Broschüren einläßt.

Meine Herren, allerdings gibt es Dinge, in denen es äußerst schwer wird, noch eine ernste Rede zu führen, wenn man auf die Phantasiegemälde zu sprechen kommt, die Sie in Ihrem Buche darlegen; so z. B. in dem Thema über die Uebervölkerung. Der Herr Abgeordnete Bebel hat heute zwei Stunden gesprochen, aber darüber hat er geschwiegen. Warum geben Sie darüber gar keine Auskunft? Wenn Sie noch kein Mittel haben, den Himmel auf Erden vor der Uebervölkerung zu schützen und damit diesen Himmel wieder zu zerstören, so fehlt ja der Schlußstein an Ihrem ganzen Gebäude, so fällt ja das ganze Gebäude in sich zusammen, zerstört sich in sich selbst!

Der Herr Abgeordnete Bebel hat sich in der That heute wieder als ein Muster erwiesen, durch Streiten um Wortfassungen, Wortspielereien die Aufmerksamkeit abzulenken von dem, worauf es ankommt. Ich sagte, Sie wollten die Actionaire los sein, nachdem sie das Geld für die Unternehmungen hergegeben, und wollten sie dann auf das Schiff nach Kamerun setzen. Darauf sagt der Herr Abgeordnete Bebel: I bewahre, wir geben ihnen so viel Geld, als sie in der Tasche haben, so viel Möbel mit

auf das Schiff, als sie nur haben wollen. Ja, meine Herren, darauf kommt es nicht an. Wollen Sie etwa leugnen, daß der socialdemokratische Staat bedingt, sämmtliche Actien für werthlos zu erklären, d. h. die Besitzer der Unternehmungen zu expropriiren? Ja oder nein? Entschlüpfen Sie nicht, daß Sie streiten über das Wort: wir wollen den Actionairen ihr Geld mitgeben. Es handelt sich nicht darum, ob man ihnen ihr Geld in der Tasche läßt, es handelt sich um das Rechtsverhältniß. Darauf wagen Sie keine Antwort zu geben, weil Sie wissen, daß unter den kleinen Leuten sehr viele sind, die aus eigenen Ersparnissen solche Actien erworben haben.

Sie wagen es eben so wenig, eine Antwort darauf zu geben, wie es mit den Milliarden, die in den Sparkassen liegen, gemacht werden soll. Sie spielen die Frage auf Scherze hinaus über die »Spar-Agnes« usw. und der Hauptsache gehen Sie aus dem Wege. Auf diese Weise wollen Sie den Arbeitern verbergen, daß Sie die Arbeitererspanisse, die sich auf Milliarden beziffern, auch confisciren wollen. (Zurufe bei den Socialdemokraten.) — So, die Arbeiter brauchten im socialdemokratischen Staat die Ersparnisse nicht mehr? (Heiterkeit.) Also derjenige, der in seinem Leben gespart hat und etwas vor sich gebracht hat — (Zurufe bei den Socialdemokraten) — ich kann mich doch nicht allein mit Ihnen unterhalten Herr Singer! Hören Sie mir doch ruhig zu, wie ich Herrn Bebel ruhig zugehört habe. (Heiterkeit.) Also Sie wollen diejenigen, die in ihrem Leben gespart haben und etwas vor sich gebracht haben durch Fleiß und Umsicht, gleich behandeln mit denjenigen, die im Leben vorher aus der Hand in den Mund gelebt, Ersparnisse vielleicht zu Befriedigung der Putzsucht, zum Müßiggang verwendet haben! Sie wollen also, daß in Ihrem Staat derjenige nicht besser daran sein soll, der in seinem Leben gespart hat, als derjenige, der vergeudet hat. Sie sagen: die Arbeiter brauchen keine Ersparnisse mehr. Das ist eben der Beweis, den Sie nicht liefern können. Vor der Hand fangen Sie damit an, auch diesen kleinen Leuten ihre Capitalien zu nehmen. Deswegen ist Ihnen gerade diese Schilderung so äußerst widerwärtig, darum suchen Sie ihr aus dem Wege zu gehen. Sie sagen: die Sparkassenguthaben stammen aus wohlhabenden Kreisen und nicht von Arbeitern. Meine Herren, in meinem Wahlkreis wird darüber genaue Statistik geführt; beispielsweise sind in der Stadt Hagen rund sechs Millionen Mark von Handarbeitern gespart, nach Abzug der kleinen Handwerksmeister bleiben über vier Millionen übrig, welche von den Arbeitern der Stadt Hagen eingelegt worden sind. Aehnlich liegen die Verhältnisse auch an andern Orten.

Meine Herren, dann sprachen wir von den Arbeitslosen. Ich weiß sehr wohl, daß in diesen Versammlungen der Arbeitslosen auch wirklich Arbeitslose gesprochen haben; nur wäre es ja von Interesse, die Saisonarbeitslosen — da hier doch besondere Verhältnisse obwalten — von den andern zu trennen. Das lasse ich mir aber nicht ausreden, daß diese Schaustellungen — und darum handelt es sich — eine von oben her organisirte socialdemokratische Mache sind, mit den Referenten, den Resolutionen, den Deputationen, der ganzen Behandlung dieser Sache in der Presse. Nun waren Sie ja provocirt, zu antworten, wie es denn der socialdemokratische Staat machen würde, wenn er unter solchen Verhält-

nissen eine schlechte Ernte hätte, wie er die ungünstigen Wirkungen dann paralysiren würde. Darauf war ich gespannt. Darauf haben Sie wieder geschwiegen. Dafür hat uns Herr Bebel, wie er sagt, eine wissenschaftliche Auseinandersetzung über Krisen im Allgemeinen gegeben. (Heiterkeit.)

Meine Herren, Sie haben uns weder gesagt, was Sie bei einer ähnlichen Krisis machen würden — denn den Ernteschwankungen ist der socialdemokratische Staat in keiner Weise entrückt —, noch haben Sie uns den Beweis geführt, daß bei Ihnen die Krisen ausbleiben müßten. Eine Krisis kann ausbleiben, wenn die Production allerdings eine planmäßige ist und auch die Consumtion eine planmäßige ist. Denn, was ist die Krisis anders als ein Zustand, in dem sich die Verhältnisse der Consumtion und Production nicht mehr decken? In dem Augenblick, wo Sie — Sie wagen es gar nicht, einzugestehen, daß Sie auch zur planmäßigen Consumtion kommen müssen — sagen: Production nach dem Plan, aber Consumtion nach dem Belieben — haben Sie die Möglichkeit einer Krisis auch in dem socialdemokratischen Staat. (Sehr richtig!) Sie haben sie alsdann öfter und schärfer als im jetzigen modernen Staat. Was hat Herr Bebel da für ein Mittel? Er will eine gute Statistik einführen (Heiterkeit), er will zählen lassen, was die Leute consumiren; und danach läßt sich dann die Production berechnen. (Zurufe bei den Socialdemokraten.) Die Statistik ist jetzt ebenso möglich als in dem socialdemokratischen Staat; und ich erkenne es an, daß wir durch das Reich und durch das Verdienst des Reichsamts des Innern uns außerordentlich in den letzten Jahren in dieser Statistik verbessert haben, und daß die Producenten und Alle, die es angeht, dadurch im Stande sind, in ihren Speculationen eine bessere Grundlage zu haben als früher, und durch nichts würde unsere Gesellschaftsordnung gehindert werden, diese Statistik noch mehr zu vervollkommnen. Aber das ist ja wieder der große Irrthum des Herrn Bebel: er kennt bloß eine Statistik von der Consumtion, die besteht. Kommt es denn im Gebiet der Volkswirthschaft bloß darauf an, die bestehende Consumtion zu erhalten? Nein, es kommt darauf an, die Consumtion zu verbessern! Das ist die große Aufgabe der Privatunternehmungen, durch ihre Speculation eine bessere Consumtion, in dieser oder jener Richtung bessere Gewohnheiten hervorzurufen, als sie jetzt bestehen, neue Bedürfnisse, feinere Bedürfnisse der Bevölkerung anzugewöhnen und diese auch zu befriedigen. Von dem allen ist natürlich im socialdemokratischen Staat keine Rede, da muß man sich mit den einmal gegebenen Consumtionsverhältnissen begnügen. Denn was hätte denn die oberste Staatsordnung, die doch durch gar keine Concurrenz dazu gezwungen wird, für ein Interesse, an den bisherigen Consumtionsverhältnissen etwas zu ändern? Sie würde ja alle Vorräthe, die vorhanden sind, dadurch werthlos machen, sie würde alle Maschinen, alle Einrichtungen werthlos machen! Die Concurrenz der Privatunternehmer aber fragt danach nicht, sie schreitet in Verbesserungen fort; das können Sie aber nicht, jeder Fortschritt hört auf in Ihrem Staat.

Meine Herren, nun kommen wir auf die Frage des Lohnes. Ich frug Herrn Bebel: erkennen Sie an, daß der Lohn im socialdemokratischen Staat ein gleicher sein muß? — da weicht er aus, und zum zweiten Mal weicht er heute aus und bringt uns eine lange Erzählung über den Be-

griff des Lohnes in verschiedenen Jahrhunderten und über die Unwissenschaftlichkeit solcher Leute, wie ich Einer bin. Was aber hat es für eine Bewandtniß mit Ihrer Berufung auf die Wissenschaft?! Wer wirklich von Wissenschaft durchdrungen ist, der spricht nicht immer davon (lebhafte Zustimmung); dem wissenschaftlich Gebildeten merkt man es an der Klarheit seiner Darstellung, an der Folgerichtigkeit seiner Schlußfolgerungen. (Sehr richtig!) Aber wer — und das passirt Autodidacten nur zu oft — nicht über die Oberfläche hinausgekommen ist, mit gutem Gedächtniß mehr oder weniger auswendig gelernt hat und dies mit einer gewissen Volubilität vorzutragen versteht, der hängt sich gern das Mäntelchen der Wissenschaftlichkeit um und stolzirt damit herum, wie auf dem Jahrmarkt Diejenigen, welche die größten Pfuschmittel vertreiben, sich gern mit dem Talar der Wissenschaft zu schmücken belieben. (Sehr gut!) Das ist das Kennzeichen nicht des wissenschaftlichen Arztes, sondern des Pfuschers! (Lebhaftes Bravo.)

Nun sagen Sie doch mal, ob Sie den Lohn gleich haben wollen oder nicht? Das haben Sie gestern unterlassen! In dem Buch „Die Frau" proclamiren Sie die Gleichheit des Lohnes [1]). (Zuruf: Es gibt gar keinen Lohn!) — Ach Gott! Wenn Sie an dem Wort »Lohn« Anstoß nehmen (Heiterkeit), so wollen wir uns darüber verständigen.

Also zunächst in dem Buch „Die Frau" heißt es:

> Ein Certificat, ein unbedeutendes Stückchen Papier, Gold oder Blech bescheinigt die geleistete Arbeitszeit und setzt den Inhaber in die Lage, dieses Zeichen gegen seine Bedürfniß-Gegenstände von der verschiedensten Art einzutauschen [2]).

Sehen Sie, das meine ich, das »Certificat von Gold oder Blech« (Heiterkeit), wenn Sie das Wort »Lohn« genirt.

Danach frage ich: bekommt Jeder für seine Arbeit das gleiche Certificat, oder bekommt der Eine mehr Blech? (Große Heiterkeit.) — Ja, schlagen Sie gefälligst nach; es wird das auch in der neuesten Auflage noch nicht ausgemausert sein. (Heiterkeit.) In dem Buch »Die Frau« — ich habe hier im Augenblick allerdings nur die Auflage von 1883; aber ich glaube nicht, daß das geändert ist — (Zuruf) also es heißt in dem Buch »Die Frau«:

> Ist Jemand von der Natur so stiefmütterlich behandelt, daß er beim besten Willen nicht das zu leisten vermag, was Andere leisten, so kann ihn die Gesellschbft für die Fehler der Natur nicht strafen. Hat umgekehrt Jemand durch die Natur Fähigkeiten erhalten, die ihn über die Andern erheben, so ist die Gesellschaft nicht verpflichtet, zu belohnen, was nicht sein persönliches Verdienst ist [3]).

---

[1]) Vgl. Bebel, „Die Frau," achte Auflage S. 162: „Zehn Minuten gesellschaftlicher Arbeitszeit in einem Gegenstand tauschen mit zehn Minuten gesellschaftlicher Arbeitszeit in einem andern Gegenstand, nicht mehr und nicht weniger." S. 165: „Hieraus ergibt sich, daß kein Unterschied zwischen »höherer« und »niederer« physischer Arbeit bestehen kann." S. 161: „Der heute bestehende Gegensatz zwischen Kopfarbeit und Handarbeit wird also ebenfalls aufgehoben". Vgl. auch die folgenden Stellen.

[2]) Vgl. Bebel, „Die Frau", S. 163.

[3]) Vgl. Bebel, „Die Frau", S. 164.

Und an anderer Stelle heißt es:

Da die Gesellschaft nur gesellschaftlich nützliche Arbeit verrichtet, so ist jede Arbeit, die diese Eigenschaft besitzt, auch der Gesellschaft gleich werth. Weil Jeder, was er ist, nur der Gesellschaft verdankt, so kann dieselbe keine Verpflichtung haben, das, was sie selbst erst möglich gemacht hat, besonders zu honoriren [1].

Das ist gar nicht anders zu erklären als: gleicher Lohn — oder, wenn Sie es lieber hören — gleiche Certificate in Gold oder Blech. Nun frage ich: wenn in dieser Weise gleiche Entschädigung gegeben wird für verschiedene Arbeit, für Arbeiten von verschiedener Qualität, von verschiedener Schwierigkeit, für angenehme oder unangenehme Arbeit, für Arbeit, die ganz andere Vorbildung voraussetzt, und wenn dadurch Niemand in die Lage kommen kann, durch Fleiß, Anstrengung und Bildung irgendwie ein besseres Certificat in Gold oder Blech zu erlangen, so heißt das: die Productivität der Arbeit vernichten. (Sehr richtig!) Indem ich jedes Bestreben ertödte, vorwärts zu kommen und mehr zu leisten als ein Anderer, jedes Streben, mich mehr auszubilden, heben Sie jede Productivität der Arbeit auf, und Sie mögen im Uebrigen den Staat so schön und folgerichtig einrichten, wie Sie wollen, — dadurch allein schon entsteht ein Milliarden-Deficit in Ihrer Volkswirthschaft, das durch gar keine andere Einrichtung wieder ausgeglichen werden kann.

Nun, meine Herren, mit der gerühmten Wissenschaft habe ich auch noch abzurechnen in Bezug auf den Begriff Staat. Immer suchen Sie uns zu entwischen, wenn vom Staat die Rede ist; nun, sagen wir lieber »Zwangsgewalt«. Nennen Sie die Organisation, wie Sie wollen, Genossenschaft, Gesellschaft; aber geben Sie eine klare Antwort: glauben Sie die Zwangsgewalt entbehren zu können? Glauben Sie, daß alles, was Sie wollen, die Organisation der Production von oben, die Organisation der Consumtion, alles bei gleichen Certificaten in Gold oder Blech — statt »Lohn« — durch Freiwilligkeit geleistet wird? Wenn Sie der Meinung nicht sind, so brauchen Sie den Zwang und brauchen den stärksten und schlimmsten Zwang, der jemals in der Welt ausgeübt und versucht worden ist. Darauf müssen Sie Antwort geben; darum dürfen Sie nicht herumreden. (Zuruf.) — Sagen Sie: brauchen Sie die Zwangsanstalt? (Zuruf: Nein!) — Sie sagen es doch selbst in Ihrem Buch! Was machen Sie denn, wenn Sie nicht die betreffende Zahl von Arbeitern finden, die irgendwo nöthig ist? (Zuruf des Abgeordneten Bebel: »Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!« — Lang anhaltende stürmische Heiterkeit.) — Das also, meine Herren, ist nach der Debatte dieser vier Tage herausgekommen (Erneute stürmische Heiterkeit). »Wer nicht arbeiten will, bekommt auch nichts zu essen« [2]), und da er von Niemandem Essen

[1]) Vgl. Bebel, „Die Frau," achte Aufl., S. 165. Der zweite Theil dieser Stelle fehlt in der achten Auflage, steht aber dem Sinne nach vorher.

[2]) Vgl. Bebel, „Die Frau," achte Aufl., S. 151. Dort spottet Bebel, daß „die schlimmsten Gegner der Socialisten" den Grundsatz aufstellen: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen." Die ganze Stelle heißt: „Die Behauptung böswilliger Gegner, die Socialisten wollten nicht arbeiten, wollten womöglich die Arbeit abschaffen — ein Unsinn in sich — fällt auf sie selbst zurück. Faulenzer sind nur möglich, wo Andere für sie arbeiten. Dieser famose Zustand besteht heute und

bekommen kann als vom Staat, so heißt das: Arbeitszwang bei Strafe der Verhungerung. (Stürmische Heiterkeit und Beifall.) Sie wollen also eine große Zwangsarbeitsanstalt; das ist ja gerade das Zuchthaus. (Zuruf.) — Jeder muß bei Strafe des Verhungerns diejenige Arbeit leisten, die ihm aufgetragen wird. (Zuruf.) — Nicht ablenken!

Und wie genau stimmt damit meine verspottete Broschüre! Lesen Sie doch die letzten Capitel! Da sagen die Maschinen=Arbeiter, sie wollen den ganzen Lohn ihrer Werkstätten=Arbeit; als man ihnen sagt: das geht nicht, nicht den ganzen Ertrag, sondern so viel wie die Uebrigen, — da revoltiren sie, und was geschieht? — Man sperrt ihnen die Speisehäuser! So genau habe ich Sie erkannt! (Stürmische Heiterkeit.) Die ganze Herrlichkeit platzt zusammen. Sehen Sie doch, wie wir, soweit Sie logisch denken, vollständig in den Schlußfolgerungen aus Ihren Grundlagen mit Ihnen zusammentreffen.

Nun sagen Sie, es würden keine bösen Leidenschaften in Ihrem Zukunftsstaat entstehen. Meine Herren, gibt es denn Leidenschaften bloß über Mein und Dein? Es mag ja sein, daß solche Leidenschaft abgestumpft werden kann, aber nicht ganz; denn man wird sich dann auch streiten, heimlich und durch List Gegenstände zu verschaffen suchen, die über das Certificat aus Gold oder Blech hinausgehen. Es bleiben alle die Leidenschaften noch übrig, die sich nicht an Mein und Dein anknüpfen; wird man nicht suchen, sich in eine möglichst mächtige Stellung, in eine bequeme Arbeitsstelle mit List, Gewalt und Betrug oder Gott weiß wie hineinzudrängen? Gerade weil in diesem socialdemokratischen Staat Niemand mehr im Stande ist, auf ehrliche Weise es weiter zu bringen als die Andern durch Fleiß und Vervollkommnung, um so mehr werden die Leidenschaften entfesselt werden, um gewisse Vortheile vor den Andern auf unehrliche Weise zu erlangen. (Sehr richtig!) Dieser Zwang der Gleichmäßigkeit, weil sie der Natur widerspricht, reagirt um so mehr in der Entwickelung der bösen Leidenschaften.

Sie behaupten, Sie brauchten keine Juristen! Sie brauchen ja hundert Mal mehr Juristen als der heutige Staat. (Widerspruch bei den Socialdemokraten.) — Je mehr Gesetze, desto mehr Juristen braucht man. Mögen Sie das nun Gesetze nennen oder anders, — ein Staat, der die ganze Production und Consumtion regelt, bedarf einer Fülle von Anordnungen von oben herab, mit denen Sie unsere Gesetzessammlung nicht entfernt vergleichen können, und die Befolgung dieser Anordnungen kann streitig werden, ebenso die Auslegung; die Beschwerden darüber, mögen Sie das nun Processe nennen, oder mögen Sie es nennen Beschwerdeverfahren an die oberste Staatsbehörde, in der Sache ist es gleich — die Juristen werden zu entscheiden haben, ob der individuelle Fall der allgemeinen Anordnung entspricht. Und wenn Sie erst, wie das in Ihrem Programm steht, die Gebührenfreiheit haben, dann reichen Sie mit der

---

zwar vorzugsweise zu Gunsten der schlimmsten Gegner der Socialisten. Letztere stellen den Grundsatz auf: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen. Allein die Arbeit soll nicht nur Arbeit, d. h. Thätigkeit an sich sein, sondern auch nützliche, productive Arbeit". usw.

hundertfachen Zahl der heutigen Juristen für ihren Staat noch nicht aus. (Lebhafter Beifall und Heiterkeit.)

Doch nun die Hauptsache: die Zerstörung der Familie. Meine Herren, Sie führen allerhand Beispiele an, in denen die Familie heute nach dieser oder jener Richtung auch nicht den Zweck erfülle; Sie nennen einzelne Anstalten, die gewisse Functionen übernehmen. Sie thun, als ob mir nichts bekannt wäre, als ob ich in einem solchen Wolkenkuckucksheim lebte, von dem herab Sie solche Schriften schreiben. Ja, Centralküchen bestehen in unsern Hotels, in den Volksküchen, es bestehen heute Central-Reinigungsanstalten, es bestehen Erziehungsanstalten, es bestehen Küchen für Gefängnisse und Casernen — obgleich ich Ihnen nicht gerade rathe, die Gefängnisse und Casernen für Ihre Einrichtungen anzuziehen. (Sehr gut!) Aber wenn das alles ist — weil es gewisse Verhältnisse gibt, in denen eine Centralisation zweckmäßig und nothwendig ist für besondere Verhältnisse (Unterbrechung) — aber, Herr Bebel, lassen Sie mich doch aussprechen! ich habe Sie auch ruhig angehört — ist es denn nun gerechtfertigt, dasjenige, was in der freien Gesellschaftsordnung für einzelne Verhältnisse zweckmäßig und richtig ist, nunmehr zu generalisiren, nunmehr von oben herab überall es einzuführen, es allgemein gültig zu erklären? Darin steckt ja der Fehler! (Lebhafter Beifall. — Unterbrechung; Zuruf: Unsinn!) — Ja, das ist ja mein Urtheil über Sie im Ganzen! (Glocke des Präsidenten.)

Präsident: Herr Abgeordneter Bebel, Sie haben eben gehört, daß der Herr Redner nicht unterbrochen sein will; und Sie setzen Ihr geschäftsordnungswidriges Verfahren immer noch fort!

Abgeordneter **Richter:** — Ja, Unterbrechen ist ja das Einzige, was den Herren noch übrig bleibt! — (Lebhafter Beifall und Heiterkeit.)

Sie sagen: die Kinder werden aus dem Hause weggenommen, werden von dem Staate unterhalten und erzogen, die Reinigung — Herr Most wollte ja auch eine Central-Scheueranstalt — wird von dem Staat vollzogen, die Arbeiterinnen müssen ebenso arbeiten wie die Männer. Was bleibt dann von der Häuslichkeit, überhaupt von dem Familienleben und dem besondern Leben überhaupt irgendwie übrig? Mit Recht folgert Herr Bebel: die Häuslichkeit wird auf das Nothwendigste beschränkt; die Privatküchen hören auf. Das kann ja unter Umständen vortheilhaft sein, es muß es aber nicht. Ist denn zuletzt bloß der pecuniaire Vortheil darüber entscheidend? Wie schlecht kennen Sie doch die Arbeiter selbst! (Sehr gut!) Wie schwer fällt es hier in Berlin den Arbeitern, die fern von der Werkstatt wohnen, zu Hause zu essen! Aber ein Theil scheut nicht die weiten Wege, um in der Mittagspause zu Hause zu essen. Ein anderer Theil, dem es unmöglich ist, arbeitet lieber durch mit spärlichem Frühstück, um nach der Tagesarbeit doch in der Familie zu essen. (Sehr richtig!) Und sehen Sie sich um auf den Werkplätzen, wo der Mann arbeitet und wo die Frau Mittags mit dem Topf kommt und das Kind mitbringt — was in dem Topf vielleicht enthalten ist, mag so viel nicht werth sein, die Zeit, welche der Frau mit dem Essentragen verloren geht, fällt auch sehr in's Gewicht; ich habe immer die Auffassung, der Mann würde in einer benachbarten Küche oder Restauration für ein Billiges eben so gut

und bequemer essen wie aus dem Topf, den ihm die Frau von Hause bringt — aber es ist doch ein Stück Häuslichkeit (sehr gut!), es ist ein Stück Familienleben, was sich da auf dem Arbeitsplatze abspielt. (Lebhafter Beifall auf allen Seiten.) Der Mann sitzt bei der Frau, und das Kind spielt um ihn herum; (Bravo!) und so vergißt er in dem Augenblick der Mittagspause die Mühen seines Berufs. (Zwischenruf bei den Socialdemokraten.) Wenn Sie dies nicht würdigen, dann fehlt Ihnen jedes Verständniß. (Lebhafter Beifall.) Für diese Imponderabilien im Arbeiterleben haben Sie ganz und gar kein Verständniß, und darum bilden Sie sich ein, die Massen würden Ihnen folgen, wenn ihnen vorgestellt wird, daß künftig ihre Wohnung nichts mehr sein soll als eine Schlafstelle, daß darin kein Herd brennt, keine Speise bereitet wird, kein Kind am Abend dem Vater entgegenkommt. Und damit glauben Sie den Arbeiter zu locken, indem Sie ihm vorspiegeln, daß er dafür in der Ernährung durch die Centralanstalt Vortheile haben werde?! (Bravo!)

Sie spotten darüber, daß ich in dieser Erzählung ein kleines Kind zu Grunde gehen und sterben lasse in einer öffentlichen Anstalt. Nun, meine Herren, ist das nicht eine von allen Volkswirthen, von allen Aerzten anerkannte Thatsache, daß gerade die individuelle Pflege, welche das Kind in seinen ersten Lebensjahren erheischt, am wenigsten gegeben werden kann auch in den größten und bestgeleiteten Anstalten? Gerade in den jungen Jahren kann das Kind am wenigsten der individuellen Pflege der Mutter, der Eltern entbehren. Das ist ja die Thatsache, weshalb in den Findelhäusern so unendlich viel Kinder zu Grunde gehen, auch in den bestgeleiteten und bestgeordneten. Und dann in den spätern Jahren: Sie wollen die Kinder zusammenbringen und erziehen — so wird es ja in dem Buche geschildert — in großen, gemeinsamen Anstalten. Nun, meine Herren, die Stadt Berlin denkt anders im Interesse der Kinder; sie hat Tausende von Waisenkindern zu erziehen, und soweit sie irgend kann, erzieht sie sie nicht in großen Anstalten, sondern bringt sie hinaus auf's Land und vertheilt sie in einzelnen Familien, weil sie sich sagt: diese Familienpflege und Familienerziehung des einzelnen Waisenkindes ist besser als alles, was die großen Anstalten leisten. (Sehr richtig!) Das haben Sie aber gar nicht in Ihrem Staat; denn es gibt dort keine Familie, der die eigenen Kinder gelassen werden; also kann man ihr auch nicht von Staatswegen und Obrigkeitswegen solche Kinder überweisen.

Meine Herren, Sie sagen, ich hätte einen Typus in Bezug auf Ersparnisse gezeichnet, der in Wirklichkeit nicht vorkommt; eine Putzmacherin möchte wohl solche Ersparnisse zu machen und wohl eine solche Aussteuer zu beschaffen in der Lage sein, nicht aber der gewöhnliche Arbeiter. Ich habe überhaupt gar nicht daran gedacht, Typen in dieser Weise zu zeichnen! Mir kam es nur darauf an, die Frage vorzuführen: wie wird es, wenn der sociale Staat alle Sparkassenbücher annullirt? — ob nun diese Person, diese Figur in der Geschichte, 2000, 1000 oder 500 Mark gespart hat, bleibt für diese Darlegung vollständig gleichgültig. Sie berufen sich auf den Bericht des Fabrikinspectors von Stülpnagel — ja, der »Vorwärts« und diejenigen, die Broschüren gegen mich geschrieben haben, um zu beweisen, daß es nicht möglich wäre, so zu sparen, daß in Berlin die Verhältnisse dürftiger sind, die haben die Citate aus dem

Berichte des Fabrikinspectors gefälscht, haben ganz falsche Citate angegeben, in denen weggelassen ist, was für mich spricht. Ich habe gesagt, es könnte in den jungen Jahren mehr gespart werden in diesen Kreisen, wenn man weniger auf Putz und Vergnügen verwenden wollte; und in dieser Broschüre, in dem Bericht des Fabrikinspectors von Berlin von Stülpnagel, den Herr Bebel gegen mich angezogen hat, heißt es wörtlich gerade von den Arbeiterinnen:

> Sehr häufig werden die häuslichen Bedürfnisse auf das Aeußerste herabgedrückt, um die Mittel zu Putz und Vergnügen auf Landpartien und Bällen zu gewinnen, in einzelnen Fällen auch, um den selten fehlenden Liebhaber noch zu unterstützen.

Das sind Zustände, die ich tadele; das sind Zustände, denen ich gegenübersetze die Aufforderung zum Sparen, um im spätern Leben einen Halt zu haben, einen Halt unter Umständen auch gegen die Willkür der Arbeitgeber und die schlechte Behandlung. Denn wer einen Spargroschen hinter sich hat, ist ganz anders in der Lage, den Willkürlichkeiten eines Arbeitgebers zu entgehen durch Wechsel der Arbeitsstätte und des Wohnorts, als Jemand, der nach Ihrem Ideal nur aus der Hand in den Mund lebt und wartet, daß der socialdemokratische Staat alles macht, was er selbst zu machen nicht gewillt ist.

Nun noch die Stiefelwichsfrage. Ein Scherz! Ich wäre nicht darauf gekommen, wenn nicht Herr Bebel in seinem Buch über die Frau diese Stiefelwichsfrage selbst aufgeworfen hätte, und es reizte mich, in einer allerdings etwas scherzhaften Weise darauf einzugehen. Sie wollten an der Stiefelwichsfrage nachweisen, daß die persönlichen Dienstleistungen aufhören müßten, und daß der socialdemokratische Staat solche Knechtschaftsverhältnisse nicht mehr mit sich bringt. Der Herr Abgeordnete Bebel sagt, daß in Folge meiner Anregung eine Stiefelwichsmaschine erfunden sei. (Zwischenruf.) — Nach dem Erscheinen des Buches? Nach dem Zusammenhang könnte ich mir einiges Verdienst daran zuschreiben; ich verzichte jedoch gern darauf. Also bemerken Sie wohl: die Stiefelwichsmaschine ist in der heutigen Gesellschaftsordnung erfunden — warum brauchen wir demnach auf den socialdemokratischen Staat zu warten? (Heiterkeit.) Ja, das ist doch auch ein Kennzeichen unserer Entwickelung. Es ist ja ganz unstreitig, daß mit der Zunahme der Maschinen — denken Sie nur an die Zunahme der maschinellen Einrichtungen, z. B. an die Verbreitung der Wasserleitungen im Hause — daß eine Menge der persönlichen Dienstleistungen sich von selbst vermindert. Dazu braucht man gar nicht Ihren socialdemokratischen Staat, um in dieser Weise erst Maschinen zu erfinden und in dieser Beziehung Abhülfe zu schaffen. Sie meinen, ich hätte die Stiefelwichser für unehrliche Arbeiter erklärt. Das ist so eine Anklage nach außen, um zu zeigen, ein wie schlechter Mensch ich bin. Das sind alle die Mätzchen nach außen, mit denen Sie aber nicht Stich halten, wenn Sie gezwungen sind, hier in Ruhe Entgegnungen anzuhören. Es ist mir das im Traum nicht eingefallen, es ist das eine eben so ehrliche Arbeit wie irgend eine andere. Ich theile darin vollständig die Ansicht des Collegen Bebel und bin der Letzte, der irgend einen Arbeiter dieser Art wegen dieser mechanischen Arbeit verachtet. Aber das, was ich an dem Beispiel zeigen wollte, war, wie thöricht und un-

sinnig es ist, wenn man von denjenigen, von denen man qualificirte Arbeit höchster Art verlangt, also die Staatsleitung — und auch der socialdemokratische Staat bedarf solcher Leitung — wenn man diesen Personen zumuthet, gewisse mechanische, persönliche Leistungen für ihre Bedürfnisse auszuführen. Denn darüber können Sie doch keinen Augenblick zweifeln, daß, wenn Sie erst einem qualificirten und bestgeeigneten Beamten zumuthen, für seine persönlichen Bedürfnisse alles selbst zu besorgen von früh Morgens an, ihm die Zeit und Kraft um so mehr verloren geht für die Wahrnehmung derjenigen Functionen, zu denen er eigentlich bestellt ist. An dem Punkt habe ich in gleicher Weise den Widersinn, den Unsinn Ihrer ganzen Theorie festgenagelt. (Zwischenruf.) — Sie sagen: es gibt keinen Reichskanzler! Sie wollen doch den Herrn Staatssecretair von Boetticher haben. (Zwischenruf: Das war ein Scherz!) — Dann verstehen Sie auch den Scherz mit dem Reichskanzler; ob Sie den obersten Leiter Reichskanzler nennen oder nicht, das überlasse ich ganz Ihrem Geschmack. In jedem Falle muß doch eine oberste Instanz da sein, denn von selbst regulirt sich doch die ganze Production und Consumtion nicht in dieser Weise. Da möchte ich eine Frage an Herrn Bebel richten: haben Sie sich die Sache wirklich so gedacht, wie Sie es in Ihrem Buche darstellen? Da sind Sie allerdings der Meinung, daß es nicht darauf ankommt, besonders qualificirte Personen an die Spitze Ihres Staatswesen zu stellen. (Zwischenruf: O nein!) — Nein? Es heißt in dem Buch von Bebel über die Frau in Betreff der obersten Centralverwaltung:

> bei der vorgeschrittenen Organisation und bei hoher Durchbildung aller Glieder sei es nicht ausgeschlossen, daß die Leiter der einzelnen Abtheilungen und Arbeitszweige einfach alterniren werden, indem in gewissen Zwischenräumen nach einem bestimmten Turnus alle Betheiligten ohne Unterschied des Geschlechts die Leitung übernehmen[1]). (Heiterkeit.)

Also der Minister, der Reichskanzler, wie Sie sich nun die höchste Autorität denken mögen, mit Abwechselung in einem gewissen Turnus! Meine Herren, jeder Socialdemokrat hat danach also das angeborene Recht, auch ein Mal, wenn auch nur auf einige Tage, die oberste Leitung eines Arbeitsfaches zu übernehmen. Glauben Sie noch daran, Herr Bebel, daß das möglich ist? (Zurufe bei den Socialdemokraten.) — So, Sie halten es für möglich?! Dann machen Sie es uns zunächst in Ihrer eigenen Partei vor. (Große Heiterkeit.) Was im Zukunftsstaat möglich sein soll, das muß unter solchen idealen Socialdemokraten der Gegenwart in dem beschränkten Rahmen einer Parteiorganisation erst recht möglich sein. Aber wechseln denn die Herren miteinander? Nein, sie denken gar nicht daran! Es sind immer nur Bebel, Liebknecht, Singer Jahr aus Jahr ein, die durch Wiederwahl immer an der Spitze geblieben sind. Und noch weniger denken die daran, ihre Damen an der obersten Parteileitung zu betheiligen (große Heiterkeit), wie das ja ausdrücklich für den socialdemokratischen Staat vorgesehen war.

Meine Herren, die Stimmung darüber, daß Sie gar nicht Rede zu stehen wissen auf solche Fragen und Provocationen, ist in Ihrer Partei

---

[1]) So Bebel „Die Frau" S. 154.

keineswegs eine so zufriedene und ruhige, wie Sie es hier darzustellen suchen. Sie haben eine Broschüre herausgegeben als Antwort auf meine Broschüre, und es hat der Zufall gefügt, daß auf dem Deckblatte der Broschüre auf eine andere in einem socialdemokratischen Verlage in Nürnberg erschienene Broschüre aufmerksam gemacht wurde. Ich habe mir diese Broschüre kommen lassen und da ausdrücklich gelesen in dieser socialdemokratischen Broschüre, es genüge nicht, daß man bloß wisse, wie eine neue Gesellschaft nicht sein solle, es müsse auch ausführlich bekannt sein, wie die neue Ordnung sich gestalten werde; wenn man nur sage, das würde sich alles zur rechten Zeit von selbst machen, dann würde man Einbuße in der Achtung erleiden sowohl bei der großen Menge der zielbewußten Parteigenossen, wie auch in den Kreisen der bisherigen indifferent gebliebenen Bevölkerung. (Zurufe links.) — Ja, sehen Sie, wenn Ihnen etwas nicht paßt, dann wird von oben decretirt: das ist nicht unsere Ansicht! — Meine Herren, das ist Ihre Preßfreiheit! (Heiterkeit.) Welch eine schlimme Censur ist das! Eine Schrift aus dem Verlage, wo, wenn ich nicht irre, auch die Zeitung des Herrn Grillenberger erscheint, wird einfach auf den Index gestellt, weil sie Ihnen nicht gefällt. (Zuruf bei den Socialdemokraten.)

Ja, es ist Ihnen dann noch das Eigenthümlichere passirt: derselbe Schriftsteller, den Sie auserlesen haben, gegen meine Broschüre zu schreiben [1]), der hatte einige Jahre früher in seinem wechselvollen Leben geschrieben:

> Gerade die socialdemokratischen Führer freilich dürfen es gar nicht wagen, Bilder ihres Zukunftsstaates zu entwerfen, weil ihre wüsten Agitationen selbst den letzten Halt, die letzte Möglichkeit der Propaganda verlieren würden, wenn sie den Nebelritt in das Wolkenkuckucksheim unternähmen. (Heiterkeit.)

Das hat sich allerdings hier vollständig bestätigt.

Nun, meine Herren, haben Sie mich bezeichnet als einen lebendigen Petrefacten. Ich ziehe den doch immer noch dem Ichthyosaurus in Essig vor, mit dem Sie den Herrn Abgeordneten von Stumm verglichen haben.

Nun sagt der Herr Abgeordnete Bebel: ja, wenn es falsch wäre, dann lassen Sie uns doch gewähren, dann werden wir Schiffbruch leiden; warum stört Ihr uns? Ja, meine Herren, wenn wir das Experiment machen könnten als wissenschaftliches Experiment in der Studirstube, unter der Retorte, dann würden wir sehr wünschen, daß das Experiment gemacht würde; oder wenn Sie es auf einer Insel machen könnten, fernab von uns gelegen, ohne jede Beziehung zur Volkswirthschaft und uns selbst, dann mögen Sie es auch machen. Aber Sie können Ihre Exempel nicht verwirklichen, Sie können den Staat, wie Sie ihn sich denken, nicht einrichten, ohne die bestehende Gesellschaftsordnung zu erschüttern und zu zerstören; und eben deshalb halten wir es für unsere Pflicht, dem entgegenzutreten und Sie auf diesem Wege zu hindern. (Sehr richtig!)

Man hat von einem berechtigten Kern der Socialdemokratie gesprochen. Meine Herren, die Socialdemokratie hat in manchen Bestrebungen nicht Unrecht, sie theilt mit uns manches; manche Bestrebungen

---

[1]) Gemeint ist Dr. Franz Mehring.

sind nur zu radical, sie sind nicht reif, sie werden vielleicht in einer Zukunft reif werden; aber das, was ich so anerkenne, sind nur Nebendinge, nur gewisse Aeußerlichkeiten. Einen berechtigten Kern erkenne ich überhaupt nicht bei Ihnen (Sehr wahr!), und dasjenige, was der Kern Ihrer Bestrebungen ist, die Einrichtung des Zukuftsstaates, ist nicht berechtigt, und je mehr man Sie zwingt, diesen Kern zu enthüllen, je mehr man durch die dicke Schale durchdringt, mit der Sie den Kern zu umgeben gewußt haben, um so mehr erkennt man, daß der Kern taub ist. (Sehr gut!) Und wenn diese viertägigen Debatten keinen andern Zweck gehabt hätten, als die Taubheit und Werthlosigkeit des Kerns der socialdemokratischen Partei dem Volke klar zu machen, so sind diese Tage für uns wahrlich nicht verloren." (Lebhafter Beifall.)

Nach dieser Rede des Abgeordneten Richter beantragte der Abgeordnete Singer wiederum die Vertagung, welche ebenso beschlossen wurde.

6. Die Sitzung am Dinstag den 7. Februar 1893.

Sofort bei Beginn der Sitzung erhielt das Wort der Abgeordnete **Liebknecht:**

„Meine Herren, vorgestern oder am vorigen Sonnabend wurde hier constatirt, daß die deutsche Socialdemokratie »vernichtet« ist. Gestern haben wir »eine furchtbare Niederlage« erlitten nach einem Blatt, nach einem andern »stehen wir an dem Pranger des Reichstags«. Jedenfalls stimmen die gegnerischen Organe so ziemlich alle darin überein, daß die deutsche Socialdemokratie in dieser viertägigen Debatte »moralisch vernichtet« worden ist. (Sehr richtig!)

Nun, in meinem Leben habe ich solcher Vernichtungen schon einige Dutzende und Hunderte erlebt, und habe stets gefunden, daß sie dann sich ereigneten, wenn es den Gegnern sehr schlecht ergangen ist (sehr richtig! bei den Socialdemokraten); und ich habe stets gefunden, daß es mir dann am besten ergangen ist, wenn ich vernichtet war — mit sammt meinen Genossen. Es ist eine Eigenthümlichkeit des deutschen Bürgerthums, daß es sich für seine wirklichen Niederlagen zu revanchiren, zu trösten sucht durch Siege, die es sich andichtet.

Und nun will ich fragen: was hat denn diese ganze Debatte für einen Sinn? Was haben Sie damit bezweckt? Wie kommen Sie dazu, eine solche Debatte in einem solchen Momente vom Zaune zu brechen? Womit beschäftigt sich jetzt das deutsche Volk? — und Sie sind die Vertreter des deutschen Volkes. Zwei Fragen sind es, die in diesem Augenblick für unser Volk obenan stehen: die Frage des Nothstands und die Frage der Militair-Vorlage. Das deutsche Volk verlangt in Bezug auf letztere die Entscheidung, und diese Entscheidung kommt nicht, sie wird verzögert, systematisch verzögert, und ich sage, daß diese Debatte über den Zukunftsstaat herangezerrt worden ist, bloß um das Spiel zu verdecken, welches hinter den Coulissen mit der Militair-Vorlage gespielt wird. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten. Heiterkeit und Widerspruch im Centrum und rechts.) Statt daß der Herr Abgeordnete Bachem uns nach dem Zukunftsstaat fragt, eine Frage, auf die nur ein Narr ihm Antwort geben

wird und kann —, statt dieser unbeantwortbaren Frage sollte er uns Antwort geben auf die sehr brennende Frage: was macht seine Partei, die ausschlaggebend ist, in Sachen der Militair-Vorlage? Warum weisen Sie die Vorlage nicht zurück, wie Sie versprochen haben? Warum tagt die Commission noch immer? Die ganze Zukunftsstaats-Debatte ist nichts anders, als eine homerische Wolke, in welcher der Compromiß, den Sie vorbereiten, versteckt werden soll (Bravo! bei den Socialdemokraten); sonst hat die Debatte absolut keinen Sinn —, sie hat überhaupt keinen Sinn. (Lachen rechts und im Centrum.) — Ja, diese ganze Debatte ist bloß eine Comödie und nichts weiter als eine Comödie. Haben Sie vielleicht in dieser Debatte etwas Neues gesagt? Ist in diesen vier Tagen auch nur ein Gedanke ausgesprochen worden, der nicht schon hundert Mal weit besser vorher ausgesprochen worden ist? Ist für solche nebeligen Discussionen der Reichstag, die Volksvertretung, namentlich in einem so kritischen Momente, wie dieser, der richtige Ort? Wahrhaftig nicht! Das sind Fragen, die entweder gar keinen Sinn haben oder, soweit wissenschaftliche Fragen gestreift worden sind, von der Wissenschaft ausgemacht werden und hier von uns nicht ausgemacht werden können. — Ja, Herr Dr. Bachem, der Reichstag ist kein Debattirclub. Einige Zeitungen haben die Debatte als ein »Disputatorium« über die sociale Frage und den Zukunftsstaat aufgefaßt. Aber ist der Reichstag dazu da — und im jetzigen Moment —, um Disputatorien zu halten? Und nun gar über den Zukunftsstaat! Wie kommen Sie darauf? Wie ist es denn möglich, überhaupt über ein derartiges Thema zu reden? (Lachen im Centrum.)

Und nun komme ich auf den Zukunftsstaat! Glauben Sie nicht, daß ich darüber reden werde. Ich habe meine Ansicht über die Zukunftsstaats-Fragerei in einem Citat, welches von dem Herrn Collegen Bachem verlesen worden ist, so klar und so drastisch ausgedrückt, daß ich dem absolut nicht das Geringste hier hinzuzufügen habe. Was den Zukunftsstaat betrifft, so ist das Phantasiesache. Jeder Mann ohne Ausnahme, Sie auch, Sie Alle hier im Hause, haben Ihren Zukunftsstaat, wenn auch Ihr Ideal meist in der Vergangenheit zurückliegt. Unser Ideal liegt glücklicher Weise vor uns, und Jeder macht sich nach seiner Façon in seinem eigenen Zukunftsstaate selig. Der Zukunftsstaat ist in gewisser Beziehung ein Ideal; aber die Wissenschaft hat niemals etwas mit ihm zu thun gehabt. Unsere Partei, die socialdemokratische Partei, hat niemals die Utopie eines Zukunftsstaats in ihr Programm aufgenommen[1]). Wir haben ein Programm, wir sind sogar die einzige Partei, die ein klares und umfassendes Programm hat, allein niemals hat die Partei den Arbeitern von einem Zukunftsstaat erzählt, niemals, ausgenommen als von einer Utopie. Wenn Jemand sagt: ich stelle mir nach der Verwirklichung des Programms, nachdem die Lohnarbeit abgeschafft ist und die Ausbeutung der Menschen aufgehört hat, die Gesellschaft etwa so vor — nun gut! Gedanken sind zollfrei; vorstellen kann sich das Jeder, wie er Lust

---

[1]) Allerdings. Sie hat nur die blühenden Schilderungen des Zukunftsstaates zum Agitiren benutzt! Vgl. die frühern Citate von Bebel, Liebknecht, Stern, dem Vorwärts &c.

hat. Wer es glauben will, glaubt daran; wer nicht daran glauben will, glaubt nicht daran. Es sind eben Phantasiestücke und nichts weiter. In anderer Weise hat die Socialdemokratie den sogenannten Zukunftsstaat niemals aufgefaßt [1]). (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

Man hat einen Streit begonnen um die Worte „Zukunftsstaat“ oder „Zukunftsgesellschaft“. Es fällt mir nicht ein, hier in diesen Streit einzugreifen. Ich selbst habe mich dahin ausgesprochen, daß es gleich ist, ob ich die organisirte Gesellschaft Staat nenne, oder ob ich sie nicht Staat nenne; das ist ein Streit um ein Wort [2]).

Es fällt mir natürlich nicht ein, im Einzelnen auf die verschiedenen Fragen einzugehen, die hier im Laufe der letzten Tage angeregt worden sind; ich will bloß einige Punkte hervorheben. Was Sie uns vorwerfen, was Sie, um uns anzuschwärzen, als unser Bestreben hinstellen, ist ohne Ausnahme das, was in Ihrer heutigen Gesellschaft besteht; Sie werfen uns die Leiden Ihrer Gesellschaft vor. Sie sagen uns z. B., wir wollten die Familien zerstören. Der Abgeordnete Richter hat ja in der heutigen Gesellschaft noch ein Stück von idyllischem Familienleben entdeckt; es ist die Frau des Arbeiters, die mit einem Topf Essen, dessen Güte er selbst einigermaßen anzweifeln muß, in die Nähe des Arbeitsplatzes kommt, um es ihm, dem Manne, zu bringen. Der Abgeordnete Richter soll doch einmal unter die Arbeiter gehen, er soll einmal sehen, wie das Familienleben gestaltet ist! Er soll mir sagen, ob ein Familienleben möglich ist da, wo der Vater den ganzen Tag bei der Arbeit, theilweise fern von zu Hause sein muß, wo auch die Frau den ganzen Tag oder einen großen Theil des Tages von Hause abwesend ist, um das zum Leben Nothwendige zu verdienen, oder wo die Frau, wenn sie zu Hause sein kann, so viel mit der Bewältigung der Haus- und Familien-Arbeiten zu thun hat, daß sie meist gar nicht im Stande ist, für ein ordentliches Hauswesen zu sorgen, namentlich bei der Geringfügigkeit der Mittel, über welche sie zu verfügen hat! Wie es bei den Arbeitern heute mit dem Familienleben steht, das können Sie, wenn auch in abgeschwächter Form, schon in den Berichten der Fabrik-Inspectoren lesen.

Dann kommt die Frage des Eigenthums, der Expropriation. Der Abgeordnete Bachem fragt uns: kommen Sie einmal heraus mit dem Flederwisch, wollen Sie expropriiren oder nicht [3])? Abgeordneter College

---

[1]) Hier wird also vom Abg. Liebknecht ausdrücklich zugegeben, daß die Ausmalung des Zukunftsstaates, z. B. in Bebel's „Frau“, ein „Phantasiestück“, eine „Utopie“, die darin enthaltenen Versprechungen also leere, innerlich haltlose Versprechungen sind.

[2]) Darin hat der Abg. Liebknecht vollkommen Recht. Der Abg. Bebel aber legte auf diesen Unterschied gerade das allergrößte Gewicht. Er sagte: „Wir wollen gar keinen Zukunftsstaat“. Vgl. dessen Rede in der Sitzung vom 3. Februar.

[3]) Diese Frage hat weder der Abg. Dr. Bachem noch ein anderer Redner gestellt. Denn das ist ja das Einzige, worüber die Socialdemokratie sich klipp und klar ausgesprochen hat, daß alle Productionsmittel expropriirt werden sollen. Der Abg. Dr. Bachem hat gefragt, wie die Regelung der Production und Distribution stattfinden solle, nachdem die angestrebte allgemeine Expropriation aller Productionsmittel, des Grund und Bodens, der Fabriken, der Bergwerke, aller Handwerkszeuge usw. durchgeführt ist.

Bachem, ich frage Sie: expropriirt denn die heutige Gesellschaft nicht? (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wird nicht in einem fort expropriirt? Glauben Sie, daß die heutige socialdemokratische Bewegung vor dreißig Jahren möglich gewesen wäre? Warum hat Lassalle, der Mann von Genie, es nicht vermocht, vor dreißig Jahren eine bedeutende Bewegung, diese Massenbewegung, wie wir sie jetzt haben, hervorzubringen? Einfach deshalb, weil die bürgerliche Gesellschaft sich noch nicht so weit entwickelt hatte (sehr wahr! bei den Socialdemokraten), weil sie ihre Gemeinschädlichkeit noch nicht so voll offenbart hatte, weil die Expropriation der Kleinen durch die Großen, die Pauperisirung der Massen noch nicht in diesem Maße vorgekommen war, wie dies heutzutage der Fall ist.

Ich frage noch einmal: wer hat heute noch Eigenthum? Nur eine Minderheit. Wenn die Masse des Volkes in Stadt und Land Eigenthum hätte, dann brauchten Sie keine Socialdemokratie zu fürchten; dann gäbe es überhaupt keine Socialdemokratie als politische Partei. Nicht durch den Fürsten Bismarck sind wir erzeugt worden, sondern durch die Verhältnisse. Und möge der Reichskanzler Bismarck oder Caprivi heißen oder meinetwegen Eugen Richter, falls es ihm einmal beschieden werden sollte, — wir werden trotzdem genau in derselben Weise wachsen und vorwärts gehen, wie bisher, ja, in immer rascherm Tempo, und zwar deshalb, weil diejenigen Gesetze, welche den Zerfalls- und Auflösungs-Proceß der heutigen Gesellschaft hervorbringen, immer verheerender wirken und willkürlich von keinem Reichskanzler beseitigt werden können [1]).

Man hat ferner behauptet, die Socialdemokratie wolle den Zwangsstaat, sie zerstöre die Freiheit des Willens. Man hat auf gewisse Vorkommnisse hingewiesen, die den »Terrorismus der Führer« beweisen sollten. Auf solche Kindereien und Klatschereien will ich mich gar nicht einlassen [2]). Terrorismus der Führer! Sie haben uns den Terrorismus des Staates gegenübergesetzt, und Sie haben uns nicht terrorisiren können mit Ihrem Socialistengesetz, und wir »Führer«, die wir keine mechanischen Machtmittel haben, wir sollten eine Partei, die Keiner von uns zwingen kann, bei uns zu bleiben, terrorisiren! Es ist lächerlich. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Sie glauben eine solche Dummheit ja selber nicht, und außerdem wird ja diese Legende vom Terrorismus der Führer aufgezehrt durch eine entgegengesetzte Legende, die Sie vor Jahresfrist mit Freuden colportirt haben. Ich denke an mein kleines Abenteuer mit der Philharmonie; damals hieß es: nicht einmal die Führer sind sicher vor dem Terrorismus der Masse, die Masse terrorisirt die Führer! Heute sind es die Führer, welche die Masse terrorisiren. Das Eine ist genau so unwahr und albern wie das Andere, und beides hebt einander auf; und

---

[1]) Es ist das alte System der Socialdemokratie: dem Arbeiter die absolute Aussichtslosigkeit zu predigen, auf dem Boden der heutigen Gesellschafts-Ordnung zu befriedigenden Zuständen zu kommen. Auf der einen Seite übertreibt sie die Mißstände der heutigen Zeit, auf der andern stimmt sie gegen alle socialreformatorischen Gesetze, welche geeignet sind, diese Mißstände zu bessern.

[2]) Warum denn nicht? Dann wird der Abg. Liebknecht wohl nicht bestreiten können, daß der socialdemokratische Zukunftsstaat ein Zwangsstaat sein würde, wie nie einer vorher?

wir glauben, daß, wer einer Partei wie der unsern mit derartigen Dingen etwas am Zeuge flicken will, überhaupt gar nichts von dem Wesen unserer Partei begreift und obendrein von der Intelligenz seiner Zuhörer eine außerordentlich geringe Meinung hat.

Was das Zuchthaus betrifft, welches Herr Richter in dem Zukunftsstaat sieht, so irrt er sich in Bezug auf die Zeit und die Oertlichkeit; ich denke, er braucht nicht weit zu gehen, um es zu finden. Wo ist denn die Freiheit in dem heutigen Staat, in Ihrer bürgerlichen Gesellschaft? (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Da machen sich jene Herren ein Ideal der heutigen Gesellschaft. Ja, die Gesellschaft, von der Sie uns vorreden, es sei eine Gesellschaft von Freien, — wo hat sie denn die Freiheit? Wer hat heute die freie Wahl seines Berufes? Wer ist frei in Bezug auf seine Arbeit? Wer steht nicht unter dem Zwang? Können Sie überhaupt annehmen, daß ein Mensch, der in Bezug auf all' seine wirthschaftlichen Bedürfnisse, auf sein Essen von Andern abhängig ist, ein freier Mensch sein kann [1]) Herr Eugen Richter hat sich gestern sehr entrüstet, als Bebel auf eine seiner Bemerkungen sagte: der Zwang, den wir ausüben, wenn Einer nicht arbeiten will, würde sein, daß er nichts zu essen bekommt. Darob sittliche Entrüstung. Nun, Bebel hat gestern natürlich nicht gemeint, daß man irgend Jemanden zum Hungertod verurtheilen soll; aber er hat den richtigen und gerechten Gedanken ausgesprochen, daß, wer nicht arbeitet, auch nicht verdient, etwas Ordentliches, d. h. mehr als das Nothwendige, zu essen zu bekommen, daß er kein Recht hat, an den Genüssen der Gesellschaft Theil zu nehmen [2]). (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.)

---

[1]) Darin hat der Abg. Liebknecht Recht, daß eine absolute Freiheit der Berufswahl im heutigen Staate für fast Niemanden existirt: Jeder sucht eben in einem Berufe unterzukommen, der ihm seinen Unterhalt verspricht, und wenn er einen solchen gefunden zu haben glaubt, ergreift er ihn, ohne viel nach der idealen „Freiheit der Berufswahl" zu fragen. Das gilt aber nicht nur für die Arbeiter, sondern für alle Stände mit äußerst geringen Ausnahmen. Aber alles das ist nicht die Frage. Es handelt sich nur darum, ob der Mensch im socialdemokratischen Staat freier ist, als heute, wenn er „in Bezug auf all' seine wirthschaftlichen Bedürfnisse, auf sein Essen" nicht von privaten Arbeitgebern, unter deren Mehrzahl er immer noch eine mehr oder weniger große Auswahl hat, sondern einzig und allein von der socialdemokratischen Staatsbehörde, von der „Verwaltung der Production" oder wie sie heißen möge, abhängt, und wenn, sobald für eine bestimmte Function sich nicht genug Freiwillige melden, an ihn die „Verpflichtung" herantritt, „die Jeden nöthigt, sobald die Reihe an ihn kommt, seine Leistung zu vollziehen", — wie Bebel, „Die Frau", achte Auflage, S. 165 sagt — und zwar eine ganz bestimmte Leistung, ohne Wahl und unter staatlicher „Nöthigung", da doch nur der Staat „nöthigen" kann.

[2]) Bebel hat etwas ganz anderes gesagt. Er hat allgemein gesagt: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen", und er hat damit gemeint: Wer nicht eine bestimmte „Function" verrichtet, zu welcher er bei dem Mangel einer genügenden Anzahl von Freiwilligen von der „Organisation der Production" „verpflichtet" oder „genöthigt" wird, soll nicht essen. Man sieht, wie Bebel und Liebknecht auf Schritt und Tritt sich widersprechen! Nach Liebknecht würde also im socialdemokratischen Staat, wer nicht arbeitet, immer noch den Anspruch haben, „das Nothwendige zu essen zu bekommen", wer aber arbeitet, den Anspruch „etwas Ordentliches, d. h. mehr als das Nothwendige, zu essen zu bekommen". Wo bleibt da die „gleiche Arbeitspflicht Aller", von der Bebel, „Die Frau", S. 151 spricht.

Das ist freilich anders als heute: bei uns werden in diesem beschränkten Sinne die Faulenzer hungern, die nicht arbeiten wollen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Heute ist es gerade umgekehrt. Die, welche nicht arbeiten, essen am besten, und die, welche am meisten arbeiten, haben nichts zu essen. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.) Und das ist es, was Ihrer Gesellschaft den Hals bricht, auch wenn der Herr Abgeordnete Richter noch »zwanzig Irrlehren« und Spar-Agnese in's Feld führt. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Man hat auch von der Religion gesprochen. Der Abgeordnete Bachem, der es ziemlich ernst zu nehmen schien, wurde sogar so tragisch, daß er ausrief, nur über seine Leiche würden wir an das Christenthum kommen. (Heiterkeit bei den Socialdemokraten.) Wahrlich, ich bin kein blutdürstiger Mensch, so wenig wie meine Freunde, und am wenigsten habe ich Lust, das Blut eines Mannes zu vergießen, der uns so gute Dienste geleistet hat wie er mit seinen Reden. Bei der nächsten Wahlschlacht hoffe ich Herrn Bachem als Leiche auf dem Schlachtfelde zu finden — aber bloß figürlich und nicht in Wirklichkeit. Und seine Religion betreffend, so kann ich ihm sagen: wenn er in dem Staat ist, in welchem wir etwas zu sagen haben, dann wird er keinen Culturkampf haben, dann wird das, was wir in unserm Programm haben, daß die Religion nicht Staats-, sondern Privat-Sache ist, Wahrheit sein; denn die Gewissensfreiheit, die Freiheit der Meinung ist uns heilig, sie steht hervorragend in unserm Programm, ohne sie — das wissen wir — kann ein gesundes Staatsleben oder Gemeinwesen überhaupt nicht bestehen [1]). Aber wie ist es denn mit der Freiheit da drüben bestellt? Hat die katholische Kirche die Freiheit der Andern je geachtet, da, wo sie die Macht hatte? Sie haben nicht das Recht, sich zu beschweren, wenn die protestantische Kirche es ebenso macht, wie Sie es früher gemacht haben! Jede Kirche ist herrschsüchtig und sucht die andern zu unterdrücken (sehr richtig! bei den Socialdemokraten), jede Kirche ohne alle Ausnahme; und wenn die Kirche es nicht thut, so hat sie nicht die Macht dazu. Jedenfalls werden Sie es in unserm Staat besser haben, als wir es in Ihrem Zukunftsstaat haben würden. (Sehr gut! bei den Socialdemokraten.)

Und dann kommt der Herr Abgeordnete Bachem, der sich gewissermaßen in die Rolle eines Beichtvaters versetzte, und fragt: schwören Sie die Revolution ab oder nicht? Herr College Bachem, wer gibt Ihnen das Recht, eine solche Frage an uns zu richten? Sie sind nicht unser Beichtvater! (Heiterkeit.) Wir haben die Revolution nicht ab geschworen,

---

[1]) Eine unglaubliche Schwäche des Abg. Liebknecht, hier zu leugnen, daß im socialdemokratischen Zukunftsstaat alle äußere Religionsübung unterdrückt wird — den innern religiösen Glauben zu unterdrücken, ist ja unmöglich! Und dann wagt er noch, sich auf den Satz „Religion ist Privatsache" zu berufen, nachdem die Verhandlungen über diesen Satz auf dem Erfurter Parteitag 1891 aller Welt offenbar gemacht haben, daß dieser Satz nur die Bedeutung des Bauernfanges im eigentlichen Sinne des Wortes hat! — Vgl. auch Bebel „Christenthum und Socialismus" S. 16: „Christenthum und Socialismus stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser." Ebenso Bebel im Reichstag am 31. März 1881. „Was wir erstreben, ist auf wirthschaftlichem Gebiet der Socialismus, auf politischem Gebiet die Republik und auf dem, was man gewöhnlich das religiöse Gebiet nennt, der Atheismus."

wir werden sie nicht abschwören. Wir haben unter dem Socialistengesetz, als Jedem von uns das Damoklesschwert der Ausweisung und der schlimmsten Maßregeln, der Expatriirung, über dem Kopf hing — wir haben hier hohen Hauptes bekannt: wir sind eine revolutionaire Partei, freilich nicht im revolutionairen Polizeisinn, in dem Sinne der willkürlich gemachten Revolution, des gewaltsamen Umsturzes. Wir sagen dasselbe heute, und werden es alle Zeit sagen. Wir haben uns nicht geändert und ändern uns nicht. Und wenn Sie, anstatt sich mit Citaten von Schuster und andern noch schlechtern Schustern zu vergnügen, unsere Jedem zugänglichen Schriften, unsere authentischen Reden im Reichstag gelesen hätten, was wir auf unsern Congressen verhandelt haben, dann würden Sie eine solche Frage eben so wenig haben stellen können wie die lächerliche Frage nach dem Zukunftsstaat.

Ich glaube, der Herr Abgeordnete Richter war es, der sagte: wir Gegner studiren, was die Socialdemokraten wollen, während die Socialdemokraten sich nicht um das bekümmern, was die Gegner wollen. Das Umgekehrte ist die Wahrheit; die Socialdemokraten verfolgen alles, was Sie schreiben und thun, soweit es in ihren Kräften liegt. Wir geben zu allen Zeiten unsern Genossen die Weisung, zu lesen, was die Gegner sagen; denn mit Erfolg bekämpfen und überwinden kann man nur den Feind, den man kennt. Und wenn der Abgeordnete Bachem uns wirklich studirt hätte, anstatt sein Urtheil aus ein paar zusammengewürfelten Thatsachen und Citaten zu bilden, dann hätte er nicht so verkehrtes Zeug geredet, wie er gethan hat.

Ja, was ist nun Revolution? Ich kann selbstverständlich den Begriff der Revolution hier nicht definiren; da hätten wir wiederum eine Debatte von Tagen und Tagen. Das Revolutionaire unserer Partei liegt darin, daß wir keine Compromisse mit den jetzigen faulen Verhältnissen wollen, daß wir kein Palliativmittel wollen, daß wir sagen: die Uebel der heutigen Gesellschaft fließen aus einer bestimmten Quelle, und sie können nur geheilt werden, wenn diese Quelle verstopft wird. Der Capitalismus ist die Ursache des gesellschaftlichen Elends. Das capitalistische System muß fallen. Die ganze heutige capitalistische Gesellschaftsordnung mit ihrer Grundlage und mit allen ihren Auswüchsen muß beseitigt werden. Die Uebel, welche das System zu Tage fördert, beseitigen wollen, ohne das System des Capitalismus zu beseitigen, wäre sinnlos und Pfuscherei. Das haben wir zu allen Zeiten erklärt, und darum sind wir eine revolutionaire Partei. Aber niemals hat ein Socialdemokrat gesagt, daß wir nun über Nacht durch irgend ein Wunder, durch Verschwörung, durch einen Putsch den heutigen Staat, die heutige Gesellschaft umstürzen können oder wollen; und wir halten Jeden für einen Schwindler oder einen thörichten Fanatiker, der da behauptet, gewaltsam, willkürlich eine Revolution machen zu können. Revolutionen werden nicht gemacht, sie werden, sie entstehen, sie wachsen, organisch, sie sind das Product geschichtlicher Entwickelungsverhältnisse [1]).

---

[1]) Dieser Theil der Rede des Abg. Liebknecht schillert in allen Farben. Den Stürmern und Drängern in seiner Partei gegenüber betont er: „Wir sind eine

College Bachem hat allerdings von mir eine Aeußerung citirt, die scheinbar dem widerspricht, was ich so eben gesagt habe; nämlich ich soll in einer Versammlung erklärt haben — ich glaube im sechsten Berliner Wahlkreis —: wenn wir heute decretiren — ich citire dem Sinn nach — morgen um 12 Uhr wird der socialdemokratische Staat eingerichtet, dann ist er eingerichtet. College Bachem, wenn einem meiner Gegner, auch dem geistig unbedeutendsten, eine bis zur Blödsinnigkeit absurde Aeußerung in den Mund gelegt wird, dann frage ich mich doch erst: ist der Mann so dumm, daß er das gesagt haben könnte? Und ich erkundige mich erst. College Bachem, eine solche Dummheit habe weder ich, noch meines Wissens irgend Jemand sonst gesagt; das ist Sache irgend eines Berichterstatters, der diesen grotesken Satz zusammenphantasirt hat. Das, was ich ausführte, war Folgendes.

Gegenüber einigen Genossen, welche die Bedeutung der gewerkschaftlichen Bewegung unterschätzten, wies ich damals auf eine Aeußerung hin, die ich früher, wenn ich nicht irre auf einem unserer Congresse, in Bezug auf die englische Gewerkschaftsbewegung gethan hatte, und führte etwa aus: wenn die socialistische Partei in England, wo sie jetzt schwach ist, so stark wäre, daß sie das Staatsruder in die Hand nehmen könnte, dann wäre England kraft seiner wunderbaren Arbeiter-Organisationen in der glücklichen Lage, daß die Regierung decretiren könnte: von morgen Mittag

---

revolutionäre Partei." Dem Reichstag gegenüber führt er aus: Derjenige sei ein „Schwindler", der da „behauptet, gewaltsam, willkürlich eine Revolution machen zu können". Dann war also Karl Marx wohl auch ein solcher „Schwindler", wenn er behauptete, die neue socialistische Gesellschaft könne nicht an's Tageslicht kommen ohne die „Geburtshülfe der Gewalt". Ferner sagt Liebknecht: „Niemals hat ein Socialdemokrat gesagt, daß wir über Nacht durch irgend ein Wunder, durch Verschwörung, durch irgend einen Putsch die heutige Gesellschaft umstürzen können oder wollen". Man vgl. hierzu die Citate in der Rede des Abg. Dr. Bachem am 3. Febr., wonach socialdemokratische Autoritäten das Erstehen des socialdemokratischen Zukunftsstaates auf das „letzte Jahrzehnt unseres Jahrhunderts", „gegen das Jahr 1898" usw. voraussagten. Haben dieselben etwa geglaubt, das ginge sobald ohne Gewalt? Vgl. hierzu ferner Bebel „Unsere Ziele" (1877) S. 43: „Zwei Wege gibt es nur, unsere Ziele zu erreichen. Der eine ist nach Herstellung des demokratischen Staates die allmälige Verdrängung der Privat-Unternehmer durch die Gesetzgebung. Dieser Weg würde eingeschlagen werden, wenn die betheiligten Kreise, gegen welche die socialistische Bewegung gerichtet ist, bei Zeiten zur Einsicht gelangten und auf dem Wege des Compromisses ihren Untergang als exploitirende Krise und ihren Eingang als Gleiche in die Gesammtheit zu bewerkstelligen suchten. Der andere, entschieden kürzere, aber auch gewaltthätigere Weg wäre die gewaltsame Expropriation, die Beseitigung der Privat-Unternehmer mit einem Schlage, einerlei durch welche Mittel." S. 44 derselben Schrift heißt es: „Man entsetze sich nur nicht über die mögliche Anwendung der Gewalt, zetere nicht über die Unterdrückung »berechtigter Existenzen«, gewaltsame Expropriation und dergl. Die Geschichte lehrt, daß zu allen Zeiten die neuen Ideen in der Regel nur durch gewaltsamen Kampf mit den Vertretern der Vergangenheit zur Geltung gelangten, und daß dann die Kämpfer für die neuen Ideen die Vertreter der Vergangenheit so tödtlich als möglich zu treffen suchten. Wohl nicht mit Unrecht ruft Karl Marx in seinem Buch „Das Capital": »Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht; sie ist selbst eine ökonomische Potenz«".

12 Uhr ab geht der Betrieb aller Fabriken, aller Bergwerke usw. über an die organisirten Arbeiterschaften, und in keinem Betriebe würde die geringste Stockung eintreten[1]). Das habe ich gesagt, und das ist die volle Wahrheit. Wenn die Arbeiter des Herrn Stumm organisirt wären, so wäre es ganz gleichgültig, ob Herr Stumm in der Fabrik ist oder nicht — die Fabrik ginge ruhig fort[2]).

Oder nehmen Sie hier Berlin. Wir haben hier eine vortrefflich organisirte Gewerkschaft, ähnlich wie die englischen, die beste, die es in Deutschland gibt, die Buchdrucker-Gewerkschaft. Glauben Sie, daß eine Buchdruckerei auch nur eine Minute still stände, wenn der Herr Buchdruckerei-Besitzer expropriirt worden wäre[3])? Das bringt mich auch zu dem, was ich seiner Zeit gemeint habe mit dem »Hineinwachsen in den Socialismus«. Da, wo die Bedingungen der socialistischen Gesellschaft nicht vorhanden sind, da ist es auch unmöglich, daß eine socialistische Gesellschaft organisirt werden kann; da, wo die Masse des Volkes Eigenthum hat, wo das kleine Eigenthum herrscht, ist es unmöglich, eine socialistische Organisation zu schaffen. Die Gesellschaft muß erst durch den Großcapitalismus herangezogen sein, es muß erst die Massen-Expropriation der kleinen Eigenthümer stattgefunden haben, ehe die heutige Gesellschaft stürzen kann; jeder kleine Eigenthümer ist eine Stütze des Capitalstaates, und mit jedem kleinen Eigenthümer, der durch das Großcapital zu Grunde gerichtet wird, fällt im wahrsten Sinne des Wortes, wie Sie es zu nennen pflegen, eine »Ordnungssäule«. Eine »Ordnungssäule« nach der andern fällt, die meisten sind schon gefallen; die Masse des Volkes ist heute expropriirt, sie ist eigenthumslos und hat an der Einführung der socialistischen Gesellschaft ein unmittelbares Interesse. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Das ist es, was die Socialdemokratie stark macht; das ist es, was Ihrer Herrschaft mit absoluter Sicherheit das Ende bereitet.

Und nun komme ich zu der Moral dieser Debatten. Vier Tage lang haben wir nun schon discutirt, und wenn es Ihnen Spaß macht, mag es noch vier Wochen lang dauern; wir haben nichts dabei zu verlieren. Wir sind unsere 36, wir schicken Ihnen jeden Tag Zwei entgegen, die Jeder zwei Stunden lang reden; also Sie können kommen — niederreden wer-

---

[1]) Etwas Wesentliches ist damit an dem Sinn des Citates des Abg. Dr. Bachem in der Sitzung vom 3. Febr. gar nicht geändert. Was in England möglich ist, ist doch auch wohl in Deutschland möglich. Nach Liebknecht würde also in Deutschland, wo die socialdemokratische Partei ja stark ist, ein solches Decret möglich sein, sobald in Deutschland die Gewerkschaften sich so weit entwickelt haben, wie heute in England.

[2]) Wenn! Die Frage ist aber, wie will die Socialdemokratie die Arbeiter des Hrn. von Stumm organisiren, damit sie in der Lage sind, einen Betrieb von der Ausdehnung des Betriebes des Hrn. v. Stumm übernehmen und fortführen zu können. Auf diese grundlegende Frage gibt auch der Abg. Liebknecht keine Antwort.

[3]) Allerdings! Nach kürzester Zeit würden die meisten der Berliner Buchdruckereien genau so still stehen, wie die socialdemokratische Bäckerei-Genossenschaft, und nur die eine oder die andere, bei der besonders günstige Verhältnisse vorhanden ind, würde sich halten. Nimmt man aber die „Autorität" der „Ordner" fort, würden sie alle ohne Ausnahme sofort zusammenbrechen.

den Sie uns nicht! Und warum das alles? Gestern sagte einer der Redner, der sich damit ein Bißchen Begeisterung machen wollte: „Deutschland schaut auf uns“! Ja, wenn das deutsche Volk auf uns schaut und hört, wie, statt sich mit der Militair-Vorlage zu beschäftigen, der Deutsche Reichstag über den Zukunftsstaat debattirt, dann denkt das deutsche Volk: träume ich, bin ich verrückt geworden (Heiterkeit), oder ist das ein Narrenhaus? Sind das die berufenen Volksvertreter? Ist das in einem solchen kritischen Moment eine der Volksvertretung würdige Aufgabe? Nein, meine Herren, das ist sie nicht! Was kann durch diese Debatte denn erreicht werden? Wollten Sie uns widerlegen? Aber das muß doch ein vernünftiger Mensch wissen, daß durch Reden noch niemals eine Theorie, ein Princip widerlegt worden ist, daß mit Reden eine Streitfrage, eine wissenschaftliche Streitfrage unmöglich zum Austrag gebracht werden kann. Sie können in dieser uferlosen Debatte Jahre lang reden, wir reden Jahre lang dagegen; es gibt kein Ende, keinen Abschluß. Mit Reden kommen wir nicht weiter!

Sie waren aber wohl kaum so naiv, unsere Widerlegung zu bezwecken; Sie haben einen andern, sehr realen Zweck gehabt — ich deutete schon darauf hin —: Sie wollen die Aufmerksamkeit des deutschen Volkes von den Dingen ablenken, die jetzt in Bezug auf die Militair-Vorlage vorgehen. (Große Heiterkeit.) — Ja, das wollen Sie! Eine so offenbare Thatsache läßt sich nicht weglachen. Wenn es den Herren der Majorität, namentlich des Centrums, mit der Verwerfung der Militair-Vorlage wirklich ernst wäre, wie sie behaupten, dann wäre die Militair-Vorlage schon längst in den Papierkorb des Reichstags geworfen worden, und das wäre die Auflösung gewesen. Aber davor haben Sie Angst, Sie fürchten die Auflösung, Sie fürchten die Neuwahl, Sie fürchten, vor Ihre Wähler zu treten. Sie wollen sich auf irgend eine Weise salviren, und da mag der Eine oder Andere von Ihnen wohl auch meinen, durch ein paar socialistentödterische Reden könne für die Wahlen ein wenig vorgearbeitet werden. Hierin irren Sie sich aber; denn das, was Sie geredet haben, das wird uns als Munition für den Wahlkampf dienen.

Und nun komme ich zum Schlusse. Der Herr Abgeordnete Bachem hat gestern — es war kein parlamentarischer Ausdruck — gesagt: wir Socialdemokraten »nasführten die Arbeiter«. Das »Nasführen« überlassen wir Andern. Ich kann dem Herrn Abgeordneten Bachem nur sagen: das ist ein Ausdruck, den hier im Hause gegen Collegen zu gebrauchen ich mich schämen würde. (Zwischenrufe.) — Ja, das sagt man nicht unter gebildeten Männern; das ist ungezogen. Wenn ich sagen wollte, daß die Partei des Centrums die deutschen Arbeiter »genasführt« hat und weiter »nasführen« will, wenn ich sagen wollte, daß mit dem himmlischen Recepte, welches die Partei des Herrn Bachem als alleiniges Heilmittel zur Cur der socialen Krankheit vorgeschlagen hat, die Menschheit schon fast zweitausend Jahre lang »genasführt« worden ist. — — (Zwischenruf.) — Ja, da rufen Sie: Oho! Sie haben das Wort zuerst und gegen uns gebraucht und damit mir das Recht gegeben, es gegen Sie zu brauchen; wenn ich Ihnen das »Nasführen« zurückgebe, so müssen Sie es sich gefallen lassen. Wir führen die Arbeiter nicht an der Nase. Wir haben den Arbeitern nie, wie Sie es hier fälschlich gesagt haben, einen Zukunfts-

staat versprochen, sondern wir haben ihnen ehrlich die Wahrheit gesagt. (Lachen rechts.) Ja, wir sind weder Arbeiter= noch Bauern=Fänger. Wir haben den Arbeitern alle Zeit die Wahrheit gesagt [1]).

Wir stehen wahrscheinlich vor den Wahlen. Sie werden, wenn es zum Klappen kommt, uns überall in Ihrem Wege finden. Ob Sie sich nun, wie Sie wohl möchten, sämmtlich in Cartellen gegen uns vereinigen, oder ob Sie sich gegenseitig wieder bekämpfen, — es ist uns ganz einerlei. Ich will das für Sie Günstigste annehmen; die Einigkeit von heute hält vor, Sie vergessen Ihren innern Hader, Sie vereinigen sich, wenn auch nicht gleich bei der nächsten Wahl, so bei irgend einer spätern Gelegenheit, wenn Ihre Wirthschaft dem Bankerott noch näher ist, als schon heute der Fall, und wenn das Messer Ihnen an die Kehle geht. Da rücken Sie nun Alle, geeinigt unter derselben Fahne marschirend, die Spar=Agnes als Jungfrau von Orleans voran, auf der Oriflamme gemalt das goldene Kalb, — da rücken Sie gegen uns heran, die wir unter unserer einfachen, ehrlichen, rothen Fahne (Heiterkeit) geschaart sind; und ich rufe Ihnen furchtlosen Muthes zu: Kommen Sie heran! Wir sind stets bereit, Sie zu empfangen, und, ob Sie einig sind oder nicht, wir werden mit Ihnen Allen fertig!« (Lebhaftes Bravo bei den Socialdemokraten — Zurufe.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Stöcker.

Abgeordneter **Stöcker:**

„Meine Herren, nach dieser Rede des Herrn Abgeordneten Liebknecht glaube ich, auf meine Rede verzichten zu können. Alles muß ein Ende haben, und diese Debatte auch. Da wir die Mittel nicht haben, den Schluß der Debatte zu erzwingen, so haben wir den Muth, die Debatte mit dieser Rede des Herrn Abgeordneten Liebknecht ausklingen zu lassen. (Zustimmung.) Die Socialdemokratie hat heute ihr bestes Pferd in's Feld geführt (Zuruf bei den Socialdemokraten); — auch dies hat sich, wie die Stimmung im Hause zeigt, als völlig lahmer Renner erwiesen. (Zuruf links.) Wir wollen nun schließen und werden nur, wenn wir mit Gewalt dazu gezwungen werden, noch ein Mal das Wort ergreifen. Das habe ich im Namen meiner Freunde zu erklären. (Zuruf links. — Bravo rechts! und im Centrum.)

Mit dieser Rede des Abgeordneten Liebknecht schloß die Debatte über den socialistischen Zukunftsstaat, da Provocationen zu diesem Gegenstande von Seiten der Socialdemokratie nicht ergingen. Die Debatte ging über auf die Thätigkeit der Fabrikinspectoren, dann auf die neu eingeführte Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Zum Schluß ist nur noch zu constatiren, daß ebenso wie der Abgeordnete Bebel, auch der Abgeordnete Liebknecht die Debatte nur benutzt hat zur Erneuerung seiner alten Angriffe auf die heutige Gesellschaftsordnung, ohne die Gelegenheit zu benutzen, ein klares Bild zu geben von derjenigen Gesellschaftsordnung, welche die Socialdemokratie anstrebt.

---

[1]) Man vergleiche hierzu die Ausführungen und Nachweise in der Rede des Abgeordneten Dr. Bachem vom 6. Februar.

Nachwort.

Die Verhandlungen im Deutschen Reichstag, welche wir in Vorstehendem wiedergegeben haben, sind nach den manchfaltigsten Richtungen hin von bleibender Bedeutung, und erfordern daher auch für die Dauer die eingehendste Beachtung.

Sie haben zunächst dargethan, was davon zu halten ist, wenn die Socialdemokratie immer und immer wieder, im Reichstag wie in Volksversammlungen, in ihren Zeitungen und angeblich „wissenschaftlichen" Zeitschriften wie bei ihrer Agitation vor ungebildeten Fabrikarbeitern, zu behaupten versucht, ihre Lehre sei eine durchaus wissenschaftliche, ihre Bestrebungen würden von der Wissenschaft gerechtfertigt. Bebel hat zugeben müssen, daß die socialdemokratische „Wissenschaft" ungeheuer rasch sich „entwickele", daß sie in einem fortwährenden „Mauserungsproceß" begriffen sei, daß also eine feststehende, unverrückbare Wahrheit in ihr nicht enthalten sei und sie einstweilen noch gar nicht die Hoffnung habe, zu endgültigen Ergebnissen und Forderungen zu kommen. Das mustergültige Beispiel für diese „Wissenschaftlichkeit" der Socialdemokratie bleibt das „eherne Lohngesetz". Dem politischen Vater der deutschen Socialdemokratie, Ferdinand Lassalle, war es „der Prüfstein aller Wissenschaftlichkeit"; dem geistigen Haupt der heutigen socialdemokratischen Wissenschaft, Karl Marx, war es „ein ungeheuerliches Attentat auf die in der Parteimasse verbreitete Einsicht". Das Gothaer Programm von 1875 machte dieses „Gesetz" zum officiellen Dogma der deutschen Socialdemokratie, das Erfurter Programm von 1891 ließ es fallen. Gegenüber diesen Widersprüchen in den officiellen Verlautbarungen und unter den Größen der Partei sind die zahllosen tollen Widersprüche zwischen den kleinern Führern der heutigen Socialdemokratie fast unwesentlich zu nennen.

Sodann haben jene Debatten in voller Schärfe die Agitationsmethode der Socialdemokratie gebrandmarkt. Nicht Erreichbarkeit des Versprochenen, nicht Wahrheit der Gründe, nicht Folgerichtigkeit der Beweisführung wird von ihr verlangt, sondern nur starke Wirkung auf die Massen. Diesen Ansprüchen entsprachen das „eherne Lohngesetz" und die „Productiv-Genossenschaften" zur „Anbahnung der Lösung der socialen Frage" im Gothaer Programm, die zur Agitation benutzt wurden, bis auch die blödesten Jünger der Socialdemokratie eingesehen hatten, daß das Erstere innerlich unwahr, das Zweite undurchführbar und zu dem erstrebten Hauptzweck unbrauchbar sei, so daß beide zu Erfurt fallen gelassen werden mußten. Diesen Anforderungen entspricht auch der „socialdemokratische Zukunftsstaat". Er ist nichts als ein Agitationsmittel. Eine klare Vorstellung von demselben hat nicht einer der socialdemokratischen „wissenschaftlichen" Köpfe. Wenn gegenüber den Schäden und Mängeln unserer heutigen Gesellschaftsordnung von socialdemokratischer Seite stets betont wird, dieselben würden „von selbst" verschwinden, sobald das Ideal der Socialdemokratie verwirklicht sei, so ist das lediglich eine agitatorische Irreleitung

der Masse. Nach den Reichstags-Debatten über den Zukunftsstaat hat der „Vorwärts“ mit besonderm Nachdruck darauf hingewiesen, daß die „social-demokratische Partei“ von einem „Zukunftsstaat“ nichts wisse. Daran ist wahr, daß die officielle socialdemokratische Partei als solche allerdings von einem „Zukunftsstaat“ insofern nichts weiß, als in ihren officiellen Partei-verlautbarungen von einem solchen keine Rede ist. Einen um so breitern Raum nimmt er aber ein in den Werken der einzelnen socialdemokratischen Schriftsteller, Bebel, Stern usw., in den Schilderungen der socialdemo-kratischen Zeitungen, des „Berliner Volksblattes“, des „Vorwärts“ usw., und namentlich in den Agitationsreden der Volksversammlungen. Die Aus-malung der idealen Zustände, sobald ein Mal die Socialdemokratie zur Herrschaft gelangt sei, ist dort ein stehendes Thema. In den Kreis der Agitationsmittel gehört auch das Drohen mit der Gewalt. Karl Marx hat in seinem „Communistischen Manifest“ und in seinem Werke „Das Capital“ offen und ohne Hinterhür auf die Gewalt hingewiesen als das einzige Mittel, welches der Socialdemokratie zum Siege verhelfen könne. Für jeden einigermaßen denkfähigen Menschen ist es zudem klar, daß der Versuch der Einführung einer socialistischen Production unter Verwande-lung des capitalistischen Eigenthums an allen Productionsmitteln in ge-sellschaftliches Eigenthum nur auf dem Wege der Gewalt denkbar ist. Bebel und Frohme haben aber nicht mehr den Muth, diese Consequenz ehrlich einzugestehen. Sie lehnten im Reichstag die Gewalt ausdrücklich ab und wollen alles von der „Entwickelung“ erwarten. Liebknecht, der alte Revo-lutionair, dagegen kann sich noch nicht entschließen, offen vor ganz Deutsch-land die früher mit aller Schärfe von ihm verfochtene Theorie der Gewalt abzuleugnen. Aber auch er hielt sie im Reichstag nur mehr verclausulirt und in sehr gewundenen Ausdrücken aufrecht. In den Volksversammlungen jedoch ist es tausend und abertausend Mal das Winken mit der gewalt-samen Revolution, das die Massen fanatisirt und den Winken der social-demokratischen Führer gefügig macht. In diesen Kreis der unwahren Agi-tationsmittel fällt endlich auch das Nähren der Hoffnung auf eine alsbal-dige, in kurzer oder gar kürzester Zeit zu erlebende Durchführung der social-demokratischen Ideale. In Volksversammlungen haben die socialdemo-kratischen Führer, voran Bebel, sich nie gescheut, diese Hoffnung zu nähren. Im Reichstag hatten sie nicht den Muth, zu diesem Agitationsmittel sich offen zu bekennen.

Ferner, und das war der Kern der Debatte, ist über alle fernere An-zweifelung hinaus festgestellt worden, daß die socialdemokratische Fraction nicht in der Lage ist, über die volkswirthschaftlichen Fragen und Schwierigkeiten Rechenschaft abzulegen, welche sich im Anschluß an die von ihr officiell erstrebten Ziele ergeben. Wer soll in der socialdemokratischen Gesellschaftsordnung Inhaber der in gesellschaftliches Eigenthum umgewan-delten Productionsmittel mit dem Rechte der Verfügung und der Regelung des Gebrauchs derselben sein, die socialistische Einzelgemeinde, die Berufs-genossenschaft nach Frohme, die frei sich bildende Productionsgruppe oder der Staat? Keine Antwort! Was soll der Maßstab der Vertheilung des Arbeitsproductes sein, die Arbeit als die „Quelle alles Reichthums“ oder die auf die Gewinnung des Products verwandte Arbeitszeit, was der „allgemeinen Arbeitspflicht“ entsprechen würde, oder das „vernunftgemäße

Bedürfniß" ohne Rücksicht auf das geleistete Arbeitsquantum und die geleistete Arbeitszeit? Keine Antwort! Wer setzt die Höhe des Lohnes (des Arbeitsentgeltes) fest, die von den einzelnen Betriebsgruppen gewählten Ordner, die Beamten der Gemeinde oder die Inhaber der Centralgewalt? Keine Antwort! Wie gedenkt man bei vollständig freier Arbeitswahl ohne Berufsvorbildung und ohne Ständetheilung die Wahrnehmung der nicht rein mechanischen Functionen zu sichern? Keine Antwort! Wie will man die Productivität der Arbeit erhalten, wenn die Aussicht, selbst den Nutzen aus dem eigenen Fleiß zu ziehen, benommen ist? Keine Antwort! Wie werden die Ordner der Betriebsgruppen, die Beamten der Gemeinde und die Inhaber der Centralgewalt sich Gehorsam verschaffen, wenn bei dem Princip der „Verwerfung aller Autorität" der Gehorsam nicht freiwillig geleistet wird? Wie wird man den Frevlern gegen die Gesellschaftsordnung entgegentreten, wenn die „Justiz abgeschafft" ist? Keine Antwort! Endlich — wie gedenkt man die Verproviantirung Deutschlands mit der großen Masse von Nahrungsmitteln zu sichern, deren es bedarf, um seine Bevölkerung zu ernähren? Keine Antwort! Dies alles überläßt die heutige Socialdemokratie der „Entwickelung", sobald sie erst die politische Macht in Händen hat. Waren etwa alle diese Fragen nicht wissenschaftlich? Es bleibt als Ergebniß: Die Socialdemokratie ist nicht im Stande, über ihre bisherigen phantastischen Vorspiegelungen Rechenschaft abzulegen, und sie ist auch nicht in der Lage, ein anderes, theoretisch mögliches und praktisch zu verwirklichendes Ideal aufzustellen.

Die Debatte hat sodann ferner dargethan, daß die Socialdemokratie überhaupt nicht in der Lage ist, irgend etwas Positives zu leisten. An negativer, leidenschaftlicher und verhetzender Kritik des Bestehenden ist sie unerreicht, aber auch an Unfruchtbarkeit in thatsächlichen Leistungen. Nachdem am 19. März 1877 das Centrum den Antrag des Grafen Galen und Genossen mit einem ganz umfassenden socialreformatorischen Programm eingebracht hatte, hat die socialdemokratische Fraction sich gezwungen gefühlt, ebenfalls am 11. April desselben Jahres einen ziemlich ausführlichen Gesetzentwurf „betreffend die theilweise Abänderung der Titel I, II, VII, IX und X der Gewerbe-Ordnung" einzubringen. Derselbe enthielt nichts wesentlich Socialdemokratisches und bewegte sich auf demselben Boden wie der Centrums-Antrag. Seitdem ist ein großer Theil der in beiden Anträgen enthaltenen Forderungen erreicht oder angebahnt. Seitdem und auch wohl dadurch hat aber auch die Socialdemokratie den Geschmack an solchen positiven Vorschlägen vollständig verloren. Sie hat seitdem gegen alle socialreformatorischen Gesetze ohne jede Ausnahme gestimmt, nie mehr aber selbst einen socialreformatorischen Gesetzentwurf eingebracht. Sie hat sich seitdem ausschließlich auf die negative Kritik verlegt und alle von anderer Seite angeregten positiven Maßregeln bekämpft. Statt positiver Verbesserungsvorschläge vertröstet sie die Arbeiter auf den socialdemokratischen Zukunftsstaat, welcher die Erfüllung aller Wünsche der Arbeiter auf ein Mal bringen soll. In dem Gefühl dieser Schwäche, Unfruchtbarkeit und Unfähigkeit, welche allen denkfähigen Arbeitern nicht verborgen bleiben kann, sucht sie, nachdem die verflossenen Debatten über dieselbe volles Licht ergossen haben, dem deutschen Arbeiter ihren Werth und Nutzen dadurch nachzuweisen, daß sie behauptet, ohne sie würde nichts Positives für die

Hebung der Lage des Arbeiterstandes geschehen sein [1]). Dabei verschweigt sie aber mit aller Sorgfalt, daß alles Positive, was für die Arbeiter geschehen ist, gegen die Socialdemokratie hat durchgesetzt werden müssen.

Ueber die religiöse Stellung der Socialdemokratie ist in diesen Debatten sehr wenig gesagt worden. Warum? Weil es für keinen Menschen mit offenen Augen mehr nothwendig ist. Wer heute noch nicht weiß, oder nicht glaubt, daß die Socialdemokratie die bitterste Feindin jeglichen positiven Glaubens und namentlich des Christenthums ist, und daß sie die katholische Kirche als ihre gewichtigste und gefährlichste Gegnerin betrachtet und demgemäß tödtlich haßt, dem ist nicht zu helfen. Seitdem Bebel in der Reichstagssitzung vom 18. April 1877 ausgeführt hat, seine Partei stehe „auf einem atheistisch-materialistischen Standpunkt"; seitdem er in seiner Broschüre „Christenthum und Socialismus" bekannt hat: „Christenthum und Socialismus stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser;" seitdem endlich Bebel in der Reichstagssitzung vom 31. März 1881 die bekannten Worte ausgerufen: „Ich will noch eines anführen. Daß die Socialdemokratie, wie gestern hier nachzuweisen versucht wurde, ihrem Wesen nach demokratisch, richtiger republicanisch, socialistisch, atheistisch ist, warum den Beweis dafür so weit herholen. Der Herr Minister brauchte bloß die Acten des Reichstages herzunehmen und dort meine Rede vom Jahre 1872, wo ich der einzige Vertreter meiner Partei in diesem Hause war, nachzuschlagen. Es handelte sich damals um den Erlaß des sogenannten Jesuiten-Ausweisungsgesetzes. Ich habe damals gegen dieses Ausnahmegesetz gesprochen und selbstverständlich gestimmt, ich habe die Maßregel als in jeder Beziehung verwerflich auf der einen Seite, als

---

[1]) So in der Sitzung des Reichstages am 23. Febr. der Abg. Wurm: „Der Herr Abgeordnete Roesicke meint, dadurch, daß wir diese scharfe Kritik anlegen, lähmen wir die Thätigkeit derjenigen, die es gut mit den Arbeitern meinen. Ich denke, das Umgekehrte ist der Fall: Diejenigen, welche es gut meinen, werden sich schämen, daß es Collegen in ihren Reihen gibt, die es nicht so gut meinen. Und anderseits können wir darauf hinweisen: würden wir Socialdemokraten nicht hier im Reichstag stehen, es wäre auch nicht ein Finger zu Gunsten der Arbeiter gerührt worden." Aehnlich der Abg. Bebel am 24. Februar: „Der Abg. Schmidt-Elberfeld hat aus einer etwas allgemein gehaltenen Aeußerung meines Freundes Wurm geschlossen, daß auch schon lange vor der Socialdemokratie man an die Socialreform gedacht habe. Das ist nun nicht richtig. Denn wenn wir hier von Socialreform sprechen, so meinen wir diejenige Socialreform, wie sie seit dem Jahre 1880 durch den bekannten Kaiserlichen Erlaß eingeführt wurde. Und daß diese Socialreform ganz wesentlich der Socialdemokratie und deren Anregung zu verdanken ist, das ist nicht allein aus dem Kaiserl. Erlaß im Jahre 1880 zu ersehen, sondern das ist schon vorher in der ersten Thronrede der außerordentlichen Session für Schaffung des Socialistengesetzes ausgesprochen und schließlich bestätigt worden vom Fürsten Bismarck in jener Rede vom 26. November 1884, die ich neulich bei der Zukunftsstaats-Debatte hier erwähnt habe. Also insofern muß die Socialdemokratie als die moralische Urheberin der Socialreform betrachtet werden." Der Abg. Bebel spricht hier nur von der Socialreform „seit dem Jahre 1880", beliebt also den Antrag des Grafen von Galen und Genossen vom 19. März 1877 mit seinem umfassenden socialreformatorischen Programm und die an diesen Antrag sich anknüpfenden Bestrebungen, welche in der Arbeiterschutznovelle von 1891 endlich zum Siege gelangten, einfach zu ignoriren.

nicht zum Ziele führend auf der andern Seite bekämpft, und ich habe gerade meinen abweichenden Standpunkt damit begründet, daß ich sagte, ich bekämpfe dieses Gesetz, obgleich ich im Uebrigen den Herren vom Centrum und speciell demjenigen Theil der Geistlichkeit, um den es sich in dem Gesetz handelt in der feindseligsten Weise gegenüberstehe. Ich habe damals erklärt und damit meine Rede geschlossen: Wir erstreben auf politischem Gebiet die Republik, auf dem ökonomischen Gebiet dem Socialismus und auf dem, was man heut das religiöse Gebiet nennt, den Atheismus. (Hört! aha! rechts.) — Ja, meine Herren, ist Ihnen denn das neu? Ich habe Ihnen vorhin gesagt, daß ich die Verantwortung für das, was uns wirklich trifft, voll und ganz übernehme, und Sie sehen, ich lehne sie nicht ab," seitdem ist in der religiösen Haltung der Socialdemokratie nicht die geringste Aenderung eingetreten. Zwar steht auch im Erfurter Programm von 1891 noch die heuchlerische Forderung: „Erklärung der Religion zur Privatsache." Aber seit den Verhandlungen über diesen Satz auf dem Erfurter Parteitage weiß alle Welt, warum er beibehalten ist und was er bedeutet: beibehalten zum Zwecke des Gimpelfanges in bäuerlichen Gegenden, die noch festhalten am alten Väterglauben und bedeutend nichts als eine verlogene Verheimlichung des Bestrebens, alle Religion im öffentlichen Leben mit Stumpf und Stiel auszurotten. Gerade in allerletzter Zeit ist die Natur dieses socialdemokratischen Religionshasses in einer Weise zu Tage getreten, die eine für Viele noch neue Seite desselben enthüllte. Am 1. Juni 1892 schrieb der „Vorwärts": „Daß wir hiervon, weil wir Socialdemokraten die Kirche und die Pfaffen bekämpfen, so großes Aufsehen machen sollten, sehen wir nicht ein; denn wir würden Kirche und Pfaffen auch bekämpfen, wenn die Pfaffen und die Küster auch die gewissenhaftesten und pflichtgetreuesten Menschen wären." Uebrigens hat sich auch bei den vorstehend mitgetheilten Verhandlungen die glaubensfeindliche Natur der Socialdemokratie nicht verleugnet. Als der Abg. Dr. Bachem seinen Glauben an die Auferstehung des Fleisches nach der Lehre der katholischen Kirche bekannte, lachte sie.

Was soll man gegenüber diesen Ergebnissen der mitgetheilten Reichstagsverhandlungen noch sagen zu dem Versuche des Abg. Liebknecht, die ganze Verhandlung so darzustellen, als solle sie ein faules Compromiß verdecken, welches das Centrum über die Militairvorlage zu schließen im Begriff sei? Ein jämmerlicheres Mittel, um eine Niederlage zu beschönigen, ist selten dagewesen. Es wäre ehrlicher gewesen, wenn der Abg. Liebknecht seine Unfähigkeit, Klarheit zu geben über die von ihm erstrebten Ziele, offen eingestanden hätte. Doch wer kann noch im öffentlichen Leben von den Führern der Socialdemokratie Offenheit und Redlichkeit erwarten? Wohl mag es unter den Anhängern der Socialdemokratie im Arbeiterstande noch Viele geben, welche ehrlich an das socialdemokratische Programm glauben. Aber ihre Führer sind über die Undurchführbarkeit desselben vollkommen im Klaren — daran kann Niemand zweifeln, der die Ausführungen derselben in diesen Reichstagsverhandlungen aufmerksam verfolgt.

Je mehr aber in den Kreisen der Socialdemokratie ein wilder Fanatismus des collectivistischen und socialistischen Grundgedankens der Marx'schen

Theorie sich bemächtigt, um die Arbeitermassen zu verhetzen, mit verzweifelndem Pessimismus zu erfüllen und so für eine gewaltsame Revolution reif zu machen, um so mehr tritt an die Vertreter des positiven Christenthums, der heutigen Gesellschaftsordnung und einer entschiedenen Socialreform auf dem Boden beider die Pflicht heran, aufklärend, sammelnd und schulend zu wirken unter denjenigen Arbeitern, die noch Christen sind und sein wollen, aber doch glauben, die Socialdemokratie mit ihrem christlichen Glauben vereinigen und auf den Wegen der Socialdemokratie eine Besserung ihrer Lage erreichen zu können. Man glaube ja nicht, daß zu diesem Zwecke die Reichstagsverhandlungen selbst etwas Erhebliches beigetragen haben. Dieselben werden ihre Wirkung für den Reichstag gewiß nicht verfehlen, obwohl sie den Kennern der socialen Frage im Reichstag nichts Neues gebracht haben. Aber für das Volk sind sie verloren, wenn nicht die Freunde der Ordnung und der christlichen Socialreform unter das Volk gehen, und in der durch die Reichstagsverhandlungen gewiesenen Weise weiterwirken.

Diesem Zwecke soll vorstehende Ausgabe der Reichstagsverhandlungen dienen. Möge Gottes Gnade diesen Zweck in Erfüllung gehen lassen!

Sach- und Namen-Register.

Bebel und sein 'Zukunftsstaat' vor dem Reichstag nach den stenographischen Berichten der Verhandlungen des Reichstags vom 12., 13., 14. u. 31. Januar und 3. 4., 6. und 8. Februar 1893 nebst Erläuterungen

Köln 1893